
WAHLPROGRAMM FÜR WIESBADEN

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2016

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Kreisverband Wiesbaden

Beschlossen am 04. und 11.10.2015

A - GRÜN für Wiesbaden: Unsere Haltung – unsere Grundsätze	8
B - Verkehrspolitik: Neue Wege für Wiesbaden	10
1. Einleitung.....	10
2. Neue Wege für Wiesbaden – Fahrrad	11
3. Neue Wege für Wiesbaden – Fußverkehr.....	13
4. Neue Wege für Wiesbaden – Bus.....	14
5. Neue Wege für Wiesbaden – Bahn	16
6. Neue Wege für Wiesbaden – Autoverkehr	17
7. City-Logistik & Lieferverkehre.....	20
Projekte zum Kapitel Verkehr.....	21
Ein steigungsarmer Radschnellweg zwischen Innenstadt, Biebrich, Kastel und Mainz.....	21
Wiesbaden-Süd – Attraktiver S-Bahn-Zugang für 50.000 Menschen in Biebrich, Schierstein und Amöneburg	22
Verknüpfungspunkte ÖPNV/Individualverkehr	22
Freigegebene Einbahnstraßen sicherer machen und ausweiten.....	23
Moritz- und Oranienstraße entschleunigen – Ein Gewinn für AnwohnerInnen, Einzelhandel, Gastronomie und Radverkehr	23
Mobilitäts-Anreize für Neubürger	24
Ein städtisches Fahrradverleihsystem für Wiesbaden	24
Stadtteil Südost: Zuwegung zum Bereich Schlachthof.....	25
Stadtteil Rheingauviertel/Hollerborn: BewohnerInnenparken ausdehnen	25
C - Wohnen in Wiesbaden	26
1. Bezahlbarer Wohnraum für alle.....	26
2. Raum und Unterstützung für Wohninitiativen - alternative Wohn-, Bau- und Lebensformen ermöglichen	28
D - Energiewende und Klimaschutz: Wiesbaden hat Vorbildfunktion	30
1. Einleitung.....	30
2. Was können wir in Wiesbaden tun?	30
3. Klimaschutzziele	30
3.1. 20-20-20 - eine ernüchternde Bilanz	30
3.2. Wiesbaden im Klima- Bündnis	31
3.3. Städtische Maßnahmen CO2-neutral gestalten.....	31
4. Effektive und effiziente Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes.....	31
5. Administrative Maßnahmen	32
5.1. Energiewende als Querschnittsaufgabe – Stärkung kommunaler Strukturen in Wiesbaden.....	32
5.2. Einrichtung eines Ausschusses „Energie & Klimaschutz“	32

5.3. Gesellschaft zur Förderung der erneuerbaren Energien und der rationellen Energieverwendung mbH.....	33
5.4. Energierreferat einrichten und kompetent besetzen	33
5.5. Klimaschutzagentur stärken.....	33
5.6. Klimaschutzbeirat nach HGO.....	34
5.7. Satzungsmäßige Unternehmensziele für ESWE & KMW	34
5.8. Energiepolitik über Grenzen hinweg - bessere regionale Abstimmung	34
6. Maßnahmen zur Energieeinsparung und –effizienz	34
6.1. Wärmedämmung	34
6.2. Beleuchtung	35
6.3. Ökoprotit	35
7. Maßnahmen zur Energieerzeugung / Erneuerbare Energien ausbauen	36
7.1. Windkraft	36
7.2. Solarenergie / Photovoltaik.....	36
7.3. Geothermie	36
7.4. Kraft-Wärme-Kopplung	37
8. Bürger-Energiegenossenschaften	37
Projekte zum Kapitel Energiewende und Klimaschutz	37
Photovoltaik an der A66.....	37
Projekt Wärmedämmung.....	37
Solkollektoren zur Erzeugung von Warmwasser an (Schul-) Sporthallen	38
Identifizierung und Abschöpfung von Abwärmeströmen.....	38
E - Natur- und Umweltschutz für ein lebenswertes Wiesbaden.....	40
1. Umwelt- und Naturschutz.....	40
1.1. Herausforderungen im urbanen Raum und in der Landschaft	40
1.2. Kommunale Biodiversitätsstrategie.....	40
1.3. Biosphärenregion Rheingau- Taunus/Wiesbaden/Mainspitze	40
1.4. Städtische Grünflächen: Artenvielfalt und Naturerlebnis fördern.....	41
1.5. Bürgergärten	41
1.6. Abholung und Verwertung von Grünschnitt zurück in kommunale Verantwortung.....	41
1.7. Vogelschutz in der Stadt.....	42
1.8. Stadtbäume pflanzen, pflegen und schützen	42
1.8.1. Baumkataster	42
1.8.2. Baumschutz verbessern	42
1.8.3. Pflanzung und Pflege der Stadtbäume besser finanzieren – gemeinsam mit den BürgerInnen.....	43
1.9. Artenvielfalt in der Kulturlandschaft erhalten.....	43
1.9.1. Landschaftspflege besser finanzieren	43
1.9.2. Außendienst des Umweltamtes stärken	44
1.9.3. Schafbeweidung fördern	44
2. Gesunde Lebensmittel und naturverträgliche Landwirtschaft.....	44
2.1. Ökolandbau und Artenvielfalt fördern	44
2.2. Bienenschutz.....	44
2.3. Kooperation mit Landwirten ausbauen und Direktvermarktung unterstützen	44

2.4. Pflege der Streuobstwiesen und Vermarktung von lokalen Streuobstprodukten.....	45
3. Wald.....	45
3.1. Stadtwald: Auswirkungen des Klimawandels abmildern und Freizeitnutzung steuern.....	45
3.2. Wachstum von Mischbaumarten fördern durch effiziente Bejagung.....	45
3.3. Naherholung und Freizeitsport steuern – Ruhezeiten erhalten.....	46
4. Wiesbaden muss leiser werden: Lärmschutz aktiv vorantreiben.....	46
4.1. Lärm schon bei der Planung vermeiden.....	46
4.2. Geschwindigkeitsbegrenzung.....	47
4.3. Lkw-Fahrverbot.....	47
4.4. Fahrbahnoberflächen.....	47
4.5. Förderung des Umweltverbundes.....	47
4.6. Abschirmungen.....	48
4.7. Schallschutzfenster.....	48
5. Wasser – lebensnotwendig und schützenswert.....	48
5.1. Renaturierung und Offenlegung der Bäche.....	48
5.2. Bachpatenschaften.....	49
5.3. Abwässer reinigen - auf dem neuesten Stand der Technik.....	49
5.4. Naturnaher Wasserhaushalt statt Kanalisation.....	49
6. Ein Stück Natur für jeden – auch in Wiesbaden.....	50
7. Böden – mehr als Bauland.....	50
8. Luft – mehr als Atmen.....	51
9. Müll vermeiden und getrennt entsorgen.....	52
10. Müll und Schutt aus dem Rückbau von Atomkraftwerken.....	52
Projekt für das Thema Umwelt- und Naturschutz.....	53
Naturnahe Spiel- und Erlebnisräume schaffen.....	53
Umgang mit Stadttauben.....	53
Bienen in der Stadt.....	53
"OASE Wiesbaden" - Plan B für das Ostfeld.....	54
Stadtteil Westend: Renaturierung des Wellritztals fortsetzen.....	54
F - Grüne Wirtschaftspolitik.....	55
1. Einleitung.....	55
2. Zukunftsbranche Kreativwirtschaft stärker fördern und sichtbar machen.....	55
3. Einzelhandel.....	57
4. Tourismus und Kurwesen.....	58
5. Rhein-Main Hallen / Messe.....	58
6. Die Marktmacht der Stadt nutzen: Nachhaltige Beschaffung - Fairer Handel ...	59
7. Wiesbadener Jugend-Werkstatt weiter fördern.....	60
8. Wiesbadener Bäderlandschaft und Freizeiteinrichtungen müssen erhalten bleiben.....	61
9. Handwerk in Wiesbaden.....	61
Projekte zum Thema Wirtschaft.....	62
Ein Gründerzentrum für die Kreativwirtschaft.....	62

Repair Cafés fördern – Die ressourcen- und geldsparende Alternative zur Mülltonne	62
G - Stadtentwicklung und Bauen	64
1. Masterplan: Schlüssige Ziele für Wiesbaden (Masterplan)	64
2. Regionalplanung – für eine starke grüne Fraktion in der Regionalversammlung Südhessen	65
3. Wohngebiete	65
4. Gewerbegebiete	66
5. Parkanlagen	66
6. Plätze	67
7. Denkmalschutz stärken und historische Substanz erhalten	67
8. Industrie- und Gewerbegebiet Ostfeld: missratene Planungspolitik korrigieren	67
H - Transparenz und Mitbestimmung	69
I - Finanzen und Haushalt	71
1. Kommunale Handlungsfähigkeit sichern	71
2. Haushaltspolitik	71
3. Großprojekte und PPP	72
4. Nachhaltiger Umgang mit städtischen Immobilien	73
5. Finanzierung des ÖPNV sichern	73
6. Gleichberechtigte Verteilung des städtischen Geldes	74
7. Stadtwirtschaftsstrategie	74
8. Kommunale Unternehmen und Beteiligungen	74
9. Verständlicher Haushalt	75
J - Wiesbaden als Hochschulstandort	77
1. Eine Bereicherung für die ganze Stadt	77
2. Ein zentraler Campus für die Hochschule RheinMain	77
3. Studentischer Wohnraum und Kinderbetreuung	78
4. Impulse für Standort und Stadtgesellschaft	78
K - Bildung als kommunale Aufgabe	80
1. Bessere personelle und finanzielle Ausstattung unserer Schulen	80
2. Schulsozialarbeit	80
3. Inklusion	80
4. Schulentwicklungspläne	80
5. G8/G9	81
6. Ganztagsangebote	81
7. Essensversorgung von Schülern und Schülerinnen an Schulen	82
8. Verlässliche Schulsanierung und Neubau	82
9. Bildung für alle in der "neuen Schule"	83
10. Oberstufengymnasien in Wiesbaden	83
L - ZusammenLeben: Gemeinsamkeit fördern - Trennendes überwinden ...	85
1. Vielfalt als Chance - Integration als Aufgabe	85
1.1. Einrichtung von Friedhöfen	85

1.2. Seelsorge in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen.....	86
1.3. Finanzielle Förderung von Integrationsbemühungen.....	86
1.4. Teilnahme an Schulaktivitäten.....	86
1.5. Islamunterricht.....	86
1.6. Gelungene Integration muss sich auch in den Institutionen widerspiegeln.....	86
2. Menschenwürde und Respekt statt Extremismus und Radikalisierung.....	87
3. Willkommenskultur in Wiesbaden: Von Flüchtlingen zu MitbürgerInnen.....	87
4. US-Militärpräsenz in Wiesbaden: Grundgesetz und Bürgerinteressen achten	89
M - Frauen- und Genderpolitik	91
1. Viel getan – viel zu tun!	91
2. Gleichstellungs- Aktionsplan erarbeiten.....	91
3. Geschlechtergerechtigkeit	91
4. Gender Mainstreaming	91
5. Frauen und Erwerbstätigkeit	91
6. Familienfreundliche Unternehmen.....	92
7. Qualifizierte Berufswahl, Aus- und Weiterbildung	92
8. Vereinbarkeit von Familie, Studium und Arbeit.....	92
9. Gewaltschutz.....	93
10. Frauen mit Migrationshintergrund.....	93
11. Für eine Stadt ohne Angst.....	93
12. Frauen und Gesundheit	94
N - Gemeinsam in Vielfalt leben	95
O - Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt.....	96
1. Kindern beste Chancen geben.....	96
2. Kinderbetreuung	96
3. Ausbau an Kindertagesstätten fortsetzen.....	96
4. Betreuung von Schulkindern	97
5. Tagesmütter und-väter.....	97
6. Gebühren	97
7. KinderElternZentren	97
8. Jugendpolitik: Mehr Raum, mehr Mitsprache, mehr Möglichkeiten	98
P - Armut bekämpfen – Perspektiven eröffnen.....	100
1. Perspektiven für Arbeitssuchende bieten	100
2. Kinderarmut zum zentralen Thema der Sozialpolitik machen.....	101
3. Ballung von Armut in einzelnen Quartieren überwinden	101
4. Wiesbadener „Handlungsprogramm“ ausbauen und finanziell absichern.....	102
5. Selbstbestimmtes Leben im Alter	103
Q - Gesundheit und Pflege	104
1. Einleitung.....	104
2. Zukunft von Infrastruktur und Institutionen sichern.....	104
3. Bewegung und Ernährung.....	104
4. Gesundheitsprävention, frühzeitig, niedrigschwellig, vernetzt.....	105

5. Frühe Hilfen.....	105
6. Sucht- und Missbrauchsprävention, für eine umfassende und pragmatische Drogenpolitik.....	105
7. Spiel- und Onlinesucht	106
8. Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken - Krankenhäuser gehören zur Daseinsfürsorge..	106
9. Gesundheitsversorgung von MigrantInnen stärken.....	107
10. Gesunde Flüchtlinge in Wiesbaden.....	107
11. Gesundheit im demographischen Wandel.....	107
12. Tages-, Kurzzeit- und Nachtpflege – städtische Pflegeeinrichtungen erhalten und ausbauen	107
13. Palliativpflege, -medizin und Hospiz.....	108
Projekte zum Thema Gesundheit und Pflege	108
Multiresistente Keime	108
R - Kulturpolitik in Wiesbaden.....	110
1. Kulturentwicklungsplan	110
2. Kunst und Kultur für alle.....	110
3. Kooperation und Vernetzung	110
4. Museen	111
5. Kulturelle Bildung.....	111
6. Freiräume für Kulturschaffende	111
7. Bildende Kunst	111
8. Filmstadt Wiesbaden: Wiesbaden versteht sich als Filmstadt.....	112
9. Musik und Theater	112
Projekte zum Thema Kultur.....	113
Kulturentwicklungsplan realisieren	113
Staatstheater 2016 – StudentInnen und anderen jungen Menschen den Zugang zu Kultur erleichtern.....	113
S - Freizeit und Sport.....	114
1. Selbstbestimmte Bewegungskultur, Raum für Bewegung.....	114
2. Bedarfsgerechte und ökologische Erneuerung von Sportstätten.....	115
3. Erhalt von Grünanlagen und Freiflächen sowie Ausbau von Spielplätzen und Aufstellung von Sportgeräten	115
4. Kooperation zwischen Sportvereinen und Kommune, insbesondere Schulen	116
5. Gesundheit und Prävention.....	116
6. Dopingprävention.....	117
7. Neue Zugänge zum Sport für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen	117
8. Sportförderung im Kindesalter	117
9. Unterstützung des Ehrenamts in der Sportarbeit.....	117
10. Routen für Inliner, Skater, BMXer und andere Sportarten	118
11. Erhalt und Erneuerung Wiesbadener Schwimmbäder	118
12. Fahrradrouten – Spaß und (Fort)Bewegung.....	118
T - Netzpolitik: Potentiale nutzen, Gefahren ernst nehmen.....	119
1. Digitale Bürgerservices ausbauen	119

2. Medienkompetenz und Datenschutz stärken	119
3. Nachhaltige IT Infrastruktur fördern	120
4. Transparente Verwaltung schaffen	120
U - Der öffentliche Raum gehört allen.....	122
1. Straßen und Plätze.....	122
2. Gewaltprävention stärken - Sicherheitsstrukturen festigen	122
3. Stadtpolizei und Verkehrsüberwachung.....	122
4. Sauberkeit im öffentlichen Raum verbessern - Eigenverantwortung fördern..	123

A - GRÜN für Wiesbaden: Unsere Haltung – unsere Grundsätze

Die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener entscheiden am 6. März 2016 nicht nur über die Zusammensetzung des Stadtparlaments und der Ortsbeiräte in der hessischen Landeshauptstadt. Es geht dabei auch um den Weg, den unsere Stadt einschlagen soll:

Einfach weiter so mit der großen Koalition oder ein Politikwechsel unter GRÜNER Beteiligung?

Wir haben in diesem Wahlprogramm für die Kommunalwahlen 2016 festgehalten, welche Ideen, Ziele und konkreten Pläne wir für Wiesbaden haben. Dabei war es uns wichtig, nicht nur die GRÜNEN Kernthemen zu beschreiben, sondern die ganze Breite des politischen Gestaltungsspielraumes aufzuzeigen. Die Wählerinnen und Wähler sollen möglichst genau erfahren, wofür wir GRÜNE stehen.

Wir GRÜNE verstehen uns als kreative Kraft, die Fehlentwicklungen rechtzeitig aufzeigt, Alternativen ins Gespräch bringt, um Wiesbaden voranzubringen. Dabei fordern wir von uns selbst und auch von unseren politischen Freunden und Gegnern eine selbstkritische Haltung, denn nur sie ermöglicht eine positive Veränderung.

Unabhängig, ob wir über die Verkehrswende, die Umsetzung der Klimaschutzziele, die Bekämpfung von Armut oder die Schaffung bezahlbaren Wohnraums nachdenken - wir GRÜNE stellen uns bei allen Themen eine grundsätzliche Frage: Sind die Bedürfnisse der Menschen, der Grundsatz sozialer Gerechtigkeit und die ökologischen Ziele miteinander im Einklang? Und weiter: Haben wir bei unseren Entscheidungen wirklich die Folgen für die nächste und übernächste Generation mitgedacht? Gerade Letzteres macht GRÜNE Politik nicht einfach. Komplexe Probleme in allen Aspekten zu beleuchten und dann eine tragfähige und zukunftsorientierte Lösung für alle zu finden, bleibt für uns GRÜNE eine Herausforderung und ist zugleich Anspruch an uns selbst.

Genauso wichtig sind aber auch die Grundhaltung und unsere Werte, die uns GRÜNE als Politikerinnen und Politiker tragen und unser Handeln beeinflussen.

Für uns GRÜNE ist Wiesbaden

- eine liebenswerte Stadt – wegen ihres Charmes, ihrer unentdeckten Potentiale und trotz ihrer Probleme.
- eine lebendige Stadt – wegen ihrer vielen kreativen Köpfe, der reichen Kulturlandschaft und einer vielfältigen, offenen Stadtgesellschaft.
- eine weltoffene Stadt – mitten im Rhein-Main-Gebiet übt sie eine große Anziehungskraft weit über ihre Grenzen hinaus aus.

Es gibt in unserer Stadt aber auch großen Veränderungsbedarf, den wir hier in unserem Programm beschreiben.

Wir GRÜNE übernehmen Verantwortung. Dazu streben wir eine Regierungsbeteiligung in der Stadt an. Politikwandel wird aber auch aus der Opposition heraus erreicht. Zentral für uns ist es, Mehrheiten in der Zivilgesellschaft für ökologische, soziale und demokratische Politik zu erlangen.

Die selbstbewusste Aussage, „nur mit uns GRÜNEN“ gibt es notwendigen Wandel, bedeutet zugleich: es bedarf vieler Menschen, die sich für eine dynamische Stadtpolitik auch außerhalb der parlamentarischen Gremien engagieren.

Liebenswert – lebendig – weltoffen: So wünschen wir GRÜNEN uns Wiesbaden. Dabei ist Lebensqualität für uns der zentrale Maßstab: Wir möchten allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, ein gutes Leben in Freiheit und Sicherheit zu führen.

Deshalb hoffen wir auf viele Menschen, die sich eine engagierte, dynamische GRÜNE Stadtpolitik jenseits der jetzigen großen Koalition wünschen. Dann wird Wiesbaden wirklich liebenswert, lebendig und weltoffen!

B - Verkehrspolitik: Neue Wege für Wiesbaden

1. Einleitung

82 Prozent der Bürgerinnen und Bürger wollen Städte und Gemeinden so umgestaltet haben, dass man kaum noch auf ein Auto angewiesen ist – so eine repräsentative Befragung des Umweltbundesamtes von 2014. Wir GRÜNE setzen uns mit praktischer Politik dafür ein, dass diese Vision eines Tages Wirklichkeit wird.

Wir brauchen eine neue Verkehrspolitik mit frischen Ideen und neuen Köpfen. Wir wollen weniger Lärm, bessere Luft und mehr Platz zum Leben in der Innenstadt. Mit weniger Autos und Motorrädern (motorisierter Individualverkehr – MIV) kommen wir diesem Ziel näher. Wenn wir weniger MIV in der Stadt haben möchten, müssen wir tragfähige Alternativen anbieten. Neben Radfahren, zu Fuß gehen und Carsharing ist das der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), sprich der Bus- und Bahnverkehr.

Das **Radfahren** findet erfreulicherweise auch in Wiesbaden immer mehr Anhänger/innen. Radfahren macht Spaß und ist schnell! Spätestens seitdem die Elektrofahrräder auf dem Vormarsch sind, ist auch die Topographie kein Grund mehr, auf das Radfahren zu verzichten. Neben positiven Umwelt- und Gesundheitsaspekten hat diese Fortbewegungsart noch die Vorteile, kostengünstig zu sein, das Straßennetz zu entlasten und Parkdruck zu verringern. Sie trägt zu einer lebenswerten Stadt bei und ist ein nicht zu vernachlässigender Wirtschafts- und Tourismusfaktor.

Wenn Fußgänger ihre Ziele sicher und barrierefrei auf attraktiven, grünen und sicheren Wegen erreichen können, wählen mehr Menschen diese Fortbewegungsart. Die Schadstoff- und Lärmbelastung sowie der Bedarf an versiegelten Verkehrsflächen sinken; wir brauchen weniger Straßen und Parkplätze. Jeder Mensch ist Fußgänger. Unser gründerzeitliches Wiesbaden ist eine Stadt für Flaneure. Nur wenn man zu Fuß unterwegs ist, kann man die Schönheit der hundertjährigen Fassaden wahrnehmen. Die Förderung des Fußverkehrs ist auch eine Förderung von lokalem **Einzelhandel und Gastronomie**. Wo sich Menschen gerne aufhalten, dort kaufen sie auch gerne ein oder setzen sich hin, um einen Kaffee zu trinken oder etwas zu essen. Es hat gute Gründe, warum die Wiesbadener Fußgängerzone die viertumsatzstärkste Deutschlands ist. Mit durchgängigem Autoverkehr - wie in den 60ern noch der Fall hätte sie nie diese Entwicklung genommen. Eine verbesserte „Begehbarkeit“ einzelner Stadtteile führt zu einer höheren Aufenthaltsqualität und damit zu einer Attraktivitätssteigerung.

Daneben brauchen wir den **Ausbau von Bus- und Bahnverkehr**, um die Alternativen zum Auto komplett zu machen.

Mobilität in Wiesbaden mit all seinen Facetten soll Spaß machen und für alle Beteiligten sicher sein. Wir wollen einerseits die Bedingungen für Rad, zu Fuß gehen, Bus und Bahn verbessern, andererseits aber auch ein besseres Klima des Miteinander und für die Verkehrswende schaffen. Dazu gehören neben ständiger Öffentlichkeitsarbeit besondere Aktionen wie der „Verkehrswendetag“ mit autofreier Innenstadt und kostenlosem ÖPNV-Angebot. Die **Verwaltung** sollte mehr Augenmerk als bisher auf die Rad- und Fuß-Mobilität legen – auch in allen Projekten der Stadtplanung.

Damit die Verkehrswende gelingt, betrachten wir GRÜNE die verschiedenen Verkehrsmittel nicht einzeln, sondern wollen sie intelligent miteinander **verknüpfen** – z.B. per Park & Ride, Bike & Ride, Fahrradmitnahme in Bahn und Bus oder Carsharing. An wichtigen Bahnhöfen und

Bushaltestellen wollen wir Mobilitätspunkte einrichten, an denen diese Verknüpfung einen Ort findet.

Die GRÜNEN wünschen sich, dass die städtische Verwaltung, die städtischen Gesellschaften und die Wiesbadener Hochschulen eine Vorreiterrolle bei der Verkehrswende einnehmen und ein betriebliches **Mobilitätsmanagement** einführen. Damit auch kleineren Unternehmen leichter in den Genuss eines betrieblichen Mobilitätsmanagements kommen, sollte die Stadt Beratung anbieten oder Beratungsangebote z.B. der ivm Rhein-Main vermitteln.

GRÜNE Verkehrspolitik beschäftigt sich nicht nur mit der Verlagerung von Verkehr auf möglichst umwelt- und menschenfreundliche Verkehrsmittel. Sie denkt auch an die Vermeidung von Verkehr, z.B. durch eine intelligentere **Siedlungsentwicklung** als bisher („Stadt der kurzen Wege“). Die GRÜNEN Lösungsansätze hierzu finden sich im Stadtentwicklungs-Kapitel dieses Programms. Wir wollen neue Wege für Wiesbaden gehen – im Folgenden zeigen wir in den Bereichen Radverkehr, Fußverkehr, Bus und Bahn, Autoverkehr sowie City-Logistik, wie genau.

2. Neue Wege für Wiesbaden – Fahrrad

Wiesbaden gilt als fahrradfeindlichste Großstadt Deutschlands: Beim ADFC-Fahrradklimatest gab es in den letzten beiden Jahren den letzten Platz bei den Großstädten. Die Koalition aus CDU und SPD hat in den letzten fünf Jahren viel zu wenig getan, um diese Situation zu verbessern. Ein Radverkehrskonzept wurde zwar in Auftrag gegeben und erstellt, die schwarz-rote Koalition hat sich aber bisher nicht gewillt gezeigt, es in die Praxis umzusetzen.

Trotz dieser politischen Verweigerungshaltung ist der europaweite Trend zum Fahrrad inzwischen auch in Wiesbaden angekommen. Dennoch ist der Radverkehrsanteil mit derzeit 6 Prozent in Wiesbaden noch weit von den Zahlen anderer Städten entfernt. Wir GRÜNEN streben weiterhin eine Steigerung des Radverkehrsanteils auf 15 Prozent innerhalb der nächsten 5 Jahre an.

Dafür möchten wir ein Bündel an Maßnahmen umsetzen, das wir bereits per Antrag im Mai 2012 in der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt haben. Damit haben wir wesentliche Impulse für das Radverkehrskonzept geliefert.

Die geplanten Maßnahmen der GRÜNEN im Einzelnen:

Das Radwegenetz soll lückenlos sein und direkte, komfortable, attraktive und sicher befahrbare Verbindungen definieren. Bei der Führung des Radverkehrs ist immer zu bedenken, dass verschiedene Anforderungen zu erfüllen sind: Es muss einerseits schnelle und direkte Verbindungen für den/die eilige Radfahrer/in geben, aber auch attraktive, ruhigere Nebenverbindungen.

Daher brauchen wir einerseits an den Hauptverkehrsstraßen **Radstreifen und Schutzstreifen**, auf denen neben den RadfahrerInnen auch Pedelecs/E-Bikes sicher und schnell vorankommen, und direkte ampelfreie Fahrradrouten durch die Wohngebiete ins Zentrum. Andererseits benötigen wir für beschauliche, langsame Fahrten die Öffnung von Parkwegen oder Mischflächen (Shared Space).

Für die Vernetzung mit Nachbarstädten wollen wir für Rad- und Pedelec-FahrerInnen kreuzungsarme Radschnellwege auf den Weg bringen.

Wir wollen die **Kreuzungen** sicherer für den Radverkehr machen. Einige Kreuzungen sind mit dem Rad auf legalem Wege überhaupt nicht zu queren, andere sind unübersichtlich und gefährlich. An erster Stelle muss eine Lösung für die Anfahrt des Hauptbahnhofs gefunden werden. Hierfür gibt es viele Optionen von über- bis unterirdisch, Kreisverkehr oder Querung per diagonalen Ampel. Kritische Kreuzungen, die dringend entschärft werden sollten, sind beispielsweise am Dürerplatz,

an der Rheinstraße/Schwalbacher Straße, Dotzheimer Straße/Eltviller Straße und auf den Routen in die Vororte zu finden (z.B. Hollerbornstraße/Carl-von-Linde-Straße, Querung der B 455 von der Rheinlandstraße in die Nauroder Straße etc.).

Ein weiteres wichtiges Ziel der GRÜNEN ist, den Bedürfnissen des Fahrradverkehrs bei der Aufteilung des Straßenraums und der Anordnung der Parkplätze Rechnung zu tragen. Dazu sind die Neuaufteilung von Spuren, insbesondere bei den breiten Hauptverkehrsachsen, und – wo sinnvoll – auch Reduzierungen von Parkplätzen notwendig.

Zuerst wollen die GRÜNEN ein **lückenloses Haupttroutennetz für AlltagsradlerInnen** umsetzen und die Verbindungen für Pendlerinnen und Pendler aus der Region, insbesondere Mainz, ausbauen. Weiterhin setzen wir uns ein für:

- Ausbau des Angebots an Abstellanlagen, insbesondere sichere Abstellanlagen für Räder, Pedelecs und E-Bikes, d.h. auch mit Stromlademöglichkeit
- Festlegung von hohen Qualitätsstandards für Fahrradstellplätze innerhalb unserer Stellplatzsatzung (z.B. stufenlose Erreichbarkeit)
- Bessere Verknüpfung des Radverkehrs mit Bus und Bahn (Bike & Ride)
- Ausweitung von Tempo 30, um für Radfahrende das „Mitschwimmen“ im Verkehr zu erleichtern
- Öffnung der Einbahnstraßen für Radfahrerinnen und Radfahrer, soweit noch nicht erfolgt
- Durchgehende Beschilderung nach aktuellem Standard
- Mitdenken des Radverkehrs bei der stadtweiten Neukonzeption von Ampelschaltungen
- Einführung eines städtischen Fahrradverleihsystems
- Service- und Dienstleistungsangebote für den Radverkehr (z.B. bewachtes Fahrradparken bei Veranstaltungen mit Reparaturservice, „Schlauchomat“, Service-Stationen im Stadtgebiet etc.)
- Radwege und Radstreifen müssen im Winter genauso von Eis und Schnee geräumt werden wie Straßen für den Autoverkehr
- Ansprechpartner bei der Stadt für Belange der Radfahrer/innen („Fahrradbüro“)
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, ein fahrradfreundliches Klima zu schaffen (Imagekampagne für das (E-)Radfahren, Aktion „Stadtradeln“ usw.)
- Förderung von Projekten für mehr Rad-Mobilität auf dem Weg zur Arbeit, bspw. „bike + business“
- Intensivierung der Verkehrserziehung an Schulen (mit Schwerpunkt Rad, z.B. mit dem Rad zur Schule – auch zur Grundschule)
- Sicherstellung, dass Radwege und Radstreifen auch durchgängig nutzbar sind, d.h. sie dürfen nicht durch parkende Autos oder Transporter verstellt sein. Eine regelmäßige, konsequente Kontrolle des parkenden und fahrenden Verkehrs ist deshalb notwendig.
- Tourismusangebote (z.B. E-Bike-Verleih, geführte Touren)
- Unterstützung der Entwicklung von Liefermodellen per Fahrrad (vgl. Cargo Cruiser Hamburg)

Die Finanzierung der Maßnahmen des Radverkehrskonzepts hat für uns hohe Priorität. Schwarz-Rot gesteht dem Radverkehr derzeit gerade einmal 4 Euro pro Einwohner und Jahr zu. Wir GRÜNE haben uns der Forderung des Verkehrswende-Bündnisses angeschlossen, künftig 10 Euro pro Jahr und Einwohner zu investieren. Langfristiges Ziel bleiben die 18 bis 19 Euro, die der Nationale Radverkehrsplan der Bundesregierung für Städte wie Wiesbaden empfiehlt.

3. Neue Wege für Wiesbaden – Fußverkehr

Das wohl meist unterschätzte Verkehrsmittel in unserer Stadt ist das Zufußgehen. Der Anteil der zu Fuß zurückgelegten Wege in Wiesbaden hat sich von 24 Prozent im Jahr 2002 auf aktuell 31 Prozent erhöht. Das ist deshalb bemerkenswert, weil Fußgängerinnen und Fußgänger jahrzehntelang unterschätzt, zurückgedrängt und ausgebremst wurden. Der motorisierte Verkehr hat sich mehr und mehr auf Kosten des Fußverkehrs ausgebreitet, Sondernutzungen haben die verbliebenen Gehwege eingeengt, Unfallgefahren und Luftverschmutzung die Gesundheit bedroht. Dabei ist jeder Meter, der zu Fuß zurückgelegt wird, eine Wohltat für die Stadt: Fußgängerinnen und Fußgänger haben den geringsten Flächenverbrauch, halten die Luft sauber, schützen das Klima und schonen die Stadtkasse. Wenn die Bedingungen stimmen, ist das Zufußgehen zudem ein echter Genuss: Nur so kann man wirklich bewusst seine Umgebung und seine Mitmenschen wahrnehmen.

Die GRÜNEN setzen sich deshalb für ein fußgängerfreundlicheres Wiesbaden ein. Dazu gehören folgende Bausteine:

Bewegungsfreiheit

Gehwege sind zum Gehen da, nicht zum Parken. Sie müssen deshalb von Autos frei gehalten werden, wo nötig durch konsequente Kontrolle, im Einzelfall auch durch bauliche Maßnahmen, z.B. in Kreuzungsbereichen.

Gehwege sind nicht die „Restbreiten“ beim Straßenbau, sondern aus Sicht der GRÜNEN eine gleichberechtigte Verkehrsspur. Daher sollen Mindestbreiten für Bürgersteige eingehalten werden als auch, wo baulich möglich, nachgebessert werden. Eine moderne, sichere Verkehrswegeplanung für Gehwege sieht eine optimale Breite von 2,50 Metern vor (RASt: Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen RAS 06 (R 1), Ausgabe 2006). Ein Kinderwagen und ein Rollator sollten problemlos aneinander vorbei kommen. Die Gestaltung der Fußgängerwege am Platz der Deutschen Einheit (Bleichstraße und Schwalbacher Straße) oder an der Bushaltestelle Luisenforum etwa sind daher Fehlplanungen und stehen als zu schmale Fußwege im völligen Ungleichgewicht zu sechsspurigen Straßenanlagen. Die für Bushaltestellen benötigte Fläche darf nicht zu Lasten der Gehwege gehen.

Werbetafeln müssen so platziert werden, dass sie Fußgängerinnen und Fußgänger nicht behindern oder ihnen die Sicht nehmen.

Sicherheit

Tempo 30 kann Fußgängerinnen und Fußgängern das Leben retten: Kollidiert ein Auto mit Tempo 50 mit einem Menschen, hat dieser nur eine Überlebenschance von 30 Prozent. Geschieht der Aufprall dagegen mit Tempo 30, überlebt die Fußgängerin oder der Fußgänger in 90 Prozent der Fälle.

Die GRÜNEN setzen sich deshalb für eine Ausweitung von Tempo 30-Bereichen ein. In geeigneten Innenstadt-Straßen wollen wir das Konzept der Verkehrsberuhigten Geschäftsbereiche mit Tempo 20 erproben, beispielsweise in der Wellritzstraße.

Wo Tempolimits nicht eingehalten werden, muss die Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger durch konsequente Kontrolle und Ahndung gewährleistet werden. Lebensgefährdende illegale Autorennen werden die GRÜNEN in unserer Stadt nicht dulden.

Unterstützt werden kann die Einhaltung von Tempolimits daneben auch durch bauliche Maßnahmen, z.B. Fahrbahnverengungen, Verschwenkungen und Aufpflasterungen.

Komfort

Damit Fußgängerinnen und Fußgänger sich komfortabel, stressfrei und ohne Barrieren durch Wiesbaden bewegen können, schlagen die GRÜNEN folgende Maßnahmen vor:

- Fußgängerfreundliche **Querungsmöglichkeiten** schaffen, das heißt insbesondere deutlich gekennzeichnete, gut einsehbare Fußgängerüberwege und Ampelschaltungen, die allen ein direktes Überqueren ohne gefährliches Warten auf Verkehrsinseln ermöglichen.
- **Intelligente Ampelschaltung** der Hauptverkehrsachsen (Beispiel der Schwalbacher Straße oder bei den Querungen des 1. Rings) in Abhängigkeit der unterschiedlichen Haupt-Gehrichtungen je nach Tageszeit. Dies gilt insbesondere für Schulwege, damit Kinder und Jugendliche auf dem Weg zur oder von der Schule zügig und sicher über die Straße kommen.
- Verstärkte Einrichtung von „**Gehwegnasen**“ – das sind vom Autoparken freigehaltene Eckbereiche, die freie Sicht und die bequeme und ungefährliche Querung von Nebenstraßen ermöglichen.
- Einklammerung von **Zebrastrifen** mit „Lollies“ (gestreifte Poller) zur besseren Erkennbarkeit
 - Verkehrsinseln, Querungshilfen, Fahrbahnteiler
 - Schaffung von Sitzgelegenheiten zum Pausieren, insbesondere für ältere oder eingeschränkt mobile Mitbürger
 - Fußgängerstadtpläne helfen Neu-WiesbadenerInnen bzw. informieren Neu-FußgängerInnen.

Familienfreundlichkeit

Wir wollen, dass Kinder sicher und selbständig zur Schule gelangen. Das Bringen per „Elterntaxi“ ist aus vielerlei Gründen schädlich: Es gefährdet andere Kinder und verhindert, dass Kinder ihre Umwelt bewusst erleben und Selbständigkeit entwickeln. Besonderes Augenmerk legen wir deshalb auf Wegebeziehungen, die von Schülerinnen und Schülern genutzt werden.

Die GRÜNEN wollen dafür sorgen, dass Kinder in mehr Stadtvierteln die Straße auch zum Spielen nutzen können – ohne Angst.

4. Neue Wege für Wiesbaden – Bus

Wir Grüne möchten einen leistungsfähigen, komfortablen Busverkehr in Wiesbaden, der Mobilität für alle Mitbürger/innen garantiert. Dies bedingt eine langfristige und solide Finanzierung. Der Busverkehr ist ein Zuschussbetrieb. Die Stadt Wiesbaden unterstützt dieses Mobilitätsangebot für ihre Bürger/innen finanziell. Die Koalition hat allerdings beschlossen, dass die finanzielle Unterstützung durch die Stadt nicht weiter steigen darf, sie hat die Übernahme des Defizits gedeckelt. Diese Deckelung lehnen wir ab, da die Kosten des Busverkehrs steigen (durch Lohnerhöhungen, Energiepreise etc.). Diese Kostensteigerung kann nicht beliebig kompensiert werden und führt so zwangsläufig zu Angebotskürzungen. Wir GRÜNE wollen dagegen einen Ausbau des Angebotes. Der ÖPNV ist uns mehr wert. ESWE-Verkehr darf nicht tot gespart werden, die Deckelung muss deshalb wieder aufgehoben werden.

Nur so können wir Anreize schaffen, die mehr Menschen zum Bus fahren bewegen.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche frühzeitig an die Nutzung von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln herangeführt werden. Wir wollen, dass alle jungen Menschen sicher und zuverlässig ihre Ziele in der Stadt erreichen können – und zwar ohne „Eltern-Taxi“.

Wir begrüßen, dass auf Hessen-Ebene mit GRÜNER Beteiligung ein landesweit einheitliches, bezahlbares **Schülerticket** eingeführt werden soll – das auch für Schülerinnen und Schüler gelten soll, die weniger als zwei Kilometer von der Schule entfernt wohnen und derzeit „leer ausgehen“. Falls sich dessen Umsetzung verzögert, wollen wir auf Wiesbaden-Ebene eine Verbilligung der Schüler-Jahreskarten nach Frankfurter Vorbild schaffen.

Wir GRÜNE begrüßen, dass die alte Mitnahmeregelung für Kinder in den Bussen von ESWE und Stadtwerke Mainz wieder gilt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Regelung RMV-weit übernommen wird.

Auch die Kosten der Monatskarte für SGB II-Empfänger müssen an den Bedarfssatz angepasst werden.

ESWE-Verkehr kann die Tarife nicht alleine bestimmen. Hier hat der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) das Sagen. Wir wollen uns dort für eine gerechte, übersichtliche und preiswerte Tarifstruktur einsetzen. Deshalb setzen wir uns für bessere Finanzierungsmöglichkeiten für den ÖPNV ein. Umlagenfinanzierte Modelle wie z.B. das Semesterticket für Studierende haben sich bewährt. Damit mehr Bevölkerungsgruppen in diesen Genuss kommen können, müssen aber neue Regelungen auf Landes- bzw. Bundesebene getroffen werden.

Wir setzen und für den Erhalt der **Kombitickets**, wie das „Kulturticket“, ein.

Wir wollen, dass mehr Arbeitnehmer/innen von **Jobtickets** profitieren können. Öffentliche Einrichtungen, wie die Stadt Wiesbaden sind Vorbilder. Auch die städtischen Gesellschaften sollen Jobtickets anbieten. Bei **Jobtickets** soll die Stadt eine aktivere Rolle beim Zustandekommen von Verträgen einnehmen, indem die Zusammenarbeit mit IHK und Handwerkskammer vertieft wird. Das städtische Jobticket wollen wir erhalten. Die Stadt Wiesbaden soll darauf einwirken, dass möglichst viele Kulturveranstalter das Kulturticket anbieten.

Um weitere Kapazitäten zu schaffen, brauchen wir auf den Hauptachsen **durchgehende Busspuren** oder parallele Trassen für **Schnellbusführungen** in der Verkehrsspitze. Diese sollen in Kombination mit intelligenten Ampelschaltungen Vorfahrt für den Busverkehr garantieren. Diese effektiven Busbeschleunigungsmaßnahmen machen den Fahrplan zuverlässiger und können sogar dazu führen, dass bei gleicher Fahrleistung weniger Busse benötigt werden. Das betrifft insbesondere die hoch belasteten Trassen im Innenstadtbereich – Bierstadt/Dotzheim/Biebrich. Freiwerdende Busse könnten dafür genutzt werden, den Fahrgästen eine engere Taktung anzubieten.

Fahrzeuge, aber auch Haltestellen müssen benutzerfreundlicher gestaltet werden. Das heißt: Mehr **Platz für Kinderwagen, Rollatoren, Rollstühle und Fahrräder**, z.B. durch zweite Plattform in Gelenkbussen, gut lesbare beleuchtete Fahrpläne in den Wartehäuschen.

Als konkrete Maßnahmen schlagen die GRÜNEN vor:

- Teilweise Umwandlung der Bierstadter Straße in eine Nahverkehrsstraße (Busstraße, bleibt jedoch für Anlieger frei)
- Nutzung der New-York-Straße für Schnellbusführungen
- Einrichtung von optimierten Busführungen auf der Hauptachse Innenstadt – Biebrich
- Einrichtung von weiteren Busspurabschnitten auf der Dotzheimer Straße
- Verstärkte Nutzung der Ortsumgehung Dotzheim für Schnellbusführungen über Dotzheim hinaus
- Nutzung der Rheinstraße als Parallelbustrasse zur Innenstadtumgehung
- Durchgehende Nutzung der Busspur Wilhelmstraße, Verlagerung der Parkplätze in die Tiefgarage Bowling Green
- Busspur auf dem 1. Ring

- Weitere Verbesserungen im Liniennetz, z.B. Führung der Linie 9 auch zum Bhf. Wiesbaden-Ost, um Schierstein und Biebrich direkt an die S-Bahn anzubinden.
- Bahnhof: Bushaltestellen besser kenntlich machen, z.B. farblich für bessere Orientierung
- Bleichstraße: Parkplätze an der Halle entfernen, damit kann völlig überlastete Bushaltestelle breiter gestaltet werden.

Im Außenbereich:

- Bessere Verbindung der Vororte untereinander
- Einführung neuer Angebotsformen wie Rufbusse, um auch Strecken mit geringer Nachfrage bedienen zu können

Damit nicht wenige Falschparker tausende Busfahrgäste blockieren, muss eine regelmäßige und konsequente Kontrolle und Ahndung erfolgen.

5. Neue Wege für Wiesbaden – Bahn

Wir GRÜNEN sind uns mit den Verkehrsexperten einig: im konventionellen Bussystem liegen in einer Stadt wie Wiesbaden keine entscheidenden Wachstumsmöglichkeiten mehr. Durchgehende Verbindungen mit dem Umland erfordern ohnehin eine Anbindung per Bahn. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die BewohnerInnen des Umlandes überwiegend die Wiesbadener Innenstadt zum Ziel haben. Die Lösung ist hier die Vernetzung von Stadt und Region per Schiene. Wir verfolgen daher mittelfristig die Idee eines Stadt-/Regio-Bahnsystems weiter.

Die stärkste Verkehrsbeziehung besteht mit **Mainz**. Neben unseren Busverbindungen mit der Nachbarstadt kommt der S-Bahn nach Mainz eine wesentliche Bedeutung zu. Die GRÜNEN fordern deshalb, den **Bahnhof Wiesbaden-Ost** weiter zu entwickeln und mit dem Busnetz besser zu verknüpfen.

Die zweitwichtigste Regionalverbindung besteht in Richtung Taunusstein und Bad Schwalbach. Nach wie vor halten wir die Aartalbahn für die beste Möglichkeit die bestehenden Verkehrsprobleme über den Taunus zu lösen.

Die GRÜNEN fordern Zugverbindungen von der Aartalstrecke sowohl Richtung Mainz und Frankfurt, als auch in die Wiesbadener Innenstadt. Davon profitiert auch unsere Innenstadt, die sich per Bahn neue KäuferInnen aus dem Umland erschließen kann.

Eine weitere wichtige Verkehrsbeziehung besteht **Richtung Frankfurt**. Hier sind insbesondere die Regionalexpress-Züge oft überfüllt. Wir GRÜNEN setzen uns für **höhere Kapazitäten und dichtere Takte** auf der Regionalbahnlinie nach Frankfurt ein. Die Linie 10 soll im Rahmen des entstehenden Hessennetzes Wiesbaden an das Oberzentrum Frankfurt besser anbinden.

Die Gemeinden westlich von Frankfurt wie z.B. Eschborn können derzeit per Bahn nur durch zeitintensive Umsteigeverbindungen über den Hauptbahnhof Frankfurt erreicht werden. Durch eine direkte Führung von Zügen, zumindest zur Berufsverkehrszeit, lassen sich hier deutliche Fahrgastzuwächse auf der Schiene gewinnen.

Auch die Vernetzungen auf der Schiene in den Rheingau, mit der Ländchesbahn Richtung Limburg sowie insbesondere nach Rheinhessen (Alzey, Bad Kreuznach) wollen wir voranbringen. Dass solche Züge gut angenommen werden, haben die Erfahrungen während der Sperrung der Schiersteiner Brücke gezeigt.

Wir GRÜNEN fordern daher **direkte Züge**, die die Fahrzeiten entscheidend verkürzen können, und eine bessere Vernetzung mit dem Nachbarverbund RNN.

Wir setzen uns für den Bau der „**Wallauer Spange**“ ein. Mit dieser Verbindung sowie einem Haltepunkt im Wiesbadener Osten bestünde eine Direktverbindung nach Frankfurt, die die

Fahrzeiten von dort in die Innenstadt von Wiesbaden sowie nach Frankfurt, zum Flughafen und Richtung Darmstadt deutlich verkürzen würde.

Das Fernverkehrsangebot der Bahn AG in Wiesbaden ist der Bedeutung unserer Stadt überhaupt nicht angemessen. Die GRÜNEN fordern, dass Wiesbaden wieder mindestens stündlich mit anderen deutschen Großstädten verbunden wird. Wir werden uns daher für Verbesserungen, auch zusammen mit Mainz, einsetzen.

Ausbau der Bahnhöfe im Stadtgebiet

Die kleineren Bahnhöfe in den Stadtteilen müssen aufgewertet werden. Sie sind zum Teil zweckentfremdet, unscheinbar oder verwahrlost, dass sie in den Köpfen der Menschen nicht existieren. Wir kritisieren, dass die Deutsche Bahn diese Bahnhöfe verkauft (hat) und damit meist eine Einschränkung im Service für die Bahnkunden einhergeht. Die Bahnhöfe sollten Aufenthaltsqualität bieten, Radabstellanlagen haben, sich in einem angenehmen Umfeld befinden und eine gute Busanbindung vorweisen.

Die GRÜNEN fordern einen Ausbau der Bahnhöfe im Stadtgebiet, im Einzelnen:

- Der Bahnhof Wiesbaden Ost wurde stiefmütterlich behandelt, hat aber durch seine Nähe zu großen Firmen ein enormes Potenzial (vgl. Projekt WI-Süd).
- Neben dem Ausbau der Station Wiesbaden-Ost, ist für die GRÜNEN der Bahnhofsausbau in Kastel vorrangig. Notwendig ist auch die Verlängerung der Unterführung vom Bahnhofsgebäude über die Bahnsteige hinaus Richtung Rheinufer und die direkte Anbindung der Bushaltestelle am Hochkreisel.
- Der Bahnhof in Biebrich muss als schnelle Stadtanbindung genutzt werden. Die Durchlässe müssen hell und freundlich gestaltet werden.
- Der Bahnhof Schierstein müsste dringend aufgewertet werden. Denn auch durch die neue Wohnbebauung in nächster Nähe wird er verstärkt genutzt.
- Alle Bahnhöfe müssen besser mit dem Busnetz verknüpft werden. Um den Pendlerdruck auf Wiesbaden zu reduzieren, müssen an einigen Bahnhöfen Park & Ride Plätze eingerichtet werden. Unter anderem muss in Zusammenarbeit mit dem Rheingau-Taunus-Kreis der Bahnhof „Niedernhausen Rhein-Main-Theater“ wiederbelebt und dafür genutzt werden.
- Die Ausbaupläne für die Bahnhöfe entlang der Ländchesbahn (Wiesbaden-Erbenheim-Igstadt-Auringen/Medenbach-Niedernhausen-Limburg) müssen endlich mit Hochdruck vorangetrieben werden

Der Stationsentwicklungsplan (STEP) sieht einige der Maßnahmen vor, er muss zügig umgesetzt werden.

6. Neue Wege für Wiesbaden – Autoverkehr

Nach stetigem Wachstum seit den 50er Jahren ist der Autoverkehr längst an der Grenze des Erträglichen angekommen. Insbesondere in der Innenstadt muss der Autoverkehr durch umweltverträglichere und menschengerechtere Verkehrsarten ersetzt werden. Dazu gehört auch, den Alternativen mehr Raum zu geben, in dem der Straßenraum neu aufgeteilt wird. Wir wollen zur Lösung der Verkehrsprobleme mit intelligenter bedarfsabhängig gesteuerter Verkehrsführung und Mengenmanagement beitragen.

Rückgewinnung des öffentlichen Raums

Wir sind sicher, dass sich auch die Durchgangsstraßen, die in Wiesbaden das Ergebnis einer jahrzehntelangen Ideologie der autogerechten Stadt sind, für andere Verkehrsformen und zugunsten der Ausweitung des öffentlichen Raums zurückbauen lassen. Hier wollen wir im innerstädtischen Bereich beginnen: Die Bahnhofstraße wollen wir zwischen Bahnhofsvorplatz und Rheinstraße als „**Umweltstraße**“ einrichten. Sie ist als "bewohnte Straße" eine wichtige Fußgänger-, Radfahrer- und Busverbindung. Die Fahrspuren werden für den Autoverkehr nicht gesperrt, aber durch die Ampelschaltung soll der Bus- und Fahrradverkehr gegenüber diesem attraktiver gemacht werden. An den Kreuzungen werden die Verkehre separiert. Es entsteht ein gefahrenfreier Expressweg für das Fahrrad, und die Bahnhofstraße kann gestalterisch aufgewertet werden, was der gesamten Achse Bahnhof - Historisches Fünfeck nutzt. Der Durchgangsverkehr wird mit Priorität über die anwohnerfreie Friedrich-Ebert Allee geführt. Die Achse Bahnhof - Bahnhofstraße - Dernsches Gelände als wichtige Fußgängerverbindung zwischen Bahnhofsbereich und Innenstadt gibt als „Umweltstraße“ den Stadtraum den Menschen zurück und verdrängt die Blechlawinen.

Beim Autoverkehr bleibt unsere grüne Maxime: Das Auto sollte in der Stadt als Fortbewegungsmittel entbehrlich sein. Und wenn es genutzt wird, sollte sich die Planung nicht das möglichst schnelle Durchqueren der Stadt mit dem Auto als oberstes Ziel setzen.

Erhalt vor Neubau

Andererseits ist das Straßennetz in die Jahre gekommen und befindet sich an vielen Stellen in schlechtem Erhaltungszustand. Daher geben wir den Erhaltungsmaßnahmen eine hohe Priorität. Straßenneu- und Ausbau sind in aller Regel nicht geeignet, um Verkehrsprobleme zu lösen. Wir GRÜNE sehen in einer Südumgehung Bierstadt und in der Umgehungsstraße Fichten keine Lösungsansätze und lehnen diese weiterhin ab. Eine Verlängerung der Holzstraße lehnen wir ab. Der verkehrlichen Entlastungswirkung steht der Verlust von Naherholungsgebiet und Kleingärten entgegen. Auch eine Umgehungsstraße für Nordenstadt / Erbenheim löst langfristig keine Verkehrsprobleme und ist deshalb abzulehnen. Ortseingänge und geeignete Kreuzungen wollen wir durch den Einbau von Kreiseln sicherer machen. An einem Kreisel sinkt die Geschwindigkeit, das tut den Menschen in den Wohngebieten gut.

Autobahn

Der sechsspurige Ausbau der A66 zwischen Erbenheim und Schiersteiner Kreuz ist als Folgeerscheinung des sechsspurigen Ausbaus der A643 nicht zu umgehen. Der Autobahnausbau ist für uns nur akzeptabel, wenn er den stark befahrenen Ersten und Zweiten Ring entlastet und den Verkehr direkt auf die A66 lenkt. Alle Autobahnen im Stadtgebiet wollen wir zusammen mit dem Land Hessen als „Stadtautobahnen“ qualifizieren. Damit ergeben sich erhöhte Anforderungen an Luftqualität und Lärminderung, es ist so aber möglich, dichter als bisher Ein- und Ausfahrten, z.B. zwischen Erbenheim und Nordenstadt zu platzieren. Damit können wir, wie am Mainzer Ring (z. Zt. neun Anschlüsse, A66 im Bereich Wiesbaden nur fünf Anschlüsse) innerstädtische Straßen entlasten.

Außerdem fordern wir weitere Auf- und Abfahrten an der A671, speziell zur Anbindung des Gewerbegebietes Petersweg.

Menschenleben retten, Luft verbessern, Lärm reduzieren mit Tempo 30

Tempo 30 hat eine Vielzahl von Vorteilen:

- Tempo 30 rettet Menschenleben: Kollidiert ein Auto mit Tempo 50 mit einem Fußgänger, hat dieser nur eine Überlebenschance von 30 Prozent. Geschieht der Aufprall dagegen mit Tempo 30, überlebt der Fußgänger in 90 Prozent der Fälle.
- Der Verkehrslärm sinkt, die Gesundheit der Anwohner verbessert sich.
- Gemeinsames Langsamfahren verbessert den Verkehrsfluss. Die Abstände zwischen den Fahrzeugen werden geringer, dadurch wird der verfügbare Straßenraum effizienter genutzt.
- Studien belegen, dass Tempo-30-Bereiche die durchschnittlichen Fahrzeiten nur um 40 Sekunden verlängern.
- Das Radfahren und zu Fuß Gehen wird attraktiver. Als Radfahrerin oder Radfahrer ist es deutlich leichter, im Autoverkehr „mitzuschwimmen“.
- Dem Frankfurter Beispiel folgend, wollen wir den AnwohnerInnen mehr Ruhe in der Nacht geben. Dazu wollen wir ein „Nachttempo 30“ einführen.
- Auch die Errichtung von Lärmschutzwällen und deren Begrünung werden wir weiter vorantreiben.

Die GRÜNEN wollen die auf Bundesebene neu geschaffenen Spielräume zur Ausweitung von Tempo 30 zeitnah nutzen, damit auch in Wiesbaden möglichst viele Menschen – gerade auch Kinder und Ältere – davon profitieren können. Seine volle positive Wirkung entfaltet Tempo 30 aus Sicht der GRÜNEN dann, wenn es ganztags gilt.

Verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche stärken Einzelhandel und Gastronomie

Daneben wollen die GRÜNEN nach Hamburger und Frankfurter Vorbild ausgewählten Straßen zu sogenannten verkehrsberuhigten Geschäftsbereichen aufwerten – ein relativ neues Konzept, mit dem Hamburg (Neuer Wall) und Frankfurt schon gute Erfahrungen gemacht haben. Verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche können mit Tempo 20 ausgewiesen werden. Von dieser Entschleunigung profitieren nicht nur die Passantinnen und Passanten, sondern v.a. Gastronomie und Einzelhandel. Sinnvoll wäre eine Einführung aus Sicht der GRÜNEN z.B. in der Wellritzstraße.

Innenstadt vom Parkdruck entlasten

Der öffentliche Raum ist gerade in der Innenstadt knapp und kostbar. Er sollte möglichst effizient zum Wohle aller Wiesbadenerinnen und Wiesbadener genutzt werden – auch derjenigen, die sich kein Privat-Auto leisten können oder wollen. Es kann deshalb kein Grundrecht auf kostenlose öffentliche Parkplätze geben.

Derzeit herrschen in Wiesbaden vielerorts noch falsche Anreize vor: Mehrere Stunden in der Innenstadt zu parken ist billiger, als mit der Familie per Bus zu fahren. Das trägt dazu bei, dass ein großer Anteil des öffentlichen Raums dauerhaft durch Blech belegt wird. Parkraum sollte deshalb in der Regel bewirtschaftet und angemessen bepreist werden.

Zweitens wollen die GRÜNEN das Anwohnerparken Schritt für Schritt von der Innenstadt ausgehend ausweiten. Diese Kombination aus **Anwohnerparken und Parkraumbewirtschaftung** wird vom Deutschen Institut für Urbanistik (DifU) empfohlen, um den Parksuchverkehr zu reduzieren. Dieser ist in unseren Städten für ca. 50 Prozent des stockenden Verkehrs verantwortlich. Wenn der Anreiz wegfällt, vielleicht doch irgendwo einen Gratis-Parkplatz zu ergattern, wird damit jede Menge unnötiges Herumfahren eingespart (Quelle: <http://www.difu.de/publikationen/2015/push-pull.html>).

Um die Innenstadt vom Autoverkehr zu entlasten, setzen sich die GRÜNEN außerdem dafür ein, mehr attraktive **Park & Ride** Umsteigepunkte an den Stadträndern einzurichten.

Eine starre Stellplatzsatzung ist nicht mehr zeitgemäß. Andere Städte, z.B. Offenbach, haben bessere Lösungen gefunden. Wir verfolgen das Ziel im öffentlichen Raum mehr Platz für Rad und Bus sowie für Fußgänger/innen zu schaffen. Daher muss ein Werkzeug sein, den Parkraum aus dem öffentlichen Raum zu verlagern. Das bedeutet, dass auf Stellplatznachweise nicht verzichtet werden kann.

Platzsparend und effizient: Carsharing fördern

Private Autos stehen in den Städten durchschnittlich 23 von 24 Stunden am Tag ungenutzt herum. Viel effizienter und platzsparender ist Carsharing: Hier ersetzt ein Carsharing-Auto rechnerisch 5-10 Privat-Autos. Sobald die Bundesregierung dies endlich rechtlich ermöglicht, wollen die GRÜNEN deshalb im öffentlichen Parkraum reservierte Parkplätze für Carsharing schaffen. Stationsbasierte Konzepte sind dabei wegen ihrer besseren Umweltbilanz gegenüber Free Float-Anbietern zu bevorzugen. Bei allen größeren Projekten der städtischen Wohnbaugesellschaften und der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) sollen Carsharing-Parkplätze von vornherein integriert werden. Dadurch sinkt der Stellplatzbedarf insgesamt und die Nachbarschaft wird vom Parkdruck entlastet. Als Vorbild können hier z.B. Projekte der Frankfurter Wohnungsbaugesellschaft ABG dienen.

Elektro-Autos

Elektro-Autos können – sofern ausschließlich mit Ökostrom betrieben – helfen, den Ausstoß von Luftschadstoffen zu senken. Allerdings verbraucht ein Elektro-Auto genauso viel Platz wie ein Verbrenner-Auto. Es leistet somit keinen Beitrag dazu, unsere überfüllten Straßen und Parkplätze zu entlasten. Besondere kommunale Privilegien, etwa die Mitbenutzung der Busspur, sehen wir daher als nicht gerechtfertigt an.

7. City-Logistik & Lieferverkehre

Unsere Stadt leidet nicht nur unter Autoverkehr, sondern auch unter LKWs und Transportern. Selbstverständlich müssen die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener mit Waren versorgt werden. In den letzten Jahren sind die Auswüchse allerdings immer unerträglicher geworden – und leider auch gefährlicher. Zudem sind LKWs die Hauptverursacher von Straßenschäden und -Versleiß – mit immensen Kosten für die Allgemeinheit. Besonders ärgerlich sind die täglich 1.300 LKWs, die weder ihren Start-, noch ihren Zielort in Wiesbaden haben, sondern unsere Innenstadt nur als Transit-Route benutzen. Deshalb setzen die GRÜNEN sich weiterhin für ein wirksames **LKW-Durchfahrtsverbot** ein.

Lieferverkehre werden in Zukunft weiter zunehmen - auch durch den florierenden Online-Handel. Diese Entwicklung können wir kommunal nur geringfügig beeinflussen. Was wir hier in Wiesbaden tun können: die gefährlichen Situationen reduzieren, die entstehen, wenn Transporter in zweiter Reihe, auf Radwegen oder Bürgersteigen stehen. Die GRÜNEN schlagen dafür den **Lösungsansatz „Ladezone“** nach Berliner Vorbild vor. An ausgewählten Stellen werden einige Auto-Parkplätze zu Ladezonen umgewidmet, die montags bis samstags tagsüber für Lieferverkehre reserviert sind. Kenntlich gemacht werden sie per Beschilderung und gut sichtbarer Bodemarkierung.

Die neuen Ladezonen sollten für den entsprechenden Zeitraum mit einem absoluten Halteverbot für Autos belegt werden, damit gesichert ist, dass die Flächen auch tatsächlich dem Lieferverkehr zur Verfügung stehen. Abends, nachts und sonntags können die Ladezonen dann als Anwohner-Parkzone genutzt werden.

Zur Lösung gehört dazu, dass die Stadt, sobald legale und verlässliche Ladezonen geschaffen sind, konsequent gegen das gefährliche Parken in der zweiten Reihe, auf Radwegen oder dem Bürgersteig vorgeht.

Daneben wollen wir die Zustellfirmen dazu motivieren, kleinere Lieferwagen einzusetzen - die wenigsten Transporter sind nämlich voll ausgelastet. Für die sogenannte "Letzte Meile" gibt es zudem schon erfolgreiche Pilotprojekte mit **Elektro-Lastenrädern**. Einen solchen Test wünschen die GRÜNEN sich auch für Wiesbaden. Denn: Eine Studie hat errechnet, dass 51 Prozent des Lieferverkehrs in europäischen Städten problemlos auf Lastenfahräder verlagert werden könnte.

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass innovative, saubere und platzsparende **Logistik-Konzepte** – wie z.B. Kiezkaufhaus, bei dem Lebensmittel und andere Produkte lokaler Wiesbadener Läden per Lasten-Elektro-rad ausgeliefert werden – von der Stadt mit aller Kraft unterstützt werden.

Wir wollen ein geeignetes stadtnahes Neubau- oder Konversionsvorhaben der Wiesbadener Wohnbaugesellschaften aussuchen, um es zum Modellprojekt für zukunftsweisende Mobilität und Logistik zu machen. Integriert sein soll drin ein **Lastenrad-Verleihservice** für die Bewohner (den auch andere Bürger nutzen können). Als Vorbild kann das preisgekrönte Projekt „Leben im Westen“ in Frankfurt-Höchst dienen.

Projekte zum Kapitel Verkehr

Ein steigungsarmer Radschnellweg zwischen Innenstadt, Biebrich, Kastel und Mainz

Zehntausende Menschen pendeln täglich mit dem Auto zwischen Wiesbaden und Mainz. Staus, Lärm, schlechte Luft und hoher Zeitverlust sind die Folge. Dabei ist die Mainzer Innenstadt gerade mal 9 Kilometer vom Wiesbadener Hauptbahnhof entfernt – eine Strecke, die eigentlich problemlos mit dem Fahrrad zu meistern wäre. Das Problem: Die Mainzer Straße endet in einer Autobahn, die Biebricher Allee ist durch Autoverkehr, unzählige Einmündungen und ihre Steigung eine Abenteuer-Route. Auch der Weg in unseren größten Stadtteil Biebrich sowie nach Kastel, Kostheim und Amöneburg ist dadurch unattraktiv.

Die GRÜNEN werden sich für den **Bau des Salzachtal-Radwegs** stark machen. Dieser soll zwischen Hauptbahnhof und Liliencarree beginnen und von dort aus neben den Bahngleisen nach Süden führen. Kurz hinter der Kläranlage führt ein Abzweig nach rechts nach Biebrich. Die Hauptstrecke geht weiter geradeaus, nutzt den bestehenden Radstreifen auf der Kasteler Straße und biegt schließlich zum Rheinufer ab. Der Rhein wird auf der vorhandenen Bahnbrücke, der „Kaiserbrücke“, überquert. Diese wird auf beiden Rheinseiten mit komfortablen Rampen ausgestattet, sodass niemand mehr sein Rad umständlich Treppen hoch- und runter tragen muss. Und schon ist die pulsierende Mainzer Neustadt erreicht – und von dort aus dank gut ausgebautem Fahrradnetz ganz Mainz.

Während über die Biebricher Allee ein Höhenunterschied von 50 Metern zu bewältigen ist, kommt der neue Radschnellweg fast ohne Steigungen aus. Den GRÜNEN ist wichtig, dass der Radschnellweg mit möglichst wenigen Kreuzungen auskommt, einen bequem zu fahrenden Belag erhält und ausreichend beleuchtet wird. So wird das GRÜNE Ziel Realität: selbst bei lockerem Tempo 20 in weniger als einer halben Stunde sicher und entspannt nach Mainz zu fahren.

Wiesbaden-Süd – Attraktiver S-Bahn-Zugang für 50.000 Menschen in Biebrich, Schierstein und Amöneburg

Der derzeitige Bahnhof Wiesbaden-Ost wirkt auf den ersten Blick überflüssig: Scheinbar im Niemandsland gelegen, kaum genutzt, mangelhafte Bus-Vernetzung mit dem Umfeld, keine Rad-Abstellplätze, die Unterführung in desolatem Zustand. Anstatt hier ein- oder auszusteigen, nehmen S-Bahn-Pendler aus unseren südlichen Stadtteilen lieber den Umweg über den Hauptbahnhof in Kauf – oft in überfüllten Bussen - oder sie bleiben gleich beim Auto. Dabei hätte der Bahnhof Wiesbaden-Ost eigentlich die ideale Lage, um Biebrich (1 km) und Schierstein (4,5 km) vernünftig ans S-Bahn-Netz anzubinden.

Im Berufsverkehr halten beeindruckende 6 S-Bahnen pro Stunde und Richtung im Bahnhof Wiesbaden-Ost. Die GRÜNEN wollen, dass mehr Menschen von diesem Vorteil profitieren können. Wir wollen den Bahnhof zum zentralen, attraktiven Umsteigepunkt zur S-Bahn für die Einwohner von Biebrich, Schierstein und Amöneburg aufwerten.

Eine schnelle Busverbindung soll den Bahnhof direkt mit Biebrichs und Schiersteins Zentren verbinden. Die vorhandene Haltestelle der Buslinien 6, 33 und 39 muss näher an den Bahnhof rücken. Fahrradwege und Radspuren sollen ausgebaut werden, so dass der Bahnhof mit dem Rad von Biebrich in 3 Minuten und von Schierstein in 15 Minuten sicher und bequem erreichbar ist.

Um mehr Menschen zum Umstieg auf die Bahn zu bewegen, muss auch der Bahnhof selbst sein Gesicht verändern: Die Unterführung muss saniert, besser beleuchtet und barrierefrei gestaltet werden. Überdachte Fahrrad-Stellplätze müssen geschaffen werden. Wünschenswert wären weiter ein Kiosk, eine Lademöglichkeit für Pedelecs, eine Leihrad-Station und Carsharing-Plätze.

Die neue Bedeutung dieses Bahnhofs soll mit einem neuen Namen „Bahnhof Wiesbaden-Süd“ zum Ausdruck kommen.

Verknüpfungspunkte ÖPNV/Individualverkehr

Park and Ride und Bike and Ride

Um den Pendlerverkehr nach Wiesbaden in den Griff zu bekommen, muss die Zahl der Autos, die in die Stadt hineinfahren, reduziert werden.

Die GRÜNEN fordern, dass hierzu in Kooperation mit den Nachbarkommunen vermehrt Park and Ride Plätze eingerichtet werden. Diese Plätze müssen möglichst nah an der Quelle des Verkehrs geschaffen werden, um eine wirkungsvolle Entlastung im Straßenraum zu erreichen. Außerdem müssen sie eine gute Anbindung an den ÖPNV haben und sie sollen möglichst auch an das Radwegenetz angebunden sein (Bike and Ride).

Vorschläge für Park and Ride-Plätze:

- WI-Schierstein - Pendler aus dem Rheingau (Entlastung Kahle Mühle)
- Taunusstein - Pendler aus Bad Schwalbach, Taunusstein - Busspur für Regionalbusse nötig
- Platte (Parkplatz vorhanden) - Pendler aus Taunusstein-Ost, Idstein - Busspur für Regionalbusse nötig
- Rhein-Main-Theater Niedernhausen - Pendler aus Niedernhausen, Idstein - Reaktivierung des Haltepunkts der Ländchesbahn nötig
- Zwischen Nordenstadt und Delkenheim - Pendler aus dem Main-Taunus-Kreis - Nahverkehrshalt an der ICE-Trasse mit entspr. Angebot nötig
- Mainzer Straße (Stadteingang) - Pendler aus Bereichen südlich von WI

Dafür ist ein Kombi-Ticket für ÖPNV-Nutzung und Parkgebühren anzubieten.

Freigegebene Einbahnstraßen sicherer machen und ausweiten

Beim ADFC-Fahrradklimatest hat Wiesbaden nur in einer einzigen Kategorie ordentlich abgeschnitten: bei der Freigabe von Einbahnstraßen in Gegenrichtung. Eigentlich eine gute Grundlage, damit das Rad seinen Schnelligkeitsvorteil in der Stadt auch ausspielen kann. Der Haken: Trotz entsprechender Schilder sind AutofahrerInnen immer wieder überrascht, wenn man als RadlerIn dieses Recht auch in Anspruch nimmt - sei es aus Unwissenheit, aus Unachtsamkeit oder wegen schlechter Sicht, weil die Ein- und Ausmündungen illegal bis zum Rand zugeparkt sind. Das führt zu unnötigen gefährlichen Situationen.

Die wirksamste Verbesserung kostet nur etwas Farbe: In Frankfurt weisen einfache **Rad-Piktogramme auf dem Boden** alle paar Meter die AutofahrerInnen darauf hin, dass ihnen jederzeit jemand entgegenkommen kann. Dies wollen die GRÜNEN schnellstmöglich auch hier umsetzen. Einmündungen auf Hauptstraßen wollen wir mit größeren Markierungen kennzeichnen. Als RadfahrerIn fühlt man sich so sicherer und nicht unter Rechtfertigungsdruck bei einer Begegnung. Gefährliche Sichtbehinderungen durch wild parkende Autos an Einmündungen müssen durch effektive **Kontrollen** und Ahndung entschärft werden. Notfalls müssen kritische Eckbereiche durch Poller o.ä. freigehalten werden.

Außerdem muss der Radverkehr in Gegenrichtung bis zum nächsten Kreuzungsbereich geplant werden: Wenn das Ende einer freigegebenen Einbahnstraße erreicht ist, muss es sicher, eindeutig und komfortabel weitergehen, ohne dass man mitten auf der Straße absteigen und über mehrere Fußgängerampeln schieben muss.

Daneben setzen sich die GRÜNEN dafür ein, dass die **Freigabe weiterer Einbahnstraßen** nachgeholt wird, z.B. der Wellritzstraße, der kompletten Karlstraße und der Einbahnstraßen in Bierstadt.

Moritz- und Oranienstraße entschleunigen – Ein Gewinn für AnwohnerInnen, Einzelhandel, Gastronomie und Radverkehr

Moritz- und Oranienstraße sind wichtige Wohn- und Geschäftsstraßen. Leider werden sie zu oft als innerstädtische Rennstrecken missverstanden – mit hohem Lärmpegel und zuletzt 2014 wieder einem tödlichen Unfall. Dabei sind die zentrale Lage, die dichte, teils gründerzeitliche Bebauung, die vielen kleinen Läden und eine gut gemischte Bevölkerung beste Voraussetzungen für ein urbanes, lebenswertes Quartier. Dazu müssen aber die Auswüchse des Autoverkehrs korrigiert werden. Dieses Ziel deckt sich auch mit den Wünschen der Anwohnerinnen und Anwohner bei der Bürgerbeteiligung Innenstadt-West ("aktive Kernbereiche").

Um Anwohnerinnen und Anwohner vom Lärm zu entlasten und die lokalen Einzelhändler und Gastronomen zu unterstützen, wollen die GRÜNEN in Moritz- und Oranienstraße **Tempo 30** einführen. Damit erhöhen wir die Verkehrssicherheit und die Aufenthaltsqualität. Wo sich Menschen gerne aufhalten, kaufen sie auch gerne ein oder trinken einen Kaffee. Bei Tempo 30 können außerdem RadfahrerInnen sicherer im Autoverkehr „mitschwimmen“ und fühlen sich weniger bedrängt. Auch für FußgängerInnen, speziell für Kinder, würde das Quartier angenehmer und sicherer.

Außerdem wollen wir die Oranienstraße mit einem **Radweg in Gegenrichtung** ausstatten, wie z.B. in der Adolfstraße. Platz dafür wäre genug: Derzeit sind für eine Einbahnstraße beachtliche 4-5 Spuren (davon 2 Parkspuren) dem motorisierten Verkehr vorbehalten. Ein Radweg in Gegenrichtung führt zu besserer Erreichbarkeit und weniger Fuß-Rad-Konflikten auf dem Gehweg.

Zudem fordern wir eine Ordnung und Bündelung der oft wild auf der Straße parkenden Lieferverkehre. Nach Frankfurter Vorbild könnten spezielle Parkbereiche ausgewiesen werden, die tagsüber als Ladezone dienen und abends und nachts zum Anwohnerparken.

Mobilitäts-Anreize für Neubürger

Wer heute täglich mit dem Auto zur Arbeit oder zum Einkaufen fährt, bleibt in der Regel dabei. Selbst dann, wenn Bus oder Fahrrad rational betrachtet die besseren oder preisgünstigeren Alternativen sind. Zusätzlich zu den „harten Maßnahmen“, also Infrastruktur-Verbesserungen, müssen wir deshalb auch „weiche Maßnahmen“, also psychologische Anreize, setzen. Eine Studie der Europäischen Union hat nun herausgefunden, wann Menschen am ehesten ihr Mobilitätsverhalten ändern: Wenn sie den Arbeitsplatz wechseln bzw. in eine andere Stadt ziehen.

Jedes Jahr ziehen 5.000 Neubürgerinnen und Neubürger nach Wiesbaden. Sie bekommen von der Stadt eine Neubürger-Zeitung, die jedoch kaum Informationen zur Mobilität enthält. Die GRÜNEN wollen diese bisher vertane Chance nutzen: Zur Zeitung soll eine **Mappe** gepackt werden, die zum Ausprobieren des Bus-, Bahn-, Rad- und Fußverkehrs in der neuen Stadt animiert. Enthalten sein sollte ein **Bus-Netzplan** und eine Karte mit **Fuß- und Fahrrad-Verbindungen**, aber auch **Gutscheine** für eine Schnupper-Wochenkarte für den Bus, für Carsharing und – sobald flächendeckend eingeführt – das städtische Fahrradverleihsystem. Um die Kosten zu begrenzen, soll die Stadt hier mit ESWE Verkehr und entsprechenden anderen Anbietern kooperieren. Diese profitieren ja im Erfolgsfall von neuen Kundinnen und Kunden. Aufbauen können wir auf die guten Erfahrungen, die München mit seinem Neubürger-Konzept 'Gscheid Mobil' oder Frankfurt mit seinem Paket mit Schnuppertickets gemacht haben.

In den nächsten 5 Jahren könnten so 25.000 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener zum besten psychologischen Zeitpunkt angesprochen werden, um ihnen umweltfreundliches Verkehrsverhalten so leicht wie möglich zu machen.

Ein städtisches Fahrradverleihsystem für Wiesbaden

Von Schwarz-Rot immer wieder angekündigt, aber auch nach fünf Jahren noch nicht realisiert ist ein städtisches Fahrradverleihsystem. Dabei haben Vorbilder wie Paris und Barcelona bewiesen, dass attraktive Verleihsysteme gerade in Städten mit bisher niedrigem Radverkehrsanteil und schlechten Bedingungen den Radverkehr beflügeln können. In Wiesbaden hat der AStA mit seiner DB Call-a-Bike-Kooperation eine bemerkenswerte Pionierleistung erbracht; allerdings beschränkt auf wenige Stationen und etwas sperrige Räder. Kastel und Kostheim sind teilweise vom Mainzer System MVG MeinRad erschlossen.

Wir GRÜNE wollen den jahrelangen Stillstand durchbrechen und ein einheitliches, komfortables städtisches Fahrradverleihsystem für alle WiesbadenerInnen, aber auch TouristInnen einführen. Die Räder sollen möglichst komfortabel fahrbar sein, die Registrierung und Ausleihe möglichst niedrigschwellig erfolgen. Um die nötige Stationsdichte und Verlässlichkeit zu gewährleisten, sollen vorerst mind. 500 Räder bereitgestellt werden. Später kann das Angebot noch ausgebaut werden. Damit das System auch für Menschen attraktiv ist, die sich weniger anstrengen können oder wollen, soll auch eine gewisse Zahl an Pedelecs (Elektrofahrräder) integriert werden.

Für die GRÜNEN ist klar: Ein Radverleihsystem ersetzt nicht den dringend notwendigen Ausbau der Infrastruktur. Es ist aber ein wichtiger Baustein für die Verknüpfung von Verkehrsmitteln, es kann z.B. das Einzugsgebiet von Bahn-Haltepunkten erweitern. Zudem hilft es, die Sichtbarkeit des Radverkehrs zu erhöhen (über die Räder, aber auch über Stationen).

Eine Kompatibilität mit dem Mainzer System ist wünschenswert, aber nicht um jeden Preis. Anzustreben sind möglichst faire Konditionen für die Studierenden der Hochschule Rhein-Main, da diese wichtige ErstnutzerInnen sind bzw. sein werden.

Stadtteil Südost: Zuwegung zum Bereich Schlachthof

Der stark frequentierte Bereich Schlachthof/ Kreativfabrik/ Murnau-Filmtheater sowie die dort ansässigen Firmen sind nur über einen Trampelpfad an die nächstgelegene Bushaltestelle in der Mainzer Straße angebunden. Wir GRÜNE wollen, dass dieser Weg ausgebaut wird, um eine optimale ÖPNV-Anbindung zu erreichen. Darüber hinaus sollen einzelne Fahrten, wie heute schon die Linie N 10, direkt am Schlachthof beginnen und enden.

Stadtteil Rheingauviertel/Hollerborn: BewohnerInnenparken ausdehnen

Wir GRÜNE wollen das BewohnerInnenparken auch auf die Gebiete von Rheingauviertel / Hollerborn und Künstlerinnenviertel ausdehnen, um die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt mehr und mehr zu vervollständigen.

C - Wohnen in Wiesbaden

1. Bezahlbarer Wohnraum für alle

Wohnen ist ein **Grundbedürfnis**, dessen Befriedigung für immer mehr Menschen zum großen Problem wird. Die Mieten haben in den Großstädten und Ballungsräumen längst eine Höhe erreicht, die auch für Bezieherinnen mittlerer Einkommen nicht mehr erschwinglich ist. Für die von prekärer Beschäftigung und der Ausweitung des Niedriglohsektors Betroffenen ist die Lage noch schwieriger.

Mieterhaushalte am unteren Ende der Einkommenskala werden **aus ihren gewohnten Quartieren verdrängt**. Und während statistisch der Wohnflächenverbrauch pro Kopf steigt, müssen sich diese Menschen mit weniger Raum zum Wohnen begnügen. Dies hat Auswirkungen über die aktuelle Situation der Haushalte hinaus. Beengte Wohnverhältnisse können für Kinder zu einer deutlichen Beeinträchtigung ihrer Bildungs- und Teilhabechancen führen. Die zunehmende soziale Spaltung zeigt sich auch in der Wohnungsraumsversorgung.

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen in einer verfehlten liberalisierten Wohnungspolitik und einer seit vielen Jahren völlig unzureichenden Förderung zum Erhalt und Ausbau von günstigem, insbesondere sozial gebundenem Wohnraum durch Bund und Land. Eine Politik, die nicht berücksichtigt, dass Wohnraum für Alle nicht durch private Investitionen alleine zu erreichen ist. Wir GRÜNE begrüßen deshalb, dass die Hessische Landesregierung unter GRÜNEN Beteiligung umgesteuert hat und die soziale Wohnraumförderung, die Förderung von Wohnraum für Studierende und für Haushalte mit mittleren Einkommen deutlich gestärkt hat.

Doch ein Grundproblem bleibt: Der Markt alleine ist nicht in der Lage, den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken.

Es reicht aber nicht, allein auf Landesebene die richtigen Weichen zu stellen – ohne eine grundlegende Neuausrichtung der Wohnungspolitik auf allen Ebenen wird die problematische Wohnraumversorgung für wachsende Teile der Bevölkerung nicht zu bewältigen sein. Einzelmaßnahmen reichen dazu nicht aus. Die Mietpreisbremse z.B. wurde von der Großen Koalition im Bund zu spät beschlossen, sie gilt nicht für Neubauten und nicht für umfassende Modernisierungen. Gerade letztere führen aber oft zu Vertreibung von Mietern. Auch bei Wohnungen, deren Miete schon vor Einführung der Mietpreisbremse überteuert war, gilt die neue Regelung nicht.

Für die Ausgestaltung der Wohnungspolitik ergeben sich noch weitere Aspekte und Schnittstellen zu anderen Politikbereichen. Gesundes Wohnen setzt z.B. eine sorgfältige Auswahl der Baustoffe voraus, energieeffizientes Wohnen senkt die Wohnkostenbelastung und schont die Umwelt. Flächensparende und Autoverkehr vermeidende Stadtentwicklungskonzepte ermöglichen eine Stadt der kurzen Wege und verhindern weitere Zersiedelung. Neue Wohnformen und Wohninitiativen geben veränderten Lebensstilen Raum und tragen zur Vermeidung von sozialer Isolation nicht nur im Alter bei.

Wiesbaden ist von der oben skizzierten Entwicklung nicht ausgenommen. **Unsere Stadt gehört zu den teuersten Wohnstädten in Deutschland.**

Während nahezu ein Drittel der Haushalte in der Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus liegen und Tausende als Wohnungssuchende registriert sind, sinkt die Zahl der Sozialwohnungen infolge auslaufender Bindungen seit vielen Jahren rapide. Gab es Anfang der 90er Jahre noch rd. 25.000 Sozialwohnungen in Wiesbaden, sind es heute weniger als 10.000. Angesichts der geringen Zahl neugebauter Sozialwohnungen wird sich dieser Trend weiter fortsetzen. Allein bei den städtischen Wohnungsgesellschaften sind in den letzten Jahren über 100 Wohnungen pro Jahr aus der Bindung gefallen.

Neu gebaut werden vor allem hochpreisige Wohnungen. Dies sind entweder Eigentumswohnungen oder oft Mietwohnungen mit einem Mietpreis von mehr als 10 Euro pro Quadratmeter. Ehemalige Sozialwohnungen werden nach Ende der Mietpreisbindung zu deutlich höheren Mietpreisen neu vermietet. Bei Wohnungen im Besitz der städtischen Wohnungsgesellschaften ist die Erhöhung auf den Mittelwert des Mietspiegels gedeckelt. Selbst dieser Wert ist inzwischen für viele Haushalte in Wiesbaden, insbesondere Familien, zu hoch. Für zahlreiche Haushalte bedeutet bereits eine Kaltmiete von 6.- Euro/qm eine Brutto-Wohnkostenbelastung von rd. 40% des verfügbaren Einkommens. Hinzukommen noch Nebenkosten, insbesondere Heizkosten.

Wir brauchen nicht einfach Wohnraum – wir brauchen bezahlbare Wohnungen für alle!

Auch wenn auf kommunaler Ebene allein die Probleme der Wohnungsversorgung nicht überwunden werden können, so müssen dennoch alle Anstrengungen unternommen werden, um die Situation zu entspannen. Hierzu gehören insbesondere folgende Punkte:

Es müssen in Wiesbaden mehr Sozialwohnungen neu geschaffen werden als durchschnittlich in den letzten Jahren. Die sozialen Bindungen können durch Neubau und Sanierungsförderung, aber auch durch Ankauf von Belegrechten erworben werden.

Bei privat finanzierten Neubauprojekten von mindestens 20 Wohneinheiten sind verbindlich **mindestens 30 Prozent Sozialwohnungen** zu realisieren. Diese dürfen nicht ausgelagert werden, sondern müssen also vor Ort im Baugebiet realisiert werden. Vom Mindestanteil von 30 Prozent darf nur abgewichen werden, wenn in einem Quartier bereits ein hoher Anteil an sozialen Bedarfslagen vorhanden ist.

Die Bestandspolitik muss auf den Erhalt preiswerten Wohnraums ausgerichtet sein. Hierbei muss bedarfsweise die gesamte Palette der rechtlichen Möglichkeiten eingesetzt werden (z.B. innovative Anwendung der Erhaltungssatzung, Vorkaufsrechte).

Maßnahmen der Stadtentwicklung (Aufwertungen) müssen frühzeitig hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Mieten untersucht werden und behutsam erfolgen.

Öffentliche Wohnungsgesellschaften, insbesondere diejenigen im kommunalen Besitz, verstehen wir als Instrumente einer sozialen Wohnungspolitik. Sie müssen konsequent nach entsprechenden Grundsätzen arbeiten. Einen Verkauf dieser Gesellschaften oder von Anteilen an ihnen lehnen kategorisch ab. Ebenso eine Abführung von Gewinnen, z.B. an die städtische Holding oder öffentliche Haushalte. Stattdessen sollten eventuelle Gewinne investiert werden, um weitere bezahlbare Wohnungen bereitzustellen.

Zur Finanzierung soll auch die **Fehlbelegungsabgabe** dienen, für deren Wiedereinführung wir GRÜNE uns erfolgreich eingesetzt haben. Sie ist ein wichtiges Instrument für mehr Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt und sollte auch in Wiesbaden unmittelbar umgesetzt werden.

Die Orientierung der Miete für nicht preisgebundene Wohnungen der städtischen Gesellschaften am Mietspiegelmittelwert bedeutet für viele Haushalte eine nicht tragbare Belastung. Der Mietspiegel wird nur durch die neuen Mietvereinbarungen der letzten 4 Jahre gebildet, er zeigt also keinen Mittelwert der Mieten, sondern die jüngste Mietenentwicklung. Dies ist kein Maßstab für eine soziale Wohnungspolitik.

Die Gesamtzahl der Wohnungseinheiten der städtischen Gesellschaften muss im öffentlichen Besitz der Stadt Wiesbaden bleiben. Wichtig ist, dass die Anzahl der im Besitz befindlichen Wohneinheiten nicht schrumpft sondern wenn möglich steigt.

Die Realisierung von **Wohnmodellen** ist von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu unterstützen. Mieterinnen und Mieter sollen Möglichkeiten erhalten, sich in Fragen der Gestaltung ihrer Wohngebäude und des Umfeldes zu beteiligen.

Viele WiesbadenerInnen sind durch die **Heizkosten** und andere Nebenkosten von einer hohen 'Zweiten Miete' belastet. 40 Prozent der in Deutschland verbrauchten Energie gehen auf das Konto des Gebäudebestands. Um Heizkosten und CO²-Ausstoß zu vermindern, muss in Wiesbaden mehr als bisher getan werden. Die GRÜNEN fordern, dass der Klimaschutzfonds von ESWE die Förderung von energetischen Wohnungssanierungen ausweitet.

Das Wohnungsangebot für **junge Menschen in Ausbildung und Studium** bleibt noch immer weit hinter der Nachfrage zurück. Die – für die bald 15.000 Studierenden in unserer Stadt – vorhandenen 500 Plätze sowie die aktuell geplanten rund 600 zusätzlichen Plätze in Studierendenwohnheimen können den Bedarf von rund 2200 Plätzen nur etwa zur Hälfte decken. Deshalb ist der Bau weiterer Wohnheime mit preisgünstigen Unterkünften notwendig. Die schon geplanten neuen Studierendenwohnungen müssen schnell realisiert werden. Neue Wohnheime sollen möglichst zentrumsnah entstehen. Die Hochschulen, die Stadt und der AStA sollen darüber hinaus weiter bei privaten Vermietern für bezahlbare Vermietung an Studierende werben.

2. Raum und Unterstützung für Wohninitiativen - alternative Wohn-, Bau- und Lebensformen ermöglichen

Alternative Wohnkonzepte sind in der breiten Bevölkerung noch weitgehend unbekannt. Sie bekannter zu machen, ist ein Ziel GRÜNER Bestrebungen. Denn so vielfältig wie die Menschen, die sich in Wohninitiativen zusammenfinden, so vielfältig sind die Motive dafür. Neue Wohnkonzepte bieten die Chance weniger anonym, vereinzelt und fremdbestimmt zu leben. Gleichzeitig eröffnen sich Chancen für gegenseitige Unterstützung, gemeinsame Nutzung von Räumen, Geräten und Fahrzeugen. Darüber hinaus ergibt sich eine höhere Flexibilität in der Wohnungswahl innerhalb eines Projekts, so kann ein selbstbestimmtes Wohnen im vertrauten Umfeld auch bei geänderten persönlichen Verhältnissen erhalten bleiben.

Wir GRÜNE setzen uns deshalb dafür ein, dass genossenschaftliche Bauherrenmodelle, Wohnungsinitiativen und Projekte des Mehrgenerationen-Wohnens, bei denen soziale und ökologische Verantwortung im Vordergrund stehen, kommunal unterstützt werden. Dies gilt sowohl für die Begleitung bei der Projektkonzeption (Unterstützung des „Runden Tisch“), bei der Suche nach geeigneten Immobilien bzw. Grundstücken als auch in allen Genehmigungsfragen. Bei der Vermarktung von städtischen Immobilien oder Grundstücken sind Wohninitiativen echte Chancen des Erwerbs einzuräumen.

Wohninitiativen sind ein großer Gewinn für die Stadt, durch sie wird die soziale Vernetzung und Verantwortung in der Gemeinschaft aber auch im Umfeld gestärkt. Ein willkommener Nebeneffekt einer gemeinschaftlichen Nutzung vor allem der Nebenräume oder der Fahrzeuge ist ein deutliche Gewinn des Lebensqualität für alle in der näheren Umgebung - durch weniger Flächenverbrauch und durch weniger Individualverkehr.

D - Energiewende und Klimaschutz: Wiesbaden hat Vorbildfunktion

1. Einleitung

Der Klimawandel bedroht unsere Existenz - auch in Wiesbaden. Weil für ein Gegensteuern wenig Zeit bleibt, müssen Energiesparen, Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energie rasch vorangetrieben werden. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich Klimaschutzziele gesetzt: Gegenüber 1990 soll bis 2020 der Energieverbrauch um 20 Prozent gesenkt und der Anteil an Erneuerbarer Energie auf 20 Prozent gesteigert werden. Aber dieses Ziel wird Wiesbaden weit verfehlen, wenn die derzeitigen Anstrengungen nicht massiv verstärkt werden. Für eine umfassende Energiewende bedarf es nicht nur verstärkter politischer Anstrengungen. „Energie einsparen“ und „Energie regenerativ erzeugen“ müssen als eine der vordringlichsten kommunalen Aufgaben wahrgenommen werden. Was sich dazu ändern muss, sind Einstellungen, gelebte Werte und das Verhalten im Zusammenhang mit dem Thema Energie.

2. Was können wir in Wiesbaden tun?

Weniger CO₂ erreicht man durch Energieeinsparung und CO₂-neutrale Energieproduktion. Zunächst gilt es, alle Potenziale vor Ort möglichst vollständig auszuschöpfen. Die effektivste, umweltfreundlichste und meist auch die billigste „Energiequelle“ ist das Energiesparen. Für einen wirkungsvollen Klimaschutz muss diese Ressource in Zukunft in viel stärkerem Maße genutzt werden als bisher. Weiterhin ist Windenergie die zur Zeit kostengünstigste Art, Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Wir GRÜNEN werden alle Möglichkeiten ihres Einsatzes deshalb gezielt nutzen. Genauso machen wir uns dafür stark, die Potenziale der Solarenergie, der Biomasse-Nutzung und der Geothermie auszuschöpfen.

Doch selbst wenn wir in der Region gezielt Energie sparen und in den Aufbau einer Infrastruktur für erneuerbare Energien investieren, wird es notwendig sein, Energie zuzukaufen. Diese Zusatzmengen sollten in zunehmendem Maße und soweit wie möglich aus erneuerbaren Quellen und aus Regionen mit einem Überschuss an Energie stammen. Die vorübergehend noch notwendige fossile Energie sollte möglichst umwelt- und klimafreundlich sein.

3. Klimaschutzziele

3.1. 20-20-20 - eine ernüchternde Bilanz

Das 20-20-20-Ziel verfehlt Wiesbaden deutlich und uneinholbar. Statt 2013 wie geplant 13 % weniger Energie zu verbrauchen, hat Wiesbaden laut Klimaschutzbericht (2015) 2013 gegenüber 1990 insgesamt 6 % mehr Energie verbraucht. Den größten Anteil an diesem Anstieg hat der Verkehr mit einem Plus von 12%. Die privaten Haushalte steigerten ihren Energieverbrauch um 7%. Auch umgerechnet auf den Energieverbrauch pro EinwohnerIn ist kein Rückgang zu verzeichnen. Nach wie vor verbraucht jede und jeder WiesbadenerIn rund 33,3 MWh – genauso viel wie 1990. Während Kohle als Wärmequelle durch Gas ersetzt wurde (+ 20 % gegenüber 1990) stieg der Stromverbrauch um 22%, der Kraftstoffverbrauch um 10 %.

Insgesamt lassen sich drei Hauptursachen für das Verfehlen der Einsparzielen der Stadt ausmachen: die Steigerungen im Individualverkehr, beim Güterverkehr und beim Stromverbrauch der privaten Haushalte. Hier gilt es bei der Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen Prioritäten zu setzen.

Keine großen Fortschritte macht die Landeshauptstadt auch bei der Verringerung ihres CO₂-Ausstoßes. Zwar wurde der Anteil der Erneuerbaren Energiequellen von 20 GWh 1990 auf 490

GWh 2013 enorm gesteigert und der Pro-Kopf Ausstoß an CO₂ ging im gleichen Zeitraum um 5 % zurück. Aber jede und jeder WiesbadenerIn produziert nach wie vor 10,2 Tonnen des Klimagases und damit 700 kg mehr als ein durchschnittlicher Bundesbürger mit 9,5 Tonnen (zum Vergleich: Das Leitszenario des Bundesumweltministeriums geht von einer Zielmarke von 4,6, Tonnen 2030 aus). Auch hier sind der Verkehr im privaten wie im Güterbereich die Ursache dafür, dass sich der Ausbau der Erneuerbaren und der Umstieg von Kohle auf Gas nicht deutlich positiver auf die CO₂-Bilanz auswirken.

Dass Wiesbaden seine Ziele bei der Verringerung des CO₂-Ausstosses nicht erreicht, liegt auch daran, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien regelrecht verschlafen wurde. Erneuerbare Energien hatten 2013 nur einen Anteil von 5,25 % unter allen Energieträgern in Wiesbaden. Beim Strom erreichten die Erneuerbaren zusammen sogar nur einen Anteil von 9 % (im Bund immerhin 25,5 %).

Bis auf die Nutzung der Biomasse konnte Wiesbaden bei keinem anderen erneuerbaren Energieträger auch nur annähernd den Bundesdurchschnitt erreichen. Besonderen Nachholbedarf gibt es vor allem bei der Solarenergie. So werden nur 2,5 % der nach Solarkataster möglichen Flächen auch für die Produktion von Wärme oder Strom genutzt. Alle Fotovoltaik-Anlagen bringen es in Wiesbaden auf nur 0,67 % Stromanteil (im Bund 5,2 %)! Wasserkraft, Thermalwassernutzung und Biogas spielen in Wiesbaden eine noch völlig unbedeutende Rolle. Alle Erneuerbaren in Wiesbaden reduzierten 2013 die CO₂-Emissionen im Strombereich um nur 4 % (116.000 t CO₂/a).

3.2. Wiesbaden im Klima-Bündnis

Schon seit 1995 ist Wiesbaden Mitglied im Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V. (kurz: Klima-Bündnis). Die inzwischen mehr als 1700 Mitglieder des Klima-Bündnisses haben sich u.a. zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 10% alle 5 Jahre und der Halbierung der Pro-Kopf-Emissionen bis 2030 (Basisjahr 1990) verpflichtet. Diese in unserer Stadt wenig bekannte Selbstverpflichtung geht über das häufig kommunizierte 20-20-20-Ziel (20% weniger Gesamtenergieverbrauch und 20% Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis 2020) deutlich hinaus.

Wir GRÜNEN wollen, dass die Selbstverpflichtung als Mitglied des Klima-Bündnisses endlich ernst genommen und im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes konkrete und nachprüfbar Maßnahmen in 5-Jahres-Schritten formuliert werden, wie das Reduktionsziel erreicht werden soll.

3.3. Städtische Maßnahmen CO₂-neutral gestalten

Des Weiteren streben wir GRÜNEN an, alle städtischen Maßnahmen in Zukunft CO₂-neutral zu gestalten. Dazu muss den erneuerbaren Energien im gesamten Stadtgebiet Vorrang gewährt werden. Alle Neubauten sollen mit solarthermischen und/oder fotovoltaischen Anlagen ausgestattet werden. Außerdem sollen die Stadt und ihre Eigengesellschaften die Selbstverpflichtung eingehen, den von ihren Einrichtungen verursachten CO₂-Ausstoß durch die Finanzierung von Aufforstungsmaßnahmen auszugleichen. Um eine finanzielle Selbstüberforderung zu vermeiden, sollen zunächst 10 % des Ausstoßes ausgeglichen und der Prozentsatz nach und nach erhöht werden.

4. Effektive und effiziente Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes

Das integrierte Klimaschutzkonzept schlägt zahlreiche sinnvolle und unterstützenswerte Maßnahmen vor. Wirksam im Sinne des Klimaschutzes werden diese Maßnahmen jedoch nur, wenn sie auch umgesetzt werden. Dies ist leider nicht selbstverständlich. Denn in Bezug auf die notwendigen Aufgaben und Herausforderungen brachte das Klimaschutzkonzept nichts

grundsätzlich Neues. Der Großteil der vorgestellten Maßnahmen war den Fachleuten auch schon vor der Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts bekannt.

Warum wurden denn dann die anstehenden Aufgaben nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit in Angriff genommen?

Wir GRÜNEN glauben, dass die Energiewende als das Mittel für einen erfolgreichen Klimaschutz vielmehr sein muss als reine Symbolpolitik. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die die Mitwirkung aller gesellschaftlichen Bereiche erforderlich macht. Die anstehenden Herausforderungen sind anzunehmen und die Maßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept konsequent und Schritt für Schritt umzusetzen.

5. Administrative Maßnahmen

5.1. Energiewende als Querschnittsaufgabe – Stärkung kommunaler Strukturen in Wiesbaden

Das integrierte Klimaschutzkonzept benennt konkret 89 Aufgaben, die es in sieben Handlungsfeldern zu bewältigen gilt. Es wäre leichtfertig anzunehmen, dass diese vielfältigen und weitreichenden Aufgaben ohne eine Anpassung der administrativen Rahmenbedingungen erfolgreich bearbeitet werden könnten.

Zunächst muss daher verwaltungsintern die notwendige Organisationsstruktur geschaffen werden. Dazu gehört der Aufbau eines **Energierreferats** und ressortübergreifender, kooperierender Arbeitsgruppen.

Klimaschutz muss zudem zur **Chefsache** mit klarer **Prioritätensetzung** innerhalb der Verwaltung werden.

Schließlich braucht Klimaschutz auch die **Bürgerbeteiligung** in Form eines Klimaschutzbeirates und ggfs. weiterer Beteiligungsmöglichkeiten (z.B. runder Tisch).

Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen darf es kein unkoordiniertes Nebeneinander, keine vermeidbaren Doppelarbeiten und keine Zeitfresser in Form überflüssiger Genehmigungsvorbehalte und umständlicher Abstimmungsprozeduren geben. Dort, wo Einzelne und kleine Projektteams mit ihrer hohen Eigenkompetenz an Grenzen stoßen, muss externe Unterstützung so zeitnah heran gezogen werden können, dass das operative Handeln stets im Fluss bleibt.

Was wir brauchen, ist eine durchgängige Kultur des Vertrauens und der wechselseitigen Unterstützung, die von ganz unten bis ganz oben reicht.

Die Energiewende geht alle an. Sie braucht deshalb eine konsequente und intelligente **Öffentlichkeitsarbeit**, die auch in der Lage ist, Bürger für Ideen zu begeistern und bei dem Prozess mitzunehmen. Die ersten richtigen Schritte wurden mit der Einrichtung des Bürgerforums getan. Dies ist jedoch nur ein Teil der zu leistenden Aufgaben. Über die eigenen Aktivitäten und Erfolge berichten kann man nur, wenn man tatsächlich Erfolge vorzuweisen hat. Eine reine Ankündigungspolitik würde langfristig ins Leere laufen und kontraproduktiv wirken. Deshalb ist für die Öffentlichkeitsarbeit das eigene Beispiel der entscheidende Hebel zum Erfolg.

5.2. Einrichtung eines Ausschusses „Energie & Klimaschutz“

Eine der drei Säulen, die zu gewährleisten hat, dass die Energiewende gelingt, ist die Stadtpolitik in Wiesbaden. Um einerseits die konkreten Projekte zu Energiewende im politischen Raum zu unterstützen und um das Entstehen und Begleiten einer entsprechenden Verwaltungsstruktur (Stichwort Energierferat) zu gewährleisten, wird ein städtischer Ausschuss „Energie und Klimaschutz“ gegründet und – zumindest – für eine Wahlperiode entsprechend beauftragt. Die

Kompetenz hierzu hat die Stadtverordnetenversammlung, die jederzeit neue Ausschüsse bilden und bestehende auflösen kann.

Aktuell ist das Politikfeld „Energie“ im Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit integriert. Die anstehende Anpassung der Verwaltungsstrukturen an die Querschnittsaufgabe „Energie und Klimaschutz“ erfordert eine höhere Aufmerksamkeit und zusätzliche Ressourcen, auch im politischen Raum. Im zu bildenden Ausschuss „Energie und Klimaschutz“ soll das Fachwissen der Stadtverordneten gebündelt und Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung rund um die Themen Energie und Klimaschutz vorbereitet und in aller Tiefe diskutiert werden.

5.3. Gesellschaft zur Förderung der erneuerbaren Energien und der rationellen Energieverwendung mbH

Um ein wirkungsvolleres Zusammenspiel von kommunalen und privatwirtschaftlichen Aktivitäten und investiven Maßnahmen im Energiebereich zu gewährleisten fordern die GRÜNEN seit langem eine städtische Gesellschaft zur Förderung der erneuerbaren Energien und der rationellen Energieverwendung in Kooperation mit benachbarten Landkreisen und lokalen Unternehmen. Diese Gesellschaft wird den Gestaltungsspielraum schaffen, um neue und unkonventionelle Maßnahmen umzusetzen.

Das können z.B. die Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Kooperation mit Bürgerenergiegenossenschaften oder anderen Projekten aus dem Bereich des Social Business sein. Auch die Vermarktung von Solarenergieprojekten ist eine ideale Aufgabe.

Informationsdefizite und Finanzierungsprobleme machen es für viele Hausbesitzer schwierig, die wirtschaftlich vorteilhaften und ökologisch sinnvollen Investitionen in Solaranlagen zu tätigen. Auch hier kann die stadteigene Gesellschaft wichtige Unterstützung leisten, indem sie z.B. geeignete Flächen akquiriert und mit gezielten Vermarktungsstrategien für Bürgerenergieanlagen attraktive Angebote für Wiesbadener BürgerInnen bereitstellt.

5.4. Energiereferat einrichten und kompetent besetzen

Derzeit ist das Thema Energie in mehreren Dezernaten, v.a. im Umweltdezernat und im Hochbauamt, angesiedelt. Es gibt jedoch keine übergeordnete und koordinierende Stelle.

Für einen effizienten Klimaschutz müssen die Verwaltungsstrukturen reorganisiert werden.

Die GRÜNEN setzen sich für eine Bündelung der Verantwortlichkeiten in einem neu zu schaffenden **Energiereferat** ein. Dieses muss in wichtigen Energiefragen eine Weisungsbefugnis haben und über ein Recht auf Information bzgl. energierelevanter Daten und Prozesse verfügen. Es ist durch personelles Aufgabenprofil, Vertragsgestaltung und Referatsstruktur sicherzustellen, dass die Energiefachleute in der Verwaltung ihren Job gut erfüllen können und sie nicht durch andere Pflichten lahmgelegt werden und damit ihr Engagement und ihre Expertise der Stadt erhalten bleiben.

Personalkosten fürs Energiesparen lohnen sich nicht nur für die Umwelt, sondern auch für den städtischen Haushalt. Unproduktiv im doppelten Sinne wären Mitarbeiter nur dann, wenn sie ihre Arbeit wegen mangelnder Organisationsstrukturen und interner Hemmnisse nicht wirklich leisten können.

5.5. Klimaschutzagentur stärken

Die vorhandene Klimaschutzagentur muss gestärkt und für die Umsetzung der kommunalen Einsparprogramme ein Energiereferat (s.o.) geschaffen werden.

Die **Energieberatung** ist dabei ein wichtiges Element. Dabei muss die Abstimmung zwischen privaten und institutionellen Energieberatungsangeboten verbessert werden. Wir streben auch bei Vereinen, Verbänden, Institutionen und den Kirchen eine verstärkte Energieberatung an.

5.6. Klimaschutzbeirat nach HGO

Klimaschutz ist eine langfristige Gemeinschaftsaufgabe, die nicht nur die Verwaltung, sondern alle Bereiche des Stadtlebens angeht und betrifft. Die für den Klimaschutz notwendigen Veränderungs- und Anpassungsprozesse müssen von den Bürgern und der Wirtschaft mitgetragen und mitgestaltet werden.

Ein geeignetes Mittel, um die Bürgerschaft in den Prozess der Energiewende einzubinden und um die Wissens- und Erfahrungspotentiale der Wiesbadener BürgerInnen und Unternehmen optimal zu nutzen, wäre die Gründung eines **Klimaschutzbeirates** gemäß § 8c der hessischen Gemeindeordnung (HGO). Mit diesem Beirat würde ein Forum geschaffen, in dem Fachleute und interessierte Bürgerinnen und Bürger bei der Planung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen eng mit der Verwaltung zusammenarbeiten können und in dem ihnen ein Anhörungs-, Rede- und Vorschlagsrecht gewährt wird.

5.7. Satzungsmäßige Unternehmensziele für ESWE & KMW

In den Satzungen von ESWE-Versorgung und KMW müssen wirksamer Klimaschutz und die zügige Umsetzung der Energiewende als Unternehmensziele festgeschrieben werden. ESWE-Versorgung muss ein Konzept auflegen, das aus dem konventionellen Energieversorger mit eher symbolischem Umwelt-Engagement im Verlauf von zehn Jahren einen 100-prozentigen Öko-Energieanbieter macht. Atom- und kohlefreier Strom und Erdgas mit vollem CO₂-Ausgleich werden dadurch vom Nischenprodukt zum flächendeckenden Standardangebot.

5.8. Energiepolitik über Grenzen hinweg - bessere regionale Abstimmung

Der Blick über den Tellerrand ist auch in anderer Hinsicht wichtig: Wir brauchen insbesondere eine bessere regionale Abstimmung der Energiepolitik von Wiesbaden bis Mainz, vom Rheingau-Taunus-Kreis bis zum Hochtaunus- Kreis. Solange jede Teilregion nur ihre eigenen Möglichkeiten im Blick hat und auf kurzfristige Vorteile setzt, bleiben Chancen gemeinsamen Handelns ungenutzt. Außerdem besteht beim Bau von Anlagen, die Biomasse oder Müll energetisch nutzen, das Risiko der Entstehung von Überkapazitäten, die mancher Kommune eine Investitionsruine bescheren kann.

6. Maßnahmen zur Energieeinsparung und –effizienz

Die umweltfreundlichste und meist auch billigste „Energiequelle“ ist, sparsam mit Energie umzugehen bzw. sie so effektiv wie möglich einzusetzen. Für einen wirkungsvollen Klimaschutz ist diese „Ressource“ auch in absehbarer Zukunft unerlässlich und muss so weit wie möglich genutzt werden – die darin liegenden Potenziale sind noch lange nicht ausgeschöpft.

6.1. Wärmedämmung

Insbesondere bei der Wärmedämmung von Gebäuden sind große Energieeinsparungen möglich. Im städtischen Aufgabenbereich betrifft dies vor allem die energetische Sanierung und die energieeffiziente Bewirtschaftung von Gebäuden und Liegenschaften, um in den Bereichen Heizung, Warmwasser und Beleuchtung Einsparungen zu erzielen. Dies gilt insbesondere für die anstehende Sanierung von Schulgebäuden, wo in einem Zeitraum von etwa 10 Jahren sowohl die Gebäudedämmung als auch die Heizungsanlagen auf den neuesten Stand gebracht werden können.

Mittlerweile stehen auch geeignete Dämmmaterialien aus nachwachsenden Rohstoffen als Alternativen zu den erdölbasierten zur Verfügung. Wir GRÜNEN wollen, dass bei allen Baumaßnahmen der Stadt Wiesbaden und der städtischen Gesellschaften statt Styropor Dämm-Materialien zum Einsatz kommen, die eine bessere Öko-Bilanz aufweisen.

6.2. Beleuchtung

Wesentliche Potenziale für die Steigerung der Energieeffizienz in der Stadt Wiesbaden liegen in der Modernisierung der kommunalen Außenbeleuchtung (insbesondere Straßenbeleuchtung) und der Innenbeleuchtung kommunaler Gebäude. Studien zu einzelnen Projekten in anderen Städten und Befragungen ergaben Einsparpotentiale jenseits von 50%. Die Stadtwerke haben schon damit begonnen, auf die wesentlich effektiveren LED-Leuchten umzustellen.

Neben der Energieeinsparung hat eine Modernisierung mit LED auch weitere positive Effekte. Bei der Außenbeleuchtung kann man mit einer intelligenten Lichtsteuerung Wahrzeichen der Stadt durch bessere Farbwiedergabe in Szene setzen und auch der (Verkehrs-)Sicherheit wird mit einer punktgenauen bzw. erweiterten Ausleuchtung gedient.

Im Rahmen der Modernisierung der Innenbeleuchtung führt eine tageslichtbezogene Anpassung mit LED und Sensoren zu einer höheren Zufriedenheit und Produktivität der in den Räumen arbeitenden Menschen. Um diese Potentiale jedoch zu nutzen, bedarf es des Aufbaus von Kompetenzen und Kapazitäten in den entsprechenden Verwaltungseinheiten (bspw. über vorhandene Hilfsmittel, Leitfäden und Energieagenturen) bzw. der neutralen Ausschreibung für eine externe Vergabe der Modernisierung (bspw. an die Stadtwerke oder an einen Contractor). Wir Grünen fordern daher eine Stärkung der (technischen und betriebswirtschaftlichen) Kompetenz in der Verwaltung und die ausdrückliche Berücksichtigung der Energieeffizienzkriterien und weiterer positiver Elemente bei der Beschaffung und Modernisierung der Außen- und Innenbeleuchtung kommunaler Liegenschaften.

6.3. Ökoprofit

Seit dem Jahr 2000 fördert die Stadt Wiesbaden mit dem Umweltberatungsprogramm Ökoprofit die ökologische Optimierung von Wiesbadener Unternehmen. Dadurch leistet die Stadt in Kooperation mit der Wirtschaft einen positiven Beitrag zur Energieeinsparung, zum Umwelt- und zum Klimaschutz. Gleichzeitig trägt das Ökoprofit-Programm zu Kostensenkungen in den Betrieben bei.

Somit ist Ökoprofit eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle und erfolgreiche Maßnahme, die fortgesetzt und ausgebaut werden sollte.

Dass ein erheblicher Ausbau des Projektes sowie weitere Maßnahmen in gleicher Richtung dringend erforderlich sind, wird anhand der aktuellen Zahlen deutlich: Die Wirtschaft ist mit 4,27 Millionen Megawattstunden der größte Endenergieverbraucher in unserer Stadt. Das sind ca. 78 Prozent mehr als der Verbrauch der privaten Haushalte. Gleiches gilt für den Ausstoß von Kohlendioxid, bei dem der Bereich Wirtschaft mit 1,4 Millionen Tonnen jährlich der mit Abstand bedeutendste Verursacher ist.

Im Projektjahr 2014 wurden durch Ökoprofit etwa 4.880 Megawattstunden Gesamtenergie eingespart, was etwa einem Tausendstel (0,1%) der in der Wiesbadener Wirtschaft verbrauchten Energie entspricht. Auch die Anzahl der an solchen Projekten teilnehmenden Betriebe sollte deutlich ausgebaut werden: Von den etwa 12.000 Unternehmen in Wiesbaden nahmen im Jahr 2014 nur 37 Unternehmen und Einrichtungen am Ökoprofit-Projekt teil.

Grüne Energie- und Klimaschutzpolitik in Wiesbaden wird die Kooperation zwischen der Stadt und der Wirtschaft mit weiteren Projekten in beiden Bereichen deutlich ausbauen und damit nicht nur deutlichere Energieeinsparungen und Klimaschutzwirkungen erzielen, sondern auch die Zukunftsfähigkeit Wiesbadener Unternehmen intensiv befördern.

Unser Fazit: Ökoprofit ist ein sinnvolles Projekt, jedoch ist ein deutlicher Ausbau erforderlich.

7. Maßnahmen zur Energieerzeugung / Erneuerbare Energien ausbauen

7.1. Windkraft

Wir Grünen begrüßen den Bau von Windkraftanlagen auf dem Taunuskamm. Denn die Windkraft ist in der heutigen Zeit nicht nur ein wichtiger, sondern sogar ein notwendiger Beitrag zum Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz. Bei der Errichtung von Windkraftanlagen werden heute sehr hohe Anforderungen in Bezug auf die Sicherheit sowie den Umwelt- und Naturschutz gestellt.

Unter diesen Bedingungen überwiegen die ökologischen Vorteile der Windenergie ihre möglichen lokalen Auswirkungen bei weitem. Daher gibt es, außer dem subjektiv empfundenen ästhetischen Eingriff in das Landschaftsbild, in den meisten Fällen keine ernstzunehmenden Gründe gegen die Windkraft.

Windkraft- und Energiewendegegner geben meist vor, sie wären gar nicht gegen einen „vernünftigen“ Einsatz der Windenergie, sondern nur gegen den aus ihrer Sicht ungeeigneten Standort. Solange aber andere Standorte oder grundsätzliche Alternativen zur umweltfreundlichen Stromerzeugung nicht benannt werden, ist dies ein Scheinargument, das die Lösung der Probleme auf woanders und irgendwann verschiebt.

Die Politik darf sich nicht von unsachlichen Polemiken und einem unverantwortlichen Leugnen der Erfordernisse in die Irre leiten lassen, sondern muss ihre Verantwortung für die Umwelt und für zukünftige Generationen hier und heute wahrnehmen. Das erfordert heute ein Klares Ja zur Windkraft.

Ausgleichsmaßnahmen für Windkraft / Schutzstatus von Wald

Wir Grünen betonen seit jeher den besonderen Wert des Waldes für Mensch und Natur und leiten daraus einen hohen Schutzstatus für ihn ab. Trotzdem lehnen wir die Windkraftnutzung im Wald nicht grundsätzlich ab, da in vielen Fällen die damit verbundenen Umweltvorteile die Nachteile deutlich überwiegen. Und leider besteht in Hessen oft keine Wahlmöglichkeit, da viele der besonders gut geeigneten Windkraftstandorte in Waldgebieten liegen.

Wir halten die mit der Windkraftnutzung verbundenen Eingriffe für vertretbar. Objektiv betrachtet wird dadurch weder das Ökosystem Wald gefährdet, noch wird der Wald in seiner Erholungs- und Freizeitfunktion nennenswert eingeschränkt.

7.2. Solarenergie / Photovoltaik

Informationskampagne für Photovoltaikanlagen für den Eigenverbrauch: Das Preisniveau für Stromerzeugung aus Fotovoltaik („Systemkosten“) ist in den letzten 8 Jahren um mindestens zwei Drittel gefallen und kann die Kosten des Strombezugs aus dem Netz leicht unterbieten. Das heißt, dass selbst für gewerbliche Verbraucher die Installation einer PV-Anlage zur Verbrauchssenkung wirtschaftlich sein kann unabhängig vom EEG.

Diese Tatsache ist noch nicht in den Köpfen der Verbraucher angekommen und sollte seitens der städtischen Gremien kommuniziert werden, am besten anhand von Beispielfällen.

7.3. Geothermie

Die Tiefengeothermie steckt noch in den Anfängen. Derzeit laufen Planungen eines Tiefengeothermiekraftwerks im Raum Delkenheim/Hochheim/Hochheim-Massenheim durch die ESWE-Versorgung. Wir GRÜNEN setzen uns für die gründliche Erkundung der Nutzungsmöglichkeiten in der Region ein und befürworten den Bau einer Anlage, wenn der Nutzen deutlich die potentiellen Risiken übertrifft.

7.4. Kraft-Wärme-Kopplung

Die Kraft-Wärme-Kopplung ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und damit zur Senkung der CO₂-Emissionen. Laut Klimaschutzkonzept waren 2014 in Wiesbaden ca. 100 KWK-Anlagen mit einer Leistung von 40,6 MW installiert. Ihr Anteil an der Stromerzeugung betrug 11% und lag damit unter dem bundesweiten Durchschnitt (16%). Bemerkenswert ist, dass der Anteil kleinerer KWK-Anlagen (unter 100 kW) nur 4% der Gesamtleistung beträgt.

Es müssen also weitere Anstrengungen zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung unternommen werden. Potentiale liegen vor allem im Bereich kleinerer Anlagen, da damit auch kleinere Wohngebiete, Mehrfamilienhäuser oder Verwaltungs- und Gewerbekomplexe versorgt werden können. Außerdem sollten kleinere Kraftwärmekopplungsanlagen auf Erdgasbasis dort eingesetzt werden, wo die Nutzung erneuerbarer Energien nicht möglich oder weniger wirtschaftlich ist.

8. Bürger-Energiegenossenschaften

Dem bürgerschaftlichen Engagement für die erforderliche Energiewende wird durch die wirtschaftliche attraktive Beteiligung an Bürger-Solaranlagen und Bürger-Windkraftanlagen ein wichtiges Handlungsfeld eröffnet. Nur wenn BürgerInnen die Energiewende vor Ort aktiv mitgestalten können, lässt sie sich im breiten gesellschaftlichen Konsens erfolgreich realisieren. Ein sehr erfolgreiches Modell der Mitgestaltung sind dabei die Bürger-Energiegenossenschaften, die aus passiven BürgernInnen aktive MitgestalterInnen macht.

Wir GRÜNEN unterstützen den Aufbau einer Bürger-Energiegenossenschaft in Wiesbaden.

Genossenschaften sind bereits tief und traditionell in unserer Gesellschaft verankert (Banken, Landwirtschaft, Einzelhandel, usw.) und genießen darüber hinaus auch in wirtschaftlichen Zusammenhängen ein hohes Ansehen, da es sich durch umfassende Prüfungsmechanismen (Genossenschaftsverband, Aufsichtsrat, usw.) um die wirtschaftlich stabilste Unternehmensform in Deutschland handelt. Im Unterschied zur Beteiligung an Kommanditgesellschaften geht hier die Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeit deutlich über ein rein finanzielles Investment hinaus, da sich jedes Mitglied gleichberechtigt an wichtigen Entscheidungen der Genossenschaft beteiligen kann. Somit wäre eine Wiesbadener Bürger-Energiegenossenschaft ein wichtiges Instrument, um die geringe, bisherige Beteiligung an Energiewendeprojekten in der Wiesbadener Bürgerschaft deutlich auszubauen.

Projekte zum Kapitel Energiewende und Klimaschutz

Photovoltaik an der A66

Der Lärmschutzwall auf der Nordseite der A-66 bei Nordenstadt besitzt bereits eine fast optimale Ausrichtung (Himmelsrichtung, Neigung) zur Erzeugung von Strom aus Sonnenlicht. Der Wall ist zurzeit nur mit niederem Buschwerk bewachsen, das regelmäßig abgemäht werden muss. Eine für alle sichtbare PV-Fläche hätte zudem Signalwirkung.

Projekt Wärmedämmung

In der Wärmedämmung liegt ein großes Potential zur Energieeinsparung.

Die Palette der Dämmmaterialien ist mittlerweile vielfältig, insbesondere stehen geeignete Alternativen zu erdölbasierten Dämmstoffen zur Verfügung. Zurzeit ist Polystyrol zwar der preiswerteste und meistverbaute Dämmstoff. Bei der Herstellung von Polystyrol kommt HBCD

(Hexabromcyclododecan) als Flammschutzmittel zum Einsatz. Nach der neuen europäischen Chemikalienverordnung REACH erfüllt HBCD die Kriterien für persistente, bioakkumulierende und toxische Stoffe. Solange die Hersteller der Polystyrol-Dämmstoffe HBCD verwenden - und das ist derzeit durchweg der Fall - plädiert auch das Umweltbundesamt dafür, zur Wärmedämmung andere, umweltverträgliche Dämmmaterialien zu verwenden.

Bei der Verarbeitung mit Heißdraht oder Säge entstehen giftige Dämpfe, aus fabrikneuen Platten entweicht Styrol, wenn diese nicht ausreichend abgelagert wurden, im Brandfall entsteht starke Rauchgasentwicklung und giftige Brandgase, die hochgiftige Dioxine und Furane bilden. Theoretisch ist eine Wiederverwertung gebrauchter Dämmstoffe aus Polystyrol zwar möglich, die Praxis sieht jedoch anders aus: Nur für saubere Polystyrol-Abfälle ist eine Wiederverwertung z.B. als Schüttdämmstoff möglich. Wegen des hohen Arbeitsaufwandes ist dies jedoch weder ökologisch noch ökonomisch vertretbar. Die Entsorgung erfolgt also durch Verbrennung in Abfallverbrennungsanlagen und die Asche landet als Sonderanfall auf der Deponie.

Fazit: Aus ökologischer Sicht sollten natürliche Dämmstoffe wie Holzfaser, Hanf, Schafwolle oder Zellulosefasern bevorzugt verbaut werden. Der Deutsche Umweltpreis 2013 ging an Carmen Hock-Heyl, Hock GmbH & Co. KG für die Produktion von Dämmstoffmatten für Dach, Wand, Decke und Fassade aus dem nachwachsenden Rohstoff Hanf. Je stärker alternative Dämmstoffe nachgefragt werden, desto preiswerter werden sie.

Solkollektoren zur Erzeugung von Warmwasser an (Schul-) Sporthallen

An Sporthallen besteht ein hoher Warmwasserbedarf zum Duschen besonders dann, wenn die Anlage von Vereinen genutzt wird. Zur Deckung können solarthermische Anlagen (Solkollektoren in Verbindung mit Wärmespeichern) erheblich zur Energieeinsparung beitragen. Bei guter Planung kann so 60 % und mehr des gebrauchten Warmwassers Klima schonend erwärmt werden. Bei einem fälligen Austausch des Heizkessels ergeben sich günstige Möglichkeiten zur Nutzung von Solarthermie im Bestand. Mit den staatlichen Zuschüsse können solare Wärmegestehungskosten von ca. 10 ct/kWhth erreicht werden. Die Kosten sind damit durchaus mit einer konventionellen Erdgasheizung vergleichbar.

Falls aufgrund der örtlichen Gegebenheiten eine Aufstellung von Wärmekollektoren nicht möglich sein sollte (z. B. aufgrund von Verschattung oder eventueller Überschreitung der zulässigen Dachlast) sollte die Erzeugung des benötigten Warmwassers durch entsprechend ausgelegte Mini-Blockheizkraftwerk im bivalenten Betrieb, also im Zusammenspiel mit der „Hauptheizung“ geprüft werden. Auch sind aufgrund der verbesserten Brennstoffnutzung (Kraft und Wärmenutzung) erhebliche CO₂-Einsparungen und ein wirtschaftlicher Betrieb möglich.

Identifizierung und Abschöpfung von Abwärmeströmen

Bei Gewerbebetrieben können in bedeutendem Umfang Wärmeüberschüsse anfallen, welche häufig ungenutzt als sog. „Abwärme“ in die Umgebung gehen. Diese „verborgenen Schätze“ gilt es zu heben. Hierfür sind zwei Teilschritte erforderlich:

a) Auffinden und untersuchen der Wärmequellen: Dies kann zum Beispiel durch einfaches Befragen ausgewählter Betriebe erfolgen, oder ggfs. durch eine Anfrage an die Behörde, vor allem wenn der betreffende Betrieb einer Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz bedarf.

In diesem Fall wäre die zuständige Behörde (also zumeist das Regierungspräsidium) zur Erhebung und auf Antrag auch zur Weitergabe der entsprechenden Daten verpflichtet.

Wie man es machen kann, zeigt das Bundesland Bayern. Hier wurden auf einer Landkarte die bedeutenden Abwärmequellen verzeichnet und mit weiteren Informationen hinterlegt. Man findet z.B. die Abwärmeleistung oder sogar einen Ansprechpartner für weitere Auskünfte.

b) Nutzung der Abwärme für Heizzwecke bzw. zur Energieeinsparung: Sofern Abwärme in bedeutendem Umfang „entdeckt“ worden ist, muss die Frage gestellt werden, ob mit dieser Abwärme nicht auch ein Teil des eigenen Bedarfs gedeckt werden kann bzw. ob der Transport der Wärme von der Quelle zum Verbraucher lohnend sein kann.

Als Positivbeispiel kann hier die Rhein/Main Deponie in Wicker erwähnt werden, mit deren Abwärme des Altholzkraftwerks ein Gewerbegebiet in Hochheim beheizt wird.

E - Natur- und Umweltschutz für ein lebenswertes Wiesbaden

1. Umwelt- und Naturschutz

1.1. Herausforderungen im urbanen Raum und in der Landschaft

Wiesbaden ist eine grüne Stadt und wir GRÜNE wollen, dass das auch so bleibt!

Wir wollen die vielfältige Kulturlandschaft in unserem städtischen Umfeld erhalten und deshalb gilt es, so wenig land- und forstwirtschaftliche Fläche wie möglich in Bauland umzuwandeln. Die Agrarflächen in städtischem Besitz sollen grundsätzlich umweltgerecht bewirtschaftet werden.

Wir wollen Flächen entsiegeln, attraktive grüne Plätze gestalten, Bachläufe offenlegen und renaturieren, Biotop verbinden, Frischluftschneisen erhalten.

Kernstück GRÜNER Umweltpolitik ist die Förderung und Weiterentwicklung von Biotop- und Artenschutz.

Wir setzen uns für den Erhalt der Streuobstwiesen als ökologisch wertvolle Kulturlandschaft und Lebensraum vieler Tier- und Pflanzenarten ein. Sie sind charakteristisch für ganze Ortslagen in Wiesbaden und verdienen schon deshalb unsere besondere Fürsorge. Aber auch Alleen, Wälder und Auen sind Biotop, die wir pflegen und schützen werden.

Eine grüne Stadt mit vielen gesunden Bäumen trägt zur Lebensqualität ihrer BürgerInnen bei. Damit wir dieses wertvolle Grün erhalten können, müssen die Bäume gesichert und gepflegt werden. Deshalb wurde 2007 auf unser Betreiben hin wieder eine Baumschutzsatzung erlassen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Schutzwirkung der jetzigen Satzung nicht ausreicht. Deshalb plädieren wir für eine Nachbesserung, die dafür sorgt, dass mehr Bäume nachgepflanzt werden.

Die derzeitige Aufteilung der „grünen“ Ämter und Fachbereiche auf verschiedene Dezernate (Umweltdezernat und Ordnungsdezernat) halten wir für falsch. Für uns GRÜNE gehören das Umweltamt und das Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten in eine Hand, nämlich ins Umweltdezernat.

1.2. Kommunale Biodiversitätsstrategie

Wir GRÜNE stehen dafür, dass die Bewahrung der Artenvielfalt und damit auch der Erhalt unserer Lebensgrundlagen ein Top-Thema in unserer Stadt wird. Beim Erhalt der biologischen Vielfalt (Biodiversität) kommt den Kommunen wegen ihrer Handlungsmöglichkeiten vor Ort eine besondere Bedeutung zu. Es gibt in Wiesbaden seit vielen Jahren Aktivitäten zum Erhalt der Artenvielfalt, zum Biotopschutz und zur Landschaftspflege, die wir intensivieren wollen. Wiesbaden soll dem „Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt“ beitreten und sich gemeinsam mit anderen besonders engagierten Städten für den Schutz der Biodiversität einsetzen. Die Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt sollen in die hessische Biodiversitätsstrategie eingebunden werden. Wiesbaden trägt als Landeshauptstadt eine besondere Verantwortung, zum Gelingen dieser Strategie beizutragen.

1.3. Biosphärenregion Rheingau- Taunus/Wiesbaden/Mainspitze

Biosphärengebiete sind von der UNESCO initiierte Modellregionen, in denen eine nachhaltige Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht exemplarisch verwirklicht werden soll. Seit Jahren wird vor allem im benachbarten Rheingau-Taunus-Kreis die Idee eines Biosphärengebiets Rheingau-Taunus- Kreis/Wiesbaden/Mainspitze diskutiert. Das Projekt ist als Zielsetzung Bestandteil des schwarz-grünen Koalitionsvertrags der hessischen Landesregierung. Wir wollen, dass Wiesbaden sich beteiligt, denn es besteht seitens der UNESCO großes Interesse

an einer weiteren europäischen Metropolregion neben dem „Biosphärenpark Wienerwald“ mit der Stadt Wien. Wir GRÜNE sehen die damit verbundenen Chancen für eine umweltgerechte und nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung, für die Tourismusförderung und für den Erhalt der vielfältigen Landschaft in der Region. Mit uns wird daher endlich auch in Wiesbaden eine öffentliche Debatte zu einer Biosphärenregion beginnen und eine ergebnisoffene und vom Land Hessen finanzierte Machbarkeitsstudie beauftragt.

1.4. Städtische Grünflächen: Artenvielfalt und Naturerlebnis fördern

Städte brauchen ihre grünen Lungen, ihre Parks und Grünflächen. Wo immer möglich, sollten unnötig versiegelte Flächen wieder begrünt werden, als Projekt eignet sich z.B. der alte Parkplatz am Paulinenhang.

Neben seiner Naherholungsfunktion und seiner ästhetischen Wirkung hat Stadtgrün – ob als Park, Spielplatz oder verwilderte „Restfläche“ – eine große Bedeutung für den Erhalt und die Förderung der Biodiversität sowie für ein angenehmes Stadtklima. Es besteht hier aber ein Zielkonflikt zwischen dem Erhalt grüner „Restflächen“ und der Inanspruchnahme durch Nachverdichtungsmaßnahmen. Wir GRÜNE wollen, dass eine flächendeckende Mindestausstattung mit grünen Oasen für die Wohnbevölkerung in allen Stadtteilen garantiert wird.

Darüber hinaus fordern wir, dass die Biotop- und Klimaschutzfunktion aller Grünanlagen durch entsprechende Pflege und Gestaltung gestärkt wird und dass diese innerstädtischen Lebensräume miteinander vernetzt werden. Bei allen Bauvorhaben sollen die Auswirkungen auf die Biotopvernetzung ebenso beachtet werden wie die Klimaauswirkungen.

Naturnahe Wiesen, Staudenbeete und Hecken bieten auch in der Stadt Lebensraum für viele einheimische Tiere und Pflanzen. Damit kann artenreiches und lebendiges Stadtgrün anstelle von Rasenflächen entstehen.

Wir GRÜNEN werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Grünpflege ausreichend im städtischen Haushalt finanziert wird. Eine naturnahe Pflege wirkt hier sogar Kosten senkend. Ebenso muss die Verwaltung mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, um rechtswidrige Heckenrodungen, Baumfällungen, Umwandlungen von grünen Vorgärten in Parkplätze oder andere Eingriffe in das wertvolle Stadtgrün konsequent ahnden zu können.

Laubsauger oder -bläser schädigen Umwelt und Gesundheit durch Lärm und Schadstoffe und stören den Naturhaushalt. Wir GRÜNE wollen, dass ELW und das Grünflächenamt auf akkubetriebene Geräte umstellen und den Einsatz auf asphaltierte Flächen begrenzen.

1.5. Bürgergärten

Um auch der Stadtbevölkerung den eigenen Anbau von gesundem Obst und Gemüse zu erleichtern, wollen wir den Bestand an Kleingärten erweitern und gemeinsam mit den Vereinen für neue Nutzergruppen öffnen. Freiflächen, die als Nutzgärten verwendet werden können, wollen wir zu BürgerInnengärten bzw. internationalen Gärten werden lassen, in denen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten gemeinsam gärtnern. Hierzu soll die Kooperation mit den in diesem Bereich bereits aktiven BürgerInnen und Vereinen ausgebaut werden. Die Vereine der Kleingärten in Wiesbaden sollen durch feste Budgets Planungssicherheit bekommen. Ebenso sollen sie dabei unterstützt werden, bestehende Gesetze und Verordnungen ihren Pächtern zu vermitteln.

1.6. Abholung und Verwertung von Grünschnitt zurück in kommunale Verantwortung

Gartenabfälle aus privaten Grundstücken sollen stofflich oder energetisch weiter verwertet werden. Vor allem BürgerInnen ohne eigenes Auto sind auf eine Abholung ihrer sperrigen

Gartenabfälle angewiesen. Deshalb wollen wir die kostenlose Grünschnittentsorgung wieder einführen und damit viele vermeidbare Einzelfahrten per PKW zur Deponie oder den Recyclinghöfen einsparen.

1.7. Vogelschutz in der Stadt

An vielen Gebäuden lassen sich ohne großen Aufwand Nisthilfen für Vögel und Fledermäuse installieren. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass solche Artenschutzmaßnahmen unter fachlicher Beratung bei städtischen Neubauvorhaben grundsätzlich mitgeplant und dass Bestandsgebäude wo immer möglich nachgerüstet werden.

Vogelfreundliches Bauen bedeutet aber auch, große spiegelnde Glasflächen zu vermeiden, an denen Vögel zu Tode kommen. Besonders gefährlich sind solche Flächen in unmittelbarer Nähe von Bäumen und Hecken. Wir fordern, dass vogelfreundliches Bauen Standard bei öffentlichen Bauvorhaben wird und Bestandteil der entsprechenden Ausschreibungen wird.

Wir unterstützen die Aktivitäten der Naturschutzbehörde, die bei Bauvorhaben regelmäßig entsprechende Hinweise gibt, fordern aber darüber hinaus, dass Bebauungspläne so gestaltet werden, dass Vogelschutz gewährleistet ist. Es gibt zu viele Tauben in der Stadt und zu wenige betreute Schläge, um die Population zu steuern. Daher sollen städtische Gebäude auf Eignung geprüft werden, um weitere betreute Schläge zu errichten und zu unterhalten.

1.8. Stadtbäume pflanzen, pflegen und schützen

Bäume in der Stadt haben viele wichtige Funktionen. Sie produzieren Sauerstoff und sorgen für ein angenehmes Klima, sie binden Staub und filtern die Luft, sie sind Lebensstätte für viele Tierarten. Wiesbadens Bäume und Alleen prägen das Stadtbild und stellen einen Schatz dar, den es zu bewahren gilt.

1.8.1. Baumkataster

Viele Bürgerinnen und Bürger setzen sich für den Erhalt ihrer Stadtbäume ein, was immer wieder zu Konflikten bei geplanten Baumfällungen führt. Um hier mehr Transparenz zu schaffen, wurde auf GRÜNE Initiative hin ein digitales und öffentlich einsehbares Baumfällkataster eingerichtet. Wir setzen uns dafür ein, dass künftig alle Fällvorhaben, aber auch die geplanten Ersatzpflanzungen dort vollständig dokumentiert werden. Darüber hinaus werden wir das Fällkataster zu einem umfassenden allgemeinen Baumkataster ausbauen, in dem alle städtischen Bäume mit den zugehörigen Informationen dargestellt werden. Hier soll auch verzeichnet werden, wo Höhlenbäume stehen, die ökologisch besonders wertvoll sind.

1.8.2. Baumschutz verbessern

Den Baumschutz wollen wir nach dem Vorbild Frankfurts verbessern.

Die derzeitige Baumschutzsatzung verlangt bei genehmigten Baumfällungen nur in wenigen Fällen eine Nachpflanzung. Wir möchten die Baumschutzsatzung daher wieder an frühere Fassungen angleichen, die deutlich mehr Nachpflanzungen vorsahen. Hierbei werden wir uns an der Mustersatzung des Deutschen Städtetages orientieren, die beispielsweise auch Hecken unter Schutz stellt.

Außerdem wollen wir bei größeren städtischen Fällmaßnahmen (z.B. Alleenumbau) eine BürgerInnenbeteiligung einführen.

Ein Leitfaden nach dem Vorbild von Frankfurt zum Erhalt der Parks und Stadtwälder unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit, wird für den Schutz von alten Höhlenbäumen sorgen. Baumkontrolleure werden im Artenschutz konsequent weitergebildet, Bäume nicht ohne den Rat von Artenschutzexperten gefällt, Zuwiderhandlungen mit empfindlichen Geldbußen belegt. Um Konflikten präventiv zu begegnen sollen unter gefährdeten Bäumen keine Attraktionspunkte

geschaffen und die Wegführung in Parks und Wäldern, ggf. auch die Reduzierung eines zu dichten Wegenetzes überprüft werden. Baumhöhlenbäume müssen kartiert und markiert werden.

An Straßen und Wegen sollen Gehölze nicht Tabula rasa durch Schnitt- und Häckselmaschinen gerodet, sondern mit Blick auf Umwelt-, Tier- und Artenschutz sensibel ausgelichtet und gepflegt werden. Es wird keinen Freibrief mehr für die flächige Abholzung des öffentlichen Raumes geben. Das Bundesnaturschutzgesetz legt dafür die rechtliche Grundlage und muss auf kommunaler Ebene konsequent umgesetzt werden. Mindestens 10 Prozent der Fläche Wiesbadens sollen zu einem möglichst zusammenhängenden Biotopverbundsystem unter Einbeziehung der Streuobstwiesen umgestaltet werden (Muss-Bestimmung in § 21 Abs. 6). Wir fordern für Wiesbaden analog des Frankfurter Leitfadens für Höhlenbäume einen Leitfaden Heckenschutz mit konkreten Maßnahmen auf allen Ebenen.

Informationsmaterial und Exkursionen besonders mit Schulen werden für Akzeptanz in der Bevölkerung sorgen. Die mit der Umsetzung betrauten städtischen MitarbeiterInnen werden konsequent in den Bereichen Arten- und Umweltschutz geschult und sensibilisiert.

1.8.3. Pflanzung und Pflege der Stadtbäume besser finanzieren – gemeinsam mit den BürgerInnen

Stadtbäume wachsen schon heute unter extremen Bedingungen. Der Klimawandel mit neuen Krankheitsbildern und Baumschädlingen belastet sie zusätzlich. Für die Wiesbadener Stadtbäume wird jedoch seit Jahren nicht genug Geld in den Haushalt eingestellt, um eine ausreichende Erhaltungspflege und alle erforderlichen Nachpflanzungen zu finanzieren. Das hat dazu geführt, dass Baumpflege auf Verkehrssicherungsmaßnahmen reduziert wurde und dass viele offene Baumstandorte unbepflanzt blieben. Wenn hier nicht künftig deutlich mehr Geld investiert wird, ist Wiesbadens prägender Baumbestand in seiner Gesamtheit auf Dauer nicht zu halten.

Wir GRÜNE werden weiterhin dafür kämpfen, dass die Haushaltsmittel für Baumpflege und Nachpflanzungen deutlich aufgestockt werden. Eine Verbesserung konnten wir zwar schon für den Haushalt 2014/2015 erreichen, aber hier wollen wir deutlich mehr tun.

Wir fordern als Ergänzung zum städtischen Baum-Etat eine **Bürgerspendsenkampagne** wie sie mit dem Programm „Mein Baum – meine Stadt“ bereits sehr erfolgreich in Hamburg oder mit den „Stadtbäumen für Berlin“ in der Bundeshauptstadt durchgeführt wurde. Grundlage ist eine digitale Stadtkarte, auf der offene Baumstandorte eingetragen und mit Nummern versehen werden. Die BürgerInnen können dann in beliebiger Höhe für bestimmte Neupflanzungen, aber auch standortunabhängig spenden. Sobald € 500 für einen Baum zusammengekommen sind, legt die Stadt die fehlenden € 500 (oder mehr) dazu und pflanzt den Baum.

1.9. Artenvielfalt in der Kulturlandschaft erhalten

Besonders in den Landwirtschaftsflächen geht bundesweit die Artenvielfalt dramatisch zurück. Wir wollen, dass Wiesbadener Kinder auch weiterhin Feldlerchen, Schmetterlinge und bunte Blumenwiesen in freier Natur erleben können. Daher besteht hier der dringendste Handlungsbedarf – auch in Wiesbaden.

1.9.1. Landschaftspflege besser finanzieren

Unsere Kulturlandschaft entstand einst durch landwirtschaftliche Nutzungsformen und sie ist in ihrer Vielfalt auch nur in Kooperation mit der Landwirtschaft zu erhalten. Wir möchten daher die bestehenden erfolgreichen Vertragsnaturschutzprojekte ausbauen, die z.B. die Pflege von bestehenden Naturschutzflächen durch Dritte. Für die Landschaftspflege sind zusätzliche Mittel in den Haushalt einzustellen.

1.9.2. Außendienst des Umweltamtes stärken

Gleichzeitig ist es erforderlich, Eingriffe in die Landschaft besser als bisher zu unterbinden. Denn trotz gegenteiliger Zielsetzung unserer Wiesbadener Landschaftsschutzgebietsverordnung verschwinden mit Wegrainen und Feldgehölzen wichtige Trittsteinbiotope und Vernetzungselemente in den Landwirtschaftsflächen. Die Kulturlandschaft verarmt und verliert damit auch ihre Qualität für die Naherholung. Für eine ausreichende Kontrolle ist die derzeitige personelle Ausstattung mit gerade einmal sechs AußendienstmitarbeiterInnen (früher: „Feldschutz“) im Umweltamt völlig unzureichend. Wir fordern daher eine dauerhafte Aufstockung des Außendienstes durch fachlich weitergebildetes Personal der sehr viel besser ausgestatteten Ordnungspolizei. Darüber hinaus werden wir prüfen, ob für regelmäßige Kontrollgänge ehrenamtliche GebietsbetreuerInnen aus dem ehrenamtlichen Naturschutz gewonnen werden können.

1.9.3. Schafbeweidung fördern

In der im Landschaftspark Nerotal erfolgreich erprobten Landschaftspflege durch Schafbeweidung sehen wir GRÜNE ein großes Potenzial, das es auszubauen gilt. Schaf- und Ziegenherden können auch in anderen Bereichen, beispielsweise auf Streuobstwiesen einen hervorragenden Beitrag zur Pflege und Erhaltung artenreicher Wiesen leisten. Wichtige Voraussetzung hierfür sind ausreichend große, zusammenhängende Grünlandflächen sowie gefahrenfreie Wanderrouen, auf denen Schafherden zu den Weideflächen getrieben werden können. Wir GRÜNE möchten gemeinsam mit den Wiesbadener SchafhalterInnen und mit interessierten privaten FlächenbesitzerInnen ein Konzept zur Förderung der Schafbeweidung erstellen.

2. Gesunde Lebensmittel und naturverträgliche Landwirtschaft

2.1. Ökolandbau und Artenvielfalt fördern

Wiesbadens Bevölkerung soll sich mit gesunden und umweltschonend erzeugten Lebensmitteln aus der Region versorgen können. Wir möchten daher den ökologischen Landbau fördern, indem städtische Landwirtschaftsflächen vorrangig an Ökolandwirte verpachtet werden. Außerdem müssen auf stadteigenen Flächen Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung, wie etwa die Anlage von Blühstreifen oder Lerchenfenstern als „Biodiversitätsklausel“ verbindlicher Bestandteil der Pachtverträge werden.

2.2. Bienenschutz

Schon Einstein soll gesagt haben: „Stirbt die Biene, so hat der Mensch noch vier Jahre zu leben“. Daher müssen wir einem der drängendsten ökologischen Probleme unserer Zeit entgegenwirken: dem Bienensterben. Damit die Honigbienen, aber auch die Wildbienen nicht aus Nahrungsmangel oder durch Pestizide zugrunde gehen, setzen wir uns für eine ökologische Bewirtschaftung von Klein- und Freizeitgärten ein – ohne den Einsatz bienengefährlicher Pestizide und mit gezielter Anpflanzung von einheimischen Blütenpflanzen. In der landwirtschaftlich genutzten Feldflur können die Bienen durch ausreichend breite und extensiv gepflegte Wegraine unterstützt werden, auf denen heimische und nektarreiche Wildpflanzen toleriert und nicht umgepflügt oder totgespritzt werden. Der Einsatz bienengefährlicher Spritzmittel muss grundsätzlich tabu sein.

2.3. Kooperation mit Landwirten ausbauen und Direktvermarktung unterstützen

Auch außerhalb der stadteigenen Flächen besteht dringender Handlungsbedarf zur Förderung einer umweltgerechteren Landwirtschaft, die dauerhaft auf Gentechnik, bienengefährliche Neonicotinoide und Breitbandherbizide wie Glyphosat verzichtet und den stark bedrohten Tier- und Pflanzenarten der Feldflur wieder mehr Lebensraum lässt. Wir fordern daher die Einrichtung

einer kommunalen „Arbeitsgruppe umweltgerechte Landwirtschaft“, in der gemeinsam mit den Landwirten tragfähige Konzepte entwickelt und umgesetzt werden. Hierzu können Fördermittel der EU und des hessischen Agrarumweltprogramms HALM in Anspruch genommen werden. Die Direktvermarktung lokal erzeugter Lebensmittel über Hofläden und Marktstände aber auch durch die direkte Belieferung städtischer Einrichtungen wie etwa Kindertagesstätten, wollen wir weiter fördern und ausbauen. Der Einkauf lokal erzeugter Landwirtschaftsprodukte muss künftig besser als bisher auch ohne Auto möglich sein, indem die Erreichbarkeit der Verkaufsstellen zu Fuß, per Fahrrad oder per ÖPNV verbessert wird.

2.4. Pflege der Streuobstwiesen und Vermarktung von lokalen Streuobstprodukten

Die Landschaft vor allem im Nordosten Wiesbadens ist (noch) geprägt von Streuobstwiesen. Mit ihren alten und höhlenreichen Obstbäumen und dem Grünland im Untergrund sind sie ein besonders artenreicher Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten. Derzeit gibt es nach einer Zählung des BUND in ganz Wiesbaden noch ca. 40.000 Obstbäume, darunter ca. 24.000 Hochstämme. Viele der Streuobstwiesen sind vom Niedergang bedroht, weil diese traditionelle Form der Obsterzeugung heutzutage nicht mehr wirtschaftlich ist und daher die Nutzung, Pflege und Nachpflanzung aufgegeben wurde.

Um möglichst große Anteile der Obstwiesen zu erhalten, müssen sie wieder in eine dauerhafte Nutzung gebracht werden. Auch die Stadt hat Streuobstflächen in ihrem Besitz, die derzeit nicht genutzt und gepflegt werden. Für solche Flächen – ob städtisch oder privat – wollen wir daher eine Vermittlungsbörse einrichten, um sie zu günstigen Konditionen an WiesbadenerInnen zu vergeben, die dort ihr eigenes Obst erzeugen möchten und zur Pflege der Flächen bereit sind.

Unverzichtbar ist hierbei eine fachliche Beratung und bei Bedarf auch praktische Unterstützung, die von der Stadt in Kooperation mit den im Bereich Streuobst engagierten Vereinen angeboten werden soll. Die traditionelle landwirtschaftliche Nutzung der Obstwiesen hat nur eine Zukunft, wenn Apfelwein, Apfelsaft und andere Streuobstprodukte gewinnbringend vermarktet werden können. Die Stadt kann hierzu ihren Beitrag leisten, indem sie mit lokalen Erzeugern und Keltereien Lieferverträge für städtische Kantinen und Mensen abschließt.

3. Wald

3.1. Stadtwald: Auswirkungen des Klimawandels abmildern und Freizeitnutzung steuern

Wiesbadens Stadtwald hat viele Funktionen: Er ist Sauerstoffproduzent und Wasserspeicher, er ist Lebensraum vieler Tier- und Pflanzenarten, darunter auch seltene und empfindliche Arten wie Kolkrabe oder Wildkatze, er ist Erholungswald und Holzlieferant. Der Stadtwald wird seit dem Jahr 1999 nach den Forest Stewardship Council (FSC)-Richtlinien naturnah bewirtschaftet. Damit war Wiesbaden Vorreiter im gesamten Rhein-Main-Gebiet.

3.2. Wachstum von Mischbaumarten fördern durch effiziente Bejagung

Der Klimawandel stellt die naturgemäße Waldwirtschaft vor neue Herausforderungen – nicht nur durch die zerstörerische Wirkung von Unwettern. Zur Vorsorge ist es daher wichtig, schon jetzt für ein möglichst vielfältiges und standortgerechtes Baumartenspektrum im Stadtwald zu sorgen.

Daher ist es für den Aufbau des Waldes von morgen von zentraler Bedeutung, dass die Jungbäume durch effiziente Bejagung des Reh- und Rotwilds geschützt werden, das sich in den letzten Jahren stark vermehrt hat. Hierfür muss die Möglichkeit zur Verwaltungsjagd wieder eingeführt werden, um die Forstverwaltung in die Lage zu versetzen, jederzeit die Jagd nach Waldschutzkriterien zu organisieren.

3.3. Naherholung und Freizeitsport steuern – Ruhezone erhalten

Wiesbadens Wald dient Spaziergängern und Wanderern zur stillen Naherholung. Er ist Umweltbildungsort für Kindergartenkinder und Schulklassen. Er ist Sportstätte für Jogger und Radfahrer. Gleichzeitig soll er aber auch weiterhin ausreichenden Lebensraum für störungsanfällige Tierarten wie beispielsweise die Wildkatze bieten.

Durch zunehmenden Freizeitdruck und neue Trendsportarten wie beispielsweise dem Downhill-Mountainbiken kann jedoch die Biotopfunktion des Waldes beeinträchtigt werden, wenn hier nicht steuernd eingegriffen wird. Einerseits ist es daher erforderlich, bei bestimmten Nutzergruppen wie beispielsweise Mountainbikern oder auch Geo-Cachern mit gezielter Information für ein naturverträgliches Verhalten zu werben und gegen Fehlverhalten entschieden vorzugehen. Andererseits kann nicht jedem neuen Nutzungsanspruch stattgegeben werden. Weitere Freizeitnutzungen oder sportliche Großveranstaltungen können daher nur zugelassen werden, wenn eine Schädigung und Störung der Tier- und Pflanzenwelt anhand nachvollziehbarer Prüfkriterien ausgeschlossen werden kann. Im Zweifel ist dem Naturschutz Vorrang vor der Freizeitnutzung einzuräumen.

4. Wiesbaden muss leiser werden: Lärmschutz aktiv vorantreiben

Lärm ist vor allem in Städten und Ballungsräumen eines der größten Umwelt- und Gesundheitsprobleme. Lärm schädigt die Gesundheit, wobei der Grad der Schädigung nicht nur von der Höhe des Pegels sondern auch von der Dauer der Einwirkung abhängt. Eine dauerhafte Lärmbelastung bei Pegeln von ca. 60 bis 65 dB(A), wie sie an Hauptverkehrsstraßen üblich sind, kann über lange Zeiträume hinweg zu Bluthochdruck und Herz-Kreislauferkrankungen und schließlich in einigen Fällen zu Herzinfarkt und Tod führen.

Lärm kann zudem den Wert einer Immobilie senken und zu sinkenden Mieteinkünften führen. Das wiederum wirkt sich negativ auf die Einnahmen einer Kommune aus, die über sinkende Mieteinkünfte, Grunderwerbsteuer und Grundsteuer betroffen ist.

Vor allem in verdichteten städtischen Bereichen ist es Aufgabe der Politik, die Menschen vor vermeidbarem Lärm zu schützen. Wir GRÜNEN setzen es uns zum Ziel, die Zahl lärm betroffener Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zu senken und somit eine höhere Lebensqualität zu erreichen. Vordringlich fordern wir daher die konsequente Umsetzung des **Lärmaktionsplans** Hessen, das den Ballungsraum Wiesbaden als einen der am meisten durch Lärm belasteten Gebiete Südhessens ausweist.

Dringend notwendig ist es, schon bei der Planung auf Lärmvermeidung und Lärminderung zu achten und darüber hinaus die Lärmsanierung zu forcieren.

4.1. Lärm schon bei der Planung vermeiden

Um Lärmkonflikte nachhaltig zu vermeiden, müsste zwischen Bereichen lärmempfindlicher Nutzung (z.B. Wohnungen, Krankenhäusern) und den Emissionsquellen ein größtmöglicher Abstand gehalten werden. Dies kann in Ballungsräumen nur in ganz wenigen Fällen bei Neuplanung gewährleistet werden. Deshalb ist es zwingend erforderlich die Lärmproblematik bereits frühzeitig in allen Planungsabläufen zu berücksichtigen, also vorbeugende Maßnahmen zum Schutz gegen Lärm zu entwickeln und umzusetzen.

So lässt sich der Lärm durch Straßenverkehr mit einer Reihe aufeinander abgestimmter Einzelinstrumente reduzieren: von der Fahrzeugtechnik, über das Steuerrecht bis hin zur Verkehrsplanung.

Wir GRÜNEN wollen in Wiesbaden zunächst Verkehr vermeiden (z.B. „Stadt der kurzen Wege“), ihn dann auf umweltschonendere Verkehrsmittel (Fuß, Fahrrad, Bus und Bahn) verlagern, und erst zuletzt sollen die Lärmwirkungen durch technische Maßnahmen vermindert werden. Dabei

wirken Maßnahmen an der Lärmquelle (leisere Fahrzeuge und Fahrbahnbeläge) flächendeckend und haben insofern Vorrang vor nur lokal wirksamen Lärmschutzwänden, -wällen oder -fenstern.

4.2. Geschwindigkeitsbegrenzung

Eine Verringerung der Geschwindigkeit reduziert grundsätzlich auch den Lärm im Straßenverkehr. Eine Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit, die von betroffenen BürgerInnen gemäß Straßenverkehrsordnung jederzeit beantragt werden kann, senkt aber nur dann die Lärmbelastung, wenn diese auch eingehalten wird.

Meist zeigen nur konsequente Geschwindigkeitskontrollen („Radarfallen“) nachhaltige Wirkung. Das müssen auch wir GRÜNEN leider zur Kenntnis nehmen.

Wie Erfahrungen aus Frankfurt zeigen, reduziert ein Tempolimit in der Nacht von 50 auf 30 km/h den Lärm um 3 bis 4 Dezibel, was einer Halbierung der Lärmbelastung für die BürgerInnen entspricht. Wir GRÜNEN fordern auch für Wiesbaden die Einrichtung von Tempo-30-Zonen in der Nacht durchgängig für alle Wohngebiete und eine Ausweitung auf den 1. Ring sowie auf weitere Durchgangsstraßen, sollten die aktuellen Modellversuche in Frankfurt auf Hauptverkehrsstraßen ähnlich positiv verlaufen.

4.3. Lkw-Fahrverbot

Ein Lastkraftwagen ist durchschnittlich so laut wie zwanzig Personenkraftwagen. Bei einer Straße mit hohem Lkw-Verkehr kann durch Umleitung der Lkw auf Autobahnen und Umgehungsstraßen die Belästigung der BürgerInnen deutlich gesenkt werden. Wir GRÜNEN fordern daher ein Durchfahrtsverbot für Lkw über 3,5 Tonnen für das Stadtgebiet Wiesbaden incl. der B455. Eine solche Regelung soll aber nicht zu Lasten von Anwohnerinnen und Anwohnern anderer Straßen gehen.

4.4. Fahrbahnoberflächen

Die Art des Fahrbahnbelags bestimmt maßgeblich die Lärmemission. In den vergangenen Jahren hat es in der Entwicklung von lärmarmen Fahrbahnbelägen auch im Innenstadtbereich sehr große Fortschritte gegeben.

Mit Hilfe der Lärmkartierung ist es erstmals möglich, den Aspekt der Lärminderung bei den durchzuführenden Straßenbaumaßnahmen zu berücksichtigen. Ein Abgleich der identifizierten Lärmbelastungsschwerpunkte mit den Fahrbahnoberflächen und Fahrbahnzuständen gibt Hinweise auf vordringlich zu sanierende Straßenabschnitte.

Dabei können beispielsweise folgende Kriterien verwendet werden: ·

- Höhe der vorhandenen Lärmbelastung, ·
- Anzahl der lärmbelasteten Bewohner entlang des Straßenabschnitts, ·
- Lärminderungspotenzial durch lärmarme Fahrbahnoberflächen, ·
- Lärminderungsmöglichkeiten durch Straßenraumgestaltung (Reduzierung der Querschnitte und Seitenräume).

Nach derzeitigem Kenntnisstand können lärmoptimierte Fahrbahnen den Mittelungspegel je nach Belagsart, Verkehrszusammensetzung, Witterung und Geschwindigkeit um 2 bis 5 dB(A) senken. Eine Sanierung schadhafter Fahrbahndecken unter Beibehaltung der bisherigen Belagsart bewirkt je nach Schwere der Fahrbahnschäden nur eine Pegelminderung von ca. 1 bis 2 dB(A).

4.5. Förderung des Umweltverbundes

Die Förderung des Umweltverbundes ist ein wesentlicher Maßnahmenkomplex zur langfristigen und nachhaltigen Reduzierung der Lärmimmissionen durch die Vermeidung von Kfz-Fahrten. Neben der Schaffung durchgehender, attraktiver und sicherer Radverkehrsanlagen sowie der

Sicherstellung der Freizügigkeit, Barrierefreiheit und Querungssicherheit für den Fußverkehr hat die Förderung des Öffentlichen Verkehrs einen hohen Stellenwert. Wir GRÜNEN setzen und seit Jahren für diese Ziele ein und haben diesen Themen eigene Kapitel in unserem Wahlprogramm gewidmet.

4.6. Abschirmungen

Feste Hindernisse wie Schallschutzwände, -wälle, Überdeckungen, Einhausungen behindern die Ausbreitung des Schalls und sorgen für mehr Ruhe für Anwohner. Allerdings sind sie im Innenstadtbereich kaum sinnvoll, weil sie Freiflächen benötigen, Sichtachsen zerschneiden können und eine Barriere für Fußgänger und Radfahrer bieten. Wir GRÜNEN sind aber durchaus für den Einsatz von Wällen und Wänden, wo die örtlichen Gegebenheiten dies zulassen und Lärm wirksam eingedämmt werden kann, z.B. an der A66 beim Neubaugebiet Hainweg oder an der Autobahnbrücke A643. Im Idealfall sollte dabei entweder eine Photovoltaikanlage, eine Begrünung oder eine Präsentationsflächen für Kunst oder Werbung mit vorgesehen werden.

4.7. Schallschutzfenster

Schallschutzfenster besitzen gegenüber normalen Fenstern eine erhöhte Schalldämmung. Schallschutzfenster wirken allerdings nur, wenn sie geschlossen sind, bei gekippter Stellung ist die Schalldämmung nicht besser als bei normalen Fenstern. Der Einbau von Schallschutzfenstern muss oft mit Lüftern verbunden werden, da sonst der Luftwechsel für Sauerstoffzufuhr und Feuchteabtransport nicht gewährleistet ist. Viele Länder und Kommunen haben Förderprogramme zum Einbau von Schallschutzfenstern an hochbelasteten Straßen aufgelegt. Auch die Stadt Wiesbaden sollte nach unserer Meinung ihr eigenes Förderprogramm für besonders lärmbeeinträchtigte Straßenabschnitte erneut auflegen und dabei gleich unter dem Aspekt der Energieeinsparung ausweiten. Außerdem ergeben sich Synergieeffekte, wenn Maßnahmen zur Lärmreduzierung an Gebäuden (Fassadendämmungen, Balkonverglasungen und Vorhangfassaden) auch zur Wärmedämmung beitragen.

5. Wasser – lebensnotwendig und schützenswert

5.1. Renaturierung und Offenlegung der Bäche

Die Stadt Wiesbaden wird von einer Reihe kleinerer Bäche wie Wellritzbach/Schwarzbach und Rambach/Salzbach durchflossen, die ausnahmslos naturfern ausgebaut oder verrohrt sind. In ihrem naturnahen, ursprünglichen Zustand haben sie früher die Innenstadt mit der freien Landschaft verbunden, dienten als Luftleitbahnen und waren wichtige Biotopvernetzungselemente. Der jetzige Zustand ist eine Folge des mehr als 100 Jahre alten „Generalentwässerungsplan für Wiesbaden“, der alle Wiesbadener Bäche aus dem Stadtbild nahm. Das führte nicht nur zum Verlust der ökologischen Funktion der Bäche, sondern begünstigt auch Hochwasserereignisse.

Wir GRÜNE begrüßen die bereits umgesetzten und noch geplanten Renaturierungsmaßnahmen, wie beispielsweise am Wickerbach und am Wellritzbach. Schon jetzt werden 3,7 Millionen Kubikmeter Bachwasser des Wellritzbaches und des Kesselbachs nicht mehr in die Kanalisation geleitet, sondern teilweise offen durch die Stadt geführt. Wir werden uns für eine Konzeption zur Umsetzung weiterer Fließgewässerprojekte im gesamten Stadtgebiet einsetzen und möchten das Projekt „Bäche ans Licht“ fortführen. So möchten wir GRÜNE z.B. die Renaturierung am Goldsteinbach/Rambach weiter vorantreiben.

Eine Renaturierung von Fließgewässern in Wiesbaden umschließt nach unserer Überzeugung aber auch die Offenlegung verrohrter Abschnitte wie es für den Rambach/Salzbach unterhalb des Kurparkweihers zutrifft. Die Verrohrung ist nicht irreversibel, wie ein diesbezügliches Gutachten

aus dem Jahr 2007 zeigt. Das rheinland-pfälzische Bad Dürkheim hat es an der Isenach (ökologisch intakter Bach aus der Südpfalz) vorgemacht, wie eine natur- und erlebnisnahe Offenlegung eines städtischen Baches realisiert werden kann. Mit der Wiederherstellung von naturnahen Bachauen wird gleichzeitig Retentionsraum für die zunehmend zu erwartenden Hochwasser geschaffen. Für die BürgerInnen entstehen dadurch zudem neue Naherholungslandschaften.

5.2. Bachpatenschaften

Bachpaten sind engagierte Personen, Vereine oder Schulklassen, die den Gewässerunterhaltungspflichtigen bei der natürlichen und naturnahen Gewässerhaltung und -entwicklung unterstützen. Neben den Instrumenten wie Grunderwerb am Gewässer zur Entwicklung eines Gewässerentwicklungskorridors, Gewässerpflegepläne oder auch Renaturierungen stellen die Bachpaten mit ihrer Präsenz am Gewässer, ihrem persönlichen Engagement und ihrer Ortskenntnis eine Möglichkeit zur Überbrückung eventueller Nutzungskollisionen dar. Bachpaten fördern als Vorbild das Verantwortungsbewusstsein und Verständnis in der Bevölkerung und wirken somit als Multiplikatoren für umweltgerechtes Verhalten.

Wir GRÜNE werben für die Gründung von Bachpatenschaften und begleiten unterstützend die Kooperation zwischen dem Unterhaltungspflichtigen und den Bachpaten.

5.3. Abwässer reinigen - auf dem neuesten Stand der Technik

In Wiesbaden werden unter Anwendung der sogenannten 3. Reinigungsstufe die Nährstoffe, Stickstoff und in bundesweit vorbildlicher Weise Phosphor zweistufig eliminiert (biologisch und chemisch). In Abwässern werden zunehmend Rückstände von Arzneimitteln gefunden. Welches Risiko sie bergen, ist derzeit noch unklar. Grenzwerte fehlen.

Das Hauptklärwerk Wiesbaden muss nach unserer Überzeugung auf den neuesten Stand der Technik aufgerüstet werden. Wir GRÜNE fordern aufgrund zunehmender Belastungen durch Medikamente, Hormone, Pflanzenschutzmittel und Mikrokunststoff-Partikel weitergehende Reinigungsschritte von Spurenstoffen durch Ozonierung, Aktivkohlefilter- sowie Mikrosieb-Verfahren (bezeichnet als 4. Reinigungsstufe). Dafür müssen Flächen zur Erweiterung der Kläranlage bereitgestellt werden, die technisch bedingt am sinnvollsten dem Hauptklärwerk zugeordnet sein sollten. Hier muss ein Kompromiss mit der ansässigen Hammermühle gefunden werden.

Zur Behandlung von in ihrer Zusammensetzung spezieller Klinikabwässer (Medikamente, Röntgenkontrastmittel, Antibiotika, Multiresistente Keime) fordern wir GRÜNEN die Reinigung von Abwässern vor Ort auf dem Klinikgelände. Nur so kann eine effiziente, umweltgerechte Minderung der Belastungen für die Hauptkläranlage erreicht werden.

5.4. Naturnaher Wasserhaushalt statt Kanalisation

Zur unterirdischen Ableitung von Schmutz- und Niederschlagswasser werden bei konventioneller Bebauung in der Regel aufwendige und teure Kanalisationen vorgesehen. Statt des Einsatzes von Mischkanälen wie in der Vergangenheit, ging man in einigen Städten in neuerer Zeit dazu über - wo es sich als sinnvoll erwies - in Neubaugebieten Trennkanäle zu verwenden.

Das anfallende Niederschlagswasser muss jedoch nicht zwangsläufig über die Kanalisation abgeleitet werden. Unter Umständen wird ein Niederschlagswasserkanal sogar überflüssig, wenn durch Verringerung der Versiegelung, Dachbegrünung, Brauchwassernutzung und Versickerung das anfallende Niederschlagswasser in den Wasserkreislauf zurückgeführt wird.

Wir GRÜNE unterstützen die Erstellung von Konzepten für einen naturnahen Wasserhaushalt im Rahmen der Aufstellung von Bebauungsplänen z.B. bei größeren Sanierungsmaßnahmen im Altbestand. Wichtig sind aber auch die Beratung von Bauherren im Vorfeld sowie dann die konsequente Umsetzung der im Bebauungsplan vorgesehenen Maßnahmen.

6. Ein Stück Natur für jeden – auch in Wiesbaden

Naturnahe Spiel- und Erlebnisräume sind entwicklungsfähige Elemente oder Räume, die Kinder von sich aus aufsuchen, sich dort auf vielfältige Weise erproben, sich kreativ einbringen und die Natur mit all ihren Sinnen erleben.

Früher war der Marktplatz in Städten und Dörfern der „Dreh- und Angelpunkt“ der städtischen oder dörflichen Gemeinschaft, ein Treffpunkt für Groß und Klein. Heute findet sich des Öfteren in der Mitte einer Stadt ein Parkplatz. Ziel aller sollte es sein, dass der Lebensmittelpunkt der Gemeinde, insbesondere unserer Kinder, in einem „Stück Natur“ liegt.

Hierfür gilt es, die Qualität des Wohnumfeldes zu verbessern, indem wir GRÜNE dafür Sorge tragen, dass der Gedanke an naturnahe Spiel- und Erlebnisräume frühzeitig in die Planungen miteinbezogen wird:

- bei der Planung von Neubaugebieten,
- bei der Sanierung vorhandener Spielplätze,
- beim Erhalt vorhandener Naturräume sowie
- bei der Suche nach weiteren Gestaltungsmöglichkeiten einer kinderfreundlichen Umwelt.

7. Böden – mehr als Bauland

Böden sind die Lebensgrundlage für Mensch, Tier und Pflanze und erfüllen eine Vielzahl von Funktionen. Für Wiesbaden sind sie besonders wichtig für die Versorgung mit ortsnah erzeugten Lebensmitteln, ein ausgeglichenes Klima und die Speicherung des Regens, insbesondere bei Unwettern. In Wiesbaden sind sie aber durch Schadstoffe aus Industrie und Verkehr, aber vor allem durch den Flächenverbrauch für Wohnungs- und Gewerbebauten sowie für Infrastrukturmaßnahmen wie z.B. Straßen besonders gefährdet.

Während Klima-, Natur- und Lärmschutz zweifellos für jeden wichtig ist, findet Bodenschutz in Wiesbaden nicht statt. Dabei ist Bodenschutz Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Klima- und Naturschutz und zum Erhalt der Biodiversität.

Aufgrund seiner zentralen Bedeutung für den Erhalt einer intakten Umwelt und der Sicherung unserer Ernährung werden wir GRÜNE darauf drängen, dass Wiesbaden ein kommunales Bodenschutzkonzept entwickelt. Außerdem sollten bei geplanten Ausweisungen für Siedlungs- und Verkehrsflächen ergänzend Instrumente genutzt werden, die eine Folgeberechnung der für die Kommune zu erwartenden Kosten (z.B. „Folgekostenschätzer“ aus Bayern) und der Wirkungen auf das Klima (INKAS des Deutschen Wetterdiensts) ermöglichen. Die so gewonnenen Daten sorgen für eine gute Informations- und Diskussionsgrundlage und für Transparenz im Meinungsbildungsprozess.

Oberstes Ziel muss es sein den Flächenverbrauch zu minimieren. Nur so können die forst- und landwirtschaftlichen Flächen – anteilig die größten Flächen in Wiesbaden - nachhaltig geschützt werden und weiterhin die Funktionen des Bodens erfüllen. Nur so wird auch die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe gesichert. Die Stadt als große Grundstückseigentümerin von land- und forstwirtschaftlichen Flächen muss hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Insgesamt muss der Bodenschutz im Verwaltungsvollzug gestärkt werden. Dazu gehören eine Förderung des Bodenbewusstseins innerhalb der Verwaltung und der Entscheidungsträger, die Bildung von Netzwerken mit anderen interessierten Kommunen (Beitritt im Kommunalen

Bodenbündnis ELSA) sowie eine Intensivierung der Fortbildung in den Bereichen Stadtplanung und Umwelt.

Im Bereich des Bodenmanagement, das sich mit der Qualität und Entsorgung von Bodenaushub befasst, sind ebenfalls Verbesserungen im „Know How“ und der Information z.B. durch die Gründung einer Bodenbörse anzustreben. So kommt es bei vielen städtischen Baumaßnahmen immer wieder zu Mehrkosten z.B. wegen mit Arsen belasteten Bodenaushubs, obwohl die naturgegebene Vorbelastung im Stadtgebiet eigentlich bekannt und damit einpreisbar sein müsste.

Die Pflege und Aktualisierung des Altlastenkatasters ist weiterhin ausreichend personell auszustatten, da trotz vielfältiger umfangreichen Sanierungsmaßnahmen weiterhin Schadstofffahnen benachbarte Flächen belasten.

Im Mittelpunkt aller Bestrebungen zum Schutz des Bodens steht die Forderung so wenig wie möglich unbebaute, unversiegelte landwirtschaftlich genutzte Flächen umzuwandeln.

8. Luft – mehr als Atmen

Die Luftqualität in unserer Stadt ist ein wichtiger Faktor für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger. Meist unsichtbare Luftschadstoffe bewirken Erkrankungen wie z.B. Schädigungen der Atemwege und fördern Asthma, Bronchitis und Entzündungen. Andere Zellschädigungen bis hin zum Lungenkrebs können ebenfalls ausgelöst werden. Zusätzlich beeinträchtigen sie unser Ökosystem, indem sie z.B. das Blattwerk von Pflanzen angreifen.

Ein in Wiesbaden besonders bedeutender Schadstoff ist das Reizgas Stickstoffdioxid, dessen größter Anteil bei uns in den Verbrennungsmotoren des Autoverkehrs entsteht. Zusätzlich zu seiner eigenen Schadwirkung fördert es den Sommer-Smog (Ozon-Vorläufersubstanz) und die Bildung der gefährlichen Feinstaubpartikel in unserer Atemluft. Die durch die Bundes-Immissionsschutz-Verordnung vorgegebenen Grenzwerte für Stickstoffdioxid werden in einigen Bereichen unserer Stadt regelmäßig überschritten. Maßnahmen zur Luftqualität gehen oft Hand in Hand mit anderen Maßnahmen, die wir GRÜNEN in Wiesbaden verwirklichen wollen:

- Förderung des Öffentlichen Nahverkehrs, des Radverkehrs und der Elektromobilität in unserer Stadt und dadurch eine Senkung der Schadstoffbelastung
- Förderung von Fahrgemeinschaften
- Sinnvolle Reduzierungen der vorgeschriebenen Fahrgeschwindigkeiten
- Einsatz energiesparender und emissionsarmer Gebäudeheizungen
- Konsequente Umsetzung des Luftreinhalteplans

Belastete Luft strömt zumeist in der Nacht aus der Innenstadt über das Salzbachtal ab und wird durch frische Kaltluft aus den Waldtälern ersetzt. Diese Belüftung der Innenstadt ist aufgrund der Kessellage und aufgrund der hohen Belastungen mit Luftschadstoffen und der massiven Überwärmung im Sommer lebensnotwendig für die Innenstadt. Im Zuge der Klimaveränderungen mit deutlich mehr austauscharmen Wetterlagen und hohen Sommertemperaturen, die noch häufiger mit schwül-warmen Wetterlagen einher gehen werden, wird die Belüftung der Innenstadt eine zentrale Aufgabe in allernächster Zukunft sein. Wir werden die Kaltluftzuströme zur Innenstadt erhalten und wo nötig öffnen. Innerhalb der Innenstadt wollen wir das Klima durch Beschattung und Begrünung verbessern. Die gesetzlichen Grundlagen wie Naturschutzgesetz oder aber Landschaftsschutzgebietsverordnung müssen als wichtige Steuerungsmöglichkeiten von uns mitgestaltet werden. Im Verbund mit der Rhein-Main-Region streben wir GRÜNEN die Etablierung einer regionalen Umweltzone an, um die Schadstoffbelastung der Luft, insbesondere durch NO_x und Feinstaub zu verringern.

9. Müll vermeiden und getrennt entsorgen

Wer Dinge verbraucht, erzeugt Müll. Müllentsorgung ist teuer und belastet die Umwelt. Daher sollte schon beim Einkauf auf langlebige, wieder verwertbare und natürlich abbaubare Produkte geachtet werden. Verpackungen und Plastiktüten lassen sich oft ganz vermeiden. Wo dies nicht möglich ist, sollte Müll zumindest sorgfältig getrennt und möglichst wiederverwertet werden.

Mit 438 kg Abfall pro Einwohner und Jahr liegt Wiesbaden unter den sieben kreisfreien Städten Hessens zusammen mit Darmstadt an der Spitze der Müllproduzenten. 56 % (245 kg) davon ist Restmüll, 13 % Bioabfall, 16 % ist Papier und Kartonagen, der Rest verteilt sich auf Grünschnitt, Elektroschrott und 9 % Sperrmüll (knapp 40 kg).

Der von privaten Haushalten erzeugte Hausmüll enthält noch in erheblichem Umfang (insgesamt ca. 40.700 Tonnen pro Jahr) verwertbare Bestandteile: Davon sind 21.500 Tonnen Bioabfälle und 8.500 Tonnen Verpackungen. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Mülltrennung in großen Wohneinheiten und in der Innenstadt nicht so gut funktioniert wie in den Ortsteilen. Die Wohnbaugenossenschaften haben über ihre MitarbeiterInnen vor Ort bereits gute Aufklärungsarbeit geleistet. Wir möchten dieses Engagement durch eine auf Stadtquartiere bezogene, mehrsprachig angelegte Informationsoffensive ausweiten, die für mehr Sensibilität im Umgang mit dem Thema Müll, Müllvermeidung und Mülltrennung sorgen wird. Durch ausreichend viele Behälter soll es zudem Bürgerinnen und Bürgern möglichst leicht gemacht werden, die noch im Hausmüll befindlichen Anteile an Glas, Papier, Verpackungen und Biostoffen getrennt zu entsorgen.

Wichtig ist auch die Aufklärung im Bereich des Sonderabfalls: Dazu sollen die Entsorgungsmöglichkeiten über das Schadstoffmobils noch besser bekannt gemacht werden. Im Bereich Sperrmüll erhoffen wir GRÜNEN uns durch die bessere Information, dass sich mehr Menschen beim kostenlosen Abholservice melden und so die illegalen Ablagerungen verringert werden.

Zusätzlich wollen wir GRÜNEN in bestimmten Stadtteilen nach dem Vorbild Frankfurts sog. Ortsdiener als Kiez-HausmeisterIn vor Ort etablieren. Sie sollen z.B. Kleinabfälle einsammeln, das Ordnungsamt und die ELW über wilden Sperrmüll benachrichtigen, umgefahrene Schilder und Poller an das Straßenbauamt melden und Aufkleber entfernen. Ihre persönliche Präsenz im Stadtteil wird sich schnell positiv bemerkbar machen. Vor allem für langzeitarbeitslose Menschen kann die begleitende Qualifikation zur Kiez-HausmeisterIn eine berufliche Perspektive darstellen. Langfristig wollen wir GRÜNEN uns für ein differenziertes Gebührensystem einsetzen, das konsequent kleinere Restmüllbehälter und größere Wertstoffbehälter sowie bedarfsgerechte Abholfrequenzen und die Wahl des Teilservice fördert. So kann die Entsorgung am Bedarf der Bewohner ausgerichtet werden, und die Auslastung der Behälter verbessert sich. Über eine Modellrechnung im Gebührenbescheid können den Kunden alternative Behältergrößen oder Abholfrequenzen aufgezeigt und Anreize zu möglichen Gebühreneinsparungen gesetzt werden.

10. Müll und Schutt aus dem Rückbau von Atomkraftwerken

Wir GRÜNEN haben seit vielen Jahren für den Ausstieg aus der Atomkraft gekämpft. Nun werden die ersten AKW rückgebaut und die Betreiber sind auf der Suche nach geeigneten Mülldeponien, auf denen sie den strahlenden Bauschutt ablagern können. Wir GRÜNEN fordern, dass künftig bei allen Anfragen oder Angeboten zur Deponierung von Materialien aus dem Rückbau von Atomkraftwerken auf der Dyckerhoff-Deponie die parlamentarischen Gremien unverzüglich eingebunden werden. Die Bevölkerung muss über diese Vorgänge und deren mögliche Konsequenzen nicht nur umfassend informiert, sondern das Thema als Ganzes muss breit diskutiert werden. Bürgerwohl steht über den finanziellen Interessen der Versorgungsbetriebe.

Projekt für das Thema Umwelt- und Naturschutz

Naturnahe Spiel- und Erlebnisräume schaffen

Es herrscht "Spielraumnotstand"! Die Spielplatzgestaltung der letzten 20 Jahre bietet den Kindern nicht das, was sie für eine gesunde Entfaltung benötigen. Zudem sind Plätze rar in städtischen Bereichen.

Wir GRÜNE fordern die Schaffung von naturnahen, sozial kontrollierbaren, Spiel- und Erlebnisräumen. Dies sind Areale, die Kinder von sich aus aufsuchen können um sich dort auf vielfältige Weise erproben, kreativ einbringen und die Natur mit all ihren Sinnen erleben können.

Durch die besondere Gestaltung entsteht eine grüne, zum Verweilen einladende, grüne Insel, die die Lebensqualität im Quartier deutlich erhöht.

Zu solchen Plätzen können neben bekannten Spielgeräten klassischer Spielplätze Bereiche gehören wie: Holzbrücke, Wasserbahn / Matschspiel, Kletterbäume / Baumstämme, Holzhaus, Bachspielbereich, Kräuterschnecke, Tunnel, Hügel, Wiese, Barfußweg, Picknickplatz.

Umgang mit Stadtauben

Stadtauben gehören zu den eher unbeliebten Tieren. Aber auch sie sind Tiere, die ihren Anspruch auf Leben haben. Sie zu jagen verbietet sich nicht nur aus gesetzlicher Pflicht. Dennoch ist eine Populationskontrolle nötig. Ein umfangreicher und ernst gemeinter Tierschutz möchte nicht nur die Population gering halten, sondern auch den lebenden Tieren ein tiergerechtes Leben in der Stadt ermöglichen. Dazu gehört:

- Mehr betreute Taubenschläge (zur Eikontrolle und anständiger Fütterung). Die Stadt ist Eigentümerin vieler geeigneter Häuser oder kann über Bebauungspläne oder Verträge die Wirtschaft mit in die Verantwortung ziehen.
- Konsequenteres Vorgehen gegen unsachliche Fütterung. Tauben können durch falsche Fütterung krank werden.
- Verringerung von Maßnahmen, die zu Fallen für Tauben und andere Tiere werden können. Taubengitter sollen nicht nur angebracht, sondern Risse und Löcher auch gestopft werden. Tiere finden hinein, aber nicht mehr heraus und verenden elendig.

Weiter Informationen gibt es: <http://www.stadtaubenprojekt.de/>

Bienen in der Stadt

Wir freuen uns, dass sich immer mehr Menschen der Imkerei auch in der Stadt widmen. So stehen mittlerweile Bienenstöcke auf dem Dach des Landesmuseums. Wir GRÜNEN werden diese Aktivitäten fördern und möchten Bienen das Leben in Wiesbaden erleichtern. Dies gelingt am Besten durch einheimische Blütenpflanzen, die Nektar für Bienen liefern. Durch die Anlage von artenreichen Blühflächen wollen wir die Bedingungen für Honigbienen, aber auch für Wildbienen und andere Insekten verbessern.

Dazu wollen wir GRÜNEN ein exemplarisches Schau-Beet mit einheimischen (Wild-) Pflanzenarten anlegen, die nützlich für Bienen und andere Insekten wie z.B. Schmetterlinge sind. Zusätzliche Infos rund um das Beet sollen Balkon- und Gartenbesitzer zum Nachmachen anregen. Der Verein Naturgarten hatte 2012 dafür beim Wettbewerb „Wiesbadens Grüner Daumen“ den 1. Preis erhalten. Wir halten die Reisinger Anlagen als zentralen Ort dafür gut geeignet und sind sicher, dass sich dieser Garten mit dem Denkmalschutz harmonisch verbinden lässt.

"OASE Wiesbaden" - Plan B für das Ostfeld

Die Stadt Wiesbaden hat Flächen östlich des Deponie-Geländes angekauft und beabsichtigt, dort ein Industrie- und Gewerbegebiet zu errichten. Wir GRÜNEN möchten dieses Gelände, das bisher schon landwirtschaftlich genutzt wird, in eine Oase mit Elementen der Naherholung und des ökologischen Landbaus verwandeln.

Mit diesem Projekt verbinden sich für Wiesbaden gleich mehrere Vorteile:

- die Flächen, die ohnehin für die Frischluftversorgung der südlichen Stadtteile erhalten bleiben müssen, bleiben naturnah, fördern die Artenvielfalt und dienen den Klimaschutzzielen der Stadt
- die Menschen dieser Stadt werden mit Stolz ihre "Oase" unterstützen und setzen mit ihrem Einkauf auch ein deutliches Zeichen gegen das neoliberale Wirtschaftssystem, das auf Ausbeutung von Mensch und Natur fußt.

Stadtteil Westend: Renaturierung des Wellritztales fortsetzen

Das Wellritztal als wichtige Frischluftschneise, aber auch als wichtiges Naherholungsgebiet, muss weiter entwickelt werden. Dazu gehören die Bachrenaturierung, aber auch eine Lösung für das Thema "Hundenauslauf". Hierzu muss ein Dialog aller Betroffenen eine Entscheidung vorbereiten.

F - Grüne Wirtschaftspolitik

1. Einleitung

Wirtschaft und Arbeitsmarkt haben in Wiesbaden Schwerpunkte im Dienstleistungsbereich und im Handel. Weitere wichtige Stützen sind Gesundheitswesen, Bäder, Kongresse und Tourismus. In letzter Zeit gewinnen auch die Kreativwirtschaft und die Hochschulen als Wirtschafts- und Standortfaktor an Bedeutung. Wiesbaden hat den Vorteil, relativ wenig von der Industrie abhängig zu sein. Dadurch ist unsere Stadt weniger von Strukturwandel und Arbeitsplatzverlust in dieser Branche *) betroffen als andere.

Hierzu passen die **Standortvorteile Wiesbadens:**

- a. Die Stadt im Grünen / die Stadt mit viel Grün
- b. Historischer Stadtkern mit vielen schönen Altbauwohnungen
- c. Attraktive Einkaufsmöglichkeiten
- d. Vielfältiges kulturelles Angebot
- e. Gute Verkehrsverbindungen ins gesamte Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus

Die GRÜNEN wollen diese Standortvorteile erhalten und weiterentwickeln. Das große Plus Wiesbadens heißt Lebensqualität: sie ist ein wichtiger Grund, warum viele UnternehmerInnen – aber auch Kongresse – Wiesbaden treu bleiben. Viele AbsolventInnen der Hochschule RheinMain suchen ihr Glück häufig zuerst in den Metropolen, erinnern sich dann aber an die Vorzüge Wiesbadens – und kommen zurück, um hier etwas aufzubauen. Den Wirtschaftsfaktor Lebensqualität langfristig zu sichern, hat für die GRÜNEN deshalb eine hohe Priorität.

Ansatzpunkte für die Stadtpolitik sehen wir vor allem

- a. im Erhalt eines lebenswerten, lebendigen und grünen Wiesbadens in Innenstadt und Vororten auch als Basis für einen starken Einzelhandel
- b. in der Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels durch Verzicht auf die Ausweisung weiterer Flächen für Groß- und Fachmärkte „auf der grünen Wiese“
- c. in der Förderung von Gesundheitswesen, Kongressen und Tourismus
- d. bei der gezielten Unterstützung der Kreativwirtschaft durch mehr Vernetzung, Sichtbarmachung und Bereitstellung von Räumen stärker fördern und sichtbar machen
- e. im Grundsatz, neue Arbeitsplätze möglichst flächen- und ressourcensparend zu schaffen
- f. in der Erleichterung von **Unternehmensgründungen** durch Raum-, Beratungs- und Vernetzungsangebote
- g. in der Ansiedlung – vor allem innovativer - Industrieunternehmen, die zur Wertschöpfung in Wiesbaden beitragen, soweit deren Umweltbelastung vertretbar ist. Potenzial für Wiesbaden sehen wir hier – wie auch das DIW - vor allem in den Bereichen Forschung und Entwicklung, technische Dienste sowie Leitungs- und Organisationsfunktionen
- h. in der vermehrten Vergabe öffentlicher Aufträge an regionale Dienstleister, Händler und Handwerksbetriebe

2. Zukunftsbranche Kreativwirtschaft stärker fördern und sichtbar machen

Die Kreativwirtschaft ist die meist unterschätzte Branche unserer Stadt. Hessenweit ist sie bereits die sechstgrößte Branche.

11 Teilmärkte bilden zusammen die Kreativwirtschaft: Werbemarkt, Software & Games, Presse, Designwirtschaft, Architekturmarkt, Filmwirtschaft, Buchmarkt, Musikwirtschaft, Darstellende

Künste, Rundfunkwirtschaft und Kunstmarkt. Hessenweit liegt sie mit über 70.000 Beschäftigten vor der Pharma- und Chemieindustrie oder dem Maschinenbau.

Auch Wiesbaden profitiert: Einige Verlage haben sich weltweit Anerkennung erarbeitet, Wiesbadener Kommunikationsagenturen räumen internationale Preise ab, zum Branchen-Event see conference pilgern jährlich knapp 1.000 Design-Fachleute in unsere Stadt, der Studiengang Kommunikationsdesign der Hochschule Rhein-Main gilt als einer der Top 3 deutschlandweit, mit dem Heimathafen ist ein Treffpunkt mit Strahlkraft entstanden und der Ruf als Filmstadt hält sich beständig. Die Kreativwirtschaft zahlt positiv auf ein urbanes, lebendiges Image ein, beflügelt sich gegenseitig mit der Kulturszene und stößt Innovationen an. Kreativität in der Wirtschaft führt zu Kreativität auf den Straßen.

Schwarz-Rot hat für diese Chancen keinen Blick gehabt – weder im Koalitionsvertrag, noch im politischen Handeln. Ein Beispiel: Wiesbadens einziges offizielles Gründerzentrum, der 'Startblock', kann die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft nicht annähernd erfüllen. Es liegt weit außerhalb am Stadtrand, eine Vernetzung mit der aktiven Kreativwirtschafts-Szene und der Hochschule RheinMain fehlt völlig.

Die GRÜNEN wollen die Kreativwirtschaft auf verschiedene Weise unterstützen:

- a. Die GRÜNEN wollen mithelfen, der heterogenen Szene **mehr Sichtbarkeit** zu verschaffen. Wenn die Kreativwirtschaft oder die Hochschule für Projekte wie eine Jobmesse, eine Wiedereinführung der Designtage mit Abend der offenen Agenturen oder andere Stadt-Events politische Unterstützung braucht, so leisten wir GRÜNE diese gerne.
- b. Wir sehen die städtische Standortpolitik in der Pflicht: Sie muss der Kreativwirtschaft mehr Aufmerksamkeit schenken. Eine **zentrale Anlaufstelle**, wie sie der GRÜNE Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir auf Hessen-Ebene bereits geschaffen hat, würde auch Wiesbaden gut zu Gesicht stehen.
- c. Wie andernorts könnte auch in Wiesbaden eine zentrale **Webseite** Informationen und Angebote bündeln. Die Stadt soll hierfür die nötigen Ressourcen bereitstellen.
- d. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass mehr **nutzbare Räume** zur Verfügung gestellt werden – sei es für Büros, Veranstaltungen oder Ausstellungen. Helfen kann dabei auch eine neue Kultur der Zwischennutzung.
- e. Die GRÜNEN machen sich für ein **Gründerzentrum für die Kreativwirtschaft** in urbaner Umgebung stark, das Service aus einer Hand bietet und Vernetzung erleichtert.
- f. In Wiesbaden können sich die GRÜNEN ein solches Start-up-Zentrum z.B. auf dem Gelände des Alten Gerichts in der Moritzstraße oder am Elsässer Platz – als Bindeglied zwischen Westend und Hochschul-Campus – vorstellen.
- g. Die **Hochschule RheinMain** bildet im Fachbereich Design, Informatik und Medien jedes Jahr hochqualifizierten Nachwuchs für die Branche aus. Die GRÜNEN wollen mithelfen, den Standort Wiesbaden attraktiver zu machen – zuerst um Studierende anzuziehen, dann um ihnen nach ihrem Studium eine Perspektive zu bieten.
- h. **Unternehmensgründungen** von Absolventinnen und Absolventen wollen wir durch Raum-, Beratungs- und Vernetzungsangebote erleichtern.
- i. Der Fachbereich Design, Informatik und Medien liegt am Standort 'Unter den Eichen' idyllisch am Waldrand – damit aber außerhalb des Sichtfelds der Bevölkerung. Deshalb unterstützen die GRÜNEN Initiativen für mehr Sichtbarkeit, etwa durch **Einrichtung eines 'Innenpostens'** mit Ausstellungsräumen im Herzen der Stadt.
- j. Aus der Kreativwirtschaft entspringen immer wieder Projekte und Ideen, die der ganzen Stadt nutzen. In der Vergangenheit wurden diese oft von bürokratischen Hemmnissen

ausgebremst. Die GRÜNEN wollen solchen **visionären Projekten** durch bestmögliche Begleitung und Beratung Rückenwind geben.

3. Einzelhandel

Erfolgreiche Städte bieten ihren BürgerInnen eine hohe Lebensqualität und einen attraktiven Lebensraum. Dazu gehört für die GRÜNEN auch ein vielfältiger Einzelhandel in der Innenstadt und in den Vororten.

Die Situation in Wiesbaden: Vor allem inhabergeführte Einzelhandelsgeschäfte in der City und in den Vororten – meistens mit erfahrenem und gut geschultem Personal - schließen zunehmend. Sie werden allenfalls ersetzt durch Filialen der großen Ketten oder durch Billigläden in der Innenstadt.

In den Vororten fallen Läden im unmittelbaren Wohnumfeld weg, die vor allem für ältere BürgerInnen dringend notwendig sind. Die Kaufkraft der BürgerInnen wandert ab in Einkaufszentren oder in den Online-Handel. Dies führt auch zu einem Rückgang der dringend benötigten Gewerbesteuererinnahmen der Stadt.

Die GRÜNEN streben ein lebenswertes, lebendiges und grünes Wiesbaden an, das in seiner Innenstadt und in den Vororten weiterhin einen vielfältigen Einzelhandel hat. Die Stadt Wiesbaden soll wie andere Städte auch einen City-Manager einstellen, der alle Aktivitäten der Stadt und der Verbände hierzu koordiniert oder unterstützt, zum Beispiel zu

- a. Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus Wiesbaden
- b. Werbemaßnahmen für ökologische, regional erzeugte bzw. fair gehandelte Produkte und für Alternativen zur Plastiktüte
- c. gemeinsame Beschaffung von Alternativen zur Plastiktüte
- d. Aufbau des Online-Handels als zweiten Vertriebsweg von Einzelhandelsgeschäften
- e. Gründung und Betrieb von Ladengemeinschaften
- f. gemeinsame Warenauslieferung – auch für online bestellte Waren (Beispiel Kiezkaufhaus Wiesbaden)
- g. quartierweise abgestimmte variable Öffnungszeiten vor allem für Berufstätige (z.B. jeweils einen vereinbarten Tag mit besonders früher Ladenöffnung und einen Tag mit besonders spätem Ladenschluss)
- h. Möglichkeiten zum zwischenzeitlichen Aufbewahren von Einkäufen auch an Wochentagen
- i. Rabatt auf die ÖPNV-Nutzung (ähnlich Veranstaltungs-Tickets) und nicht nur auf die Nutzung von Parkhäusern
- j. mehr und sicherere Fahrradstellplätze

sowie in den Vororten durch Unterstützung bei der Errichtung und Organisation von

- a. Bürgerläden (von BürgerInnen auf genossenschaftlicher Basis betriebene Läden)
- b. Cap-Märkte (CAP ist ein deutsches Handelsunternehmen mit Hauptsitz in Stuttgart. In diesen Märkten arbeiten Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam) und
- c. rollenden Verkaufsläden

Die GRÜNEN verlangen, dass die Stadt zur Stabilisierung des Einzelhandels in Innenstadt und Vororten keine weiteren Flächen für Groß- und Fachmärkte in den Außenbezirken ausweist. Dies sollte in dem Regionalplan Südhessen sowie in Flächennutzungsplan und Bebauungsplan in rechtlich verbindlicher Form festgeschrieben werden.

In einer Stadt mit einem vielfältigen Einzelhandel in der City und in den Vororten können sich alle BürgerInnen der Stadt wohl fühlen. Dies gilt vor allem ältere und behinderte BürgerInnen, die auf Läden nahe an ihren Wohnungen angewiesen sind.

4. Tourismus und Kurwesen

Tourismusbranche, Kongresse und das Kurwesen sind für Wiesbaden nach wie vor wichtige Wirtschaftszweige. Sie haben eine wesentliche Bedeutung für das grüne Leitbild. Die GRÜNEN begreifen die Tourismusförderung immer auch als Stärkung der Regionen.

Wir wollen den stets mit Tourismus einhergehenden Verkehr in umweltfreundlichere Bahnen lenken. Dabei fängt der von uns befürwortete sanfte Tourismus bei der An- und Abreise an.

Wiesbaden soll vor allem als Ausgangspunkt oder Zwischenstation für Wanderungen oder Radwandertouren noch mehr in den Blickpunkt gerückt werden. Es gibt wenige Orte, in denen sich Stadtbesichtigung und Naturerlebnis so gut kombinieren lassen könnten wie in Wiesbaden. Ein ideales Verkehrsmittel, um die Natur in Wiesbadens Umland zu erkunden, ist das Elektrofahrrad. Allerdings klaffen gerade im Radwegenetz riesige Lücken: So gibt es derzeit keine vernünftige Verbindung von der Innenstadt an den Rhein, in den Rheingau und nach Mainz.

Die GRÜNEN fordern daher:

- a. eine Touristeninformation im oder am Hauptbahnhof
- b. eine ausreichende Zahl von Übersichtsplänen in der Stadt
- c. die leichte Nutzbarkeit des künftigen städtischen Fahrradverleihsystem auch für TouristInnen

Auch bei der Ausrichtung von Kongressen spielen ökologische Aspekte eine immer stärkere Rolle. Unternehmen, Kongressteilnehmer, Aktionäre interessieren sich für CO₂- Bilanzen und klimaneutrale Veranstaltungen. Deshalb setzten wir uns dafür ein, dass Wiesbaden mit dem Qualitätsmerkmal „Nachhaltiger Tourismus“ identifiziert wird und hier eine starke Marktstellung erlangt.

Die GRÜNEN fordern daher ein verstärktes Angebot von Kombitickets für Verkehr und Veranstaltungen.

Weiteres Kernanliegen ist für uns die Barrierefreiheit. Wir wollen dies zu einem Qualitätsmerkmal des Tourismus zu machen, der Wiesbaden für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderung und auch für Eltern mit Kleinkindern noch attraktiver machen würde. Dies gilt in noch stärkerem Maße für das Kurwesen.

Die GRÜNEN halten daher u.a. durchgehende Busse vom Hauptbahnhof zu allen Kurkliniken für erforderlich.

5. Rhein-Main Hallen / Messe

Die Rhein-Main Hallen bereichern mit Ihren Veranstaltungen das Leben in der Stadt und stellen gleichzeitig ein wichtiges Aushängeschild für Wiesbaden dar. Deshalb haben wir GRÜNEN uns stets für den Erhalt und die Fortentwicklung des Messewesens in Wiesbaden eingesetzt, einen in der Größe angemessenen und seriös finanzierten Neubau des Veranstaltungsstandortes immer befürwortet.

Die große Koalition hat sich jedoch weit von dieser Idee entfernt und statt eines bedarfsgerechten Neubaus ein überdimensioniertes und sehr kostspieliges Prestigeprojekt beschlossen. Hierbei war man mit Blick auf die letzten Meldungen nicht willens oder in der Lage einen verlässlichen Kostenrahmen zu benennen. So musste die Kostenschätzung beispielsweise deshalb nach oben hin angepasst werden, weil Aufwendungen für Zinsen während der Bauzeit sowie die Innenausstattung „vergessen“ worden waren.

Um weiteren finanziellen Schaden von den BürgerInnen der Stadt Wiesbaden abzuhalten, fordern die GRÜNEN:

- ein rigides Kostencontrolling während der Bauphase

- gesteigerte Vermarktungsaktivitäten der Hallenkapazitäten bereits zum jetzigen Zeitpunkt sowie

Schon frühe Konzeptstudien zum Neubau der Rhein-Main Hallen gingen - bei einem erheblich geringeren Investitionsvolumen - davon aus, dass der Betrieb des Neubaus nicht kostendeckend erfolgen würde und die Investitionskosten über die gesamte wirtschaftliche Nutzungsdauer nicht zu amortisieren sind. Gegenüber diesen ursprünglichen Planungen haben sich die Baukosten um mehr als die Hälfte erhöht. Insgesamt belaufen sich nun die Kosten für den Neubau auf annähernd 200 Mio. Euro. Ein Ende der Fahnenstange scheint noch nicht erreicht. Um endlich wirksam weitere Mehrkosten zu verhindern und den Neubau nicht zum Fass ohne Boden werden zu lassen, ist ein strenges Kostencontrolling mit regelmäßigen Berichten zum Soll-Ist-Vergleich dringend geboten.

Um die negativen finanziellen Auswirkungen des laufenden Betriebs auf die kommunalen Haushalte möglichst gering zu halten, ist eine hohe Auslastung der Rhein-Main Hallen notwendig. Schon jetzt wird der jährliche städtische Zuschuss für den laufenden Betrieb der neuen Hallen auf ca. 3 bis 6 Mio. Euro geschätzt. Die überdimensionierten Veranstaltungskapazitäten müssen in einem Umfeld vermarktet werden, das sich ohnehin durch Überkapazitäten, harten Wettbewerb und - als Konsequenz - erheblichen Preisdruck auszeichnet. Deshalb fordern die GRÜNEN, schon jetzt die Flächenvermarktung erheblich zu forcieren und neue Veranstaltungen für Wiesbaden zu gewinnen.

Es ist aber offensichtlich, dass die Gewinnung bestehender Veranstaltung von konkurrierenden Messestandorten nicht allein eine ausreichende Frequentierung der Rhein-Main Hallen gewährleisten kann. Daher setzen die GRÜNEN sich für einen Ideenwettbewerb zu weiteren Nutzungskonzepten für die Rhein-Main Hallen ein, um den finanziellen Schaden durch den Neubau zu mindern und den ideellen Nutzen für die WiesbadenerInnen zu steigern.

6. Die Marktmacht der Stadt nutzen: Nachhaltige Beschaffung - Fairer Handel

Für das Beschaffungswesen der Stadt muss gelten: Regional - ökologisch - fair!

Die öffentliche Hand in Deutschland gibt jährlich rund 360 Milliarden Euro für Waren und Dienstleistungen aus. Das sind 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Allein auf die Kommunen entfallen hiervon 50 Prozent. Mit ihrer Marktmacht kann die Stadt durchaus Einfluss nehmen, indem sie bei der Vergabe und Beschaffung soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt. Wiesbaden schmückt sich mit dem Fairtrade-Label, hat dafür aber viel zu wenig getan.

Das unter hessischer, grüner Regierungsbeteiligung erreichte Tariftreue- und Vergabegesetz ermöglicht jetzt eine stärkere Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien im Vergaberecht. Die Kosten sollen bei Ausschreibungen zwar weiterhin ein wesentliches Entscheidungskriterium sein. Allerdings soll - wie mit dem neuen Gesetz nun möglich - nicht mehr zwingend das günstigste Angebot den Zuschlag bekommen.

Wir GRÜNE setzen uns bei der **Auswahl von Anbietern** dafür ein, dass Unternehmen besonders berücksichtigt werden, die

- ökologisch und nachhaltig tätig sind
- sich besonders der Ausbildung widmen
- Tariflöhne zahlen
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern
- sich dem fairen Handel verschreiben

Diese Kriterien müssen auch von eingeschalteten Subunternehmern eingehalten werden. Dadurch können regionale, kleine und spezialisierte Unternehmen, die ihre Steuern in Wiesbaden zahlen, stärker berücksichtigt werden.

Die Möglichkeiten des Tariftreue- und Vergabegesetzes müssen auch genutzt werden, um zum Beispiel sicherzustellen, dass die Stadt keine Waren aus Kinderarbeit beschaffen kann. Für importierte Waren dürfen keine ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in den Herstellerländern in Kauf genommen werden, nur weil die Preise günstig sind. Hier gilt: "Global denken, lokal handeln!"

Wir GRÜNEN fordern bei der **Auswahl von Produkten** im Einzelnen:

- a. Die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), zu denen etwa Vereinigungs- und Tariffreiheit, Diskriminierungsverbot, Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit gehören, sollen als soziale Kriterien bei Vergaben langfristig in möglichst allen Bereichen gelten. Dies gilt z. B. für Natursteine, Blumen, Computer- und IT(Informationstechnik)-Geräte, Bekleidung und Textilien der Wiesbadener Feuerwehr und in den Krankenhäusern, Andenken und Geschenke oder in städtischen Einrichtungen verwendetes Spielzeug.
- b. Bei städtischen Empfängen sollen ausschließlich Kaffee und Tee aus fairem Handel angeboten werden (dies ist eines der fünf Kriterien, die erfüllt sein müssen, um "Fair Trade Town" zu sein)
- c. Die Lebensmittel für die Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen sollen vorrangig regional und, soweit möglich, aus zertifiziertem fairem Handel bezogen werden.
- d. Beim Einkauf von Produkten sollen überprüfbare Gütezeichen (Siegel, Zertifikate, Labels) statt bloßer Eigenerklärungen eingefordert werden. Gleichzeitig müssen besonders regionale Kleinunternehmen dazu motiviert und dabei unterstützt werden, sich zertifizieren zu lassen, um die Anzahl zertifizierter Produkte in Wiesbadener Läden zu vergrößern.
- e. Auch bei Institutionen, die Zuschüsse von der Stadt Wiesbaden erhalten, soll zunehmend auf die Einhaltung der Prinzipien des fairen Handels geachtet werden.
- f. Die Stadt soll weiterhin mit Akteuren der Zivilgesellschaft kooperieren und öffentliche Kampagnen unterstützen mit dem Ziel, die Prinzipien des fairen Handels auf die gesamte Stadtgesellschaft auszuweiten. Für die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit ist ein ausreichendes Finanzbudget in den städtischen Haushalt einzustellen.

An der bewährten Form der Einbindung der Verdingungskommission für die Auftragsvergabe der Stadt wollen wir GRÜNE festhalten. Die Verdingungskommission soll aber nicht erst die Vergabe von Aufträgen nach dem Abschluss von Ausschreibungen kontrollieren, sondern den ganzen Prozess der Ausschreibungen ab dem Versand der Ausschreibungsunterlagen begleiten.

7. Wiesbadener Jugend-Werkstatt weiter fördern

Die GRÜNEN fordern, dass junge Menschen bessere Perspektiven bei der Berufsausbildung bekommen. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die auf Grund von Benachteiligungen weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir fordern daher die Aufrechterhaltung einer bedarfsgerechten Zahl an Ausbildungsplätzen in der Wiesbadener Jugend-Werkstatt (WJW). Es ist zu prüfen, welche Rolle die WJW bei der Qualifizierung von Flüchtlingen übernehmen kann.

Das Engagement der Stadt wird für alle Bürger nützlich sein. Hohe zukünftige Kosten für nicht ausgebildete Schulabbrecher, sozial Benachteiligte, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderungen, Asylsuchende und andere Zuwanderer müssen dann nicht von der Allgemeinheit getragen werden.

8. Wiesbadener Bäderlandschaft und Freizeiteinrichtungen müssen erhalten bleiben

Bei der städtischen Gesellschaft Mattiaqua – sie betreibt Kaiser-Friedrich-Therme und Thermalbad Aukamm, die Bäder Kleinfeldchen, Mainzer Straße, Kostheim, Kallebad, Maarau und Opelbad, die Freizeitgelände Rettbergsaue und Unter den Eichen sowie die Henkell-Kunsteisbahn – ist ein Investitionsstau entstanden. Seit 2008 weist Mattiaqua einen jährlichen Verlust aus. Es drohen Schließungen und Sanierungen können nicht durchgeführt werden.

Wir GRÜNEN fordern, dass alle Einrichtungen, die zu Mattiaqua gehören, erhalten bleiben und in den nächsten Jahren saniert werden.

Wiesbaden ist über die Region und seit Jahrhunderten als eine Kur- und Bäderstadt bekannt. Viele Gäste kommen wegen des Klimas und der besonderen Thermen. Die Einwohner profitieren von Freizeitanlagen, die für eine gesunde Entwicklung gleichwohl von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen notwendig sind. Sportlicher Ausgleich und Spaß ist lebenswichtig, um dem hektischen Alltag zu entkommen. Dazu tragen diese städtischen Einrichtungen bei.

Die Kostenstruktur der Mattiaqua muss dringend überprüft werden. Auch die Erhöhung der Eintrittsgelder ist zu prüfen. Dies kann eher an den Einrichtungen vorgenommen werden, die meist von Personen mit größeren verfügbaren Einkommen besucht werden, wie z.B. in Thermalbad. Opel-Bad oder Kaiser-Friedrich-Bad. Andere Einrichtungen wie die Rettbergsaue können dann eventuell frei von Gebühren bleiben. Vor allem aber muss die Gesellschaft dauerhaft eine qualifizierte Vollzeit-Betriebsleitung haben. Eine ausreichende Zahl qualifizierter Mitarbeiter muss erhalten bleiben. Es müssen notwendige Instrumente eingesetzt werden, damit langfristig die Wiesbadener Bäder- und Freizeitkultur erhalten bleibt.

Jährlich besuchen über 1,4 Millionen Gäste die Bäder- und Freizeiteinrichtungen in Wiesbaden, die zur städtischen Gesellschaft Mattiaqua gehören. Dadurch werden Einnahmen von ca. 7 Million € generiert. Die insgesamt ca. 110 Mitarbeiter (Teil- und Vollzeit) verursachen einen Personalaufwand von 4,4 Mill. € (Stand 2013). Mattiaqua ist ein Zuschussbetrieb. Dies war bei der Gründung im Jahr 2008 allen Verantwortlichen klar. Allerdings sank der Zuschuss der Stadt von ursprünglich 8,6 Mill. € um 1 Mill. € auf 7,6 Mio. €.

Im Frühjahr 2015 wird nun festgestellt, dass dieser Zuschuss nicht ausreicht, um notwendige Sanierungen vorzunehmen. Es wurden seit 2008 nur Schönheitsreparaturen und die betriebsbedingten Wartungsarbeiten durchgeführt. Offensichtlich wurde in den letzten Jahren „gespart“, um das Ergebnis zu schönen. Diese Fehlentwicklung hätte schon viel früher auffallen müssen.

Leider gab es bei Mattiaqua eine miserable Lage bei der Führung dieser städtischen Gesellschaft. Eine Vielzahl von Betriebsleitern wurde eingesetzt, die teilweise in nur wenigen Stunden pro Woche diesen riesigen Vorzeigebetrieb leiten sollten. Ein freiberuflicher Wirtschaftsprüfer, Mitarbeiter aus der Verwaltung, kommissarisch eingesetzte Leiter und kurzfristige aber erfahrene Werksleiter lösten sich ab. Erst im Sommer 2015 wurde die dauerhafte Leitung durch einen qualifizierten Betriebsleiter durch eine Stellenausschreibung angestoßen.

9. Handwerk in Wiesbaden

Das Handwerk ist in Wiesbaden mit 18.000 Beschäftigten und überproportional vielen Auszubildenden ein wesentlicher Wirtschaftszweig, der mehr Wertschätzung und mehr Förderung als bisher verdient. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge werden regionale Unternehmen aber viel zu wenig berücksichtigt. Auch die Unterstützung bei Neugründungen und Betriebsübernahmen ist zu gering.

Die GRÜNEN fordern, dass die Stadt ihre Handlungsmöglichkeiten nutzt:

- a. Bei Ausschreibungen sind regionale Handwerksbetriebe mehr zu berücksichtigen, um den Mittelstand zu stärken. Das unter Regierungsbeteiligung der GRÜNEN in Hessen erreichte Tariftreue- und Vergabegesetz gibt jetzt die Möglichkeiten dazu.
 - b. Um die Ansiedlung von Werkstatt-Betrieben zu erleichtern, sind geeignete Flächen in Wiesbaden auszuweisen, z. B. als Mischgebiete, in denen Wohnen und nichtstörendes Gewerbe nebeneinander erlaubt werden.
 - c. Neugründungen und Betriebsübernahmen im Handwerk sind zu unterstützen
 - d. Es sind HandwerkerInnen, die die Energiewende vor Ort realisieren, Häuser wärmedämmen, Solaranlagen installieren, neue Heizungen einbauen und die Wartung der Energiespartechnik durchführen.
Dies gilt auch für Handwerksleistungen, die die Aufenthaltsqualität im Freien durch Anlage von mehr Grün und mehr Sitzgelegenheiten steigern.
-

Projekte zum Thema Wirtschaft

Ein Gründerzentrum für die Kreativwirtschaft

Wiesbaden hat sich zu einem relevanten Standort der Kreativwirtschaft – also Werbe- und Design-Agenturen, Software & Apps, Verlage, Foto- und Filmproduktion entwickelt. Mit der Hochschule RheinMain verfügen wir hier über eine anerkannte Talentschmiede.

Aber: Kreativschaffende, die gerne ein Unternehmen gründen möchten, finden in Wiesbaden keine optimalen Bedingungen dafür: Auf dem Hochschul-Campus sind keine Räume für Start-ups verfügbar. Und das einzige städtische Gründerzentrum 'Startblock' liegt außerhalb am Stadtrand, ohne Vernetzung mit bestehender Kreativ-Szene und Hochschule.

Die GRÜNEN machen sich für ein zweites Start-up-Zentrum in urbaner Umgebung stark, das Service aus einer Hand bietet und Vernetzung erleichtert. Ein Vorbild kann der Gründer-Campus 'Ostpol' in Offenbach sein: Hier liegen Start-up-Büros, Ateliers, Studierendenwohnungen, Konferenzräume, Gemeinschaftsküche und eine Terrasse unter einem Dach. Start-ups werden dort Beratung, ein Telefon-, Post- und Empfangsservice sowie ein spezieller Gründer-Kredit geboten. In Wiesbaden können sich die GRÜNEN ein solches Start-up-Zentrum z.B. auf dem Gelände des Alten Gerichts in der Moritzstraße oder am Elsässer Platz – als Bindeglied zwischen Westend und Hochschul-Campus – vorstellen.

Für Veranstaltungen und Ausstellungen soll dort ein Raum eingerichtet werden, der gleichzeitig den Anwohnerinnen und Anwohnern als Quartiers-Saal dient. Bestehende Beratungsangebote etwa der IHK, des Competence and Career Center (CCC) der Hochschule RheinMain, der Wiesbadener Wirtschaftsförderung oder des Landes Hessen sollten hier integriert werden.

Der Nutzen dieser Investition: Das Gründerzentrum würde der Kreativwirtschaft Raum, mehr Sichtbarkeit und Vernetzung verschaffen – und der Stadt Arbeitsplätze und Lebendigkeit.

Repair Cafés fördern – Die ressourcen- und geldsparende Alternative zur Mülltonne

Viele Menschen würden gerne nachhaltiger konsumieren, indem sie elektronische Geräte, Spielzeug, Fahrräder oder Kleidung möglichst lange nutzen. Aber: Nicht alles davon kann oder will man selbst reparieren, gerade wenn Strom im Spiel ist.

Eine Alternative sind Repair Cafés. Nach der Devise: „Lieber Reparieren als Wegwerfen“ helfen ExpertInnen liebgezwonnene oder nur geringfügig beschädigte Gegenstände zu erhalten. Die

Repair Cafés tragen so dazu bei, Abfall zu vermeiden und wertvolle Ressourcen zu schonen – ganz im Sinne von §§ 1, 3 Abs. 19, 20 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG). Außerdem helfen sie dabei, unser Konsumverhalten zu hinterfragen und ggf. zu ändern. Nicht nur, aber auch für finanziell schwächer gestellte Menschen sind sie eine wichtige Hilfestellung im Alltag.

In Wiesbaden gibt es mittlerweile 5 Repair Cafés in Klarenthal, Mitte, Westend, Kastel und Erbenheim. Wir GRÜNE in Wiesbaden setzen uns aktiv dafür ein, dass die Repair Cafés ihren Bekanntheitsgrad steigern können, z. B. durch die Aufnahme der Reparaturtermine in den Veranstaltungskalender der Stadt. Außerdem wollen wir die Bedingungen schaffen, dass sie sich auch in anderen Stadtteilen entwickeln können.

Für neue Repair Cafés soll die Stadt kostenlos Räume, Strom und – falls nötig - Aufbewahrungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, z. B. in Bürgerhäusern. Außerdem soll die Stadt aktiv Fachleute suchen, die in bestehenden oder neu zu gründenden Repair Cafés tätig werden könnten, wie z.B. Pensionäre. Eine Chance sehen wir auch in der Einbindung von Flüchtlingen.

Da es sich um Kleinstreparaturen handelt, die für die Handwerksbetriebe nicht lohnen, stehen sie sozusagen „außer Konkurrenz“. Repariert wird kostenlos, aber nicht umsonst.

G - Stadtentwicklung und Bauen

1. Masterplan: Schlüssige Ziele für Wiesbaden (Masterplan)

Trotz Flächennutzungsplan gibt die Stadtentwicklung in Wiesbaden auf zentrale Zukunftsfragen keine Antwort. Wie die Stadt mit dem demografischen Wandel, dem Klimaschutz und dem stetig wachsenden Verkehrsaufkommen, aber auch der digitalen Ökonomie und der Wissensgesellschaft umgehen will, bleibt unklar.

Wir GRÜNE wollen grundsätzlich die Frage beantwortet wissen, für wen die Stadt ihre Attraktivität wie erhalten beziehungsweise ausbauen will. Daher fordern wir eine über Ansätze wie WISEK hinaus eine schlüssige Gesamtkonzeption (Masterplan), die im Dialog mit der Bürgerschaft entwickelt werden muss und deren Ergebnisse über mehrere Legislaturperioden handlungsleitend sein sollten.

Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass Wiesbaden eine umfassende gesellschaftliche Diskussion zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Identität braucht. Hinweise auf WISEK oder Einzelprojekte reichen nicht aus, die spürbare Richtungslosigkeit in der Gesamtentwicklung der Stadt aufzuheben. Der mittel- und langfristige Planungsprozess muss politisch vorgesteuert werden.

Wir GRÜNE Sicht wollen die folgenden Punkte im den Masterplan Wiesbaden verankern:

- a. Wiesbaden als innovative Wohnstadt. Das bedeutet u.a., dass wir GRÜNE den demographischen Wandel menschenfreundlich gestalten wollen und beispielsweise Mehrgenerationenprojekte fördern. Flexible Nutzungskonzepte von Neubauten sind ebenso erforderlich wie eine grundsätzlich stärkere Steuerung der Quartiersentwicklung durch die Kommune. Nur so werden wir sicherstellen können, dass wir bezahlbaren Wohnraum für alle bieten und gleichzeitig hohe ökologische Standards sichern können. Die Ausweisung von Wohngebieten muss so erfolgen, dass die Verkehrserschließung überwiegend durch den ÖPNV sowie durch Fuß- und Radverbindungen erfolgt.
- b. Wiesbaden als Stadt der kurzen Wege. Das bedeutet u.a., dass wir GRÜNE den Einzelhandel in den Stadtbezirken stärken wollen und eine Konzentration der Einkaufsmöglichkeiten in Gewerbegebieten ablehnen.
- c. Wiesbaden als Stadt mit moderner Verkehrsführung. Das bedeutet u.a., dass wir GRÜNE die Fixierung auf eine einseitige Fixierung auf den PKW-Verkehr beenden wollen. Die Situation muss für FußgängerInnen, FahrradfahrerInnen und den ÖPNV besser werden. Außerdem muss die Erreichbarkeit Wiesbadens mit der Bahn verbessert werden. Das gilt sowohl für den Fernverkehr als auch für die Erreichbarkeit aus der Region.
- d. Wiesbaden als grüne Stadt. Das bedeutet u.a., dass wir GRÜNE Nachhaltigkeit und Umweltschutz ernst nehmen und aktiv versuchen, die Baumschutzverordnung umzusetzen.
- e. Wiesbaden als Stadt mit einmaliger Bausubstanz. Das bedeutet u.a., dass wir GRÜNE Denkmalschutz ernst nehmen und neue Bauten sich in das städtebauliche Gesamtensemble einfügen müssen.
- f. Wiesbaden als kulturelles Zentrum. Das bedeutet u.a., dass wir GRÜNE dem Verfall der Kulturszene entgegen treten müssen. Im Sinne der Menschen, die hier leben und im Sinne der Wirtschaft, die vielfältige kulturelle Landschaft als Standortfaktor braucht.
- g. Wiesbaden als Hochschulstandort. Das bedeutet u.a., auch die Schaffung einer adäquaten Infrastruktur für Studierende, angefangen bei bezahlbarem Wohnraum bis zu einer sichtbaren Verbesserung der Verkehrssituation.

- h. Wiesbaden als attraktiver Wirtschaftsstandort. Das bedeutet u.a., dass wir GRÜNE in der Wirtschaftsförderung Schwerpunkte setzen müssen, die zu den Stärken der Stadt passen. Aus unserer Sicht sind insbesondere die Startmöglichkeiten für junge Unternehmen aus der Kreativ- und Digitalwirtschaft zu verbessern. Dazu brauchen wir vor allem attraktive und preisgünstige Flächen für innovative Start-ups.

2. Regionalplanung – für eine starke grüne Fraktion in der Regionalversammlung Südhessen

Die Regionalversammlung legt mit dem Regionalplan die Grundzüge aller Planungen in für Südhessen fest. Weiterhin entscheidet sie über Abweichungsanträge der einzelnen Kommunen. Die Zusammensetzung der Regionalversammlung Südhessen ergibt sich aus dem Kommunalwahlergebnissen der kreisfreien Städte und der Landkreise.

Wichtig für unsere Arbeit in diesem Gremium ist ein Blick über den jeweiligen kommunalen Tellerrand hinaus. Dazu gehört ein klares Bekenntnis zur interkommunalen Zusammenarbeit. Nur so können wir den Flächenverbrauch eindämmen. Dafür stehen wir!

3. Wohngebiete

Zusätzliche Wohnflächen wollen wir GRÜNE für Wiesbaden vor allem auf Konversionsflächen wie das American Arms Hotel, Amelia Earhard Hotel, Storage Station, die Kastel Housing Area und dem Linde-Quartier entwickeln. In nächster Zeit werden ohnehin z.B. das Baugebiet "Bierstadt Nord", "Hainweg" in Nordenstadt, das Kureck und das Gebiet "Söhnleinstraße" in Schierstein neue Häuser und Wohnungen für Wiesbaden bringen. Zusätzlich werden Flächen im Bereich der Wilhelmstraße und "Auf den Eichen" in Biebrich entwickelt werden. Vor allem die großen Konversionsflächen bieten die Chance, kompakt, verdichtet und trotzdem durchgrünt zu bauen.

Daneben wollen wir die Innenverdichtung weiter betreiben. Dabei gilt nach wie vor, dass der Charakter eines Gebietes dadurch nicht verloren gehen darf. Weitere Instrumente der Wohnraumschaffung sehen wir GRÜNE in der Sanierung und Umwidmung von leerstehenden Gebäuden, dem Dachgeschossausbau und – wo sinnvoll – Aufstockungen.

Darüber hinausgehende Neuausweisungen von Baulandflächen stellen wir GRÜNE in eine nachrangige Priorität. Diese Gebietsentwicklungen sind nur möglich, wenn sie in der Abwägung aller Schutzgüter eine sinnvolle Weiterentwicklung der Stadt darstellen.

Bei allen Konversions- oder Neubauf Flächen muss in Wiesbaden der kostbare Boden effizienter genutzt werden. Die GRÜNEN sprechen sich im Sinne der Flächensparsamkeit bei Konversions- und Neubauprojekten für eine Dichte von mindestens 80 Wohneinheiten/Hektar (WE/ha) im stadtnahen Bereich und für 50 Wohneinheiten/Hektar in ländlich geprägten Vororten aus (bezogen auf Bruttowohnbauland). Zur Veranschaulichung ein Vergleich: Im Rheingauviertel liegt die Dichte bei etwa 200 WE/ha.

Ein einfaches Rechenbeispiel zeigt den flächensparenden Effekt: Sollen 100 neue Wohneinheiten entstehen, so würden bei den derzeit üblichen 30 WE/ha mehr als 3 Hektar Landschaft dafür verbraucht. Bei einer Dichte von 50 WE/ha werden dagegen nur 2 Hektar benötigt – der Rest kann als Ackerboden oder Naturraum erhalten bleiben.

Eine etwas höhere städtebauliche Dichte hat weitere Vorteile: Zusätzliche Bushaltestellen oder häufigere Abfahrtszeiten werden nur dann eingerichtet, wenn eine Mindestzahl potenzieller NutzerInnen im direkten Umkreis wohnt. Das gleiche gilt für Lebensmittel-Märkte, aber auch andere Einrichtungen wie Bäckereien, Apotheken oder Friseure. Ihre Ansiedlung lohnt sich umso mehr, je mehr Menschen im Einzugsgebiet wohnen. Eine höhere Dichte geht also einher mit kürzeren Wegen, besserer ÖPNV-Anbindung und mehr Lebensqualität.

Mehr Beachtung in Wiesbaden wünschen sich die GRÜNEN für Ansätze des Dynamischen Wohnens. Der demographische Wandel und sich ändernde familiäre und berufliche Verhältnisse schaffen neue Lebensrealitäten; die meisten Gebäude sind aber architektonisch starr. Der Flächenverbrauch kann gesenkt und die Lebensqualität gesteigert werden, wenn Grundrisse künftig flexibler erweiterbar, schrumpfungsfähig oder teilbar sind. Als Beispiel dienen die Hybrid Houses der Internationalen Bauausstellung (IBA) Hamburg. Hierzu soll in Wiesbaden ein Modellgebiet ausgewiesen werden.

4. Gewerbegebiete

Arbeitsplätze sind die wirtschaftliche Grundlage für die Stadt. Wiesbaden hat im Vergleich zu anderen Städten relativ wenige Industrie- und relativ viele Dienstleistungs-Arbeitsplätze. In beiden Bereichen und im Handel ist die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten Jahren jedoch rückläufig. Gestiegen ist dafür die Zahl der Arbeitsplätze an den Hochschulen und in der Kreativwirtschaft. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wird die Ausweisung zusätzlicher Gewerbegebiete diskutiert.

Wir GRÜNE streben zusätzlich Arbeitsplätze in den umweltverträglicheren Bereichen Handel, Dienstleistung, Kreativwirtschaft und Hochschule an. Wo es umweltverträglich möglich ist, befürworten wir GRÜNE dabei eine Durchmischung von Wohnen und Arbeiten.

Wir bemühen uns auch um die Ansiedlung innovativer Industrieunternehmen, die zur Wertschöpfung in Wiesbaden beitragen.

Als Standorte für neue Gewerbeansiedlungen sollten zunächst bereits genehmigte und noch ungenutzte Gewerbeflächen (zum Beispiel am Petersweg) dienen. Auch die erhöhte Nutzung oder Verdichtung von bestehenden Gewerbeflächen - in umweltverträglichem Maße - soll vor der Ausweisung neuer Gewerbeflächen geprüft werden.

Die Ausweisung neuer Gewerbegebiete mit hohem Flächeneinsatz, aber einer geringen Arbeitsplatzdichte wie z. B. für die Logistikbranche sehen wir GRÜNE kritisch. Die Umweltbelastung durch solche zusätzlichen Ansiedlungen wird durch die geringe Zahl an neuen Arbeitsplätzen, die geringe Wertschöpfung und den geringen Gewerbesteuerbetrag vor allem in der Logistikbranche in der Regel nicht aufgewogen. Ausnahmen können vor allem für Konversionsflächen gelten.

5. Parkanlagen

Die Parkanlagen in Wiesbaden zählen zu den positivsten Seiten der Stadt. Das verdanken wir zum größten Teil dem historischen Erbe, das es nach den Vorgaben des Denkmalschutzes zu bewahren und zu pflegen gilt. Um diese Aufgabe angemessen zu erfüllen fordern wir GRÜNE, dass das Grünflächenamt mit entsprechenden Mitteln ausgestattet wird.

Die Pflege des öffentlichen Grüns ist gerade für Wiesbaden als ehemalige Weltkurstadt für das Image, aber zuallererst für seine Bürgerinnen und Bürger von besonderer Bedeutung, wie auch jüngste Umfragen beweisen.

Während Herbert- und Reisingeranlage, Warmer Damm, Bowling Green und Kurpark ganz selbstverständlich in ihrer Reihung vom Bahnhof kommend, den Gästen der Stadt einen ersten Eindruck vermitteln, dienen städtische Parks wie das Nerotal und die Düreneranlage in erster Linie den Bewohnern der angrenzenden Viertel als Refugium. Aber gerade diese zwei Beispiele zeigen auch den Weg aus der kompakten Innenstadt, durch den Landschaftspark, hinaus in die Natur.

Diesen Aspekt gilt es auch in den anderen Bachtälern konsequent weiterzuführen. z.B. vom Wellritzal zur Fasanerie.

Seit den 50er Jahren hat sich das Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger sich "ihren" Park anzueignen, stark gewandelt und kaum jemand trauert den "Betreten des Rasens verboten" Schildern nach.

Sich sonnen, Ball spielen, picknicken, grillen und anderes; auch Fußball in den Rheinwiesen soll, je nach Art und Charakter der Anlage, möglich sein. Doch nicht alles geht überall. Wir GRÜNE fordern daher soviel Freiheit wie möglich, aber auch Rücksicht und Einschränkung, wenn die Substanz eines Parks gefährdet ist.

Der Kulturpark als Park der Jugend und der Kultur muss konsequent weiterentwickelt werden. Wir GRÜNE unterstützen das städtebauliche Ziel, den Park durch das Salzbachtal Richtung Biebrich zu verlängern und perspektivisch eine durchgehende Verbindung zu schaffen.

Auch die vielen kleinen Parks, die vor Ort wichtige Naherholungsfunktionen erfüllen, müssen gepflegt und weiterentwickelt werden.

6. Plätze

Städtische Plätze sind wertvoller öffentlicher Freiraum, der durch die ihn umgebende Bebauung charakterisiert wird und ein Raumgefühl bietet, das Behaglichkeit schafft. Viel zu oft werden unsere Plätze jedoch von parkenden Autos dominiert und bieten keinerlei Aufenthaltsqualität mehr.

Unser GRÜNES Ziel ist, dass die städtischen Plätze wieder mehr von den Bürgern in Besitz genommen werden können. So können die Plätze die Identifikation mit der Stadt fördern. Dazu gehört, dass sie attraktiv und einladend gestaltet sind, sodass viele verschiedene Nutzer sich dort wohlfühlen.

7. Denkmalschutz stärken und historische Substanz erhalten

Wir GRÜNE setzen uns in Wiesbaden dafür ein, die historische Bausubstanz zu sichern und zu sanieren. Um das Bewusstsein für die Denkmäler zu schärfen, wollen wir GRÜNE ein öffentlich zugängliches Denkmalkataster anlegen und im Internet veröffentlichen. Für die zukünftigen Aufgaben brauchen wir eine starke Denkmalschutzbehörde, die personell ausreichend ausgestattet sein muss. Um die Gebäude dauerhaft zu erhalten und zu modernisieren, müssen sie behutsam energetisch ertüchtigt werden. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass die speziellen Förderprogramme beim Klimaschutzfonds von ESWE erhalten bleiben. Auto - Stellplätze in Vorgärten von denkmalgeschützten Gebäuden müssen rückgebaut werden, wenn sie ohne Baugenehmigung errichtet worden sind. Hierbei sind Ermessensspielräume restriktiv auszulegen.

8. Industrie- und Gewerbegebiet Ostfeld: missratene Planungspolitik korrigieren

2014 hat die Stadt Wiesbaden beschlossen, Flächen anzukaufen, die an den Bereich der städtischen Deponie grenzen. Teilweise erfolgt dies durch die Entsorgungsbetriebe Wiesbaden (ELW). Aktuell sollen weitere Arrondierungsflächen erworben werden.

Die CDU-SPD-Koalition hat in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die Konzepte zur möglichen Nutzung dieser Flächen durch die ELW und die SEG entwickelt werden sollen.

Die GRÜNEN sehen in diesem Vorgehen einen falschen Weg. Stadtentwicklung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die in offenem Dialog mit den BürgerInnen erarbeitet werden muss. Sie darf nicht von Einzelinteressen dominiert werden. Die ELW ist faktisch Partei in diesem Planungsprozess mit spezifischen Eigeninteressen, die in Konflikt mit anderen Interessen geraten können. Sie kann daher nicht die Verantwortung für die Steuerung des Verfahrens übernehmen.

Es kann auch nicht angehen, dass die derzeitige Stadtregierung einerseits öffentlich Diskussionen zur Bürgerbeteiligung inszeniert und andererseits wichtige Prozesse zur Stadtentwicklung in (städtische) Gesellschaften verschiebt, wo sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit organisiert werden.

Die GRÜNEN fordern, dass die Entwicklung sowohl der Gesamtstadt wie von Teilbereichen zum Gegenstand demokratischer, offener und transparenter Prozesse gemacht wird.

Der Ankauf der von der Firma Dyckerhoff/Buzzi angebotenen Flächen 2014 war und bleibt strategisch richtig. Nur so kann die Stadt selbst entscheiden, in welche Richtung sie sich in wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht weiterentwickeln möchte.

Mit Sorge sehen wir GRÜNEN, dass die ELW bei ihren bisher bekannten Überlegungen zur Entwicklung des Gebietes klimatische und ökologische Kriterien offenbar völlig außer Acht gelassen hat. Die Kaltluftquellgebiete sowie die Luftleitbahnen, die Kastel und Amöneburg vom Ostfeld aus mit Frischluft versorgen, dürfen nicht zerstört werden.

Nach den im Wiesbadener Kurier veröffentlichten Plänen umfasst das geplante Ostfeld eine Fläche von ca. 120 Hektar, die zum Teil bisher landwirtschaftlich genutzt wird und durch eine Bebauung und Versiegelung unwiederbringlich verloren wäre. Es ist bisher nicht erkennbar, welche wirtschaftliche Notwendigkeit für dieses neue Gewerbegebiet besteht. Nicht absehbar sind ebenfalls die Folgen für den Verkehr und die vorhandenen Biotope.

Wiesbaden hat sich ehrgeizige Klimaschutzziele gesetzt und gerade erst ein ambitioniertes Klimaschutzkonzept entwickelt. Für uns GRÜNE ist die Ausweisung eines Industriegebietes dieser Größenordnung auf der grünen Wiese mit den Klimaschutzzielen Wiesbadens und der Zielsetzung, sparsam mit Boden umzugehen, nicht in Einklang zu bringen.

Für Schnellschüsse jedweder Art ist das Rhein-Main-Gebiet ohnehin schon zu sehr belastet und der Wiesbadener Grund und Boden zu wertvoll.

Die GRÜNEN erteilen dem geplanten Industrie- und Gewerbegebiet im Bereich des sogenannten „Ostfeld“, d.h. auf einer landwirtschaftlichen Fläche in der Größe von ca. 70 Hektar, aus klimatischen Gründen eine Absage. Zudem legen wir besonders Wert darauf, dass das derzeitige Biotop südlich des geplanten Abschnitts IV gemäß Flächennutzungsplan unbedingt als Biotop erhalten bleiben muss.

H - Transparenz und Mitbestimmung

Wir GRÜNEN stehen für eine offene Kommunikationskultur zwischen BürgerInnen und Politik und Verwaltung. Aus unserer Sicht braucht Demokratie politische Prozesse, die transparent, nachvollziehbar und für alle Seiten verlässlich sind.

Wir verstehen echte Bürgerbeteiligung als Partizipation im Sinne eines wirksamen und kontinuierlichen Einflusses der Bürgerinnen und Bürger auf diese Prozesse - und das nicht nur bei und durch Wahlen.

Wer sachgerechte Bewertungen und Entscheidungen treffen soll, muss wissen, um was es geht. Daher müssen Bürgerinnen und Bürger jeder Zeit Zugang zu öffentlichen Sitzungsunterlagen bekommen. Entscheidungen müssen transparent, für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und in ihren Konsequenzen klar sein. Eine Hinterzimmerpolitik, wie sie z.B. beim Verkauf des Grundstücks an der Wilhelmstraße 2014 durch CDU und SPD noch praktiziert wurde, wird es mit den GRÜNEN nicht geben.

Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen. Eine demokratische Gesellschaft braucht das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger im Alltag. Sie lebt davon, dass gesellschaftliche Debatten konkrete Entscheidungen wirksam beeinflussen.

Wir GRÜNEN begrüßen deshalb den von der Stadt 2014 begonnenen dialogischen Prozess zwischen BürgerInnen, Verwaltung und Politik zur Erstellung von Leitlinien der Bürgerbeteiligung und werden diesen weiter konstruktiv begleiten. Wir werden darauf achten, dass sie auch konsequent angewandt und gelebt werden.

Wir GRÜNEN sind überzeugt, dass erfolgreiche Partizipation und umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen der gewählten VertreterInnen verbessert und die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger mit den politischen Entscheidungen erhöht.

Transparenz ist keine Hol- sondern eine Bringschuld. Bürgerinnen und Bürgern, sowie allen relevanten Interessengruppen und Gremien sind Pläne, Vorlagen, Hintergrundinformationen, etc. in lesbarer Form und barrierefrei zur Verfügung zu stellen, damit diese ihre Einwände und Vorschläge einbringen können und so den parlamentarischen Prozess frühzeitig beeinflussen können.

Daher fordern wir Grüne:

- die Mitbestimmung der BürgerInnen nicht nur über das Wie, sondern bereits über das Ob eines Vorhabens.
- Der Prozess der Meinungsbildung und der Entscheidungsfindung muss in seiner Gesamtheit transparent und nachvollziehbar sein.
- Magistrat, StadtpolitikerInnen und die Verwaltung sollten für engagierte Bürgerinnen und Bürger erreichbar und ansprechbar sein.
- Bürgerfragestunden in allen öffentlichen Ausschüssen mit der Möglichkeit auch Fragen an den Magistrat und die Verwaltung richten zu können.
- Digitale Bereitstellung der Sitzungsvorlagen im Politischen Informationssystem der Stadt schon bevor die Gremien tagen.
- Keine Hinterzimmerpolitik. Konsequente Beteiligung aller gewählten Gremien und der Bürgerinnen und Bürger.
- Informationsveranstaltungen und Bürgerversammlungen auch bei ortsbezogenen Vorhaben in den betreffenden Ortsteilen.

- Prüfung einer Implementierung von Elementen der direkten Demokratie in den Beteiligungsprozess.

I - Finanzen und Haushalt

1. Kommunale Handlungsfähigkeit sichern

Die haushaltspolitischen Entscheidungen von uns GRÜNEN orientieren sich am Grundsatz der Nachhaltigkeit. Sie sind den Erfordernissen der Gegenwart und der Verantwortlichkeit gegenüber den nachfolgenden Generationen verpflichtet. Nur ein Kurs der weiteren Haushaltskonsolidierung sichert die kommunalpolitische Handlungsfähigkeit. Dazu bedarf es einer Verstärkung der Einnahmen ebenso wie eines kontinuierlichen Schuldenabbaus.

Ein weiterer Konsolidierungskurs bedeutet jedoch nicht Sparen um jeden Preis, sondern auch zukunftsweisende Investitionen in den Substanzerhalt und in den sozialen Zusammenhalt – etwa in der Bildung und der Sozialpolitik. Zudem können Investitionen, die der Stärkung der Stadt als Wirtschaftsstandort dienen, gezielt zur Verbesserung der Haushaltssituation eingesetzt werden. Auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel muss die Stadt in ihre Zukunft investieren und darf ihre Chancen nicht kaputt sparen. Vor allem Millionenprojekte müssen aber sorgfältig und umfassend kalkuliert und die Ergebnisse müssen dem Stadtparlament vor Beschlussfassung offengelegt werden. Dies gilt für Aufwendungen einschließlich Folgekosten, Umsatzerwartungen, Erträge und Faktoren wie Umwegrentabilität. Bei vielen Projekten der schwarz-roten Stadtregierung war dies nicht der Fall.

In den vergangenen Jahren waren es die GRÜNEN, die Wiesbaden vor manchen kostspieligen Fehlentscheidungen bewahrt haben. Unserem Engagement ist es zu verdanken, dass die Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG kein kostspieliges Kohlekraftwerk errichtet hat, das vermutlich nie ans Netz gegangen wäre. In den vergangenen Jahren waren es die GRÜNEN, die Wiesbaden vor manchen kostspieligen Fehlentscheidungen bewahrt haben. Unserem Engagement ist es zu verdanken, dass die Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG kein kostspieliges Kohlekraftwerk errichtet hat, das vermutlich nie ans Netz gegangen wäre. Eine auch von uns unterstützte Bürgerinitiative hat verhindert, dass mit dem Stadtmuseum ein weiteres überteuertes und unsolide finanziertes Großprojekt - das PPP-Projekt an der Wilhelmstraße - in der vorgelegten Form realisiert werden konnte.

2. Haushaltspolitik

Nur eine nachhaltige Haushaltspolitik gewährleistet Handlungsfähigkeit heute und eröffnet Gestaltungsspielraum in Zukunft. Kostspielige Großprojekte von zweifelhaftem, wirtschaftlichem und ökologischem Nutzen belasten die kommunalen Haushalte zukünftig erheblich. Daher setzen wir GRÜNEN uns weiterhin dafür ein, auf teure Prestigeprojekte zu verzichten, die Neuverschuldung auf ein Minimum zu beschränken und Einnahmen zu verstärken. Hierzu soll die Stadt nach dem Grundsatz der antizyklischen Schuldenpolitik handeln. Dazu gehört, in besseren Zeiten Schulden zurückzuführen, und wenn dies darüber hinaus möglich ist, Rücklagen für zukünftige Projekte oder schlechtere Zeiten zu bilden. Insbesondere darf sich nicht weiterhin in schuldenfinanzierten Großprojekten von geringem Nutzen für die Allgemeinheit verstiegen werden. Trotzdem bleibt es unerlässlich, auch in finanziell schwierigen Zeiten die notwendigen Investitionen zu tätigen. Unterlassene Instandhaltungen rächen sich später mit noch höheren Kosten, unterlassene Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung berauben uns gar unserer Zukunftsperspektive.

Zu einer soliden Haushaltspolitik gehören eine Überprüfung aller Ausgaben und weitere Schritte zur Einnahmeverbesserung. Ohne eine Verstärkung der kommunalen Einnahmen ist eine Haushaltskonsolidierung nicht möglich. Unsere Vorschläge im Einzelnen:

- a. Die GRÜNEN wollen beim Sparen ganz oben anfangen. Wir treten dafür ein, die Dezernatsbüros, die ihre Größe seit dem Haushaltsjahr 2009 verdoppelt haben, wieder auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Auf diesem Wege lassen sich bis zu 30 hochdotierte Stellen einsparen.
- b. Wiesbaden hat wesentliche Teile der Verwaltung in Tochtergesellschaften ausgelagert. Diese müssen einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten. Daher wollen wir die Zahl und Aufgaben der städtischen Beteiligungen ebenso überprüfen wie das Gehaltsniveau. Die Positionen der Geschäftsführer müssen zukünftig ausschließlich nach fachlichen Kriterien vergeben werden.
- c. Wir befürworten die moderate Anhebung der Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B auf das Niveau des Durchschnitts der kreisfreien Städte in Hessen (454 bzw. 492 Punkte). Hierdurch stehen der Stadt für die Erfüllung ihrer Aufgaben künftig 10 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich zur Verfügung.
- d. Auf Landesebene wird zur Zeit die Möglichkeit geschaffen, dass Kommunen eine Tourismus-Abgabe einführen – für Freizeit-Touristen ebenso wie für Geschäftsreisende. Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, diese Abgabe einzuführen. Da die Stadt Wiesbaden viel Geld in ihre Attraktivität als Konferenz- und Tourismusstandort investiert, sollten sich die Nutzer auch an den Kosten beteiligen. Für die Einführung streben wir den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der neuen Rhein- Main-Hallen an, da wir die Tourismusindustrie nicht jetzt in einer schwierigen Phase zusätzlich belasten wollen.
- e. Ein guter Grundsatz heißt „Wer bestellt, der zahlt!“. In der Politik wird aber nur allzu oft ganz anders verfahren: Bund oder Land bestellen durch die Übertragung von Aufgaben an die Gemeinden ohne Zuweisung entsprechender Mittel und die Kommunen müssen dann die Zeche zahlen. Das überfordert sie zunehmend. Wir GRÜNE machen uns deshalb dafür stark, dass Bund und Land im Falle einer Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen auch deren Finanzierung sicherstellen müssen.
- f. Wir begrüßen die Einführung einer Zweitwohnungsteuer. Auf diesem Weg wollen wir möglichst viele mit Zweitwohnsitz Gemeldete dazu bewegen, sich mit ihrem ersten Wohnsitz in Wiesbaden anzumelden. Es ist uns wichtig, dass die tatsächlich vorhandenen Einwohner auch Wiesbaden zugerechnet werden, damit entsprechende Bundes- und Landeszuweisungen in Wiesbaden ankommen.
- g. Die strategische Steuerung der Stadt muss verbessert werden. Eine klare Fokussierung auf die möglichst wirtschaftliche Erfüllung der Gemeinwohlaufgaben kann der Stadt viel Geld sparen. h. Wir treten dafür ein, das städtische Vermögen besser zu nutzen. Es ist nicht sinnvoll, zunächst eine Immobilie zu erwerben und sich erst in Nachhinein zu überlegen, wie man sie nutzen möchte (Marktkeller). Es ist auch nicht sinnvoll, städtische Immobilien leerstehen zu lassen und gleiche Flächen anzumieten.

3. Großprojekte und PPP

Die GRÜNEN wenden sich nicht in jedem Fall gegen Großprojekte. Allerdings lehrt die Erfahrung aus dem Justiz- und Verwaltungszentrum, der Sporthalle am Platz der Deutschen Einheit und dem Neubau der Rhein-Main-Hallen, dass öffentliche Großprojekte vielfach wesentlich teurer werden, als ursprünglich geplant war, und dass die Errichtung über ein PPP-Projekt das Vorhaben nicht verbilligt. Daher wollen wir weiterhin Großprojekte intensiv prüfen und kritisch begleiten. Bei allen Großprojekten ist es notwendig, dass die Stadt Wiesbaden klar darlegt, welchen öffentlichen Zweck sie mit dem Projekt erreichen will. Wenn Nebenzwecke erreicht werden sollen, müssen diese klar und transparent sein. Diese Zielplanung muss am Anfang einer jeden Maßnahme stehen und darf nur in Ausnahmefällen verändert werden, da nachträgliche

Änderungen vielfach kostspielig sind. Die Entscheidung, wie das Projekt umgesetzt werden soll, muss auf Grundlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung über den gesamten Lebenszyklus des Projekts erfolgen. Nur wenn die Folgekosten dauerhaft im Blickfeld bleiben, ist ein wirtschaftliches und generationengerechtes Handeln möglich. Dabei muss besonders untersucht werden, ob der Projektzweck nicht mit Gebäuden erreicht werden kann, die sich bereits im Eigentum der Stadt befinden. „Kleine Lösungen“ mit Immobilien im Bestand der Stadt sind in der Regel städtebaulich verträglicher, finanziell günstiger und beeinträchtigen Umwelt und Nachbarschaft weniger. Wirtschaftlichkeit und Qualität städtischer Projekte müssen kontinuierlich überwacht werden. Die zuständigen Ämter müssen hierzu personell und sachlich ausreichend ausgestattet sein. Wir lehnen die privatwirtschaftliche Vorfinanzierung von öffentlichen Aufgaben (Public Private Partnership oder „PPP“) als Finanzierungsinstrument ab. Da private Investoren eine Rendite erwirtschaften müssen, entstehen zwangsläufig Mehrkosten. Zudem darf die Einbindung von Privaten kein Weg sein, kommunale Hoheitsrechte und demokratische Kontrollrechte preiszugeben. Ebenso ist die Einbindung von Privaten kein Weg, etwas zu realisieren, das man mit städtischen Haushaltsmitteln nicht leisten könnte. Eine solche Verschiebung von Lasten auf zukünftige Generationen lehnen wir ab.

Wir treten dafür ein, die Möglichkeiten des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes intensiv zu nutzen. Die öffentliche Hand muss ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und bei ihren Beschaffungen möglichst umfassend soziale, ökologische und umweltbezogene Kriterien heranziehen.

4. Nachhaltiger Umgang mit städtischen Immobilien

Der städtische Immobilienbestand stellt einen hohen Vermögenswert dar. Schulen, Bürgerhäuser, Rathäuser, KITAS, Sporthallen, Parkhäuser und andere sogenannte Sonderbauten müssen im Wert erhalten, Mängel müssen beseitigt und regelmäßige Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden. Wenn das nicht geschieht, wird es hinterher wesentlich teurer, weil nur noch Abriss und Neubau infrage kommen. Leider ist hier lange Zeit zu viel am falschen Ende gespart worden, was dazu geführt hat, dass eine Vielzahl der Gebäude in einem desolaten Zustand ist. Besonders dramatisch ist dabei die Situation der vielen maroden Wiesbadener Schulen. Seit keine regelmäßigen Zustandskontrollen der Gebäude mehr durchgeführt werden, weil das städtische Bauamt nicht mehr dafür zuständig und das Personal nicht mehr da ist, hat sich die Situation verschärft. Sonderbauten müssen aufgrund der Regelung in der hessischen Bauordnung regelmäßig auf ihren Sicherheitszustand überprüft werden. Es muss dringend dafür gesorgt werden, dass wieder regelmäßige Kontrollen durch Fachleute durchgeführt und die Ergebnisse erfasst werden, damit Gebäudemanagement, Bauunterhaltung und Gebäudebetrieb nachhaltig und wirtschaftlich organisiert werden können. Investitionen zur rechten Zeit in den Erhalt der Gebäude im Sinne eines nachhaltigen Umgangs mit dem städtischen Immobilienvermögen bewahren die Stadt vor wesentlich höheren Folgekosten, die später durch Abriss und Neubau entstehen.

5. Finanzierung des ÖPNV sichern

Für uns GRÜNE hat der Öffentliche Nahverkehr eine zentrale Funktion für die umweltverträgliche Mobilität. Das muss sich auch mit den notwendigen Prioritäten im städtischen Haushalt widerspiegeln. Die Finanzierung des Ausbaues eines umweltfreundlichen Verkehrs ist derzeit ungelöst. Sinnvolle Entwicklungsmöglichkeiten werden behindert durch - die finanzielle Situation der Stadt, - getroffene politische Beschlüsse der derzeitigen autolastigen Koalition im Bund und - die unklare Zukunft des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG). Das Auslaufen der Bundesmittel (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - GVFG) und der Komplementärfinanzierung (Landesmittel) - bisher ist die Anschlussregelung noch unklar - macht

die Finanzierung größerer Projekte für die Kommunen in der Regel unmöglich. Wir wollen der Weiterentwicklung umweltverträglicher Verkehrssysteme in Wiesbaden eine sichere finanzielle Basis geben, müssen dies jedoch vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Gesamtbetrachtung tun. Um unsere verkehrspolitischen Ziele erreichen zu können, brauchen wir die weitere Unterstützung von Bund und Land (Beispiele: Fortschreibung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes über 2018 hinaus; Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Stellplätze für Car Sharing). Die GRÜNEN wollen, dass die Stadt Wiesbaden über die Gremien wie den Städtetag, aber auch durch Vernetzung mit anderen Kommunen, ihre Möglichkeiten nutzt. Außerdem fordern wir die Entwicklung alternativer und innovativer Finanzierungsformen für den Ausbau des ÖPNV.

6. Gleichberechtigte Verteilung des städtischen Geldes

Wir wollen, dass Frauen und Männer in gleichem Maße von den Geldern im städtischen Haushalt profitieren. Das fordert auch die EU. Politische Maßnahmen müssen eine gleiche Teilhabe beider Geschlechter ermöglichen und dürfen bestehende Benachteiligungen nicht weiter verfestigen, sondern müssen korrigierend eingreifen. Finanzbudgets setzen politische Prioritäten und steuern die Verteilung von Chancen, Privilegien und Macht. Ungerechtigkeiten können nur durch eine durchgängige Gleichstellungsorientierung der Finanzpolitik beseitigt werden. Dabei stellen sich z.B. folgende Fragen: - Wieviele Frauen und wieviele Männer sind NutznießerInnen von Beschäftigungsförderprogrammen? - Wieviele Jungen und wieviele Mädchen werden von Jugendfördermaßnahmen erreicht? - Nimmt die Stadtentwicklungspolitik gleichermaßen Rücksicht auf die Bedarfe beider Geschlechter? - Wird bei der Sportförderung ein Geschlecht überproportional unterstützt? Gender Budgeting ist das Instrument für gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung und stellt Transparenz darüber her, bei wem die Gelder wirklich ankommen. Benachteiligung wird erkannt und die Zielsetzungen können korrigiert werden. Wir wollen die Geldströme des städtischen Haushalts daraufhin analysieren, in welchem Maße Frauen und Männer von den Maßnahmen profitieren, indem wir die Zielgruppen und die Verteilung der Budgets ermitteln. So können wir die Zielsetzungen auf die Erfüllung der Bedürfnisse beider Geschlechter hin überprüfen und korrigieren.

7. Stadtwirtschaftsstrategie

Wie viele Großstädte verfügt auch Wiesbaden über eine große Anzahl von Beteiligungen an Unternehmen, Zweckverbänden und sonstigen Institutionen. Die Auslagerung wesentlicher Teile kommunaler Aufgaben aus der Kernverwaltung führt dazu, dass die demokratische Legitimation der Entscheidungen und die Steuerungsmöglichkeiten durch die Stadtverordnetenversammlung geringer werden. Um dies zu korrigieren, sprechen wir GRÜNE uns für die Erarbeitung und Verabschiedung einer Stadtwirtschaftsstrategie nach dem Vorbild der Wissenschaftsstadt Darmstadt aus. In dieser sollte niedergelegt werden, welche strategischen Ziele die Landeshauptstadt Wiesbaden mit ihren Beteiligungen verfolgt, vor welchen Herausforderungen diese stehen und welcher Beitrag zum Gesamtergebnis von diesen erwartet wird bzw. welcher Zuschuss notwendig ist. Diese sollte im Dialog mit der Bürgerschaft entwickelt werden.

8. Kommunale Unternehmen und Beteiligungen

Über die Jahre ist durch Auslagerung öffentlicher Aufgaben aus der Kernverwaltung ein Komplex aus kommunalen Unternehmen und Beteiligungen entstanden. Heute liegen hier über 50% des öffentlichen Vermögens der Kommune. Ihr Bilanzvolumen übersteigt die jährliche Haushaltssumme der Stadt deutlich. Während dem kommunalen Haushalte in Wiesbaden Defizite drohen, verfügt z.B. die KMW über ca. 250 Mio. Euro Rücklagen, die aus der Zeit der Planung des Kohlekraftwerks stammen. Die Beteiligungsstrukturen sind weitgehend intransparent und schwer

zu kontrollieren. Hier fallen Entscheidungen, die für unsere Stadt bedeutende Auswirkungen haben. Obwohl in öffentlichem Besitz, sind die Unternehmen einer direkten demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen. Zwar sind Stadtverordnete in den Aufsichtsgremien vertreten, sie sind aber durch rechtliche Bestimmungen dem ‚Wohl des Unternehmens‘ verantwortlich und weitgehend zur Verschwiegenheit verpflichtet. Es besteht die Gefahr, dass Eigeninteressen einzelner Unternehmen dem Gemeinwohl entgegenstehen. Bekanntestes Beispiel: Die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden hielten stur an ihren Plänen für ein Kohlegroßkraftwerk auf der Ingelheimer Aue fest, obwohl die Kommunalparlamente in Wiesbaden und Mainz sich gegen das Kohlemonster ausgesprochen hatten. In diesem Geflecht blüht auch die Versorgungsmentalität: Immer wieder werden hochdotierte Posten im ‚Konzern Stadt‘ mit ‚verdienten‘ Politikern besetzt, ohne Ausschreibung. Einer der ersten Beschlüsse der großen Koalition war 2011 die Gründung einer Baugesellschaft und die Besetzung der beiden Geschäftsführerposten mit je einem CDU- und einem SPD-Politiker. Wir brauchen mehr Transparenz in der kommunalen Beteiligungsstruktur in Wiesbaden und eine klare strategische Ausrichtung auf die öffentlichen Interessen, insbesondere auf Erfordernisse der Daseinsvorsorge und die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Belange. Diese müssen in einem öffentlichen Diskurs entwickelt und bestimmt werden. Eine Ausrichtung der städtischen Beteiligungen allein an dem Ziel der Gewinnerwirtschaftung wird den besonderen Anforderungen an diese Gesellschaften nicht gerecht. Die Aktivitäten dieser Unternehmen müssen sich an demokratischen Grundsätzen wie Transparenz, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit orientieren. Wofür öffentliche Mittel eingesetzt werden, muss für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein. Dazu muss die parlamentarische Kontrolle verstärkt werden. Die selbstbezügliche Kontrolle durch die herkömmlichen Aufsichtsgremien ist für öffentliche Unternehmen nicht ausreichend.

In Wiesbaden wurde die Diskussion über Aufgaben und Funktion dieser Unternehmen lange vernachlässigt. Erst in jüngster Zeit wurden zaghafte Anläufe unternommen, dieses Defizit aufzuarbeiten. Die Bildung des Beteiligungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung war nur ein erster Schritt. Im Vergleich zu anderen Städten liegt Wiesbaden noch deutlich zurück. U.a. haben Darmstadt, Frankfurt und Düsseldorf bereits einen speziellen Verhaltenskodex, Corporate Governance Kodex genannt, für ihre Beteiligungen entwickelt.

Die GRÜNEN wollen, dass ein solcher Beteiligungskodex für Wiesbaden in einem transparenten Prozess und unter Einbeziehung externer Fachleute entwickelt und öffentlich diskutiert wird. Dabei sind für uns u.a. folgende Punkte unverzichtbar:

- umfassende Aufgaben- und Strukturkritik
- Besetzung von Führungspositionen nur nach öffentlicher Ausschreibung
- Kommunale Beteiligungen dürfen kein Lohndumping betreiben (Fälle wie die WiBus, Tochter der ESWE, bei der die FahrerInnen für die gleiche Arbeit weniger Lohn erhielten, dürfen sich nicht wiederholen)
- Einführung einer Frauenquote für die Aufsichtsgremien
- Festlegung einheitlicher Standards für das Berichtswesen sowohl für die unterjährigen Berichte wie auch für die Jahresabschlüsse
- Evaluation der im Beteiligungskodex definierten Ziele

9. Verständlicher Haushalt

Der Beschluss über den Haushalt ist das wichtigste Recht der Stadtverordnetenversammlung. Da nahezu alle politischen Projekte einer Finanzierung bedürfen, ist die Entscheidung über den Haushalt zugleich die Entscheidung über das Schicksal zentraler Projekte. Der Haushalt muss transparent und verständlich sein.

Die Lesbarkeit und verständlichen Aufbereitung der Informationen ist wichtig. Wir sind der Ansicht, dass der Haushalt zum einen den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung eine verlässliche Entscheidungsgrundlage bieten muss. Darüber hinaus ist es notwendig, dass die wichtigsten Informationen auch den Bürgerinnen und Bürgern in verständlicher Form vorliegen. Eine stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ist ein weiteres Ziel der GRÜNEN.

Für die Information der Stadtverordnetenversammlung ist es daher wichtig, dass der Haushalt

- a. produktorientierte Ziele und Kennzahlen beinhaltet. Diese ermöglichen es den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sich mit einem Blick einen Eindruck von der Zielerreichung und den dafür aufgewandten Mitteln zu machen.
- b. auch in der Planung den aktuellen Bestand und den prognostizierten Stand zum Ende des Planjahres der Rückstellungen und Rücklagen sowie Sondervermögen ausweist. Dies ist notwendig, damit die Stadtverordneten den Haushaltsausgleich beurteilen können. Der Aktuelle Stand der Sondervermögen, wie z.B. des Garagenfonds ist für städtebauliche Entscheidungen wichtig.
- c. die übergroße Vielzahl der Produkte mittelfristig auf die für die Steuerung der Kommune wichtigen Aufgaben begrenzt wird.
- d. auch der Gesamtabschluss in einer für Stadtverordnete gut verständlichen Form gestaltet wird.

Für die Information der Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, dass zum Einen die wesentlichen Inhalte des Haushalts in Form eines offenen Haushalts im Internet präsentiert werden. Zum Anderen müssen die zentralen Informationen in einer kurzen Broschüre, einem Faltblatt oder in vergleichbarer Form zur Verfügung stehen.

J - Wiesbaden als Hochschulstandort

1. Eine Bereicherung für die ganze Stadt

Unsere Stadt gewinnt zunehmend an Bedeutung als Hochschulstandort. Schon heute studieren in Wiesbaden etwa 10.000 Menschen. Prognosen gehen davon aus, dass es in wenigen Jahren schon 15.000 sein werden.

Herausragend ist dabei die Hochschule RheinMain – nicht nur wegen der hohen Zahl der derzeit 8.500 Studierenden in Wiesbaden. Unterschiedliche Zugänge ermöglichen Menschen mit verschiedenen Biografien ein Studium an der Hochschule RheinMain, die so zu mehr Bildungsgerechtigkeit beiträgt. Außerdem erhalten hier überdurchschnittlich viele Studierende mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, einen berufsqualifizierenden Hochschulabschluss zu erwerben.

Daneben sind auch die Hochschule für Polizei und Verwaltung (700 Studierende) und die European Business School EBS (300 Studierende) und möglicherweise bald die Hochschule Fresenius eine Bereicherung für Wiesbaden als Bildungsstandort.

Die geplante Schaffung von 3.000 neuen Studienplätzen in zahlreichen neuen Studiengängen wird von uns GRÜNEN begrüßt. Bei ihren Zukunftsplänen profitiert die Hochschule RheinMain auch vom neuen Hochschulpakt 2016-2020, der mit GRÜNER Regierungsbeteiligung in Hessen erreicht wurde. Die hessischen Hochschulen erhalten in den nächsten fünf Jahren 9 Milliarden Euro – so viel wie noch nie zuvor.

Das neu ins Leben gerufene Netzwerk der Wissenschaft wollen die GRÜNEN weiterführen und unterstützen. Wir GRÜNE wollen daran mitarbeiten, die Sichtbarkeit der Hochschulen und ihrer Studierenden in der Stadt weiter zu verbessern.

2. Ein zentraler Campus für die Hochschule RheinMain

Dass die Hochschule RheinMain innerhalb Wiesbadens auf drei verschiedene Standorte aufgeteilt ist, hat eine Menge Nachteile: Es müssen mehrere Mensen und Bibliotheken unterhalten werden, fachübergreifende Zusammenarbeit wird erschwert, Fahrtzeiten sind unnötig lang, die Identität und Wahrnehmung der Hochschule kann sich nicht optimal entwickeln. Vor allem aber fressen die Anmietungen an den Standorten Bleichstraße und Unter den Eichen jedes Jahr fast 5 Millionen Euro vom Budget der Hochschule RheinMain auf – Geld, das damit nicht mehr für Forschung und Lehre eingesetzt werden kann. Gegenüber anderen Hochschulen, die in der Regel auf landeseigenen Flächen angesiedelt sind und ihr volles Budget zur Verfügung haben, wird die Hochschule RheinMain also strukturell benachteiligt. Wir GRÜNE befürworten deshalb die Idee der Hochschulleitung, die drei Standorte ab 2021 an einem zentralen Campus am Kurt-Schumacher-Ring zusammenzuführen. Es ist deshalb sinnvoll, auch den kurzfristigen Erweiterungsbedarf an diesem Standort zu realisieren.

Wir GRÜNE setzen uns deshalb weiterhin dafür ein, dass die Stadt die nicht mehr benötigten Grundstücke der auslaufenden August-Hermann-Francke-Schule unkompliziert an das Land Hessen verkauft, das damit den Campus erweitern kann. Zusätzliche Flächen wollen wir GRÜNE durch eine Modernisierung der Stellplatz-Satzung gewinnen: Bislang schreibt die Stadt vor, dass Hochschulen einen Parkplatz je 3 Studierende zur Verfügung stellen muss. Die Quote von 1:3 ist aber für eine urban gelegene Hochschule in Zeiten der Verkehrswende viel zu hoch. Eine niedrigere Quote, z.B. von 1:10, würde der Hochschule RheinMain neue Freiräume verschaffen. Auf der anderen Seite müssen für die Studierenden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anreize geschaffen werden, so oft wie möglich öffentliche Verkehrsmittel (ÖPNV) oder das Fahrrad zu nutzen. Das Wachstum der Hochschule darf nicht zu Lasten der Anwohnerinnen und

Anwohner gehen, insbesondere in Dotzheimer Straße, Klarenthaler Straße, äußerem Westend und Hollerborn. Für uns GRÜNE ist klar: Bei wachsenden Studierendenzahlen muss auch die ÖPNV-Anbindung mitwachsen. Auch die Fahrrad- und Fußwegeverbindungen, vor allem in Richtung Westend und Innenstadt, müssen verbessert werden. Ein großer Fortschritt wäre es zudem, wenn die Hochschulleitung ein Mobilitätsmanagement inklusive Jobticket, z.B. nach Vorbild der TU Darmstadt, einführen würde.

Um auch schon vor der Fertigstellung des zentralen Campus die Sichtbarkeit der Studierenden und ihrer Leistungen in der Stadt zu fördern, schlagen wir GRÜNE vor, Ausstellungsräume im Herzen der Stadt zu suchen und bereitzustellen. Dort könnten z.B. Abschlussarbeiten aus verschiedensten Fachrichtungen der Öffentlichkeit präsentiert werden.

3. Studentischer Wohnraum und Kinderbetreuung

Wohnraum in Wiesbaden ist knapp und teuer. An der Hochschule RheinMain führt das dazu, dass viele Studierende notgedrungen außerhalb bei den Eltern wohnen bleiben und täglich ein- und auspendeln. Das sorgt für lange Fahrtzeiten, zusätzlichen motorisierten Verkehr und behindert das Entstehen echten 'Studentenlebens'. Und noch schlimmer: Die Wohnungsnot könnte Menschen mit geringem Einkommen ohne nahegelegenes Elternhaus von einem Studium in Wiesbaden ausschließen. Mit den derzeit bestehenden und bereits geplanten 500 Wohnheimplätzen ist die Stadt schon heute drastisch unterversorgt – und die neuen Studiengänge mit ca. 3.000 weiteren Studierenden werden weiteren Druck erzeugen. Es ist mit einem zusätzlichen Bedarf von 600 - 1.000 Wohneinheiten zu rechnen. Wir GRÜNE fordern deshalb einen spürbaren Ausbau von Studierenden-Wohnheimen, z.B. auf dem Gelände des ehemaligen American Arms Hotels in der Frankfurter Straße. Darüber hinaus sollen die Stadt, die Hochschulen und der AStA weiter bei privaten Wohnungseigentümern für eine bezahlbare Vermietung an Studierende werben.

Wir GRÜNE befürworten die Einrichtung eines Studierenden-Wohnheims mit ca. 150 Plätzen mit angeschlossener Kita im Süden des künftigen Campus' an der Hollerbornstraße. Die Kita würde die Vereinbarkeit von Studium und Familie erleichtern – immerhin 6 Prozent der Studierenden sind Mutter oder Vater. Um das Projekt zu verwirklichen, ist eine Änderung des Bebauungsplans notwendig. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Stadt diese unkompliziert genehmigt.

Eine weitere Hürde ist auch hier die Stellplatz-Satzung, die für ein Wohnheim mit 150 Plätzen den Bau von ca. 35 Parkplätzen vorschreibt – was erstens wertvolle Fläche verschlingt, zweitens die Kosten (und damit letzten Endes die Miete) in die Höhe treibt und drittens negative Mobilitätsanreize setzt. Im Falle von Studierenden-Wohnheimen sehen wir GRÜNE die derzeitige Stellplatz-Satzung als unnötige bürokratische Hürde, die wir absenken möchten.

4. Impulse für Standort und Stadtgesellschaft

Unsere Hochschulen sind eine Bereicherung für ganz Wiesbaden. Die Studierenden tun Wiesbaden gut, bringen frischen Wind und neue Impulse in die Stadt. Öffentliche Hochschul-Bibliotheken erweitern die Bildungsmöglichkeiten auch für Nicht-Studierende. Mit ca. 750 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Hochschule RheinMain schon für sich genommen ein wichtiger Arbeitsplatz-Faktor. Darüber hinaus gehen zahlreiche Unternehmensgründungen in Wiesbaden auf Absolventinnen und Absolventen zurück. Diese Chancen gilt es auszubauen und zu nutzen, z.B. in den Bereichen Bauingenieurwesen, Immobilienmanagement, Mobilitätsmanagement, Informatik und Kommunikationsdesign. Wir GRÜNE wollen ein Klima schaffen, das solche Gründungen direkt nach dem Abschluss noch besser gedeihen lässt. Die GRÜNE Vision ist ein Startup-Zentrum oder Inkubator auf dem künftigen zentralen Campus oder in dessen Nähe.

Schon heute profitiert die Stadt auf einer weiteren Ebene von ihren Hochschulen: beim Transfer von Wissen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass lokale Politik und Verwaltung noch mehr auf die Fachkompetenz der Hochschulen zugreifen. Gelegenheiten hierzu sehen wir z.B. in Zukunftsfeldern wie Nachhaltiges Bauen, Stadtplanung, Mobilität oder Soziale Arbeit. Wir wollen zudem daran mitwirken, dass diese Beiträge für die Öffentlichkeit sichtbarer werden.

K - Bildung als kommunale Aufgabe

Wir GRÜNE treten dafür ein, dass die Stadt Bildung als kommunale Aufgabe weiterhin ernst nimmt. Dazu muss sie in ihrem Zuständigkeitsbereich dafür sorgen, dass das öffentliche Schulwesen seine Aufgabe gut erfüllen kann, z.B. durch Vernetzung der am Bildungsprozess Beteiligten, auch auf lokaler Ebene. Dazu gehören auch Aufgaben wie die Gewaltprävention an Schulen oder die Überprüfung von Grundschulbezirksgrenzen im Zusammenhang mit Integrationsmaßnahmen für Kinder aus bildungsfernen Familien, sowie Maßnahmen zum Inklusiven Unterricht.

1. Bessere personelle und finanzielle Ausstattung unserer Schulen

Neben der Lehrerversorgung durch das Land brauchen Schulen auch ausreichend städtisches Personal wie Hausmeister und Verwaltungsangestellte. Hier möchten wir GRÜNE dem Trend der letzten Jahre entgegen wirken, der durch Sparmaßnahmen zu einer immer dünneren Personaldecke und letztlich zu Personalmangel in diesem Bereich geführt hat. Bei der Behebung dieser Probleme wollen wir Erfahrung und Wissen der Schulen mit ein beziehen und sie an dem Prozess mitwirken lassen. Auch das Projekt "selbstständige Schule" erweist sich als inhaltsleer, wenn den Schulen immer mehr Aufgaben zugewiesen werden und die personellen und finanziellen Ressourcen nicht ausreichend sind. Wir GRÜNE möchten, unsere Schulen -in Absprache mit ihnen- mit ausreichendem Personal und Finanzmitteln ausstatten.

2. Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit soll jungen Menschen zum Ausgleich sozialer oder individueller Benachteiligungen vor Ort Hilfen geben, um die schulische oder berufliche Ausbildung sowie die soziale Integration zu fördern bzw. möglich zu machen. Das bisherige Programm in Wiesbaden hat sich als überaus erfolgreich erwiesen. Es gibt Schulsozialarbeit in Wiesbaden bereits an vielen Schulen, u.a. im Rahmen der betreuenden Grundschulen, der Haupt- und Gesamtschulen, der Lernhilfesschulen, sowie der Berufsschulen. Der Bedarf der Schulsozialarbeit ist noch weitaus größer, vor allem an den Berufsschulen. Wir GRÜNE möchten die Schulsozialarbeit, die eine freiwillige Leistung der Stadt ist, auf Dauer sichern, stärken und ausbauen.

3. Inklusion

Die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen wurde 2009 für Deutschland und somit auch für Wiesbaden verbindlich. Die Konvention fordert, den gemeinsamen Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Kinder zur Regel zu machen. Schulische Bildung soll "inklusiv" gestaltet werden, d.h. wo immer es möglich ist, sollen Behinderte die Regelschulen besuchen. Damit muss die personelle und konzeptionelle Förderung der Schulen mit inklusivem Unterricht einhergehen. Wiesbaden ist bis 2017 Modellregion für Inklusion und stellt dafür freiwillig zusätzliche Mittel bereit. Inzwischen hat aber die Landesregierung ein recht ehrgeiziges mehrjähriges Programm zur schrittweisen Umsetzung der Inklusion in ganz Hessen in Gang gesetzt, das zwar in die richtige Richtung weist, wo aber noch viel zu tun ist. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Programm in der Region Wiesbaden entwickelt. 2017 wird dann entschieden werden müssen, ob der Modellversuch weiterlaufen soll oder ob und wie er in die vorgesehenen regulären Bahnen gelenkt werden kann.

4. Schulentwicklungspläne

Schule ist kein starres System, sondern entwickelt sich kontinuierlich weiter. Um auf aktuelle schulische Entwicklungen reagieren zu können, fordern wir GRÜNE eine fortlaufende

Schulentwicklungsplanung. Das bisherige System der Erstellung der Schulentwicklungspläne durch die Stadt Wiesbaden alle 5 Jahre und der Genehmigung durch das Hessische Kultusministerium ist in der Wiesbadener Praxis nicht flexibel genug. Wir GRÜNE fordern, dass die Schulentwicklungspläne kontinuierlich überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Außerdem muss die Schulentwicklungsplanung auf eine breitere Basis gestellt werden. Ähnlich wie z.B. in Frankfurt wollen wir GRÜNE für Wiesbaden Schulentwicklungspläne, die unter öffentlicher Beteiligung der Schulgemeinde erstellt werden. Nur so kann der tatsächliche Bedarf ermittelt werden.

5. G8/G9

Seit dem Schuljahr 2013/14 können Gymnasien in Hessen selbst entscheiden, ob sie in acht oder neun Jahren zum Abitur führen. Bis dahin galt die Vorgabe der verkürzten Gymnasialzeit (G8). Viele Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer treten für längeres Lernen ein. Hessenweit ist seit 2013 die überwiegende Zahl der Gymnasien zu G9 gewechselt. Nur noch eine kleine Zahl ist bei G8 geblieben. Anders in Wiesbaden. Obwohl eine von Eltern und GRÜNEN durchgesetzte repräsentative Befragung von Grundschulleitern ergab, dass nur 9% der Eltern sich G8 für ihr Kind wünschen, sind 4 der 7 Gymnasien bei der verkürzten Schulzeit geblieben. Die Folge dieser starren Haltung dieser Schulen ist, dass in Wiesbaden hunderte von Schülerinnen und Schülern auf einen schulischen Weg gezwungen werden, den sie und ihre Eltern nicht wollen. 2014 waren davon rund 150 Kinder betroffen. Das haben wir GRÜNE in den letzten Jahren immer wieder kritisiert. Hier zeigt sich, dass die Festlegung der alten hessischen Landesregierung falsch war, unter der Parole der "Wahlfreiheit" die Entscheidung zu G8/G9 auf die einzelnen Schulen abzuwälzen. Wie es jetzt ist, wird Wahlfreiheit für Eltern und Schüler verhindert. Notwendig ist, statt die einzelnen Gymnasien isoliert für sich entscheiden zu lassen, eine verbindliche Kooperation der Schulen untereinander vor zu sehen, mit dem Ziel, ein ausreichendes Angebot an Gymnasialplätzen mit längerer Lernzeit sicher zu stellen. Für die entsprechenden Regelungen muss sich die Stadt Wiesbaden gegenüber dem Land Hessen einsetzen.

Wir GRÜNE kritisieren die bisherige Inaktivität des Wiesbadener Magistrats und der Schuldezernentin, die keine Initiative ergriffen hat, um dem Elternwillen zur Geltung zu verhelfen. Als ersten Schritt zur Überwindung der unhaltbaren Situation fordern wir GRÜNE die Einberufung eines runden Tisches durch das Schuldezernat mit den VertreterInnen der Gymnasien, der Eltern und des staatlichen Schulamtes. Ziel ist eine Vereinbarung, mit der eine ausreichende Zahl von G9-Plätzen in Wiesbaden zur Verfügung gestellt wird.

6. Ganztagsangebote

Wir GRÜNE werden den Ausbau der Schulen zu echten Ganztagschulen weiter unterstützen. Für Wiesbaden wollen wir Schulen die Räume für Nachmittagsunterricht, Betreuung Essensversorgung und Küche geben und uns beim Land für eine schnellere Aufnahme der Schulen, die einen Antrag dazu in das Landesprogramm der ganztägig arbeitenden Schulen gestellt haben, einzusetzen. Schulen in Stadtteilen mit besonderer sozialer Bedarfslage sollten vorrangig zu Ganztagschulen werden. Zusätzlich werden wir GRÜNE darauf achten, dass die bisherige Qualität der Betreuung in allen Schulen verbessert und bedarfsorientiert ausgerichtet wird. Die Stadt muss Angebote unterbreiten, um die vielfältigen Betreuungswünsche der Eltern zu erfüllen (rhythmisierter Ganztagschule, Nachmittagsbetreuung, Horte etc.). Die Fördervereine der Schulen, die bis jetzt die Mehrheit der Träger der Nachmittagsbetreuung sind, gehören entlastet.

7. Essensversorgung von Schülern und Schülerinnen an Schulen

Einige wenige Wiesbadener Schulen sind bis jetzt ins dreistufige Ganztagsprogramm des Landes Hessen aufgenommen worden. Ohne ihre Fördervereine und das Engagement ihrer Mitglieder hätten wir heute an vielen Schulen weder Grundschulkinderbetreuung noch eine Essensversorgung. Mit dem Ziel alle Schulen in „echte“ Ganztagschulen umzuwandeln, muss die Frage der Essensversorgung zur kommunalen Aufgabe erklärt werden. Bis jetzt werden acht staatliche Schulen in Wiesbaden frisch bekocht, andere werden über Catering beliefert. Wir GRÜNE möchten, dass Schulkinder zukünftig mit gesundem, hauptsächlich regional, möglichst biologisch erzeugtem und frisch gekochtem Essen (orientiert an den Standards der dt. Gesellschaft für Ernährung) versorgt werden, das preisgünstig in den Schulen angeboten wird. Schulkindern wird damit gesunde und frische Kost nahe gebracht. Diese Vorgehensweise wäre ein Gewinn für alle:

- regionale Erzeuger werden gestärkt
- das Essen ist nach den bisherigen Erfahrungen in der Regel hochwertiger und
- deswegen wird weniger davon weg geworfen

Wir GRÜNE wollen, dass die Koordination der Essenzversorgung zentral in einer Hand bei der Kommune liegt, um die Organisation zu optimieren und die Kosten für alle Beteiligten so niedrig wie möglich zu halten. Um den Essenspreis für SchülerInnen, und Eltern attraktiv zu halten, soll das Essen bezuschusst werden. In Fällen sozialer Härte gibt es schon jetzt zusätzliche städtische bzw. staatliche Unterstützung.

Als Beispiel hierfür kann die Stadt Göttingen dienen: Hier ist eine kommunale Stelle mit der Koordination betraut und spart dadurch erheblich Kosten. Dort liegt der Ausgabepreis pro Essen z.Z. bei etwa 3,30 € und ist mit rund einem Euro bezuschusst (Stand Juni 2015). Wir GRÜNE möchten, zusammen mit den Schulgemeinden, bei allen Sanierungen und Neubauten prüfen und festlegen, wie die Essensversorgung und -aufnahme zukünftig für alle Schulkinder gewährleistet und räumlich umgesetzt werden kann. Diese Erkenntnisse müssen in Absprache mit den Schulgemeinden bei allen Planungen berücksichtigt werden. Die Schulen müssen bei ihrer Sanierung oder einem Neubau Küchen und Mensen in entsprechenden Größen erhalten.

8. Verlässliche Schulsanierung und Neubau

Bereits vor dem Jahr 2011 haben wir GRÜNE die Aufstellung einer Prioritätenliste zur Schulbausanierung gefordert. Wir GRÜNE haben durch massives Engagement dafür gesorgt, dass diese Liste 2013 endlich vorgelegt wurde. Durch dringende und akute Ereignisse (benötigte Räume für Mittagsbetreuung, erforderlicher Brandschutz) kann sie jedoch jederzeit verändert werden, was einerseits sinnvoll sein kann, andererseits aber Schulen die dringender Sanierung bedürfen, weiter nach hinten schiebt.

Die Prioritätenliste umfasst heute (Stand Sommer 2015) 192 Positionen, darunter auch Projekte, die schon vor Jahren oder Jahrzehnten saniert oder neu gebaut werden sollten. Bislang wird sie nur im Schnecken tempo abgearbeitet, u.a. weil dafür die im Haushalt angesetzten Mittel immer noch zu gering sind. Will man den momentanen Sanierungsstau in den kommenden 10 Jahren auflösen, müssten in jedem Doppelhaushalt mindestens 80 Millionen eingesetzt werden - auch davon ist Wiesbaden derzeit weit entfernt! Im Moment (Stand Sommer 2015) befinden wir uns bei der Abarbeitung dieser Liste auf Platz 2: die Oberstufengebäude für die Theodor- Fliedner - Schule. Dafür gibt es nun endlich Planungsvorschläge, leider aber noch keinen Spatenstich dazu, obwohl seit 2009 klar ist, dass in diesem Jahr Räume für die Oberstufe gebraucht werden. Nun will man dem Problem mit Containern entgegentreten (wie bei vielen anderen Schulen auch), was hohe unnötige Kosten verursacht. Selbst Projekte, die bereits in der letzten Wahlperiode beschlossen wurden, sind höchstens im Planungsstadium oder nur teilweise umgesetzt!

Notwendige Maßnahmen werden auf den nächsten und übernächsten Haushalt verlagert. Der Finanzierungsbedarf durch den seit Jahren steigenden Sanierungsstau wird immer größer.

Wir GRÜNE fordern daher einen seriös gerechneten und ausreichenden Etatansatz. Auch die minimale Erhöhung der Mittel im letzten Haushalt (2014/2015) hat keine Steigerung des Sanierungstempos bewirkt und es zeigt sich, dass auch die Auslagerung von Planungs- und Sanierungsprojekten in städtische Gesellschaften, nicht zu einer Verbesserung der Situation beiträgt, denn so ist die direkte Kontrolle sowohl durch die Stadtverordneten, als auch durch das Dezernat selbst nicht mehr gewährleistet.

Wir GRÜNE fordern zudem, dass Schulsanierungen und -neubauten unter ökologischen Gesichtspunkten, nach den neuesten energetischen Vorschriften erfolgen. Photovoltaikanlagen sollen auf den Schulgebäuden installiert werden, wo es sinnvoll und baulich möglich ist. Die betreffenden Schulgemeinden sollen intensiv an den Planungsprozessen zu Sanierung oder /Neubau beteiligt werden. Auf Grund der unterschiedlichen Schulprofile muss jede Schule individuell betrachtet werden, anstatt ein einmal erstelltes Ergebnis einer Machbarkeitsstudie übergestülpt zu bekommen.

Wir GRÜNE werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Prioritätenliste endlich abgearbeitet wird, mehr Mittel sowohl für Neubau als auch für Sanierung und Instandhaltung über den Haushalt zur Verfügung gestellt werden und alternative Finanzierungsformen geprüft werden. Dafür müssen sowohl mit dem Land als auch mit dem Bund Verhandlungen über Zusatzprogramme zu Schulgebäudesanierung und -neubau geführt werden.

Die von der Stadt bevorzugte Form des Bauens von Schulgebäuden als PPP/ÖPP Projekte lehnen wir GRÜNE ab. PPP Projekte entziehen sich der parlamentarischen Kontrolle, führen zu unnötigen Verzögerungen und belasten die städtischen Haushalte vorab über Jahre. In der Gesamtbetrachtung können diese Projekte am Ende wesentlich teurer sein als ein Bau in Eigenregie. Auch der Bundesrechnungshof hat diesen Modellen eine Absage erteilt.

9. Bildung für alle in der "neuen Schule"

Dem GRÜNEN Konzept der "neuen Schule" folgend, dass sich durch-längeres gemeinsames Lernen- individuelle Förderung-kein Sitzenbleiben-Klassengrößen von max. 25 SchulerInnen- bedarfsgerechten Ganztagsangeboten- Vernetzung von Schule, Kitas, Jugend- und Schulsozialarbeit auszeichnet, möchten wir GRÜNE Schulen diese Entwicklung ermöglichen, soweit das von kommunaler Seite aus möglich ist. Integrierte Gesamtschulen sind eine adäquate Übergangsform dazu. Deshalb werden wir GRÜNE deren Entwicklung besonders unterstützen. Als Entlastung für die seit Jahren überwältigte IGS Kastelstraße unterstützen wir GRÜNE weiterhin den Antrag der Heinrich von Kleist Schule zur Umwandlung von einer verbundenen Haupt- und Realschule zu einer integrierten Gesamtschule. Bereits vor fünf Jahren hatte die Kleistschule dazu einen Antrag gestellt, das Kultusministerium hatte ihn 2011 abgelehnt, obwohl auch damals schon deutlich war, dass eine zusätzliche IGS in der Innenstadt dringend benötigt wird.

10. Oberstufengymnasien in Wiesbaden

Wir Grüne fordern den Erhalt des Status Quo und Erleichterung bei Neugründungen. Zusammen mit SchülerInnen, Eltern, Gewerkschaft und weiteren politischen Kräften haben wir GRÜNEN erreicht, dass der Neubau der Carl- von-Ossietsky-Schule beschlossen wurde. Die weiteren dazugehörigen Massnahmen (Finanzierung, Beginn der Baumaßnahme) werden wir GRÜNE auch weiterhin kritisch begleiten. Durch die Umwandlung der Martin-Niemöller-Schule in ein Gymnasium mit Unter-,Mittel- und erweiterter Oberstufe (d.h. die Oberstufe ist auch für Schüler anderer Schulformen wählbar), befürchten wir GRÜNE auf lange Sicht eine Veränderung dieses ehemals reinen Oberstufengymnasiums zu einem "normalen" Vollgymnasiums. Um auf zukünftige Entwicklungen besser reagieren zu können, setzen wir GRÜNE uns deshalb auf

Landesebenen für Erleichterungen zur Neugründung von Oberstufengymnasien und gymnasialen Oberstufen an integrierten Gesamtschulen ein. Einzelne Stadtteile können damit als Schulstandorte gestärkt werden. So ist z.B. zu prüfen, ob die erneute Einrichtung einer Oberstufe an der Wilhelm-Leuschner-Schule sinnvoll ist.

L - ZusammenLeben: Gemeinsamkeit fördern - Trennendes überwinden

1. Vielfalt als Chance - Integration als Aufgabe

Wir GRÜNEN verstehen die Vielfalt der hier lebenden Menschen als Bereicherung, solange die Grundwerte unseres Grundgesetzes und unserer Rechtsordnung anerkannt werden. Integration ist eine Aufgabe aller, unsere Gesellschaft weiterzuentwickeln und Barrieren abzubauen. Ziel ist es, allen ein selbstbestimmtes Leben und gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Wiesbaden hat 2007 mit der Integrationsvereinbarung einen Rahmen für das Zusammenleben vor allem mit den muslimischen Religionsgemeinschaften geschaffen. Die Vereinbarung gilt als wegweisend für andere Kommunen und wird als Idee auch vom Land Hessen aufgegriffen. Wir GRÜNEN in Wiesbaden möchten nun das Thema ohne einen bestimmten Religionsbezug weiterentwickeln und haben darüber hinaus Vorschläge auf institutioneller und politischer Ebene, um die Integration der Menschen in Wiesbaden aus 167 Nationen weiter voranzutreiben.

Integration wird in der Wiesbadener Integrationsvereinbarung mit dem Wort „Eingliederung“ definiert. Aus Sicht der GRÜNEN ist Integration aber keine Einbahnstraße der einen Gruppe in eine andere; sie erfordert Bemühungen von den hier lebenden wie auch den hier ankommenden Menschen. Wir GRÜNEN verstehen Integration vielmehr als Chance zur Weiterentwicklung der Gesellschaft auf dem Boden der universellen Menschenrechte. Eine so verstandene Integrationspolitik ermöglicht den Dialog auf Augenhöhe, vermeidet Diskriminierung und Stigmatisierung.

Rund 32.000 der WiesbadenerInnen sind Moslems (2013). Derzeit haben rund ein Dutzend muslimischer Gemeinden die Wiesbadener Integrationsvereinbarung unterzeichnet. Sie repräsentieren damit bestenfalls einen Teil der hier lebenden Mulime. Eine Vereinbarung speziell für muslimische Religionsgemeinschaften greift also deutlich zu kurz und schafft künstliche Grenzen, wo keine sein sollten. Wir GRÜNEN streben in Wiesbaden daher eine Vereinbarung mit allen Verbänden und Vereinen an, die sich für Menschen mit Migrationshintergrund einsetzen. Grundlage dieser weiter gefassten Integrationsvereinbarung wäre ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu den Grundrechten, dem Leitbild der Menschenwürde, der Trennung von Kirche, Religion und Staat, den Werten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sowie Toleranz, Gleichberechtigung und Eigenverantwortung.

In diesem Sinne möchten wir Regelungen der derzeitigen Vereinbarung, die einen besonderen Fokus auf die religiösen Besonderheiten des Islam legen, auf alle BürgerInnen gleich welcher Religionszugehörigkeit ausweiten, neu denken und umsetzen. Dazu zählen insbesondere:

1.1. Einrichtung von Friedhöfen

Viele Religionen pflegen spezielle Riten und Gebräuche bei der Bestattung ihrer Verstorbenen. Unsere Friedhöfe in Wiesbaden sollten allen Religionen gleichberechtigt die Möglichkeit geben, ihre Toten zu ehren und den Regeln entsprechend zu bestatten. Dafür vorgesehene Gebäude sollen deshalb keine dauerhaften, religionsspezifischen Symbole tragen und auf den Friedhöfen ausreichend Flächen für die Verstorbenen mit unterschiedlicher Religionszugehörigkeit vorsehen. Grundsätzlich gelten auf kommunalen Friedhöfen für alle hier lebenden Menschen die gleichen Rechte und Pflichten, die nicht von einer bestimmten Religion dominiert werden dürfen. Die Friedhofssatzung ist entsprechend zu überarbeiten.

1.2. Seelsorge in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen

Seelsorgerische Betreuung und Begleitung von Sterbenden und ihrer Angehörigen ist eine allgemeine soziale Aufgabe und nicht bestimmten Religionen vorbehalten. Im Sinne der Trennung von Staat und Kirche ist es daher Aufgabe der Stadt, allen Angehörigen gleich welcher Religionszugehörigkeit den Zugang zu ermöglichen.

1.3. Finanzielle Förderung von Integrationsbemühungen

Wir GRÜNEN wollen keine bevorzugte Behandlung oder finanzielle Förderung von bestimmten religiösen Vereinen oder Glaubensgemeinschaften. Nach unseren Vorstellungen kann es nur gleiche Förderkriterien für alle im Integrationsbereich Tätigen geben. Entsprechende Richtlinien müssen transparent und nachvollziehbar sein sowie in der Anwendung nur einen angemessenen Aufwand nach sich ziehen. Dies gilt insbesondere für die Verteilung der Mittel des Ausländerbeirates, der dabei auch in Zukunft vom Integrationsamt unterstützt werden soll.

1.4. Teilnahme an Schulaktivitäten

Alle Schülerinnen und Schüler sollen aus unserer Sicht ohne Ansehen der Religion, der Herkunft oder des Geschlechts an den Schulaktivitäten wie z.B. Klassenfahrten und dem Schul- bzw. Sportunterricht teilnehmen können. Nur so wird gemeinsames Erleben zur Überwindung von Vorurteilen und Diskriminierung beitragen. So ist z.B. auch MuslimInnen die Teilnahme am Schwimmunterricht möglich und durch Gerichtsurteile geklärt (z.B. Burkini-Urteil 2013).

1.5. Islamunterricht

Wir GRÜNEN streben langfristig ein allgemeingültiges, religions- und weltanschauungskundliches Fach für alle Schulen an. Der konfessionsgebundene Unterricht, der den Staatskirchen verfassungsrechtlich garantiert wird, entspricht nach unserer Meinung nicht der Verpflichtung des Staates zur weltanschaulichen Neutralität, trennt Schülergruppen, die besser miteinander als übereinander reden sollten, und zwingt die muslimischen Religionsgemeinschaften zur Institutionalisierung, nur um mit den christlichen Staatskirchen gleich ziehen zu können. Gleichwohl akzeptieren wir für eine Übergangsphase den muslimischen Unterricht auch an Wiesbadener Grundschulen, ohne unser langfristiges Ziel aus den Augen zu verlieren.

1.6. Gelungene Integration muss sich auch in den Institutionen widerspiegeln

Rund 40 Prozent der Wiesbadener Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Ihren speziellen Belangen möchten wir mit der Berufung einer(s) hauptamtlichen Integrationsbeauftragte(n) bei der Stadt gerecht werden. Sie oder er ist AnsprechpartnerIn für die mit Integration befassten internen und externen Stellen und Verbände, sorgt für konsequente Umsetzung der erweiterten Integrationsvereinbarung (siehe oben) und setzt sich auf allen Ebenen für erfolgreiche Integration ein. Zusammen mit dem vorhandenen Netz von ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten in den Stadtteilen bzw. Ortsbeiräten wird dafür gesorgt, dass die lokalen Probleme oder Integrationsprojekte zeitnah in Gremien der Stadt behandelt und aufgegriffen werden.

Der Anteil der bei der Stadt und ihren Gesellschaften beschäftigten Menschen mit Migrationshintergrund sollte bis zum Jahr 2025 ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechen. Die Stadt wird bei der Auswahl von Auszubildenden und neu einzustellenden MitarbeiterInnen konsequent auf anonyme Bewerbungen setzen und ein diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren durchführen.

Menschen mit Migrationshintergrund müssen stärker an der politischen Willensbildung beteiligt werden. Der Ausländerbeirat als gewählte Vertretung der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger auch ohne Wahlberechtigung soll als "Integrationsparlament" nicht nur den Magistrat,

Stadtparlament bzw. deren Ausschüsse beraten und eigene Stellungnahmen und Empfehlungen aussprechen, sondern auch eigene Anträge stellen können.

Der Umgang mit vielen Menschen unterschiedlicher Herkunft verlangt den MitarbeiterInnen der Stadt und ihren Gesellschaften viel Empathie, Rücksicht und Geduld ab. Wir GRÜNEN möchten die interkulturelle Kompetenz in der Stadt durch ein spezielles Bildungsangebot erweitern, das sich auch in umgekehrter Richtung auf die häufig ehrenamtlich Tätigen bei den mit Integration befassten Verbänden und Vereinen ausdehnen lässt. Die IntegrationsassistentenInnen von MigraMundi e.V. sind eine wertvolle Unterstützung. Ihre Arbeit muss angesichts der anstehenden Herausforderungen stärker gefördert werden.

2. Menschenwürde und Respekt statt Extremismus und Radikalisierung

Die GRÜNEN haben sich stets gegen staatliche Repressionen, gegen Fremd- und für Selbstbestimmung sowie gegen gesellschaftliche Barrieren engagiert. Uns geht es um die größtmögliche Entfaltung des Individuums, die Förderung all seiner Potenziale und somit die Befähigung aller Menschen zu einem selbstbestimmten Leben in Freiheit und Würde. Wir wollen dort einschreiten, wo die freie Entfaltung in Gefahr ist oder erst ermöglicht werden muss.

Wir GRÜNEN stellen die **innere Sicherheit** in den Dienst der Freiheit und der universellen Menschenrechte. Diese zu schützen und nicht zu beschneiden ist aus unserer Sicht Aufgabe der Polizei, Ordnungskräften und anderen Behörden. Tatsächliche Sicherheits- und Ordnungsprobleme unserer Gesellschaft sollen zielgenau gelöst werden; reale Bedrohungen und Gefahren sind ernst zu nehmen. Dabei setzen wir vor den Straftaten an und wollen diese durch Prävention erst gar nicht entstehen lassen.

In diesem Sinne werden wir GRÜNE uns sowohl im **Bündnis für Demokratie** wie auch im **Bündnis gegen Rechts** weiterhin engagieren. Wir leisten mit friedlichen Mitteln gegen jede Form von Extremismus, Rassismus und Diskriminierung oder Gewalt von politischen oder religiösen Fanatikern Widerstand.

Wir GRÜNEN sehen Radikalisierungen mit großer Sorge. Demokratiefeinden soll der Nährboden für verfassungsfeindliche Aktivitäten entzogen werden. Dazu muss das Umfeld der Betroffenen für die Gefahren sensibilisiert und Hilfsangebote z.B. in Form von Beratungsstellen, Aussteigerprogrammen und Deradikalisierungsmaßnahmen ausgebaut werden. Wichtig ist aber vor allem die Präventionsarbeit wie sie z.B. durch die lokale Arbeitsgruppe „Plattform Extremismus“ geleistet wird. Wir GRÜNE fordern die Einrichtung einer Anlaufstelle in Wiesbaden, die eine Bündelungs- und Koordinierungsfunktion innerhalb der Präventionsarbeit leistet und für die Erstsprache, Elternberatung und Jugendarbeit zur Verfügung steht.

3. Willkommenskultur in Wiesbaden: Von Flüchtlingen zu MitbürgerInnen

Wir GRÜNEN wollen Flüchtlingen rasch zu einem Leben in Würde und Freiheit verhelfen. Menschen, die Zuflucht und Asyl suchen, sollen in Wiesbaden ein neues Zuhause unter Freunden finden. Dazu wollen wir das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge fördern und Synergien nutzen.

Katastrophen, Verfolgung, Hunger, Gewalt und Krieg führen dazu, dass Tausende Menschen Zuflucht und Schutz in Deutschland suchen. Ihre Not lässt sie unvorstellbare Strapazen und Lebensgefahr bei ihrer Flucht auf sich nehmen. Noch stärker als andere Staaten hat Deutschland aufgrund seiner Geschichte eine besondere moralische Verpflichtung gegenüber diesen Menschen.

Auch in Wiesbaden hat sich ihre Zahl vervielfacht und der Zustrom von Zufluchtsuchenden, die uns aus Kriegsgebieten und Krisenregionen erreichen, wird auf absehbare Zeit nicht nachlassen.

Unsere Stadt muss ein klares Bekenntnis zu unserer humanitären Verpflichtung abgeben. Wir müssen die weitere Aufnahme von Menschen vorbereiten und uns darauf einstellen, ihnen ein dauerhaftes Zuhause zu bieten. Viele haben Angehörige, Familienmitglieder sowie Hab und Gut verloren oder zurücklassen müssen und haben ein Anrecht auf Schutz und Akzeptanz.

Willkommenskultur und konkrete Hilfe

Wir GRÜNE möchten in Wiesbaden eine **Willkommenskultur** fördern und ausbauen, die das positive Klima der Hilfs- und Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung weiter stärkt. Die Flüchtlinge sollen begrüßt, begleitet und gefördert werden, um möglichst schnell den Weg in ein normales Leben in Sicherheit und Frieden zu finden.

Grundlegend für eine gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe sind Sprachkenntnisse, eine menschenwürdige Unterkunft, Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit sowie medizinische und gegebenenfalls psychologische Versorgung.

Wir fordern eine gut ausgestattete **Stabs- oder Koordinierungsstelle**, die die Hilfsangebote aus der Bevölkerung auf die Bedürfnisse der Menschen abstimmt, die Angebote von Vereinen und Institutionen vernetzt und als Anlauf- und Clearingstelle für Probleme und Beschwerden dient.

Derzeit besteht ein akuter Bedarf an Lehrkräften, Unterrichtsräumen und -materialien zum Erwerb von ausreichenden **Sprachkenntnissen**. Diese sollen stärker und systematisch zur Verfügung gestellt werden. Dabei sind spezielle Vorkehrungen zur Alphabetisierung von AnalphabetInnen erforderlich. Private Angebote sind zu begleiten und zu unterstützen.

Eine bessere Ausstattung des städtischen Sozialdienstes Asyl zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge ist unabdingbar. Die Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat sollte fest installiert und intensiviert werden.

Geeigneten **Wohnraum** für die Flüchtlinge zu finden, ist eine dauerhafte Aufgabe, die ländliche wie städtische Potentiale ausschöpfen muss und auf regionale, kreisübergreifende Zusammenarbeit angewiesen ist. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Stadt Wiesbaden bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) auf die schnelle Rückgabe von sogenannten Konversionsflächen durch die US-Amerikaner hinwirkt und können uns beispielsweise eine gemischte Nutzung durch StudentInnen und Flüchtlinge gut vorstellen.

Wir GRÜNEN finden, dass die Stadt Flüchtlinge nur im äußersten Notfall in Containerdörfern unterbringen sollte. Grundsätzlich sind alle anderen Unterbringungsmöglichkeiten wie leerstehende Gebäude, Einzelwohnungen, kirchliche Immobilien und freiwillige Angebote von Privatleuten vordringlich auszuschöpfen. Die Standards der Unterbringung sind einzuhalten und eine Beschwerdemöglichkeit für die BewohnerInnen einzurichten. Viele Flüchtlinge wären im Sinne der Selbsthilfe sicher gerne bereit, bei der Renovierung und Wiederherstellung von leerstehendem Wohnraum zu helfen. Dieses Potential sollte unter professioneller Begleitung genutzt werden und das selbständige Aktivwerden unterstützt werden.

Fehlende Zeugnisse und Ausbildungsabschlüsse sollten zügig geprüft und ersatzweise bescheinigt werden, um den Menschen Zugang zu adäquater Beschäftigung oder zur Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums zu verhelfen.

Flüchtlinge sollten von Beginn an als Menschen mit gleichen Rechten und Pflichten wie die hier schon lange Lebenden akzeptiert werden. Wir begrüßen daher, dass AsylbewerberInnen vom 1. Tag an Anspruch auf Leistungen aus dem **Bildungs- und Teilhabepaket** haben und möchten die Flüchtlinge dabei unterstützen, diese auch an- und wahrzunehmen. Die Stadt Wiesbaden soll sich z.B. der Netzwerk-Initiative "BLEIB in Hessen" (<http://www.bleibin.de>) mit dem Ziel anschließen,

Flüchtlingen und Bleibeberechtigten rasch den Zugang zum Arbeitsmarkt und damit in die Gesellschaft zu ermöglichen.

Wir fordern die Stadt Wiesbaden auf, sich für die schnelle Beseitigung von bürokratischen Hindernissen einzusetzen und beim Land auf die schnelle Einführung einer **Gesundheitskarte** hinzuwirken, damit Flüchtlinge ohne vorherige Genehmigung durch das Sozialamt zum Arzt gehen können.

Jungen Flüchtlingen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit

Kinder von Flüchtlingsfamilien und minderjährige Flüchtlinge bedürfen unserer ganz besonderen Unterstützung und Hinwendung. Wir GRÜNE sehen die jungen Flüchtlinge als eine Bereicherung und nicht als Belastung für unsere Stadt. Wir GRÜNEN wünschen uns eine Unterbringung in fachlich betreuten, kleinen Wohngruppen. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, dass diese jungen Menschen in ihren Grundbedürfnissen versorgt werden. Gerade sie brauchen einen ungehinderten Zugang zu medizinischer Versorgung und psychosozialer Betreuung. Häufig kommen junge Flüchtlinge ohne Kenntnis der hiesigen Gesellschaft und der deutschen Sprache zu uns. Gerade ihnen wollen wir GRÜNEN einen ungehinderten Zugang zu den entsprechenden Bildungseinrichtungen und Berufsausbildung gewährleisten. Spezielle Orientierungskurse und Sprachkurse gilt es auszubauen und weiterzuentwickeln. Auch dürfen unbegleitete junge Flüchtlinge nicht während ihrer Ausbildung in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden. Familien- und Ferienkarten könnten ihnen das Leben etwas erleichtern. Ihr Zugang zu Sportvereinen sollte proaktiv unterstützt werden.

Ohne geht es nicht: Ehrenamtliches Engagement

Die Wiesbadener Stadtgesellschaft unterstützt schon bewundernswürdig durch ehrenamtliche Tätigkeiten die Bemühungen der Kommune, sich als weltoffene und gastfreundliche Stadt zu zeigen. Wir GRÜNEN wünschen uns ein **Leitbild** für die Verwaltung, in dem alle städtischen BeamtenInnen und Angestellte zum sensiblen und korrekten Umgang mit Menschen aus anderen Herkunftsländern verpflichtet werden. Entsprechende Fortbildungen zum Erlangen von interkulturellen Kompetenzen sollten angeboten werden.

Gemeinsam wollen wir mit den BürgerInnen Wiesbadens an einer umfassenden Willkommenskultur für Flüchtlinge arbeiten. Ein Willkommenspaket mit einem Stadtplan, in dem wichtige Orte mit Piktogrammen markiert sind, und ein erstes Wörterbuch und Zugang zu Bibliotheken halten wir GRÜNEN für sehr sinnvoll.

Die vielfältigen Aktivitäten der Wiesbadener Zivilgesellschaft, die in den letzten Monaten und Jahren entstanden sind, verdienen unsere Unterstützung. Wir wollen das offene Klima in Wiesbaden bewahren und dem braunen Mob keine Chance geben. Die Anti-Pegida-Demonstration im Januar 2015 hat eindrucksvoll gezeigt, dass Wiesbaden dies ebenso sieht.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten müssen sich die Stadt und ihre BürgerInnen aktiv um den Frieden in der Welt bemühen sowie Partnerschaften, Initiativen und Projekte zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage vor Ort unterstützen. So leisten wir hier einen Beitrag zur Stabilisierung Situation in den Heimatländern und tragen nachhaltig dazu bei, das Flüchtlingseiland zu beenden.

4. US-Militärpräsenz in Wiesbaden: Grundgesetz und Bürgerinteressen achten

Wiesbaden ist zu einem wichtigen Standort der US-Armee in Deutschland geworden. Kritisch beobachten wir den Ausbau des Standortes in Erbenheim unter strikter Geheimhaltung und

massiven Sicherheitsvorkehrungen. Anlass zu großer Sorge geben uns GRÜNEN zudem Berichte, wonach in Deutschland stationiertes US-Personal an Massenüberwachung, Drohnenmorden und Folter von Standorten in Deutschland aus beteiligt ist.

Unsere Stadt soll nicht die Basis für systematische Menschenrechtsverletzungen sein. Wir GRÜNEN setzen uns daher ein für eine lückenlose Aufklärung der Vorwürfe gegen das US-Militär und US-Geheimdienste sowie für strafrechtliche Konsequenzen gegen die Verantwortlichen. Darüber hinaus treten wir GRÜNEN dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wiesbaden als Verhandlungspartner und -partnerinnen auf Augenhöhe behandelt werden und dass der Inhalt der Überlassungsverträge zu den US-Stützpunkten in der Stadt nicht länger vor den Bürgerinnen und Bürgern geheim gehalten wird.

Auf allen politischen Ebenen werden wir GRÜNEN darauf hinwirken, Bau- und Planungsvorhaben der US-Streitkräfte nach den im deutschen Recht üblichen Standards abzuwickeln. Sonderrechte, die z.B. enteignungsgleiche Eingriffe über das Landbeschaffungsgesetz von 1957 ermöglichen, wollen wir abbauen. Wir GRÜNEN streben eine umfassende, gegenseitige und öffentlich zugängliche Information und Anhörung bei allen Landbeschaffungs- und Bauvorhaben mit deren Auswirkungen auf Mensch und Natur, insbesondere bei Flächenverbrauch und Baumfällungen an. Wir GRÜNEN fordern vom Bund, dies künftig auch gesetzlich zu regeln.

Alle personellen, baulichen und organisatorischen Aufwände und Kosten, die im Zusammenhang mit den US-Streitkräften in Wiesbaden entstehen, sollen in einem jährlichen Bericht zusammengefasst, den sich damit befassenden Gremien vorgelegt und transparent behandelt werden.

M - Frauen- und Genderpolitik

1. Viel getan – viel zu tun!

Wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, dass Frauen und Männer die gleichen Chancen und Rechte haben und Sexismus im Alltag endlich der Vergangenheit angehört. Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in der sich unterschiedliche Lebensentwürfe beider Geschlechter verwirklichen lassen. Frauenpolitik ist seit der Gründung unserer Partei eines unserer Kernthemen. Vieles hat sich in den letzten 30 Jahren verbessert, nicht zuletzt auch dank GRÜNER Politik. Frauenpolitik ist noch lange nicht obsolet, sondern gestaltet ein gleichstellungsorientiertes Miteinander von Frauen und Männern kreativ und erfolgreich!

2. Gleichstellungs- Aktionsplan erarbeiten

Wir GRÜNEN stehen für einen geschlechtergerechten Stadthaushalt und für eine Stadtentwicklungspolitik, die Mädchen und Jungen, Frauen und Männer gleichermaßen in den Blick nimmt. Wir werden bei allen Planungen und Maßnahmen die Auswirkungen auf die verschiedenen Geschlechter beachten. Wir wollen die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf Lokaler Ebene“ unterschreiben und inhaltlich mit Leben füllen. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Verpflichtung der Charta, einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erarbeiten und die Erreichung echter Gleichstellung in der Praxis sicherzustellen.

3. Geschlechtergerechtigkeit

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage, dabei fordern wir die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der Erwerbs- und Familienarbeit. Für uns ist Frauenpolitik ein eigenständiger Politikbereich, der nicht mit Familienpolitik gleichgesetzt werden kann. Um Erreichtes zu bewahren, bedarf es steter Aufmerksamkeit, die Rückschritte verhindert. Gleichberechtigung ist nach wie vor nicht Realität. Es gibt noch viel zu tun. Wir GRÜNEN garantieren auch zukünftig Fortschritte in der Frauenpolitik! Das gilt sowohl für die Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt, als auch im Privaten. Ob bei der Höhe der Löhne, bei den Karrierechancen oder bei der Mehrfachbelastung mit Familie und Beruf: Frauen wollen Beruf und Kinder, ohne dabei in eine finanzielle Abhängigkeit – sei es vom Ehemann, Partner oder Vater Staat - zu geraten.

4. Gender Mainstreaming

Das Prinzip des Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen politischen Entscheidungen die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern zu berücksichtigen. Eine Teilstrategie von Gender Mainstreaming ist, den städtischen Haushalt im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Männern und Frauen zu überprüfen. Wir wollen den Ansatz des Gender Budgeting (siehe auch „Finanzen“), dessen Einführung nach EU-Recht bereits bis 2015 erfolgen sollte, endlich auch im kommunalen Haushalt von Wiesbaden schrittweise verwirklichen.

5. Frauen und Erwerbstätigkeit

Unsere Gesellschaft hat aus einem kleinen Unterschied einen großen Unterschied gemacht. Auch in Wiesbaden verdienen die Frauen im Durchschnitt weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Gehaltslücke variiert altersabhängig von 21 % bis 33 % bei den über 50-jährigen. Die Stadt soll deshalb einen Vorbildcharakter einnehmen und als Arbeitgeber die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz in gezielter und systematischer Weise fördern. Verbindliche Frauenförderpläne sollen

deshalb als Teil der Personalentwicklung definiert werden, sie müssen Zielquoten und Maßnahmen zur Erreichung der Ziele enthalten. Wir wollen als ersten Schritt, dass die Stadt als Arbeitgebervertreterin bei künftigen Tarifverhandlungen die Arbeitsbewertungskriterien überprüft, um eine Höherbewertung für mehrheitlich durch Frauen ausgeübte Tätigkeiten zu erreichen. Es muss gelten: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit! Öffentliche Aufträge sind bevorzugt an Unternehmen zu vergeben, die tariflich bezahlen und Gleichstellung ernst nehmen. Wir setzen uns für eine gegenderte Einstellungspraxis und anonymisierte Bewerbungsverfahren bei der Stadt ein. Die oberen Gehaltsstufen sind so lange vorrangig mit Frauen zu besetzen, bis Gleichstellung erreicht ist. Dies gilt auch für Bereiche, wo bisher keine dem Bevölkerungsanteil entsprechende Geschlechterverteilung herrscht. Im Gegensatz zur freien Wirtschaft bietet sich auf der Ebene der Kommunen in den städtischen Gesellschaften eine direkte Chance, die Aufsichtsräte mit Frauen zu besetzen. Das wurde durch uns Grüne in einen Public Corporate Governance Codex eingebettet, in dem die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Landeshauptstadt Wiesbaden vorgegeben werden. Unser Ziel ist es, analog zu dem vom 6.3.2015 auf Bundesebene beschlossenen Gesetz für die Besetzung von Aufsichtsgremien, in denen die Stadt mindestens drei Sitze inne hat, ab 2016 die Umsetzung eines Frauenanteils von mindestens 30 % für alle Neubesetzungen durchzusetzen und diesen ab 2018 auf 50% zu erhöhen.

6. Familienfreundliche Unternehmen

Zur Geschlechtergerechtigkeit gehören auch familienfreundliche Unternehmen, die ihren Angestellten – gerade auch den männlichen Angestellten – die Möglichkeit geben, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Im Bereich der privaten Wirtschaft hat vieles mit Vorbildern zu tun. Deshalb fordern wir GRÜNEN eine Ausschreibungs- und Vergabepaxis mit familienfreundlichen Kriterien nach dem Vergabe – und Tariftreuegesetz. Im Rahmen der Wirtschaftsförderung sollen so Firmen besonders unterstützt werden, die in den genannten Bereichen Vorbilder sein wollen. Wir wollen in der Stadtverwaltung innovative Modelle für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Beruf erproben. Beispielsweise 24-Stunden-Kindertagesstätten für SchichtarbeiterInnen wie PolizistInnen, Krankenschwestern und Menschen in Pflegeberufen.

7. Qualifizierte Berufswahl, Aus- und Weiterbildung

Nach der Schule ist es wichtig, junge Mädchen bei ihrer Berufswahl gut zu beraten und ihnen schon frühzeitig die langfristigen Konsequenzen für ihre soziale Absicherung klar zu machen. Wir unterstützen beratende und qualifizierende Angebote für die Berufs- und Karriereplanung von Frauen, in dem wir Projekte wie beispielsweise „Berufswege für Frauen“ ideell und finanziell fördern. Um das Berufswahlverhalten von Mädchen zu erweitern und für zukunftssträchtige MINT-Berufe zu werben, werden wir auch in den kommenden Jahren Maßnahmen, wie den Girl's Day aktiv begleiten. Wir unterstützen deshalb nachdrücklich alle Veranstaltungen zum Girl's Day und fordern eine Vertiefung durch ergänzende Angebote. Mädchen- und Jungenarbeit als genderrelevante Angebote unterstützen wir. Wir wollen durchsetzen, dass Mädchen und Jungen von Jugendförderungsmaßnahmen in gleichem Maße profitieren. Lokale Frauenbildungseinrichtungen müssen gefördert werden, damit bedarfsgerechte Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote zur Verfügung stehen.

8. Vereinbarkeit von Familie, Studium und Arbeit

Die Vereinbarkeit von Kindern und Berufstätigkeit ist für die meisten Frauen ein ungelöstes Problem. Die Stadt muss gerade für Kinder unter drei Jahren ihre KiTa-Plätze weiter ausbauen. Hier wurde zwar in den letzten Jahren viel unternommen, trotzdem ist noch nicht einmal das Versorgungsziel von 48 % aller unter Dreijährigen erreicht, dafür fehlen derzeit noch ca. 1000

Plätze. Darüber hinaus streben wir an, dass allen Eltern bedarfsgerecht eine Ganztagsbetreuung in der Schule zur Verfügung gestellt wird, derzeit gibt es für gerade mal die Hälfte aller Grundschulkindern ein Betreuungsangebot. Nach der Familienphase ist für viele Frauen der Wiedereinstieg ins Berufsleben nicht ohne Hürden. Wir wollen die Frauen auf ihrem Weg zurück in das Arbeitsleben begleiten und werden deshalb kommunale Angebote (z. B. „Exina“) rund um Wiedereinstieg, Existenzgründung und Berufsorientierung fördern. Um die Wiesbadener Hochschulen familienfreundlicher zu machen, wollen wir durch Zielvereinbarungen, insbesondere für Studierende und den wissenschaftlichen Nachwuchs mit Kindern flexible Studien- und Arbeitsbedingungen schaffen sowie die Kinderbetreuung an den Hochschulen bedarfsgerecht ausbauen.

9. Gewaltschutz

Schließlich gilt unsere besondere Aufmerksamkeit dem Gewaltschutz, insbesondere von Frauen. Das Gewaltschutzgesetz auf Bundesebene („wer schlägt, geht“) existiert erst seit 2002. Häusliche Gewalt kommt in allen sozialen Schichten vor. Nach wie vor fürchten sich viele Frauen und Mädchen davor, häusliche Gewalt zur Anzeige zu bringen und sich ihr zu entziehen. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist meist ein Tabuthema, betrifft aber ebenfalls Frauen in allen Berufsgruppen und Hierarchieebenen.

Gewaltschutz und Gewaltprävention sind – ungeachtet des Alters der Betroffenen – kommunale Pflichtaufgaben. Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, brauchen Beratung (z. B. bei „Wildwasser“ und „Frauen helfen Frauen“) und Schutzräume (z. B. in den Frauenhäusern oder Anlaufstellen analog zu den Kinderschutzinseln). Deshalb darf es zu keinen Mittelkürzungen bei den Zuschüssen für die Beratungsstellen und die Frauenhäuser kommen. Hohe Qualitätsstandards gelten auch hier. Durch GRÜNE Landespolitik ist die langfristige Absicherung der Finanzierung gewährleistet. Die von uns GRÜNEN auf Landesebene umgesetzte Mittelenerhöhung zur Gewaltprävention trägt zur Absicherung dieser Einrichtungen bei und muss um den entsprechenden städtischen Finanzierungsanteil ergänzt werden.

Wir brauchen neben einem gezielten Hilfs-, Schutz- und Unterstützungsangebot auch zukünftig eine öffentliche Debatte über Gewaltverhältnisse und strukturelle Gewalt in unserer Stadt.

10. Frauen mit Migrationshintergrund

Die Situation der Migrantinnen verlangt unsere besondere Aufmerksamkeit. Migrantinnen sind von Gewalt in besonderer Weise betroffen: Zwangsverheiratung und so genannte „Ehrenmorde“ müssen konsequent bekämpft werden. Denn: Verbrechen im Namen der Ehre sind Menschenrechtsverletzungen, und sie sind weder kulturell noch religiös zu rechtfertigen. Das Überwinden von Geschlechterrollen und Gewaltprävention beginnt im frühen Kindesalter und muss Thema in Kindergarten und Schule sein. Frauen mit Migrationshintergrund sind oft mehrfach diskriminiert. Kommunale Förderprogramme und Vereine wie „Fazit“ und „Tandem“ oder „Mama lernt Deutsch“ und „Mama spricht deutsch“ sowie niedrigschwellige Angebote (z.B. „WIF“) wollen wir erhalten und ausbauen. Für uns ist es nicht akzeptabel, dass Mädchen und Frauen aus kulturellen oder religiösen Gründen vom gesellschaftlichen Leben teilweise oder ganz ausgeschlossen werden. Deshalb wollen wir durch spezielle Angebote Integration auch im Sport verstärkt fördern. Notwendig ist auch eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen mit Migrationshintergrund, um Altersarmut vorzubeugen. Dies wollen wir mit geeigneten Projekten zur beruflichen Qualifikation fördern.

11. Für eine Stadt ohne Angst

Frauen sollen sich in der Stadt angstfrei bewegen können. Die Stadtplanung ist für Frauen von besonderer Bedeutung: Straßen, Wege, Plätze und Grünanlagen sollen offen und transparent

gestaltet sein. Blockierung der Sichtachsen durch Bewuchs (Hecken etc.) ist zu vermeiden. Ausreichende Beleuchtung, insbesondere in der Umgebung von ÖPNV-Haltestellen und Parkplätzen, erhöht das Sicherheitsgefühl von Frauen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass ausreichende Beleuchtung weiterhin gewährleistet wird und nicht dem Sparwahn zum Opfer fällt. Dies ist z. B. mit sparsamen LED-Leuchten möglich. Durch eine attraktive Mischung aus Geschäften, Gastronomie, Kulturangeboten und Wohnen soll eine weitere Belebung der Innenstadt erreicht werden. Mehr Lebendigkeit in den verschiedenen Stadtvierteln bietet Frauen und Mädchen auch mehr Sicherheit.

12 .Frauen und Gesundheit

Informationen und Selbstbestimmung der Frauen stehen für uns im Vordergrund. Wir fördern z.B. das „stillfreundliche Krankenhaus“ und die Vor- und Nachsorge der Geburt durch Hebammen. Nach wie vor befürworten wir Grüne die Einrichtung eines Geburtshauses in Wiesbaden. Voraussetzung dafür ist eine praktikable Lösung für die finanzielle Situation der freiberuflichen Hebammen. Wir fordern die Zahlung eines angemessenen Betreuungsgeldes an die Hebammen sowie einen erhöhten freiwilligen Zuschuss der Stadt zu Hausgeburten.

Wir Grünen setzen uns weiterhin dafür ein, dass mit verschiedenen Angeboten zur Gesundheitsprävention vor Ort in den "KiEZen" Frauen ihrem Informationsbedürfnis nachgehen können. So wird ihnen ein eigenverantwortlicher Umgang mit ihrer Gesundheit ermöglicht. Wir wollen eine ärztliche Versorgung, die auch frauenspezifische Belange bei Diagnose (Herzinfarkt!) und Medikation (unterschiedliche Wirkung von Medikamenten) gewährleistet. Deshalb fordern wir eine Informationskampagne im Rahmen der Veranstaltungsreihe zur "verständlichen Medizin" und eine/n AnsprechpartnerIn für diese Fragen im Gesundheitsamt.

N - Gemeinsam in Vielfalt leben

Wir machen uns stark dafür, dass Diskriminierung und Stigmatisierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, transidenten, transsexuelle und intersexuelle Menschen (LSBTI) keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Die Gleichstellung von LSBTI wollen wir in der Stadtverwaltung fest verankern. Dafür wollen wir eine Koordinierungsstelle für die Angelegenheiten von LSBTI in der Stadtverwaltung einrichten, die die nötigen Maßnahmen koordinieren und umsetzen sowie als Anlaufstelle für alle beteiligten Akteure dienen soll.

Darüber hinaus wollen wir den Runden Tisch der Stadt für LSBTI-Angelegenheiten dauerhaft installieren. Selbsthilfe und Beratungsstellen für Menschen aus der LSBTI-Gemeinschaft leisten wichtige Beiträge in der Präventions- und Gleichstellungsarbeit. Angebote wie das Aufklärungsprojekt SchLAu, die Coming Out-Beratung und die AIDS-Hilfe tragen enorm zur Lebensqualität in unserer Stadt bei. Diese Arbeit werden wir stärken und weiter fördern, um insbesondere Jugendliche in ihrer Selbstfindung zu stärken und zu unterstützen.

Wir wollen die Vielfalt der menschlichen Beziehungen in Wiesbaden stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken und damit Vorurteile abbauen. Treffpunkte ähnlich dem Frankfurter KUSS41 werden wir daher genauso unterstützen wie den Christopher Street Day, den wir regelmäßig finanziell fördern wollen.

O - Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt

1. Kindern beste Chancen geben

„Kinder in den Mittelpunkt“ heißt für uns GRÜNE, bei allen Fragen und Maßnahmen, die Kinder betreffen, die Interessensperspektive von Kindern einzunehmen. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendliche in Wiesbaden gut aufwachsen und die bestmöglichen Chancen zur Entwicklung bekommen. Kein Kind und kein Jugendlicher darf ausgegrenzt oder allein gelassen werden. In Deutschland hängt der Bildungserfolg mehr als in anderen Industrieländern vom sozialen und Bildungsstatus der Eltern ab. In Wiesbaden zeigen z.B. die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen, dass Kinder aus Stadtteilen mit hohen sozialen Bedarfslagen, sowohl physisch als auch psychisch Nachholbedarfe haben.

Mit zielgerichteten Informationen und Hilfestellung für Eltern sowie einem umfassenden Bildungs- und Betreuungsangebot wollen wir GRÜNE deshalb insbesondere Kinder und Jugendlichen in benachteiligten Lebenslagen fördern und damit einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit leisten. Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt heißt für uns GRÜNE außerdem, die Stadt als Lebensraum auch von Kindern und Jugendlichen zu verstehen und zu gestalten. Dazu gehören kindgerechte Freizeitangebote ebenso wie gut und zeitgemäß ausgestaltete Spielplätze und wohnortnahe Spielflächen, das Ferienprogramm und die Berücksichtigung von Kindern in der Stadt- und Verkehrsplanung.

Wir möchten, dass das Programm für die Sanierung und Neugestaltung von Spielplätzen wieder aufgenommen wird.

Um allen Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen, wollen wir GRÜNE niedrigschwellige und kompetente Hilfe für Familien sicherstellen. Wiesbaden verfügt hier bereits über gute Angebote unterschiedlicher Träger, die verbindlich miteinander kooperieren müssen. Wir wollen diese Angebote, wo nötig und sinnvoll, ergänzen und weiterentwickeln. Unser Ziel ist es Eltern eine positive Begleitung anzubieten und sie in ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen.

2. Kinderbetreuung

Die Einrichtungen der Kinderbetreuung haben als Ergänzung zur Familie eine wachsende Bedeutung in unserer Gesellschaft. Ihre Aufgabe geht über den Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinaus und umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung. Kindertagesstätten müssen Orte der frühkindlichen Bildung sein, in denen jedes Kind individuell gefördert wird. Dies muss kindgerecht geschehen. Die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher muss stetig angepasst, gute erzieherische Leistung adäquat bezahlt werden. Eine Verschulung der Kita-Zeit lehnen wir GRÜNE ab.

3. Ausbau an Kindertagesstätten fortsetzen

In den letzten Jahren wurden große Anstrengungen unternommen, um das Angebot der Kinderbetreuung auszubauen. Es können aber noch nicht genügend Plätze bereitgestellt werden, um jedes Kind, das einen Betreuungsplatz braucht, zu versorgen. Deshalb muss der Ausbau unter Einhaltung der Qualitätsstandards fortgesetzt werden. Zuletzt wurden infolge des seit 2013 geltenden Rechtsanspruchs für Kinder unter drei Jahren vor allem die Krippenplätze ausgebaut. Dieses Programm muss weitergeführt werden, bis ein bedarfsgerechtes Angebot erreicht ist. Aktuell ist aber auch der Bedarf an Elementarplätzen (drei Jahre bis Schulbeginn) wieder gestiegen. Die bisherige Versorgungsquote wird künftig nicht mehr ausreichen, d.h. es müssen auch neue Kita-Plätze für diese Altersgruppe geschaffen werden.

4. Betreuung von Schulkindern

Auch in der Betreuung von Schulkindern wurden zahlreiche neue Plätze geschaffen. Allerdings wird durch die Entscheidung, die bestehenden Horte in Wiesbaden schrittweise abzuschaffen und durch die so genannte Schulkinderbetreuung zu ersetzen, ein qualitativ hochstehendes Betreuungsangebot beendet. Diese Entscheidung ist nicht zuletzt auf Basis finanzieller Überlegungen erfolgt. Zunächst wurde die Betreuung ehrenamtlich arbeitenden Eltern- und Fördervereine an Schulen, später auch sozialen Dienstleistern übertragen. Trotz des hohen Engagements der Mitarbeitenden und stärkerer Unterstützung, z.B. zur Finanzierung von ErzieherInnen, hat diese neue Form bis heute noch nicht die Qualität der Hortbetreuung erreicht (Fachkräfteschlüssel, Ferienbetreuung, Raumkonzeption, Elternmitsprache). Hintergrund ist, dass für Betreuung auf der Rechtsgrundlage des hessischen Schulgesetzes (§ 15) keine Qualitätsnormen wie bei Kindertagesstätten vorgegeben sind. So gibt es keine einheitlichen Mindeststandards für die Wiesbadener Schulkinderbetreuung. Hier ist auch das Land Hessen in der Pflicht, das 2014 mit dem neuen hessischen Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) die Vorgaben für die Betreuung der Kinder im Schulalter aufgehoben hat. Zwar strebt das Land eine Ausweitung der so genannten Ganztagsangebote an Schulen an (Pakt für den Nachmittag), überlässt die Qualität aber den Verhältnissen vor Ort. Die Qualität von Kinderbetreuung darf aber nicht von örtlichen Zufälligkeiten abhängen.

Wir GRÜNE treten für den Erhalt der noch bestehenden Horte in Wiesbaden ein und fordern verbindliche und einheitliche Standards für Betreuung von Kindern im Schulalter auf dem Qualitätsniveau der Hortbetreuung.

5. Tagesmütter und-väter

In bestimmten Fällen kann auch eine Betreuung durch Tagesmütter/-väter sinnvoll sein. Die Stadt muss hier die Qualifizierung weiterführen. Eine Vernetzung der Tagesmütter/-väter mit einer nahegelegenen Kita fördert die Betreuungsqualität und hilft im Falle der Erkrankung der Betreuungsperson.

6. Gebühren

Die Gebühren für die Kinderbetreuung in Wiesbaden wurden im Zuge der durch CDU und SPD beschlossenen Erhöhung, die für bestimmte Angebote eine Mehrbelastung von über 30% bedeutete, ungerechter und unsozialer: Die gesamte Last der (höheren) Gebühren wurde den Familien auferlegt, deren Kinder die Einrichtungen auch nachmittags besuchen, während der Vormittag nun gebührenfrei ist. Wir GRÜNE fordern, dass die Nutzung vergleichbarere Betreuungsangebote gleich viel kostet.

Die Gebühr für eine Betreuungsstunde darf nicht davon abhängen, ob es Vormittag oder Nachmittag ist. Langfristig wollen wir den Besuch von Kindertagesstätten beitragsfrei ermöglichen, wie andere Einrichtungen unseres Bildungswesens auch. Dies wird aber nicht durch die Kommunen allein geleistet werden können. Hier müssen Bund und Land wesentliche Kostenanteile tragen. Solange Gebühren erhoben werden, müssen diese sozialverträglich ausgestaltet werden. Eine Gebührenstaffelung nach täglicher Nutzungszeit lehnen wir GRÜNE ab.

7. KinderElternZentren

Die KinderElternZentren bieten als Treffpunkte für Eltern im Stadtteil Raum zur Begegnung und für gemeinsame Aktivitäten. Sie haben als Anlaufstelle vor Ort zum Thema Kindererziehung und für die Förderung von Bildungs- und Entwicklungsprozessen eine wichtige Funktion. Eltern werden hier in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt und in ihrer Kompetenz gestärkt. Wir unterstützen sie in ihrer Arbeit und weiteren Entwicklung bei neuen Aufgabenstellungen.

8. Jugendpolitik: Mehr Raum, mehr Mitsprache, mehr Möglichkeiten

Jugendpolitik muss dafür Sorge tragen, dass allen Jugendlichen eine solide Lebensperspektive geboten wird. Schwerpunkt sollte hierbei die Unterstützung Jugendlicher aus bildungsfernen und einkommensschwachen Schichten sein. Jugendarbeit muss geprägt sein von Solidarität, Integration, Verantwortung und Eigeninitiative. Wir GRÜNE setzen uns für folgende Punkte ein: In Wiesbaden soll es ein vielfältiges Jugendkultur- und Freizeitangebot geben. Dabei sollen auch Subkulturen gefördert werden und den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, sich kreativ zu betätigen, beispielsweise durch die ausreichende Bereitstellung legaler Graffiti-Flächen oder auch die Unterstützung von kleinen Projekten wie den Schultheatern. Musikalische Ausdrucksformen sollen durch die Bereitstellung von Proberäumen gefördert werden

Es soll Raum für junge Sportarten wie Skaten, BMX oder Downhill unter Beachtung GRÜNER Grundsätze geschaffen werden. An beliebten Treffpunkten sollen z.B. durch geeignete Sitzmöglichkeiten etc. attraktive Aufenthaltsorte für junge Menschen entstehen. Wir GRÜNE fordern, dass Treffpunkte für Jugendliche in jedem Stadtteil in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. Dies sollte durch geeignete Maßnahmen wie z.B. den Ausbau des Stellwerkhäuschens im Stadtteil Rheingauviertel/Hollerborn erfolgen. Bolz- und Sportplätze für Jugendliche müssen in ausreichender Zahl geschaffen werden.

Viele Jugendliche wissen nicht, welche Sprachrohre sie in Wiesbaden nutzen können, um ihren Wünschen und Anliegen Gehör zu verschaffen – deshalb soll die Arbeit des Stadtjugendrings und des Jugendparlaments besser an die Jugendlichen kommuniziert werden, um ihre Popularität zu erhöhen. Wir GRÜNE wollen den Jugendlichen die Chancen aufzuzeigen, die ihnen diese Gremien bieten und ihnen Mut machen, sich gesellschaftlich zu engagieren. Dabei müssen auch neue, jugendgerechte Kommunikationsplattformen wie social networks genutzt werden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Beteiligungsmöglichkeiten des Jugendparlaments gestärkt werden.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Arbeit des Stadtjugendrings kontinuierlich unterstützt wird. Damit der Stadtjugendring auch weiterhin ein attraktives Programm unterbreiten kann, ist es notwendig, die Zuschüsse für die TeilnehmerInnen von Veranstaltungen der Jugendverbandsarbeit auf 5€ pro Tag und Kopf zu erhöhen. Auch müssen die Mittel für das ganze Jahr ausreichen und dürfen nicht bereits im Herbst ausgeschöpft sein. Für die organisatorische Arbeit des Stadtjugendrings müssen ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stehen. Junge Menschen ohne qualifizierten Schulabschluss müssen weiterhin die Möglichkeit erhalten, Qualifizierungsangebote wahrzunehmen und aktivierende Unterstützung zu erhalten. Wir GRÜNE fordern: Die bestehenden Angebote müssen erhalten und weiter ausgebaut werden!

Das gilt auch für die mobile Jugendarbeit; insbesondere am Schlachthof und im Kulturpark, sowie die Jugendarbeit in den Jugendzentren. Inhaber der Jugendleitercard sollen mehr Vergünstigungen erhalten. Mit den Vereinen muss besser kommuniziert werden, wer diese Karte erhält.

Eine gute ÖPNV- Anbindung macht Wiesbaden für junge Menschen attraktiver und fördert somit ein vielfältiges und buntes Stadtleben. Wir GRÜNE setzen uns für die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrsangebots zwischen ein und fünf Uhr morgens ein, dazu gehört sowohl die Erweiterung des Nachtbus-Systems unter der Woche um eine weitere Sternfahrt von der Innenstadt in die Außenbezirke. Weiterhin müssen vorhandene Radwege zu einem Radwegenetz ausgebaut werden, um die Mobilitätsinteressen Jugendlicher zu wahren. Preiswerter Wohnraum ist eine wichtige Voraussetzung, um möglichst gleiche Bildungschancen zu schaffen.

Für junge Menschen in der Ausbildung und Studierende muss in Wiesbaden ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen. Hierfür ist zu prüfen, ob leer stehende Gewerbeflächen oder Gebäude, die durch die amerikanischen Streitkräfte genutzt wurden, auf

städtische Initiative oder durch stadtnahe Gesellschaften in Wohnraum umgewandelt werden können. Zusätzlich streben wir GRÜNE den Bau weiterer Studierendenwohnheime an.

Wir GRÜNE wollen prüfen, ob für Azubis ein günstiges ÖPNV-Angebot ähnlich des Studierendentickets eingerichtet werden kann. Idealerweise ist das Studierendenticket auf Azubis auszuweiten.

P - Armut bekämpfen – Perspektiven eröffnen

Armut hat sich in Wiesbaden verfestigt

In Wiesbaden leben viele wohlhabende Menschen, dennoch ist in der Stadt weiterhin auch Armut und Ausgrenzung sichtbar. Nahezu 20.000 Haushalten sind auf Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) und Sozialhilfe sowie Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) angewiesen. Somit lebt in Wiesbaden im Vergleich zu anderen Städten eine relativ große Anzahl an Personen, die aufgrund ihrer eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten arm sind.

Die Einkommensarmut hat einen starken Einfluss auf die Möglichkeiten der Lebensgestaltung. Die Einschränkungen wirken sich auf verschiedene Bereiche aus, z.B. auf die gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, Wohnen, Gesundheit und Mobilität.

Die Anzahl der Betroffenen in Wiesbaden hat sich in den letzten Jahren verfestigt und steigt seit 2012 sogar wieder an. Aus dem SGB II Leistungsbezug auszustiegen ist für viele Betroffene schwierig. Rund ein Drittel der Leistungsbezieher sind Dauerbezieher. Drei Viertel der Betroffenen beziehen länger als ein Jahr die SGB II - Leistungen. Diese Menschen sind von der wirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt, denn selbst in Phasen wirtschaftlichen Aufschwungs steigen Ihre Chancen auf Beschäftigung kaum. Und sollte kurzzeitig ein Ausstieg gelingen, fallen sie oft wieder in den Leistungsbezug zurück.

1. Perspektiven für Arbeitssuchende bieten

Wiesbaden hat als Optionskommune weitreichende Möglichkeiten eine aktive kommunale Beschäftigungspolitik zu betreiben, um Arbeitssuchende Menschen, die Leistungen nach SGB II erhalten, eine Beschäftigungsperspektive zu geben.

Zwei Drittel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten verfügen über keine Berufsausbildung, deshalb muss der Schwerpunkt weiterhin bei Umschulungen und Weiterbildung liegen. Wir GRÜNE wollen, dass in der kommunalen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik vielfältige, individuelle und passgenaue Angebote gemacht werden, die den Bedarfen der Betroffenen gerechter werden. Bestehende Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme müssen ausgebaut und die Schnittstellen zwischen Schulen, Jugendhilfe und Trägern optimiert werden.

Die Fallmanagerinnen und Fallmanager im Jobcenter leisten gute Arbeit. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass ihr Engagement durch Fortbildungen unterstützt wird. Wir wollen ihnen einen „Ombudsmann“ zur Seite stellen, der in Konfliktsituationen Ansprechpartner ist. Somit können langwierige Gerichtsprozesse vermieden werden.

Die Wirklichkeit hat gezeigt, dass die bisherige Bestrafungspraxis nicht erfolgreich war, denn die gewünschten Verhaltensänderungen wurden in der Regel nicht erzielt. Festzustellen ist zudem, dass die Sanktionen schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen haben, da sie auf eine Förderung zugreifen, die erst eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen soll. Daher sehen wir GRÜNE diese Bestrafungen kritisch. Derzeit wird vor dem Bundesverwaltungsgericht geprüft, ob sie überhaupt mit den Grundrechten, insbesondere der Menschenwürde, vereinbar sind.

Wir GRÜNE meinen, dass der Grundbedarf, der für ein menschenwürdiges Leben notwendig ist, nicht durch Sanktionen angetastet werden darf.

Wir GRÜNE streben eine Grundsicherung an, die auf Motivation, Hilfe und Anerkennung statt auf Bestrafung setzt. Ein solches Prinzip der partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist mit den heutigen Sanktionsregeln und -abläufen nicht vereinbar.

2. Kinderarmut zum zentralen Thema der Sozialpolitik machen

Kinderarmut ist ein zentrales Thema für uns GRÜNE. Etwa jedes vierte Kind im Alter von drei bis sechs Jahren, jedes fünfte Kind im Alter von null bis drei Jahren und jedes fünfte Kind im Alter von sieben bis 17 Jahren in Wiesbaden wächst in relativer Armut auf, also in einem Haushalt, der auf SGB II Leistungsbezug angewiesen ist. Steht einem Haushalt mit Kindern nur ein geringes Einkommen zur Verfügung, ist der Bedarf der Familie nicht mehr existenzsichernd zu decken. Die Gruppe der Bedarfsgemeinschaften, in denen Kinder leben, macht in Wiesbaden mit insgesamt 65 % der Leistungsberechtigten im SGB II den größten Anteil aus. Besonders betroffen sind Haushalte von Alleinerziehenden, die dem Arbeitsmarkt nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Wir GRÜNE fordern daher, dass Kinderarmut ein zentrales Thema der Sozialpolitik in Wiesbaden sein muss.

3. Ballung von Armut in einzelnen Quartieren überwinden

Die von Armut betroffenen bzw. sozial benachteiligten Haushalte verteilen sich in Wiesbaden nicht gleichermaßen auf alle Quartiere im Stadtgebiet. Während in einzelnen Quartieren sehr wohlhabende Haushalte konzentriert sind, gibt es in anderen Quartieren eine Ballung von Armut. Wegen der dortigen geringeren Kaufkraft bleiben Investitionen aus und die staatliche Unterstützung steigt an. Die Teilnahme am Bundes- und Landesprogramm soziale Stadt ist hierbei ein wichtiges kommunalpolitisches Element, das wir GRÜNE weiterhin unterstützen wollen.

Die hohe Konzentration von Armut ist ein echtes Problem, das wir GRÜNE weiterhin bekämpfen. Armut tritt oft in Verbindung mit geringerem Bildungsniveau auf und hat in Stadtteilen mit besonderen Bedarfslagen negative Folgen nicht nur für die Attraktivität der betroffenen Quartiere, sondern insbesondere auch für das gesellschaftliche Miteinander vor Ort. Zudem ist das Interesse an Politik und die politische Beteiligung geringer. Darunter leidet nicht nur die Mitgestaltung vor Ort, sondern auch das Ansehen der Quartiere - mit den entsprechenden in vielerlei Hinsicht unangenehmen Folgen.

Bildung und Qualifikation sind wesentliche persönliche Schlüssel, um aus dem Leistungsbezug herauszukommen. Die Aufstiegschancen für Kinder sind jedoch aufgrund der ungünstigen Sozialisationsbedingungen eingeschränkt. Die Ballung sozial benachteiligter Gruppen ist in Schulen und Kindertagesstätten der benachteiligten Quartiere nicht selten noch höher als in den Quartieren selbst, da aufstiegs- und bildungsorientierte Familien die Bildungseinrichtungen wechseln.

Kinder und Jugendliche in Quartieren mit einer Konzentration von besonderen Bedarfslagen werden folglich aufgrund der ungünstigen Sozialisationsbedingungen über ihre Soziallage hinaus zusätzlich benachteiligt. Es fehlen ihnen im täglichen Miteinander Kontakte zu besser gebildeten und situierten Mitmenschen - das Unter-sich-Bleiben ist ein Hindernis für ihren Aufstieg.

Aber nicht nur die Sozialisationsbedingungen und Bildungschancen der Kinder sind in den einzelnen Stadtteilen und Quartieren in Wiesbaden sehr unterschiedlich, auch der Gesundheitszustand in Quartieren mit hohen Bedarfslagen ist deutlich schlechter. Dies zeigen u.a. auch die Schuleingangsuntersuchungen.

Absonderung (Segregation) gibt es auch auf der anderen Seite der Medaille. Bei diesem Prozess spricht man von Gentrifizierung, also einer sozialen und wirtschaftlichen Veränderung, die zu einer Attraktivitätssteigerung einzelner Quartiere und damit zu Mietpreiserhöhungen führt. Diese Quartiere sind dann für viele Haushalte nicht mehr erschwinglich.

Wir GRÜNE möchten der sozialen Segregation der Quartiere entgegenreten und sie durch politisches Gestalten stärker durchmischen. Insbesondere im Sozialwohnungsbau wollen wir stärker auf eine soziale Durchmischung der Quartiere zu achten. Weiterhin fordern wir die

Attraktivität benachteiligter Quartiere gezielt durch soziale und kulturelle Angebot vor Ort ausbauen.

4. Wiesbadener „Handlungsprogramm“ ausbauen und finanziell absichern

Auf Grundlage der detaillierten Berichte zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien hat Wiesbaden ein Handlungsprogramm mit verschiedenen Maßnahmen zum Abbau der herkunftsbedingten Benachteiligungen entwickelt. Dieses hat im Jahr 2013 von einem Ämter- und Politikübergreifenden Fachbeirat den Namen „Alle Chancen für ...! Wiesbadener Programm zum Abbau herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung“ bekommen.

Mit dem Handlungsprogramm (aufgeteilt in vier Handlungsfelder und den dazugehörigen Maßnahmen) werden ganz gezielt benachteiligte Kinder und Jugendliche vom Zeitpunkt der Geburt bis zum Übergang von Schule zum Beruf unterstützt. Das Programm zielt darauf ab Ungleichheiten zwischen den Stadtteilen und Quartieren auszugleichen und kein Kind zurückzulassen.

Die Sinnhaftigkeit und Wichtigkeit des Programms wird von niemandem ernsthaft in Abrede gestellt. Dennoch ist das Programm aufgrund der anhaltenden Unterfinanzierung ins Stocken geraten bzw. bislang nicht im Sinne des Fachbeirates umgesetzt, worunter die betroffenen Kinder und Jugendlichen leiden. Dies wollen und können wir auch zum Wohle der gesamten Stadtgesellschaft nicht akzeptieren. Wir GRÜNE fordern daher die konsequente Umsetzung des Programms.

Im 1. Handlungsfeld **„Existenzsichernde Erwerbsarbeit ermöglichen“** geht es darum die Erwerbsarbeit der Eltern im SGB II-Bezug zu unterstützen, damit sich auch die materielle Lebenslage der Kinder verbessert. Neben den bereits erwähnten Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten für Eltern ist hier auch ein Zugang zur Kinderbetreuung von großer Bedeutung, damit die Menschen an den Maßnahmen und dem Erwerbsleben teilnehmen können. Wir GRÜNE fordern, dass das spezielle Angebot und der Ausbau an Betreuungsplätzen für SGB II-Leistungsberechtigte konsequent umgesetzt wird.

Im 2. Handlungsfeld **„Eltern unterstützen, Erziehungskompetenz fördern“** geht es darum den Bildungshintergrund der Eltern zu stärken, da dieser einen maßgeblichen Einfluss auf die Zukunft der Kinder hat. Insbesondere sind die Angebote der zielgruppenorientierten Elternbildung, der Willkommensbesuche und FrANKHA auszubauen und finanziell abzusichern. Wir GRÜNE fordern zudem, dass die Kinder-Eltern-Zentren (KIEZ), die sich in Wiesbaden als stadtteilbezogene Elternbildungsstruktur bewährt haben, auf alle Stadtteile mit besonderen Bedarfslagen ausgeweitet werden.

Das 3. Handlungsfeld **„Hilfe im Einzelfall“** dreht sich um die Unterstützung der Eltern in Krisensituationen und die Vermeidung von Gefährdungssituationen. Dieses Themenfeld fällt in die Zuständigkeit der Bezirkssozialarbeit. Diese muss personell aufgestockt werden, wofür wir GRÜNE uns einsetzen. Eine bedarfsgerechte Ausstattung ist Voraussetzung dafür, dass die Bezirkssozialarbeiter ihre gute und wichtige Arbeit weiter leisten können.

Im 4. Handlungsfeld **„Junge Menschen fördern“** geht es um eine Verbesserung der Bildungsteilhabe und der Bildungsergebnisse. Kinder mit herkunftsbedingter Benachteiligung bedürfen einer besonderen Unterstützung. Hierzu zählen ein verbesserter Zugang zur Kinderbetreuung, zusätzliche kommunale Förderangebote in den Kindertagesstätten (Sozialindex KT) und Grundschulen der benachteiligten Kinder, Schulsozialarbeit, Jugendarbeit sowie Unterstützung ehrenamtlicher Begleitstrukturen (Paten-/Mentorenprojekte). Dass diese Maßnahmen in den vergangenen Jahren nicht hinreichend finanziell ausgestattet wurden, war für viele Beteiligte niederschmetternd. Wir GRÜNE fordern eine sofortige und deutlich bessere Unterstützung dieser Maßnahmen.

Mit dem Ausbau und der deutlich besseren Finanzierung des Wiesbadener Handlungsprogramms „Alle Chancen für“, wollen wir GRÜNE erreichen, dass allen Kindern aus Armutsverhältnissen auch wirklich eine Chance gegeben wird.

5. Selbstbestimmtes Leben im Alter

Der demographische Wandel, die Arbeitsverhältnisse und die damit verbundene Veränderung von familiären Strukturen führen dazu, dass immer mehr ältere Menschen alleine in ihren Wohnungen leben. Damit es weitere Alternativen für Wohnen und Pflege im Alter gibt, gerade auch für Menschen mit geringeren finanziellen Mitteln, sind neue und intelligente Wohnkonzepte notwendig.

Wir GRÜNE fordern die Beachtung der demographischen Entwicklung bei der Städte- und Quartiersplanung. Das Vorhandensein von Einzelhandelsgeschäften, Dienstleistern, Apotheken, Ärzten sowie Begegnungszentren für Jung und Alt und Beratungsstellen ist entscheidend für die Lebensqualität im Alter.

Mehrgenerationenhäuser sind ein Weg um das generationenübergreifende Wohnen wieder neu zu beleben. Weitere Wohngemeinschaften in unterschiedlichen Konstellationen können die Vereinsamung älterer allein lebender Menschen verhindern.

Selbständiges Leben im Alter im angestammten Wohnumfeld wird gefördert durch den Ausbau von ambulanten Pflegeeinrichtungen und Hauswirtschaftsdiensten sowie die bauliche Gestaltung der Wohnungen, um ein altersgerechtes und barrierefreies Wohnen zu ermöglichen. Mit Maßnahmen wie z.B. dem Umzug in die Erdgeschoßwohnung innerhalb eines Hauses können Menschen länger in ihrem Wohnumfeld bleiben.

Entsprechende Initiativen werden wir GRÜNE fördern und vorantreiben.

Q - Gesundheit und Pflege

1. Einleitung

Wiesbaden hat eine lange Tradition als Kur – und Gesundheitsstadt und wird deshalb auch von vielen Menschen, auch außerhalb der Stadt, als solche wahrgenommen. Wiesbaden soll auch in Zukunft sowohl eine Gesundheitsstadt als auch eine gesunde Stadt für alle BürgerInnen sein. Gesunde Stadt bedeutet für uns GRÜNE: weniger Abgase, weniger Lärm, mehr Radwege, mehr Grün, mehr Raum für menschliche Begegnungen, mehr miteinander. Diese Forderungen dienen auch dem Schutz unserer natürlichen Lebensräume und Ressourcen. In der Gesundheitspolitik steht für uns GRÜNE der Gedanke der Prävention im Mittelpunkt; es gilt von Anfang an Krankheit zu vermeiden und eine gesunde Lebensweise zu unterstützen. Hierzu gehört eine gesunde Ernährung und gesundheitliche Aufklärung, die besonders in den Kitas und Schulen gefördert werden sollen. Wer erkrankt, muss unabhängig von seinem Einkommen, seiner Herkunft, seinem Geschlecht und ohne Verzug die Behandlung, Versorgung und Nachbetreuung erhalten, die er oder sie braucht. Die „Gesundheitsstadt“ Wiesbaden bietet gute Voraussetzungen, um diesem Ziel Schritt für Schritt näher zu kommen – doch es bleibt viel zu tun.

2. Zukunft von Infrastruktur und Institutionen sichern

Der Beitrag, den Gesundheitsberatungsstellen und Selbsthilfegruppen mit viel (ehrenamtlichem) Engagement leisten, ist unverzichtbar. Wir GRÜNE wollen die Vielfalt der Angebote von Trägern, Vereinen und Initiativen im Gesundheitsbereich erhalten und sie dafür finanziell ausreichend ausstatten. Der Gesundheitssektor ist für Wiesbaden auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Jobmotor, den wir weiter fördern wollen. Die Gesundheitsfürsorge ist ein zentraler Bestandteil der staatlichen Daseinsfürsorge. Die kommunale Klinik als Haus der Maximalversorgung ist das Rückgrat der stationären Gesundheitsfürsorge (siehe Dr. Horst Schmidt Kliniken).

Das Gesundheitsamt hat in unserer Stadt eine zentrale Bedeutung für die Gesundheit der BürgerInnen. Es darf kein "Nischenprodukt" der städtischen Ämter sein, sondern muss finanziell und personell bestens aufgestellt sein. Wir wollen zudem den öffentlichen Gesundheitsdienst und insbesondere den schulärztlichen und schulzahnärztlichen sowie den sozialpsychiatrischen Dienst stärken. Dafür stehen wir GRÜNE!

3. Bewegung und Ernährung

Einseitige Ernährung und Bewegungsmangel verbunden mit hohem Medienkonsum führen erwiesenermaßen in vielen Fällen zur Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes und begünstigen daher langfristig auch die Entstehung von Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems und des Bewegungsapparats. Eine direkte und unmittelbare Folge des Übergewichts von Kindern ist die Entstehung von Diabetes mellitus (Blutzuckererkrankung) spätestens wenn die betroffenen Kinder das Erwachsenenalter erreichen. Die Folgekosten dieser vermeidbaren Erkrankungen sind hoch und müssen gesamtgesellschaftlich und damit nicht zuletzt auch kommunal getragen werden. Daher sind Investitionen in Sportplätze und Schwimmbäder eine Investition in die Zukunft. Für die finanzielle Förderung der Sportvereine gilt dies in gleichem Maße. Wir werden uns deshalb für den Erhalt der Schwimmbäder einsetzen, sowie für die Erhaltung von Sportstätten und den weiteren Ausbau von Spiel und Bewegungsplätzen, nicht nur für Kinder.

4. Gesundheitsprävention, frühzeitig, niedrigschwellig, vernetzt

Die Bedeutung von Prävention und Gesundheitsförderung in der Gesundheitspolitik ist aktueller denn je. Angebote der gesundheitlichen Prävention müssen vor allem bei sozial Benachteiligten ansetzen und im Lebensumfeld der Menschen verankert sein. Besonders gut geeignete Kooperationspartner sind Kitas, Schulen, Vereine, Verbände, Stadtteilprojekte und Betriebe. Erfolgreiche Prävention bindet Menschen ein, ohne sie zu stigmatisieren und ihnen gesundheitsrelevante Entscheidungen abzunehmen. Mit Maßnahmen der Gesundheitsprävention wollen wir Akzente setzen, anstatt nur auf akute Probleme zu reagieren. GRÜNE präventiv orientierte Gesundheitspolitik setzt dort an, wo die Menschen leben und arbeiten. Studien in Wiesbaden zeigen, dass Kinder aus benachteiligten Familien und Stadtteilen ein schlechteres Gesundheitsverhalten (z.B. Fehlernährung und Bewegungsmangel, Auffälligkeiten in der Motorik, Sprachentwicklung, Schulreife) und damit ein deutlich höheres Risiko zu erkranken haben. Präventionsarbeit beginnt im Kindergarten! Es ist nachgewiesen, dass die Lebensqualität und Lebenserwartung sowie die Krankheitsanfälligkeit hier negativer im Vergleich zu den bevorzugten, gebildeteren Bevölkerungsgruppen ausfallen. Detailliertes Wissen über die gesundheitliche Lage der Bürgerinnen und Bürger ist unerlässlich, um Gesundheit mit konkreten Angeboten zu fördern. Unser Anliegen, Gesundheit vor Ort, bedeutet: "Verständliche Medizin" soll nicht nur zentral im Rathaus stattfinden, sondern auch vor Ort und in den Stadtteilzentren. Wir GRÜNE treten für eine breite Palette von niedrigschwelligen Angeboten ein, die auch von Jugendlichen, MigrantInnen, Flüchtlingen sowie von einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten angenommen werden. Die HIV/Aids-Prävention muss in Wiesbaden weiterhin verlässlich gefördert werden.

5. Frühe Hilfen

Zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Neugeborenen und Kleinkindern hat sich FRANKA, ein städtisches Betreuungsprojekt für Familien in Risikolagen, bewährt. Bei FRANKA ist der Name Programm: frühe Anleitung durch Kinderkrankenschwestern, Hebammen, Ärztinnen und Ärzte im Gesundheitsamt.

6. Sucht- und Missbrauchsprävention, für eine umfassende und pragmatische Drogenpolitik

Legal und illegaler Drogenkonsum sind gesellschaftliche Realität. Drogenmissbrauch tritt in allen gesellschaftlichen Schichten und Altersgruppen auf. Die Vergangenheit zeigt, dass sich die Probleme der Drogenabhängigkeit durch Repression nicht wirksam bekämpfen lassen. Die Kriminalisierung und Stigmatisierung von Suchtkranken verschlimmert die sozialen und gesundheitlichen Probleme noch. Daher stellen wir auch hier Prävention und Hilfe für Betroffene ins Zentrum unserer Politik. Den Einrichtungen der Suchthilfe kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Hier ist es uns in der Vergangenheit gelungen, erfolgreiche Projekte wie z.B. HALT und FRED auch in Wiesbaden voranzutreiben. Diese Projekte sind notwendig, um ausschweifendem Nikotin- und Alkohol- sowie Drogenkonsum bei Jugendlichen frühzeitig zu begegnen. Diese und andere Suchthilfe- und Suchtpräventionsprojekte möchten wir auch in Zukunft fördern. Nur ein abgestimmtes Hilfe- und Beratungssystem, verbunden mit präventiven Angeboten, wird erfolgreich sein.

Für obdachlose Menschen wollen wir eine bessere Vernetzung von Obdachlosenhilfe, Sozialarbeit, medizinischen Angeboten und Suchthilfe.

Wir unterstützen die vielen Angebote an den Kindergärten und Schulen, die gerade auch die Kinder erreichen, die aus weniger privilegierten Familien kommen. Studien in Wiesbaden zeigen, dass Kinder aus benachteiligten Familien ein schlechtes Gesundheitsverhalten (z.B.

Fehlernährung und Bewegungsmangel) und damit ein deutlich höheres Risiko für Erkrankungen haben.

Wir GRÜNE setzen uns weiterhin für eine Beschränkung/ein Verbot der Alkohol- und Tabakwerbung ein und wollen Jugendliche und junge Erwachsene besser für die Risiken sogenannter Partydrogen sensibilisieren.

Die Kriminalisierung der CannabiskonsumentInnen und CannabispatientInnen hat für die Gesellschaft und für Individuen nur negative Folgen und bietet keine Vorteile. Wir wollen prüfen, ob ein Antrag beim Bundesinstitut für Medizin und Arzneimittel auf eine Ausnahmegenehmigung für ein Modellprojekt zur legalen Abgabe von Cannabis ein gangbarer Weg für Wiesbaden ist.

7. Spiel- und Onlinesucht

Die „neuen“ Medien sind eine hervorragende Chance für Kinder und Jugendliche. Es ist aber auch immer häufiger zu beobachten, dass vor allem Jugendliche und Kinder zu viel Zeit vor dem PC, dem Fernseher oder der Spielekonsole verbringen. Im schlimmsten Fall führt dies zu einer Sucht, aus der sich die Jugendlichen nicht mehr oder nur sehr schwer selbst befreien können. Wir wollen gemeinsam mit dem Suchthilfezentrum Wiesbaden Programme fortsetzen und weiter finanzieren, die sich der Problematik der Spiel- und Onlinesucht annehmen, aufklären und Hilfe leisten.

8. Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken - Krankenhäuser gehören zur Daseinsfürsorge

Die HSK als Klinikum der Landeshauptstadt Wiesbaden hat als Maximalversorger eine zentrale Funktion in der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der Wiesbadener Bevölkerung und der Menschen weit über die Stadtgrenzen hinaus. Das Klinikum ist durch verschiedenste Formen der Kooperation mit anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Wissenschaft vernetzt. Das Haus ist mit seinen Spezialabteilungen und als Stätte der Wissenschaft und Forschung über die Grenzen Wiesbadens hinweg anerkannt. Als akademisches Lehrkrankenhaus der Johannes-Gutenberg- Universität Mainz übernimmt die HSK eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe und hat dabei eine wichtige Funktion bei der ärztlichen Ausbildung. Neben der ärztlichen und pflegerischen Aus- und Weiterbildung übernimmt die HSK diese Aufgabe auch bei vielen weiteren Gesundheitsberufen (Hebammen, Entbindungspfleger, Operationstechnische Assistenten). Auch für andere, nicht medizinische Berufe, ist die HSK in Wiesbaden eine wichtige Ausbildungsstätte insbesondere für junge Menschen.

Die Dr.-Horst- Schmidt-Kliniken sind ein großer regionaler Arbeitgeber. Die Erhaltung dieser Arbeitsplätze hat für uns GRÜNE höchste Priorität.

Das Klinikum ist inzwischen teilprivatisiert und gehört zu 49% der Helios Kliniken Gruppe. Dieser Teilprivatisierung hatten wir GRÜNE von Anfang an nicht zugestimmt. Die Stadt Wiesbaden ist immer noch mit 51% Mehrheitseigner, hat jedoch jeglichen Einfluss auf das operative Geschäft abgegeben.

Leider erleben wir seit einigen Jahren eine Entwicklung zu einer zunehmenden Ökonomisierung im Medizinsystem. Effizienz, Wettbewerb und Wachstum haben auch Einzug in die Kliniken gehalten. Die negativen Folgen haben auch vor der HSK nicht halt gemacht. Die hohen Renditeforderungen des Minderheitseigners dürfen nicht das Maß aller Dinge sein.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt auch weiterhin Mehrheitseigner bleibt. Wir werden weiterhin politischen Druck ausüben, um Missstände sowohl im personellen, medizinischen und strukturellen Bereich abzustellen.

Wir GRÜNE setzen uns für gute und faire Arbeitsbedingungen und eine bessere Vergütung im Gesundheits- und Pflegebereich ein. Wir unterstützen die Forderung der Beschäftigten nach der Einführung eines Pflegeschlüssels. Die Stadt Wiesbaden als Mehrheitsgesellschafter muss wieder

mehr an Einfluss an den HSK zurückgewinnen und ihren Gestaltungsspielraum in der Geschäftsführung verantwortungsvoll wahrnehmen.

9. Gesundheitsversorgung von MigrantInnen stärken

Die gesundheitliche Versorgung der MigrantInnen wollen wir GRÜNE weiter ausbauen. Den Weg, mehr interkulturelles Wissen im Gesundheitswesen zu verankern, werden wir konsequent weiter verfolgen. Dolmetscherdienste und Gesundheitsberatung in mehreren Sprachen müssen in Krankenhäusern zum Standard werden. In Wiesbaden wird dies erfolgreich durch Migramundi ermöglicht.

Wir GRÜNE werden uns aber auch für professionelle psychotherapeutische /-soziale Angebote stark machen. Nicht nur für Migrantinnen in schwierigen Lebenslagen gibt es seit 2006 das „Wiesbadener internationale Frauen und Mädchen- Begegnungs- und Beratungs- Zentrum e.V.“ (WIF). Die psychosoziale Beratungsstelle arbeitet sehr erfolgreich. Die GRÜNEN stehen auch weiterhin dafür, dass diese Projekte in angemessenem finanziellem Rahmen fortgeführt werden.

10. Gesunde Flüchtlinge in Wiesbaden

Auch Menschen ohne Aufenthaltspapiere haben ein Recht auf gesundheitliche Versorgung. Die begonnene gesundheitliche Erstversorgung, die „humanitäre Sprechstunde“ in angstfreien Räumen unter der Obhut des städtischen Gesundheitsamtes, muss zu einer festen und zuverlässigen Adresse werden für alle, die sich medizinisch in Notfällen behandeln lassen müssen.

Der uneingeschränkte Zugang zu einer medizinischen Versorgung muss gewährleistet bleiben. Wir GRÜNE fordern die Einführung einer Gesundheitskarte, mit der die medizinische Grundversorgung von Flüchtlingen in Wiesbaden gewährleistet wird.

11. Gesundheit im demographischen Wandel

In Folge des demografischen Wandels wird die Zahl der pflegebedürftigen und insbesondere der an Demenz erkrankten Menschen in Wiesbaden weiter zunehmen. Wir wollen diese gesellschaftliche Entwicklung aktiv gestalten. Unser Ziel ist die Sicherung einer hohen Qualität in der Pflege, die Sicherung der Menschenwürde und der sozialen Teilhabe der Pflegebedürftigen.

Hohe Priorität hat in den kommenden Jahren die Gewinnung und Qualifizierung einer ausreichenden Anzahl von Fachkräften für mobile und stationäre Pflege. Wir GRÜNEN setzen uns für faire Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung für diese wichtige Arbeit ein. Wir brauchen ein vielfältiges Angebot an unterschiedlichen Wohnformen für pflegebedürftige Menschen.

Ob ambulant oder stationär, ob Wohngemeinschaften, betreutes Wohnen, ambulanter Pflegedienst oder Pflegeheim – in jeder Form wollen wir Pflege fördern, die Selbstständigkeit ermöglicht sowie nachbarschaftliches und generationsübergreifendes Zusammenleben mit professioneller Hilfe und Pflege verbindet. Wir wollen Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen darin unterstützen, sich weiter für ihre Quartiere zu öffnen, Teilhabe zu ermöglichen und Generationen zusammenzubringen.

12. Tages-, Kurzzeit- und Nachtpflege – städtische Pflegeeinrichtungen erhalten und ausbauen

Laut „Bericht zum Hilfe- und Pflegebedarf älterer Menschen“ werden bis 2030 weitere drei bis vier Pflegeeinrichtungen zu jeweils ca. 80 Plätzen in gleichmäßiger Verteilung im Stadtgebiet erforderlich sein. Pflegeeinrichtungen unter städtischer Regie haben eine wichtige Funktion, weil sie allen Menschen, unabhängig von kulturellem, religiösem oder finanziellem Hintergrund eine Pflegeeinrichtung anbieten.

Auch aufgrund der anerkannt hervorragenden Pflegequalität in städtischen Einrichtungen ist es wichtig, dass die Stadt diese Aufgabe nicht ausschließlich Privaten überlässt. Dazu muss sie den Sanierungsstau im Toni-Sender-Haus in Biebrich beheben, als Ersatz für das Moritz-Lang-Haus in Dotzheim den lange geplanten, umgeplanten und wieder verworfenen Neubau auf dem HSK-Gelände endlich in kleinerer Form realisieren sowie weitere Einrichtungen in den Stadtteilen bauen. Weitere Verzögerungen und weiteres Verbrennen von Geldern ist mit uns GRÜNEN nicht zu machen.

Eine rein zahlenmäßige Erhöhung des Versorgungsangebots greift hier zu kurz. Die Konzeption der Einrichtungen muss der Diversität der Lebenslagen und Anforderungen Rechnung tragen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die anwachsende Zahl von Menschen mit Demenz nicht nur umfassende fachpflegerische Versorgung erhält, sondern auch durch geeignete räumliche Gestaltung eine vertraute Atmosphäre findet.

Mittelfristig ist ein weiteres Alzheimer-Tageszentrum einzurichten.

Ein wichtiger Aspekt ist für uns die Förderung der kultur- und gendersensiblen Pflege. Der Personengruppe der älteren Menschen mit Migrationshintergrund in Wiesbaden gehören Angehörige aus mehr als 160 Nationen an. Gut die Hälfte konzentriert sich dabei auf die fünf ehemaligen Anwerbeländer Türkei, ehemaliges Jugoslawien, Marokko, Italien und Griechenland sowie auf die Länder der ehemaligen Sowjetunion und Polen.

Bis zum Jahr 2020 werden wir in Wiesbaden ca. 10800 SeniorInnen über 65 Jahre mit Migrationshintergrund haben. Die Zahl der Bewohner mit Migrationshintergrund in den Altenheimen wird entsprechend steigen. Darauf müssen wir vorbereitet sein! Mit guten Bedingungen und qualifizierten Pflegekräften müssen wir diesen Anforderungen gerecht werden.

Auch im Alter hat jeder pflegebedürftige Mensch Anspruch darauf, dass er/sie seiner/ihrer geographischen oder kulturellen Herkunft entsprechend gepflegt wird!

13. Palliativpflege, -medizin und Hospiz

Der Palliativmedizin kommt zunehmend eine hohe Bedeutung zu. Die Versorgung von unheilbar kranken Menschen und Sterbenden in der allgemeinen Palliativversorgung ist unterentwickelt, vor allem im ambulanten Sektor. Wir unterstützen ausdrücklich die Implementierung von Palliativpflegeteams. Dadurch wird die Zusammenarbeit von Haus- und Fachärzten sowie Pflegediensten und den Angehörigen zum Wohle der Patienten gefördert. Wir GRÜNE würdigen die notwendige und erfolgreiche Arbeit von Vereinen und Stiftungen der Hospizbewegung in Wiesbaden und setzen uns aktiv für deren Fortbestand und Ausweitung ein.

Projekte zum Thema Gesundheit und Pflege

Multiresistente Keime

Seit einiger Zeit ist eine dramatische Zunahme an multiresistenten Keimen in Deutschland und anderen Ländern zu beobachten. Das bedeutet, dass immer mehr Antibiotika wirkungslos sind. Die WHO (Weltgesundheitsorganisation) warnt davor, dass die Bevölkerung in eine Ära ohne wirksame Antibiotika zurückfallen könnte. Dies hätte dramatische Folgen.

Die Ursachen sind vielfältig. Neben dem hohen Einsatz von Antibiotika in der Massentierhaltung ist auch der unkritische Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin eine der Ursachen.

Wir GRÜNE fordern deshalb:

Das Gesundheitsamt sollte durch entsprechende personelle Ausstattung in die Lage versetzt werden, sich vermehrt um die Problematik der multiresistenten Keime kümmern zu können.

Hierzu ist eine Bestandsaufnahme des aktuellen Antibiotika-Verbrauchs in Wiesbaden sinnvoll (Apotheken und Kliniken). Die Mengen der ausgegebenen Antibiotika von einzelnen Apotheken könnte ein guter Indikator sein, um den Verlauf des Antibiotika Verbrauchs in Wiesbaden zu beurteilen. Weiterhin sollte durch eine intensivierte Öffentlichkeitsarbeit, auch mit anderen Organisationen (Ärzteorganisationen, Patientenverbände, Selbsthilfegruppen, Apotheken, Kliniken, u.a.), auf die Problematik hingewiesen werden. Solche Kampagnen können dazu beitragen, den Antibiotika-Verbrauch zu reduzieren.

R - Kulturpolitik in Wiesbaden

Wiesbaden hat eine lebendige, vielfältige und innovative Kulturszene, die Wertschätzung, Förderung und Unterstützung verdient hat. Für uns GRÜNE ist Kulturpolitik wesentlich für ein funktionierendes Zusammenleben: wir erkennen den Wert des kulturellen Erbes an, wir wissen um die Bedeutung der kulturellen Bildung, ebenso um die Bedeutung der gesellschaftlichen Bildung. Wir möchten die Zusammenarbeit von Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft stärken und ausbauen. Daher ist für uns GRÜNE das Ziel, der Kunst und dem kulturellen Leben in der Stadt ausreichend Raum zu geben und Beachtung zu schenken. Das kulturelle Leben soll sichtbar und erlebbar für alle Menschen unserer Stadt sein.

1. Kulturentwicklungsplan

Als dringlichste Herausforderung sehen wir GRÜNE zunächst die Entwicklung eines Kulturentwicklungsplanes (KEP) an. Dieser soll neben Leitlinien zum kulturellen Selbstverständnis individuelle Vereinbarungen mit den Kulturschaffenden aufweisen, und so Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Akteure sicher stellen. Grundlegendes Kennzeichen einer verantwortungsvollen Kulturpolitik ist das Bekenntnis zur Bedeutung des kulturellen Angebotes und der Vielfalt. Zielvereinbarungen, die auf die jeweiligen Gegebenheiten der einzelnen Institutionen zugeschnitten sind, halten wir ebenso für brauchbare Werkzeuge wie ausreichende Mittel für Projektarbeiten, die der Beweglichkeit und Aktualität des heutigen urbanen Lebens Rechnung tragen.

Der Diskurs mit allen Akteuren soll die Grundlage für die Realisierung eines funktionierenden KEP bieten: Wir GRÜNE fordern wiederkehrende „Runde Tische“ und offene Workshops zu konkreten Fragestellungen mit angemessener Bürgerbeteiligung. Eine moderne Kulturverwaltung, wie wir GRÜNE sie verstehen, hat das Selbstverständnis, Dienstleisterin für die Kulturschaffenden zu sein. Allen Akteuren der kulturellen Szene muss mit Wertschätzung begegnet werden, die sich nicht auf finanzielle Zuwendungen beschränkt, sondern auch, wenn nötig, aktive Beratung und Unterstützung in Verwaltungsfragen bietet.

2. Kunst und Kultur für alle

Wir GRÜNE wissen um die Kraft der Kunst und um die Bedeutung der kulturellen Bildung für ein urbanes Leben. Kultur ist ein Gemeingut und daher wünschen wir GRÜNE uns ein für möglichst viele Menschen nutzbares Kulturangebot. Es ist wichtig, vorhandene Barrieren - in jeder Hinsicht- abzubauen und der Vielfalt der Bedürfnisse Angebote und Räume zu geben. Das meint auch, in den Stadtteilen und Vororten kulturelle Angebote bereitzuhalten und zu fördern. Dazu gehören die von Vereinen getragenen „Kulturtage vor Ort“ ebenso wie Stadtteilkulturarbeit in der Jugendarbeit wie „die Kunstkoffer kommen“ oder das Projekt „MOJA“. Noch immer mangelt es in Wiesbaden an ausreichenden soziokulturellen Zentren, die sowohl Menschen verschiedener sozialen Milieus als auch unterschiedlichster Nationalitäten und Generationen zusammenbringt. Wir GRÜNE setzen uns weiterhin dafür ein, dass die in kommunaler Trägerschaft bestehenden Zentren, ebenso wie die freien Träger, so z.B. das Kubis, das Café Westend, das CASA, ausreichend unterstützt werden.

3. Kooperation und Vernetzung

Wiesbaden verfügt über eine Vielzahl von nutzbaren Orten der kulturellen Begegnung und der Künste. Wir GRÜNE treten dafür ein, dass die Einrichtungen, die sich in kommunaler Trägerschaft befinden, für möglichst viele Kulturschaffende geöffnet werden. So lässt sich sowohl die Auslastung der Liegenschaften erhöhen, als auch dem steigenden Bedarf der freien Szene an

Bühnen, Proberäumen und Ateliers Rechnung tragen. Eine bessere Vernetzung der Akteure halten wir GRÜNE für wichtig. Wo immer es möglich ist, wünschen wir GRÜNE uns ein Partizipationsangebot für die Menschen dieser Stadt. Kreative Freiräume und die Verortung des selbstreflektierenden Schaffens können fruchtbare Elemente einer aktiven Bürgerschaft sein, die sich einbringt und die sich gleichzeitig ernst genommen und gefordert sieht. So verstanden leistet Kultur einen Beitrag für ein integratives, inklusives Wiesbaden, ohne ausdrücklich nur Teilgruppen anzusprechen.

4. Museen

Das unmittelbare, echte Erleben von Kunst ist nur in Museen und Ausstellungsorten möglich. Renommierete Kunst in ehrwürdigen Hallen auszustellen ist für Wiesbaden ebenso wichtig wie die Förderung unserer innovativen Kunstvereine, die sich schon als so manches „Trüffelschwein“ bei der Findung von Nachwuchstalenten erwiesen haben. Das Frauenmuseum zeigt in freier Trägerschaft wie ansprechend Museumsarbeit in der Stadt verankert sein kann. Dessen Fortbestand muss ebenso gesichert sein wie die vielen ehrenamtlich geführten Heimatmuseen. Kooperationen sollten auch hier noch intensiver mit dem Stadtarchiv und dem Projektbüro Stadtmuseum ausgebaut werden. Wir GRÜNE verstehen Kooperation aber auch im Hinblick auf eine Vernetzung und Zusammenarbeit in der Region. Deshalb halten wir Grüne es für notwendig, im Kulturfonds Frankfurt Rhein Main zu bleiben.

5. Kulturelle Bildung

Die VHS und mit ihr die ihr angeschlossenen Volksbildungswerke sind tragende Säulen der kulturellen und gesellschaftlichen Bildung Wiesbadens. Wir GRÜNE meinen: Ihnen gebührt die bestmögliche finanzielle Ausstattung. Ebenso unverzichtbar sind die Angebote der Wiesbadener Kunst- und Musikschule (WKM). Die musikalische Ausbildung ist ein wichtiger Beitrag der ästhetischen und kulturellen Erziehung. Das gleiche gilt für die Mauritiusbibliothek und die Stadtteilbibliotheken. Sie können Teilhabe aller Bevölkerungsschichten an Büchern und digitalen Medien garantieren. Daher setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass die städtischen Bibliotheken mit den nötigen personellen Mitteln und den nötigen Sachzuwendungen ausgestattet bleiben, um vor allem der wachsenden Bedeutung an soziokulturellen Angeboten Rechnung zu tragen, insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit. Wir GRÜNE erkennen die Notwendigkeit des Fortbestandes der dezentralen Stadtbibliotheken an und halten eine weitere Einschränkung des Angebotes für falsch.

6. Freiräume für Kulturschaffende

Kunst folgt keinem Zweck, Kunst steht für sich und braucht keine Legitimation. Kulturelle Vielfalt kann nur durch die einzelnen KünstlerInnen und Kreativen, die ihre Arbeit einer Stadt anbieten, entstehen. Die Stadt muss sich dieses „Geschenkes“ bewusst sein. Freie Initiativen und Gruppen brauchen ebenso wie einzelne freischaffende KünstlerInnen Raum und Räume: Probe- und Ausstellungsräume ebenso wie Ateliers. Leer stehende Gebäude von Stadt und Land vom alten Gericht bis hin zum Walhalla könnten bei Eignung zu kreativ kulturellen Zentren entwickelt werden. Dies kann dauerhaft oder als Zwischennutzung realisiert werden. Sie müssen auf ihre Eignung dazu geprüft werden. Wir GRÜNE setzen uns weiterhin dafür ein, die Erlebnis-Mulde auf dem Neroberg, Spielstätte u.a. des erfolgreichen "Improsommers", langfristig zu erhalten.

7. Bildende Kunst

Wiesbaden hat eine bemerkenswerte Kunstszene, die nationale Anerkennung genießt: Die zur Verfügung stehenden Ateliers im Kunsthaus sind längst nicht ausreichend, um die Bedarfe an Arbeitsplätzen von Künstlern und Künstlerinnen zu befriedigen. Wir GRÜNE setzen uns weiterhin

für den Ausbau der „Walkmühle“ als kulturelles Zentrum ein. Wir erkennen die Notwendigkeit der institutionellen Zuschusserhöhung für den dortigen KünstlerInnenverein an, denn auch nach der Sanierung muss die Bespielung der Walkmühle gewährleistet sein. Ebenso muss sie weiterhin als Ort des kreativen Schaffens nutzbar sein. Dazu müssen die dort neu geschaffenen Ateliers weiterhin bezahlbar sein bzw. von der Stadt zu einem bezahlbaren Preis zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig machen wir GRÜNE uns dafür stark, dass die Walkmühle zukünftig auch eine Heimat für die Jazzszene bietet: Die Kooperative JAZZ/ New Artist braucht nach Jahrzehnten der provisorischen Unterbringung endlich einen adäquaten Probe- und Aufführungsraum.

8. Filmstadt Wiesbaden: Wiesbaden versteht sich als Filmstadt

Zu Recht: Wiesbaden kann auf seine Filmfestivals stolz sein wie auch auf sein kommunales Filmangebot im „Caligari“, auf die Angebote der „Freunde der Filme im Biebricher Schloss“, auf das Angebot des „Murnautheaters“ und nicht zuletzt auf das Open Air Angebot der „Bilderwerfer“ in den Herbert-Anlagen im Sommer. Gerade die Mischung aus institutionellen und von Initiativen/ Vereinen getragenen Veranstaltungen garantieren ein breites Spektrum. Wir GRÜNE stehen zur Filmstadt Wiesbaden und fordern die finanzielle Absicherung.

9. Musik und Theater

Wiesbadens freie Theaterszene bereichert und schafft an vielen Orten der Stadt spannende Bühnenerfahrungen. Das Spektrum ist breit: Mehrere Improvisationstheater-Gruppen, das einzigartige Schwarzlichttheater „Die Velvets“, das experimentelle Theater des Walhalla, den Kammerspielen, das Künstlerhaus43, das Akzent Theater, das Englische WELT Theater und einige mehr. Auch das Kleinkunst- Angebot des Talhauses gehört zu den Perlen unserer freien Szene. Gleichzeitig haben wir mit der neuen Schlachthof-Halle und den nun wunderbar renoviertem Wasserturm ebenso wie mit dem angrenzenden Kesselhaus und der gegenüberliegenden Kreativfabrik herausragende Orte der Jugendkultur. Beide sind hervorragende Beispiele was sich entwickeln kann, wenn man kreativen Menschen den erforderlichen Raum gibt und lässt. Diese müssen weiterhin alle städtische Unterstützung erfahren!

Wir GRÜNE stellen fest, dass mehr und mehr die klaren Zuweisungen der verschiedenen Orte verschwimmen: Schlachthof und Kreativfabrik stellen ihre Bühnen und Räume auch für vielfältige weitere Kulturangebote zur Verfügung, mehr und mehr lassen sich einzelne Räume und Orte nicht mehr nur noch mit einer Sparte in Beziehung setzen: wünschenswerte Vielfalt auch dort! Auch immer neu geschaffene Angebote wie der „Improsommer“ auf dem Neroberg, oder die Burgfestspiele Wiesbaden im Burggraben Sonnenberg zeugen von der beweglichen freien Szene Wiesbadens. Wichtig ist auch hier die verlässliche und ausreichende Unterstützung der Kommune.

Das Staatstheater Wiesbaden zeichnet sich durch sein innovatives Fünf- Sparten-Programm aus. Auch hier lässt sich diese wünschenswerte Öffnung hinein in andere Kulturbereiche der Stadt und eine Öffnung hin zur Jugendkultur feststellen. Zu den wichtigen Bühnenangeboten gehören als Teil der kulturellen Vielfalt unserer Stadt unbedingt auch die Zirkusschulen und unser nichtkommerzielles European Youth Circus- Festival, welches Strahlkraft in den Kontinent Europa hat. Auch hier setzen wir GRÜNE uns für die weitere Förderung und eine bessere Vernetzung innerhalb der kulturellen Szene ein.

Projekte zum Thema Kultur

Kulturentwicklungsplan realisieren

Wir GRÜNE haben die Forderung nach einem Kulturentwicklungsplan (KEP) in den politischen Diskurs eingebracht, nachdem offenkundig wurde, dass das politische Handeln der Regierungskoalition in der Kulturpolitik ohne überzeugende, greifende Konzepte und ohne weitergehende Visionen gekennzeichnet ist. Schlimmer noch: augenscheinlich herrscht ein großes Maß an Unkenntnis über den Status quo der Situation der Kulturschaffenden. Ebenso mangelt es an überzeugenden Konzepten, wie sich der kulturelle Raum und die kulturelle Vielfalt Wiesbadens entwickeln kann und muss. Auch scheint unklar, welche Ressourcen es dafür bedarf.

Kulturentwicklungsplan für Wiesbaden umsetzen!

Wir GRÜNE haben den Ruf nach einem Kulturentwicklungsplans die Diskussion in die Stadtgesellschaft und in die Politik getragen. Nun gilt es, für die baldige Realisierung eines umfassenden KEP zu kämpfen, der zum einen Planungssicherheit für die Kulturschaffenden bietet und zum anderen die Funktion der Kultur in der Stadt beschreibt und anerkennt, um sie somit langfristig zu sichern.

Richtig aufgesetzt wird er dazu dienen, die schon jetzt vielfältige kulturelle Szene sichtbar zu machen. Der entscheidende erste Schritt ist zunächst, einen "common sense" über die Bedeutung der Kunst und der Kultur in der Stadt zu erreichen, um daraus dann die erforderliche Wertschätzung und nötige Unterstützung der Kommune zu entwickeln. Antworten auf die Frage: "wie viel Kultur wollen, müssen und sollten wir uns leisten" werden die Leitlinien eines fruchtbaren KEP sein.

Visionen und Pläne wie die Realisierung eines Stadtmuseums und ähnliche Großprojekte müssen zukünftig in einem Kulturentwicklungsplan eingebettet werden, um die Tragweite solcher Projekte realistisch in Bezug setzen zu können. Das wollen wir GRÜNE umsetzen.

Staatstheater 2016 – StudentInnen und anderen jungen Menschen den Zugang zu Kultur erleichtern

Wir Wiesbadener können stolz darauf sein, dass wir in zentraler Lage eines der drei renommierten hessischen Staatstheater „unser Eigen“ nennen können.

Die Auslastung unseres Fünf-Sparten-Hauses (Junges Schauspiel und Junges Musical, Oper, Konzert, Ballett, Schauspiel) ist mit nahezu 90 % enorm hoch.

Dennoch sind wir GRÜNE der Meinung, dass jeder leere Platz ein Platz zu viel ist. Mehr noch: Jeder leer gebliebene Platz steht für eine vertane Chance auf kulturelle Teilhabe.

Daher wollen wir dem guten Beispiel anderer Städte (z.B. Mainz und Darmstadt) folgen und uns für eine Kooperationsvereinbarung zwischen Kommune und Theatergeschäftsführung einsetzen mit dem Ziel, zukünftig jungen Erwachsenen (StudentInnen, in Ausbildung, etc.) spontan an der Abendkasse Restplätze gratis oder für einen minimalen Verwaltungskostenbeitrag anzubieten.

Wir sehen darin nicht nur einen wichtigen Beitrag zur kostengünstigen Teilhabe junger Menschen am kulturellen Leben unserer Stadt. Zugleich möchten wir damit die Chance nutzen, schon früh bei jungen Menschen das Interesse am Theater zu wecken. Sie werden später als zahlende BesucherInnen dazu beitragen, seinen Fortbestand zu sichern.

S - Freizeit und Sport

Sport spielt eine wichtige Rolle sowohl präventiv wie auch regenerativ für ein gesundes Leben. Bewegung ist ein menschliches Grundbedürfnis und tut einzelnen Menschen, wie auch der Gesellschaft insgesamt gut – Sport ist somit ein wichtiges GRÜNES Anliegen.

Für uns GRÜNE nehmen nicht nur die klassischen Sportarten, sondern die ganze Vielfalt der Sport- und Bewegungskultur einen hohen Stellenwert ein: Breitensport und Spitzensport, Gesundheitssport, Sport für Menschen mit Behinderungen, Sport für Ältere und Kinder, zur Prävention und Rehabilitation, das Spiel auf der Straße, das Bewegungserlebnis in freier Landschaft oder die Bewegung im Alltag. Eine Sportpolitik, die neue Entwicklungen ignoriert und ausschließlich den klassischen Vereins- und Verbandssport fördert, greift zu kurz.

Wir GRÜNE wollen Bewegung in allen Lebensphasen und in unterschiedlichen Organisationsformen fördern. Eine zukunftsfähige Sportpolitik muss bei der Stadtplanung wie auch beim Bau von Bewegungs- und Sportstätten der gesellschaftlichen Vielfalt gerecht werden.

GRÜNE stehen für:

- Sportförderung für Lebensfreude und individuelle Entwicklung
- Sportförderung für ein soziales Miteinander
- Sportförderung für ein gesundes Leben

Sportförderung für Lebensfreude und individuelle Entwicklung

Sport macht Spaß und hält fit. Es gibt Sport in so vielen Varianten, dass für jeden Menschen etwas dabei ist. Der Spaß am Spiel weckt die kreative Seite im Menschen und ist Ausdruck von Lebensfreude und Schaffenskraft zugleich. Sport unterstützt die individuelle Entwicklung des Menschen, vermittelt ein Körpergefühl und Selbstwertgefühle, zeigt Stärken und Grenzen auf, erlaubt es Menschen an sich selbst zu arbeiten und mit anderen sportlich zu wetteifern. Im Sport finden Menschen einen Ausgleich zum Arbeitsleben, Raum für Spiel und Spaß, finden Kontakte zu anderen Menschen, erfahren ihren Körper, können ihre Grenzen austesten und ihre Leidenschaft ausleben.

Sportförderung für ein soziales Miteinander

Sport stärkt den Gemeinsinn. Miteinander gewinnen und verlieren können und in Gemeinschaft Sport treiben sind wichtige Erfahrungen in allen Altersgruppen, die die Zivilgesellschaft und das bürgerliche Engagement festigen. Weil es im Sport um Einsatz und Leistung, aber auch Verlässlichkeit, Kooperation und geteilte Freude geht, werden Attribute wie soziale und ethnische Herkunft unwichtig. Sport baut so gesellschaftliche Differenzen ab und trägt zur Integration unserer Stadtgesellschaft bei.

Sportförderung für ein gesundes Leben

Sport unterstützt Lebensfreude und Gesundheit. Für viele Menschen bietet Sport einen wichtigen Ausgleich zum Schul- oder Arbeitsalltag, der ansonsten fehlende Bewegung und/ oder Entspannung bietet. Sport ist Freizeitgestaltung, die für viele Menschen zu einem zufriedenen und gesunden Leben dazugehört. Im Sport geht es um Erfahrungen und Momente, die sich nicht kaufen lassen, aber wesentlich zur individuellen Lebensqualität beitragen. Der gesundheitliche Effekt – von körperlicher Fitness bis Wohlbefinden und Zufriedenheit – ist enorm.

1. Selbstbestimmte Bewegungskultur, Raum für Bewegung

Wir GRÜNE stehen für eine selbstbestimmte Bewegungskultur, die Freiräume schafft, in denen sich jeder Mensch individuell oder in Gemeinschaft, so wie es für das eigene Wohlbefinden richtig ist, bewegen kann. Daher begrüßen wir ein breites Sportangebot, das die individuelle Gestaltung

eines gesunden Lebens unterstützt. Hierzu gehören die Kinder- und Jugendarbeit und insbesondere die Unterstützung von Initiativen, die auf die Zusammenarbeit von Sportvereinen und Schulen abzielen.

GRÜNE Sportpolitik will Freiraum für Bewegung und Sport schaffen und erhalten. Immanent für GRÜNE Sportpolitik ist die Forderung nach den Möglichkeiten individueller Ausgestalten von Bewegung und Sport. Dafür brauchen wir z. B. keine teuren, genormten Sporthallen, sondern öffentliche Grünanlagen sowie nutzbare Freiflächen wie z.B. vor Supermärkten; leerstehender Raum kann z.B. als Fläche für Tanzangebote genutzt werden.

Naturnahe Spiel- und Erlebnisräume bieten Kindern spielerischen Zugang zur Natur und sollen bei der Planung, Gestaltung und Sanierung von Bauprojekten berücksichtigt werden. Kinder sollen gefahrlos draußen spielen können. Jung und Alt und Menschen mit Einschränkungen sollen sich fortbewegen können – egal ob zu Fuß, im Rollstuhl oder mit dem Rad. Wir wollen die Kultur des Straßenkicks, Streetbasketballs oder des Fangenspiels auf Spielstraßen und Plätzen fördern. Räume für Spiel, Spaß und Sport gehören in die Mitte einer Gesellschaft und wohnortsnah fußläufig zu erreichen und nicht in Sport- und Freizeitzentren auf der grünen Wiese. Der öffentliche Raum ist für die Menschen und nicht allein fürs Auto da!

2. Bedarfsgerechte und ökologische Erneuerung von Sportstätten

Wir GRÜNE sehen in der Versorgung mit Sportstätten eine wichtige Grundlage für den Schul- und Vereinssport in Wiesbaden sowie für den nichtorganisierten Freizeitsport. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Sportstätten in Bezug auf die Bedürfnisse des Sports, aber auch mit Blick auf die Kriterien Energieeffizienz und Erreichbarkeit, modernisiert beziehungsweise um- oder ausgebaut werden. Dazu muss das Beratungsangebot für Sportstättenbetreiber ausgebaut werden.

Sport ist eine Querschnittsaufgabe: Bei neuen Bauprojekten bzw. stadtplanerischen Neuausrichtungen soll geprüft werden, was an infrastrukturellen Voraussetzungen für sportliche Aktivitäten geschaffen werden kann.

Selbstverständlich muss bei der Sanierung und beim Neubau von Sportstätten umfassend auf Barrierefreiheit geachtet werden. Für uns GRÜNE gilt das Leitbild: Sanierung geht vor Neubau. Eine Hallen bzw. Sportplatzbenutzungsgebühr für die Sportvereine lehnen wir weiterhin ab.

Der Eissport ist Breitensport und eine der wenigen Möglichkeiten für Jung und Alt in Wiesbaden, Wintersport zu betreiben. Daher soll der Weiterbetrieb des Eissports durch ein Provisorium auf dem Gelände der Henkell- Kunsteisbahn so lange gesichert werden, bis eine dauerhafte Lösung gefunden ist. Mittelfristig muss geprüft werden, in welcher bestmöglichen Option sich der Erhalt der Henkell-Eisbahn ökologisch, energetisch, finanziell und nutzerfreundlich umsetzen lässt. Die GRÜNEN fordern dabei, ökologische Standards und Anbindung an die bestehende Infrastruktur mit in die Bewertung einzubeziehen.

3. Erhalt von Grünanlagen und Freiflächen sowie Ausbau von Spielplätzen und Aufstellung von Sportgeräten

Frei zugängliche Sportstätten, Bolzplätze, Skateranlagen und Joggingstrecken sind niedrigschwellige Möglichkeiten, Sport wohnortnah auszuüben. Dieses Grundbedürfnis darf nicht auf „Bewegungsinseln“ wie Sportplätze limitiert werden, sondern muss vor der Haustür beginnen – auch in der Innenstadt. Konsequente planerische Maßnahmen, die der Verkehrsberuhigung in den Nebenstraßen dienen, sind daher ein Muss. Gerade dort lebende Kinder brauchen Bewegungsraum.

Die Aufstellung von öffentlich zugänglichen Spiel- und Sportgeräten soll gefördert werden. Hierdurch sollen niederschwellig und kostenfrei der Zugang zu Sport und die Integration von Bewegung in den Alltag ermöglicht werden. Die Nutzungsmöglichkeit aller Grünflächen, wie z.B.

der Rheinwiesen, Reisingeranlagen und Düreeranlagen, soll für alle Altersgruppen und für alle freizeithlichen Aktivitäten offen bleiben.

Im Stadtwald gibt es Interessenkollisionen zwischen sportlicher Nutzung (wie Mountainbike) und dem Naturschutz. Der Nutzungsdruck auf den Wiesbadener Stadtwald soll daher in freizeit- und sportermöglichende Bahnen kanalisiert werden und dennoch dem ökologischen Gedanken des Erhalts des Rückzugs- und Erholungsraums Rechnung tragen. Grundsätzlich haben im Zweifelsfall ökologische Interessen Vorrang.

4. Kooperation zwischen Sportvereinen und Kommune, insbesondere Schulen

Wir GRÜNE verstehen den organisierten Sport als verlässlichen und starken Partner. Wir begreifen Sport als Querschnittsaufgabe mit gesellschaftlichen Bezügen weit über den klassischen Wettkampfsport hinaus: Gesundheit, Umwelt- und Klimaschutz, Bildung, Integration, demografischer Wandel und Inklusion sind nur einige Beispiele für das weite Spektrum des Querschnittsthemas Sport. Wir sehen uns besonders in der Pflicht, Strukturen für den vereinsgebundenen Sport zu erhalten und auszubauen. Dazu gehört auch, dass das Sportamt Vereinen verlässlich bei der Akquise von Fördergeldern und ggf. Sponsoren hilft.

Wir GRÜNE setzen uns für die gesamte Bandbreite des organisierten und nicht organisierten Sports ein. Der Vereins-, Breiten- und Leistungssport soll in seiner Vielfalt erhalten und gefördert werden. Wir wollen die Nutzung der vorhandenen Sportanlagen durch Absprachen und Kooperationen verbessern.

Wir GRÜNE drängen darauf, dass der kommunale Sportentwicklungsplan, der den Bestand und die Bedürfnisse der Menschen vor Ort abbildet, konsequent umgesetzt wird und so Erhalt und Entwicklung von Sportangeboten optimiert werden. Dezernate und Ämter, unter anderem das Sportamt, müssen mit der notwendigen Anzahl an Stellen ausgestattet werden. Das Personal muss hinreichende Qualifizierungen für die neue sich verändernde Vereinslandschaft aufweisen. Gegebenenfalls ist dies über Neueinstellungen oder aber über externe Förderung von qualifizierten Stellen in der Vereins- und Verbandslandschaft zu realisieren.

Schlüsselforderungen der GRÜNEN sind dabei Beratungsstellen für Vereine, die sowohl bei den neuen wirtschaftlichen Herausforderungen helfen, aber auch bei Themen wie Energiemanagement, Stärkung von adäquaten Sportangeboten für SeniorInnen, Dopingprävention, Gewaltprävention sowie Möglichkeiten der Integrationsförderung beraten. Insbesondere die Reibungsverluste zwischen den einzelnen Ämtern gilt es abzubauen. Arbeiten Schul- und Sportamt der Stadt in Teilen schon zusammen, so ist nicht nur dort, sondern auch bei den Querschnittsaufgaben hinsichtlich Gesundheit und Sozialem in den einzelnen Dezernaten auf eine bessere Zusammenarbeit zu achten. Gegebenenfalls soll dies mit koordinierendem Personal respektive Stellen geschehen.

Dem **Schulsport** messen wir GRÜNE eine große Bedeutung zu. Deshalb sollten die Öffnung und Umgestaltung von Schulhöfen zu bewegungsfreundlichen Plätzen weiter geführt werden. Die Kooperation und Zusammenarbeit zwischen den Sportvereinen und den Schulen, besonders im Ganztagsangebot der Schulen, ist zu fördern. Wir GRÜNE begrüßen Initiativen, die Sportvereine und Schulen zusammenbringen.

5. Gesundheit und Prävention

Regelmäßige Bewegung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheit, weil mit Sport bis zu einem gewissen Grad physischen wie psychischen Problemen vorbeugt werden kann. Der natürliche Drang sich zu bewegen wirkt vielen modernen Wohlstandskrankheiten von Übergewicht bis Herzproblemen entgegen. Sport hilft darüber hinaus nach schweren Krankheiten und Unfällen, zurück ins Leben zu finden und neue Perspektiven zu eröffnen. Im Kindesalter und

insbesondere in der Kinderfrüherziehung kann Sport die Entwicklung motorischer Fähigkeiten und die Ausbildung des für die körperliche Gesundheit wichtigen Körper- und Selbstgefühls unterstützen. Durch spezielle Sportangebote kann in der Jugendarbeit Aggression abgebaut und Selbstwertgefühle aufgebaut werden. Sportangebote für verschiedene Leistungs- und Altersklassen unterstützen Gesundheit und Vitalität ein Leben lang. Wir GRÜNE fordern, dass das Sportamt in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt Sportangebote für bestimmte Bevölkerungsgruppen auflegen soll, die mit den üblichen Maßnahmen und Angeboten bisher nicht erreicht wurden (Risikogruppen). Diese Investition wird mittel- bis langfristig Kosten verringern.

6. Dopingprävention

Gerade angesichts der vielen Menschen, die sich ehrenamtlich für den Sport engagieren, wollen wir GRÜNE einen „sauberen“, dopingfreien und fairen Spitzensport, aber auch Präventionsarbeit auch für den Nachwuchssport. Diese Präventionsarbeit muss gezielt ausgebaut werden. Der sportliche Nachwuchs muss so früh wie möglich über die Gefahren des Dopings informiert werden und die Spielregeln und Grundlagen des Sports vermittelt bekommen. Daher setzen wir GRÜNE uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung der Sucht- und Dopingpräventionsarbeit ein.

7. Neue Zugänge zum Sport für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen

Die Sportstätten müssen auch auf bestimmte Zielgruppen wie Kinder, Frauen und Mädchen, MigrantInnen oder ältere Menschen bzw. Menschen mit Behinderung zugeschnitten und damit attraktiv sein. Wir GRÜNE setzen uns für eine gezielte Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im Sport, für Angebote für die bisher unzulänglich beteiligte Gruppen wie Mädchen und Frauen, für MigrantInnen sowie Zielgruppen mit speziellen Bedürfnissen wie älteren Menschen, Menschen mit Behinderung und den Bereich der präventiven und rehabilitierenden Sportarbeit ein. Begrüßt werden insbesondere auch Initiativen, die Sportangebote für sozial oder finanziell benachteiligte Gruppen anbieten, sowie Mehrgenerationenprojekte, die Sportangebote z.B. für Großeltern und Enkel organisieren. Wir GRÜNE wollen, dass Sportangebote in unserer Stadt niedrigschwellig und für jeden erreichbar gestaltet sind. Wir wollen mit den Kreis- und Stadtsportbünden die Breitensportentwicklung stärken und dafür sorgen, dass die Sportvereine in Wiesbaden Unterstützung bei ihren Bemühungen finden, sich zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Gewalt, Rassismus, Homophobie und Sexismus haben im Sport nichts verloren. Wir setzen uns weiter für mehr Gewaltprävention auf der Ebene der Vereine ein.

8. Sportförderung im Kindesalter

Für Kinder und Jugendliche haben Sport und Bewegung eine herausragende Bedeutung für ihre körperliche und emotionale Entwicklung. Gesellschaftliche Werte wie Respekt, Toleranz, Empathie sowie Gemeinschaftsgefühle werden bei gemeinsamen sportlichen Aktivitäten geschult. Der organisierte Sport ist eine wichtige Kraft der außerschulischen Jugendarbeit und ein wertvoller Partner der Stadt. Wir GRÜNE wollen daher Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche erhalten und erweitern sowie die Kooperation zwischen Schulen im offenen/gebundenen Ganztage und Sportvereinen unterstützen. Sport und Bewegung müssen wohnortnah für Kinder und Jugendliche möglich sein. Im Zuge der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern in den Schulen soll es verstärkt Sportangebote geben.

9. Unterstützung des Ehrenamts in der Sportarbeit

Ehrenamtliches Engagement im Sport wollen wir GRÜNE stärken. Ohne den Einsatz der Freiwilligen wäre vor allem die Arbeit in den kleinen Vereinen nicht oder nur eingeschränkt

möglich. Statistiken verzeichnen derzeit allerdings einen Rücklauf im ehrenamtlichen Engagement. Dem wollen wir entgegenwirken. Wir GRÜNE unterstützen ein stärkeres Engagement von Frauen, aber auch von MigrantInnen auf allen Ebenen des Sports. Dabei haben wir vor allem den integrativen Charakter des Sports, aber auch die Herausforderungen durch den demographischen Wandel im Blick, etwa durch Aufwertung des SeniorInnensports.

10. Routen für Inliner, Skater, BMXer und andere Sportarten

Der realisierte Inliner-Rundkurs in Erbenheim rund um die Domäne Mechthildshausen, für den wir GRÜNE jahrelang gekämpft haben, muss nicht nur erhalten, sondern auch dauerhaft befahrbar gehalten werden. Darüber hinaus soll Raum für junge Sportarten wie Skaten, BMX oder Downhill unter Beachtung GRÜNER Grundsätze geschaffen werden.

11. Erhalt und Erneuerung Wiesbadener Schwimmbäder

Für Wiesbaden als Kur- und Bäderstadt sind regelmäßige Investitionen in die Instandhaltung aller Bäder unverzichtbar. Hier ist in den Jahren der CDU/SPD-Regierung zu wenig geschehen. Der Sanierungsstau ist hoch und die Kosten würden die Bädergesellschaft Mattiaqua inzwischen in finanzielle Not bringen.

Nachdem durch den Aufbau der Bädergesellschaft und den damit einhergehenden Einsparungen ein wichtiger Schritt zum Erhalt der kompletten Bäderlandschaft in Wiesbaden gemacht wurde, gilt es weiter auf Einsparungspotentiale durch Synergien und Nutzung neuester Techniken zu achten, ohne qualitativ das Angebot einzuschränken. Weiteren Personaleinsparungen, die das induzieren würden, stehen wir GRÜNE ablehnend gegenüber und verstehen Zeitarbeits- und Aushilfsverträge nur als Möglichkeit, Spitzen abzufangen und saisonale Flexibilität zu schaffen.

Weiterhin setzen wir GRÜNE uns auch für den Erhalt und Ausbau der in Mattiaqua mit verorteten Freizeiteinrichtungen wie dem Lufti und der Rettbergsaue ein. Dies gilt selbstverständlich auch für die dort nicht verorteten Freizeitgelände wie beispielsweise dem alten Friedhof. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Zusammenführung der Wiesbadener Frei- und Hallenbäder unter einem organisatorischen Dach in einer stadtnahen Organisationsform verbleibt und nicht weiter privatisiert wird. Öffnungszeiten, Eintrittspreise u.ä. müssen weiterhin in der Entscheidungsbefugnis des Stadtparlamentes liegen. Den Verlust von Schwimmflächen lehnen wir GRÜNE ab.

12. Fahrradrouen – Spaß und (Fort)Bewegung

Fahrradfahren ist eine Form von Bewegung und Sport, die der Großteil der Menschen in Deutschland bereits im Kindesalter erlernt und bis ins fortgeschrittene Alter betreiben kann. Dementsprechend ist Fahrradfahren eine Art von Freizeitgestaltung, die Menschen generationsübergreifend und ohne hohen Kostenaufwand ausüben können. Fahrradfahrend erleben die Wiesbadener ihre Stadt und erkunden die Umgebung.

Um Fahrradfahren für alle Wiesbadener sicher ab ihrer Haustür und in die umgebende Natur möglich zu machen, fordern wir GRÜNE den Ausbau des Fahrradwegenetzes. Die planerische Vernetzung mit der Region muss vorangetrieben werden. Der Regionalpark mit seinen Freizeit- und Kulturangeboten und seinem dichten Radwegenetz darf nicht länger an der Wiesbadener Stadtgrenze enden. Das ist auch deswegen wichtig, weil damit Zugänge aus Wiesbaden zu den umliegenden Baggerseen geschaffen werden. Projekte, wie der Radweg durchs Salzbachtal mit Anbindung an den Rhein, müssen endlich erkennbar vorangetrieben und realisiert werden. Wir GRÜNE haben bei der letzten Haushaltsberatung durchgesetzt, dass Haushaltsmittel für die Strecke Salzbachtal eingestellt wurden und werden weiter darauf drängen, dass das Projekt realisiert wird.

T - Netzpolitik: Potentiale nutzen, Gefahren ernst nehmen

1. Digitale Bürgerservices ausbauen

Die Innovationen der Kommunikationstechnologie eröffnen neue Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Bürgerbeteiligung und Information. Wir GRÜNEN möchten die Bürgerinnen und Bürger einladen, über das Internet ihre Umgebung mit zu entwickeln und mit zu planen. Die Angebote folgen dabei den Grundsätzen Teilhabegerechtigkeit, Nachhaltigkeit und informationelle Selbstbestimmung sowie Datensparsamkeit und Datenschutz auf Anbieterseite. Wir stehen zusätzlich hinter den Positionen der GRÜNEN Bundespartei zu Bürgerrechten, zur Ablehnung des so genannten Sperrgesetzes, den Anforderungen an modernen Datenschutz und Forderung nach Verhältnismäßigkeit bei internationalen Datenübermittlungen.

Wir wollen elektronische Verwaltungsprozesse unter strikter Berücksichtigung des Datenschutzes und der Informationsfreiheit stärken und die Bürgerbeteiligung ausbauen. Die Umstellung auf elektronische Verwaltungsprozesse kann durch den elektronischen Personalausweis (ePerso) wesentlich vereinfacht werden, für den es bisher zu wenig Anwendungsmöglichkeiten gibt. Auch andere Verwaltungsvorgänge lassen sich auf elektronischem Weg für die Bürgerinnen und Bürger vereinfachen und helfen unnötige Behördengänge zu vermeiden, z.B. bei Anforderung der Karteikartenabschrift zum Führerscheintausch.

Bei beratungsintensiven Themen ist aber der persönliche Kontakt zur Verwaltung unverzichtbar. Als konkrete Maßnahme soll Wiesbaden daher an die Behördennummer 115 angeschlossen werden, da auch die umliegenden Landkreise sowie Frankfurt bereits daran teilnehmen. Die Behördennummer 115 verspricht eine direkte Beantwortung einer telefonischen Frage bzw. eine zielgerichtete Weiterleitung in das entsprechende Amt für alle kommunalen-, Landes- und Bundesbehörden. Für den Bürger bringt das den Vorteil, dass er sich nur die Nummer 115 merken muss, um alle verwaltungstechnischen Fragen beantwortet zu bekommen. Ein Anruf auf einzelnen Behörden und evtl. Weiterverbinden entfällt damit.

Die GRÜNEN setzen sich für die Einrichtung von **Stadtteilforen** ein, die sowohl internetgestützt als auch in Bürgerdiskussionen stattfinden können. Ziel der Stadtteilforen ist es, der Bevölkerung vor Ort unmittelbar die Möglichkeit für Kritik und Anregungen zu geben, sie an der Umsetzung und Lösung direkt zu beteiligen und die Fortschritte bzw. Ergebnisse transparent darzustellen. Denn in den Stadtteilen wissen die BürgerInnen am besten, was für sie gut ist. Umgekehrt sind die Stadtteilforen auch für die KommunalpolitikerInnen eine Chance, über ihre Arbeit, Projektideen und Verbesserungsvorschlägen mit den BürgerInnen vor Ort schneller und direkter ins Gespräch zu kommen.

2. Medienkompetenz und Datenschutz stärken

Wir wollen ein Medieninformationszentrum mit Beratungsstelle und Informationen für alle Bürgerinnen und Bürger zu den Themen Medienkompetenz (für Erwachsene, Jugendliche und Kinder), Informationsfreiheit und Datenschutz einrichten. Das Medieninformationszentrum soll die einzelnen vorhandenen unterschiedlichen Aktionen (z.B. von Schulen, dem Amt für Soziale Arbeit und der Polizei) bündeln und koordinieren. Es ist damit der erste Ansprechpartner, um sich über die bestehenden Angebote zu informieren und den Kontakt zum jeweiligen Anbieter aufzubauen. Als Ort bietet sich die Stadtbibliothek an, die ein gern genutzter Treffpunkt für Kinder und Jugendliche ist. Der Umgang mit digitalen Medien kann hier parallel zur normalen Mediennutzung und Recherche erlernt und breite Medienkompetenz aufgebaut werden.

Das Hessische Meldegesetz (HMG) erlaubt es dem Bürgerbüro, gegen Gebühr aus dem Melderegister Daten an Dritte zu übermitteln. Dies umfasst z.B. die Information der Medien bei

Alters- und Ehejubiläen, die Weitergabe von Daten an Adressbuchverlage, an Parteien und Religionsgemeinschaften. Solche Daten können somit auch von Dritten zu Werbezwecken missbraucht werden. Außerdem sind die Auskünfte auch automatisiert über das Internet möglich. Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden sollen leichter Widerspruch gegen die Weitergabe ihrer Daten erheben können. Dazu wollen wir über den Sachverhalt offensiv informieren und die webgestützte Möglichkeit zur Einrichtung von Auskunftssperren mit der Wohnsitzan- oder -ummeldung in einem Formular kombinieren, um hier den BürgerInnen das Sperren der Auskünfte möglichst leicht zu machen.

Außerdem fordern wir eine jährlich zu veröffentlichende Statistik über Art, Empfänger und Häufigkeit der Meldedaten, die vom Bürgerbüro angefordert werden.

3. Nachhaltige IT Infrastruktur fördern

Die GRÜNEN setzen sich für einen freien Internetzugang und die Einrichtung eines öffentlichen städtischen WLAN nach dem Vorbild anderer Städte auch in der Landeshauptstadt ein. Der Betrieb des WLAN erfolgt über die Vergabe an einen Provider. Über ein Portal sollen stadtnahe Internetanwendungen und Webseiten kostenlos angeboten werden. Das Portal soll auch dazu dienen, die vielfältigen Angebote der Wiesbadener Kreativwirtschaft präserter darzustellen. In öffentlichen Gebäuden z.B. den städtischen Bürgerhäusern wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern Zugang zum Internet über WLAN ermöglichen. Unter dem Stichwort Green IT verstehen wir Bestrebungen, die Nutzung von Informationstechnik (IT), beziehungsweise Informations- und Kommunikationstechnologie über deren gesamten Lebenszyklus hinweg Umwelt und Ressourcen schonend zu gestalten. Wir GRÜNE fordern, über die Vorgaben zur Green IT in den Kommunen zu informieren und diese bestmöglich umzusetzen. So sollen zum Beispiel Ausschreibungen die Folgekosten und speziell die Betriebskosten der IT-Anschaffungen mit berücksichtigen. Lokale und regionale Anbieter von Green IT-Lösungen sollen im Rahmen kommunaler Wirtschaftsförderung bestmöglich unterstützt werden. Der Einsatz virtualisierter Server oder Thin Clients unterstützt den Green IT Gedanken, da hier durch Bündelung mehrerer Anwendungen auf einem Server eine anforderungsgerechte dimensionierte IT- Landschaft aufgebaut werden kann. Wir GRÜNE unterstützen den Einsatz von quelloffener, freier Software (Free Open Source Software-FOSS) . Freie Software ermöglicht nicht nur eine größere Flexibilität bei der Softwareausstattung, sondern kann in diesem Bereich auch effektiv Kosten sparen. Wir wollen den Einsatz von FOSS in der Stadtverwaltung und den stadtnahen Gesellschaften stärken. FOSS-Software sollte überall dort zum Einsatz kommen, wo dies möglich und sinnvoll ist. Immer wieder gibt es Hackerangriffe von außen, vor denen auch die Stadtverwaltung nicht verschont bleibt. Das städtische Datennetz muss daher bestmöglich gegen Angriffe von außen geschützt werden. Obwohl im Datenschutzbericht 2013 der Landeshauptstadt auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen wird, einen unabhängigen IT-Sicherheitsbeauftragten zu bestellen, ist noch nichts passiert. Diese Situation ist untragbar. Wir fordern daher dieses Risiko unbedingt durch die Benennung einer geeigneten Person zu minimieren.

4. Transparente Verwaltung schaffen

Bürgerinnen und Bürger müssen zur Teilhabe an demokratischen Prozessen eingeladen werden. Um die Transparenz demokratischer Entscheidungsprozesse zu erhöhen, fordern wir die Verbesserung des Politischen Informationssystems (PIWi). Termine und Ergebnisse kommunaler Ausschüsse und Parlamente müssen im Internet leicht auffindbar zugänglich gemacht werden. Dabei sollten auch moderne Technologien wie Newsfeeds und abonmierbare Kalender eine Rolle spielen.

Die Nutzerfreundlichkeit des PIWi muss kontinuierlich weiter entwickelt und verbessert werden. Neben den sitzungsbezogenen Informationen soll es zukünftig auch kleine Anfragen und ihre

Antworten enthalten. Mit Veröffentlichung der Tagesordnung sollen alle öffentlichen Anträge und Sitzungsvorlagen den BürgerInnen online zur Verfügung stehen. Ebenso wollen wir alle Abstimmungsergebnisse veröffentlichen, um auch abgelehnte Anträge transparent zu machen.

Nur eine barrierefreie Gestaltung aller Internetangebote gewährleistet eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen an diesem wichtigen Kulturgut. Dabei wurde insbesondere auf der städtischen Webseite in Hinblick auf die rein technische Umsetzung der Barrierefreiheitsvorgaben über die letzten Jahre Fortschritte erreicht. Das soll auch für das Internetangebot der städtischen Beteiligungsgesellschaften gelten. Das Augenmerk liegt dabei auf einer leicht verständlichen Aufbereitung der teilweise sehr komplexen Inhalte.

Das Internet bietet beste Informationsmöglichkeiten für eine transparente und bürgerfreundliche Verwaltung. Um diese transparente und bürgerfreundliche Verwaltung weiter auszubauen, wollen wir die Open-Data und Open-Access Konzepte stärker umsetzen. Hinter dem Open Access-Gedanken steht der Wunsch, öffentlich finanzierte Daten, zum Beispiel Forschungsergebnisse, Gutachten oder auch Karten der gesamten Bevölkerung zugänglich zu machen. Alle Informationen über kommunales Handeln, z.B. über Bauvorhaben oder Verkehrsplanung sollen den Bürgerinnen und Bürgern im Internet zugänglich gemacht werden, so lange nicht in Persönlichkeitsrechte eingegriffen wird. Arbeitsergebnisse, die von der Verwaltung oder kommunal finanziert von Dritten erstellt wurden, sollen in digitaler Form kostenfrei zugänglich gemacht werden.

Wir möchten Initiativen für verbesserte Informationsquellen unterstützen, in dem wir im Dialog mit Interessierten prüfen, welche Daten der städtischen Webseite über maschinenlesbare Schnittstellen zu kostenfreier Verwendung zur Verfügung gestellt werden können. Mit der Einführung spezieller Laptops für Magistratsmitglieder ist ein erster Schritt zum papierlosen Magistrat erreicht worden. Wir wollen dieses System erweitern und auch den Stadtverordneten zugänglich machen. Insbesondere muss die Möglichkeit zur Erstellung elektronischer Kommentare und eine berechtigte Weitergabe einzelner Dokumente eingerichtet werden.

U - Der öffentliche Raum gehört allen

1. Straßen und Plätze

Wir GRÜNE streben ein lebenswertes und lebendiges Wiesbaden an, das auch in seiner Innenstadt Räume für Ruhe und Erholung, zum Verweilen, zum Spielen und zum Genießen von Kultur und Gastronomie bietet. Dabei gehen wir von dem Grundgedanken aus, dass der öffentliche Raum allen BürgerInnen gehört und eine Nutzung ohne Konsumpflicht möglich sein muss.

Orte, die zum Verweilen und zum Gespräch gedacht sind, müssen architektonisch ansprechend gestaltet sein, eine kluge Durchmischung von Funktionen, attraktive Grün- und Spielflächen sowie kulturelle und gastronomische Einrichtungen haben. Für alle zugängliche Toiletten - z.B. im Rahmen von "Nette Toiletten" - gehören dazu. Als gelungene Beispiele betrachten wir die Adolfsallee und den Wallufer Platz.

Unter anderem die Fußgängerzone möchten wir schrittweise umgestalten. Sie soll mit viel Grün, Treffpunkten und Ruhezonen - sowie mit Gastronomie - zum Verweilen einladen.

Je weniger unwirtliche Orte und je mehr gelebte Vielfalt es gibt, umso besser ist es auf Dauer um eine zivile Ordnung des Zusammenlebens bestellt. Es ist eine wesentliche Aufgabe kommunaler Politik, hierfür die erforderlichen Rahmenbedingungen durch entsprechende Konzepte der Stadtplanung, der Wirtschafts- und Kulturförderung und der Stärkung des Vereinslebens zu schaffen.

Menschen, denen die Gesellschaft schwere Lasten oder massive Umbrüche aufbürdet, brauchen darüber hinaus Unterstützung: Quartiersmanagement, Sozialarbeit und selbstbestimmte Kooperation mit der Polizei - wie z.B. am Kulturpark Schlachthof praktiziert - bieten hier unverzichtbare Stabilisierungsangebote, an denen zu sparen völlig widersinnig wäre. Mehr und nicht weniger solcher Hilfe zur Selbsthilfe ist das Gebot der Stunde.

Wir GRÜNEN wollen im Straßenraum grundsätzlich keine Videoüberwachung, da diese die Privatsphäre verletzt und die informationelle Selbstbestimmung gefährdet. Wir setzen uns deshalb für einen videokamerafreien Straßenraum ein und ebenso für eine wirksame Kontrolle der privaten Videoüberwachung, damit diese die ihr auferlegten gesetzlichen Beschränkungen einhält. Wir wollen auch nicht, dass einzelne Menschen oder Menschengruppen ausgegrenzt oder verdrängt werden. Eine Verdrängung ist keine Lösung, sondern verlagert die Probleme lediglich an andere Orte innerhalb der Stadt. Wir setzen deshalb auf Präventionsangebote und Toleranz, um einen menschenwürdigen Umgang zu gewährleisten.

2. Gewaltprävention stärken - Sicherheitsstrukturen festigen

Alle Menschen in Wiesbaden haben ein Recht auf körperliche Unversehrtheit. Wir GRÜNE setzen auch hier auf Vorbeugung: Förderung von sozialem Lernen und Gewaltprävention an Schulen, Förderung von Zivilcourage und sozialer Kontrolle, entsprechende Schulung von LehrerInnen und ErzieherInnen. Auch das Zusammenspiel von Sozialarbeit und Polizei an besonderen Brennpunkten trägt dazu bei, Überfälle und Gewalttaten zu verhindern. Gelebte Gemeinschaft leistet auf ganz unspektakuläre Weise wirksam Vorsorge (Prävention) und entzieht den manchmal ins Kraut schießenden Sicherheitsängsten den Nährboden, während diese Ängste sich von allzu spektakulärer Nachsorge (Ermittlung und Strafverfolgung) eher bestätigt fühlen.

3. Stadtpolizei und Verkehrsüberwachung

Fuß-, Bus- und Radwege sollen von den BürgerInnen ungehindert genutzt werden können. Wir GRÜNE fordern deswegen, dass falsches Parken besonders in diesen Bereichen durch die

Ordnungsbehörde konsequent geahndet wird, um die Sicherheit der VerkehrsteilnehmerInnen zu verbessern.

4. Sauberkeit im öffentlichen Raum verbessern - Eigenverantwortung fördern

In toten Winkeln, Orten der Anonymität sowie an Schneisen und Durchgangsstationen voller Hektik ist es um die Sauberkeit meist schlecht bestellt.

Umgekehrt gilt: auf Plätzen, die von sozialem Leben erfüllt sind und um die sich die Nachbarschaft kümmert, findet zivilgesellschaftliche Selbstorganisation statt. Die Art der Ordnungs- und Sicherheitskultur, die sich dabei durchsetzt, ist von Stadtteil zu Stadtteil, von Szene zu Szene unterschiedlich. Diese Vielfalt ermöglicht auch Subkulturen eine Beteiligung, die an Risiken und Konflikten zu scheitern drohen, wenn man sie absplattet und sich selbst überlässt. Entscheidenden Einfluss auf die Sauberkeit in der Stadt hat aber neben einem guten Angebot an Entsorgungsmöglichkeiten das Verhalten der Menschen selbst. Von allen StadtbewohnerInnen erwarten wir Respekt gegenüber ihren MitbürgerInnen und ihrer Umwelt.

Wir GRÜNEN schlagen daher eine Kampagne vor, die den BürgerInnen das Thema Sauberkeit näher bringt und sie auch an die eigene Verantwortlichkeit dafür erinnert.

BürgerInnen und Gewerbe sollen sich z.B. durch Spenden an der Finanzierung von Baumpflanzungen etc. in der Stadt beteiligen können. Solche Kampagnen laufen schon sehr erfolgreich in Hamburg und in Berlin.

Dem Beispiel von Karlsruhe folgend sollten Geschäftsleute, vor allem Cafés und Unternehmen der Systemgastronomie für eine "Sauberkeitspartnerschaft" gewonnen werden.

Auf einigen der innenstadtnahen Grünflächen wollen wir in Abstimmung mit den Ortsbeiräten räumlich begrenzte Grill- und Freizeitsportbereiche (natürlich mit ausreichenden Entsorgungsmöglichkeiten) neu ausweisen, vor allem als Angebot an Jugendliche und an Familien ohne eigenen Garten.

Einzelne öffentliche Grünanlagen in Wiesbaden werden auch für Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen genutzt - und das ist auch gut so. Dabei muss die Stadt gegenüber den Veranstaltern durchsetzen, dass Absprachen mit den Anwohnern und die Regeln zum Schutz der Vegetation und vor allem der Bäume eingehalten werden.

Die vielen Parkanlagen sind beliebte Naherholungsgebiete und bieten auch Auslauf für Hunde. Die in allen städtischen Parkanlagen geltende Leinenpflicht erachten wir grundsätzlich als sinnvoll und richtig. Wir befürworten aber auch eine ausreichende Zahl von Hundefreilaufflächen, da viele Hunde ihrem Naturell entsprechend Auslauf brauchen.

Die Wiesbadener Entsorgungsbetriebe leisten gute Arbeit, stoßen aber auch manchmal an ihre Grenzen.

Um dem zu begegnen, möchten wir GRÜNE folgende Maßnahmen umsetzen:

- Optimierung des innerstädtischen Abfallkorbsystems
- Pfandringe/-körbe, zum Sammeln von Pfandflaschen
- Sammelbehälter für Kippen
- Bereitstellung weiterer Müllbehälter an neuralgischen Stellen im Sommer
- Müll-Hotline: Hinweis mit Telefonnummer an jedem Korb/Behälter